SOZIALISMUS, p 1-84
SOZIALDEMOKRATIE p 84-119
UND
SOZIALPOLITIK.

SOZIALISMUS,
SOZIALDEMOKRATIE
UND
SOZIALPOLITIK.

VON

ADOLF HELD.

LEIPZIG,
VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT.
1878.

VORWORT.

Mitte dieses Monats hielt ich in einem Cyclus wissenschaftlicher Vorlesungen einen Vortrag über Sozialismus und Sozialdemokratie. Der Vortrag wurde frei gesprochen und war vorher nur skizzirt. Sein wesentlicher Inhalt aber war lange überlegt und war gleichsam eine Zusammenfassung vieler Gedanken, die ich in den letzten Jahren an verschiedenen Stellen öffentlich geäussert hatte.

Unmittelbar nachdem dieser Vortrag gehalten war, las ich Adolph Wagner's neueste Schrift:

Die Communalsteuerfrage. Ausarbeitung eines Referats im Verein für Socialpolitik. Mit einem Nachwort: Der Verein für Socialpolitik und seine Verbindung mit dem Volkswirthschaftlichen Congress.

Ich bin an sich kein Freund einer speciellen Polemik mit einem einzelnen Fachgenossen. Das Publicum interessirt sich für solche Polemik wenig, man

läuft dabei Gefahr, seine Ansichten mehr zu pointiren als zu vertiefen, mehr die Schwächen des Gegners zu suchen als seine eigenen Stärken auszubilden. Auch erscheinen in solchen literarischen Kämpfen die Gegensätze gewöhnlich schärfer als sie sind, indem oft nur das Mass, in welchem irgend eine Auffassung von zwei Schriftstellern getheilt wird, verschieden ist und durch die polemische Form doch der Schein entsteht, als ständen sich diametral entgegengesetzte Auffassungen gegenüber.

Diesmal aber bin ich genöthigt, zu antworten. Nicht nur, weil Adolph Wagners Angriff gegen mich äusserst sachlich gehalten, also jede Gefahr vermieden ist, dass persönliche Gereiztheit das gegenseitige Verständniss erschwere; nicht nur weil Adolph Wagner mich als Vertreter einer gewissen Richtung hinstellt, mein Schweigen also eine literarische Vernichtung dieser Richtung zugestehen würde — sondern insbesondere deshalb, weil der Verein für Socialpolitik in die Debatte hineingezogen ist. Da keine Vereinsversammlung oder Ausschusssitzung bevorsteht, so kann sich der Verein nicht selbst vertheidigen. Aber es erscheint zur Aufklärung der öffentlichen Meinung unentbehrlich, dass wenigstens der Ansicht eines Mitgliedes die eines anderen entgegengesetzt werde.

Wagner hat seine Polemik der wissenschaftlichen

Erörterung einer wichtigen Frage folgen lassen. Er that daran meines Erachtens sehr gut, weil dadurch die ganze Schrift allgemeines Interesse gewinnt. Um ihm richtig zu antworten, that ich das Gleiche, indem ich zunächst den oben erwähnten Vortrag ausarbeitete und dann daran einen polemischen zweiten Theil über Sozialpolitik anfügte.

Der Vortrag war ohne jede specielle Rücksicht auf Wagner gehalten. Er enthielt bereits die Sätze, dass die wissenschaftliche Wahrheit in der Mitte zwischen den Extremen liege, dass die Völker bei schrittweiser Reform am besten gedeihen; ebenso enthielt er die Behauptungen, dass Individualismus und Sozialismus gleichberechtigte Principien seien, dass wir dem falschen extremen Sozialismus der Arbeiter den wahren gesetzestreuen Sozialismus der Besitzenden entgegensetzen müssten.

Deshalb erschien mir der Vortrag geeignet, meine Gesammtauffassung über soziale Fragen dem Publicum klar zu machen — zugleich deutlich zu zeigen, wie ich in meiner Gesammtauffassung mit Wagner übereinstimme und differire.

Da eine Antwort auf Wagner's Angriff rasch erfolgen musste, so wird der Leser wohl entschuldigen, wenn in der folgenden Abhandlung manche Spuren von der Rhetorik des jüngst gehaltenen Vortrags zu

finden sind. Dass ich das Publicum viel mit meinen gegenwärtigen und früheren Ansichten belästigen muss, erklärt sich aus der Nothwendigkeit, Wagner's Vorwürfe zu beantworten. Ich hoffe, dass trotz dieser Polemik die kleine Schrift durch die darin enthaltene Charakterisirung der Sozialdemokratie in weiteren Kreisen nicht unwillkommen sein wird, um so mehr als noch keiner meiner näheren Gesinnungsgenossen in jüngster Zeit die Sozialdemokratie zum speciellen Gegenstand einer selbstständigen Arbeit gemacht hat.

Bonn, Ende November 1877.

Prof. **A. Held.**

INHALT.

I.

SOZIALISMUS UND SOZIALDEMOKRATIE.

Die einzelnen Ideen, aus denen sich die Weltanschauung unserer heutigen Sozialdemokratie zusammensetzt, sind seit den Tagen der grossen französischen Revolution fortgesetzt verkündigt worden, theils von edlen, aber verworrenen Schwärmern, theils von wilden, oder nur von phrasenhaften Führern revolutionärer Bewegungen. Es fehlte auch diesen höchst verschiedenartigen Propheten nie an einem kleineren oder grösseren Anhang. Ueber die französischen sogenannten Sozialisten und Kommunisten älteren Datums kann man sich noch immer aus Lorenz von Stein's früheren Werken, sowie aus Hildebrand's Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft unterrichten. Robert Owen ist in jüngster Zeit wieder durch Holyoake, die Chartisten sind durch Brentano bekannt geworden. Wer diese Schriften oder wer — was besser ist — die Werke der darin beschriebenen Männer selbst liest, wird bei einiger Unparteilichkeit nicht leugnen können, dass „der Sozialismus und Kommunismus“ dieses Jahrhunderts reich ist an Ideen — die immer wieder zum Kampf für ähnliche Zwecke verwerthet werden. Vor Allem ist auffallend, dass zwar jeder

einzelne Führer nur eine vorübergehende Bedeutung erlangt und sich schnell verbraucht, dass aber stets sofort wieder eine neue Variation der alten Gedanken auftaucht, und immer wieder in der Form einer radikalen Opposition gegen bestehende Einrichtungen und herrschende Meinungen.

Darin unterscheidet sich der moderne „Socialismus und Kommunismus“ schon äusserlich von seinen oft erwähnten Vorläufern aus der Zeit der Bauernkriege und der Wiedertäufer etc., dass er eine constante Erscheinung geworden ist. Dadurch allein ist er eine sehr ernste Erscheinung und liefert den Beweis, dass er tiefe Grundlagen haben muss. Durch historische Analogieen, oder gar durch gefühlsmässigen Widerwillen oder leichtes Achselzucken ist über die unbequeme Thatsache des stets erneuerten Auftauchens dieser Ideen nicht mehr wegzukommen.

Einen Gegensatz zwischen Arm und Reich gab es zu allen Zeiten; oft gab es eine leidenschaftliche Auflehnung gegen allzuschroff ausgebildete Vermögensungleichheit. Aber niemals noch erzeugte dieser Gegensatz diese Auflehnung in fortschreitender Entwicklung.

Stein und nach ihm besonders v. Scheel haben es als die charakteristische Eigenschaft der sozialen Frage der Neuzeit hervorgehoben, dass die thatsächliche Ungleichheit des Besitzes in Widerspruch steht mit der im Prinzip anerkannten rechtlichen Gleichheit aller Menschen. Man kann denselben Gedanken auch so ausdrücken, dass man sagt:

Nachdem keine geschlossenen Geburtsstände mit

politischen und wirthschaftlichen Privilegien, nachdem keine verrotteten Zünfte, keine bevormundende Regierungspolizei mehr existiren und dem Einzelnen verwehren, so reich zu werden, als er will, ist der Erwerb resp. Genuss von Reichthum nicht mehr die selbstverständliche Folge einer durch das öffentliche Recht begründeten und garantirten Machtstellung. Aber wenn Jeder rechtlich so reich werden kann, als er will, so kann faktisch nur ein Theil der Menschen reich werden. Die vermögensrechtliche Institution des Sondereigenthums setzt dem Können der Menschen Schranken, wo das öffentliche Recht das Wollen nicht mehr beschränkt. Wer faktisch Reichthum erworben hat, der ist heute wirthschaftlich und zugleich politisch mächtig. Der erworbene Reichthum oder Wohlstand wird Grundlage politischer Machtstellung, während er früher Folge der letzteren war. Deshalb sehen wir heute fortgesetzt einen Ansturm der Schwachen und Armen, der sich direkt gegen die faktische Vertheilung des Besitzes wendet. Diese Vertheilung ist von prinzipaler Wichtigkeit geworden, und ein fortgesetzter Kampf gegen dieselbe ist heute ebenso natürlich, als dereinst ein fortgesetzter Kampf zwischen Ständen und Landesherren, zwischen Zünften und Geschlechtern es war.

Doch es ist kaum nöthig, die Eigenthümlichkeit und Wichtigkeit der heutigen sozialen Frage weiter auszuführen. Bleiben wir bei der Thatsache der fortschreitenden Entwicklung der extrem sozialistischen Gedanken, so haben die älteren Führer, wie erwähnt, jeder immer nur vorübergehenden Anhang gefunden.

Im Anfang des vorigen Dezenniums erfolgte aber eine gewisse Consolidation.

Einige Deutsche fassten die Grundgedanken alles „Sozialismus und Kommunismus“ zu einem wissenschaftlichen System zusammen und entwickelten zugleich ein praktisches Agitationsprogramm, dem von nun ab eine stets wachsende Partei in allen Ländern, zumeist aber in Deutschland, geschlossen anhangt. Die unbestritten bedeutendsten dieser neuen, ihre Vorgänger weit überragenden Führer sind Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle.

Marx und Engels haben schon im Jahre 1844 viele ihrer heutigen Gedanken in den noch immer sehr lesenswerthen deutsch-französischen Jahrbüchern niedergelegt, aus welchen namentlich zu ersehen ist, wie bei diesen „Sozialisten“ der Gedanke der Revolution als solcher der eigentliche Ausgangspunkt ist. Dann schrieb Engels sein leidenschaftliches, aber werthvolles Buch „über die Lage der arbeitenden Klassen in England“, die er zuerst zusammenfassend schilderte — und dabei innerhalb 25 Jahren eine englische Revolution prophezeite, vor der sich bereits seit 1850 Niemand mehr fürchtete. Wir finden ferner beide wissenschaftlichen Agitatoren als Schöpfer des kommunistischen Manifests und Mitarbeiter an der Neuen Rheinischen Zeitung wieder, und nachdem die Stürme des Jahres 1848 sich gelegt haben, sehen wir Marx die Wissenschaft der Sozialdemokratie durch seine „Kritik der politischen Oekonomie“ begründen.

Diese Thätigkeit seit 1848 beweist, wie gründlich

vorbereitet Marx und Engels in die Agitation des vorigen Jahrzehnts eintraten — dies hätte aber zur Bildung einer dauernden Partei nicht genügt, wäre es nicht gleichzeitig gelungen, dass Marx über die neu begründete internationale Arbeiterassoziation beherrschenden Einfluss gewann, und dass der jüngere Lassalle den allgemeinen deutschen Arbeiterverein gründete.

Die heute bereits verschollene Internationale war nie mehr als ein Mittel allgemeine Aufregung zu verbreiten, der allgemeine deutsche Arbeiterverein verkümmerte nach Lassalle's frühem Tode. Aber die „Internationale“ bewirkte, dass das Marx'sche Buch von 1867 „Das Kapital“ zur anerkannten, unfehlbaren Quelle des Gedankenvorraths der sogenannten Sozialisten aller Länder wurde, und der allgemeine deutsche Arbeiterverein lebte nicht nur in neuen Formen wieder auf, sondern er war es, der Lassalle's Flugschriften hervorrief und denselben dauernde Autorität verlieh.

Die Schriften dieser drei Männer sind es insbesondere, die man studiren muss, wenn man das eigentliche Wesen der modernen Sozialdemokratie erkennen will. Lassalle, dessen Charakter und persönliche Schicksale durch Brandes, Becker und namentlich Mehring sattsam bekannt sind, differirte zwar von Marx in Bezug auf nationale Anschauungen und die nächsten Vorschläge zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes. Allein gerade insoweit als er von Marx differirte, ist sein Einfluss heute stark überwunden und er lehnte sich in der Negation — die bei den Sozialdemokraten

das Wesentlichste ist — enge an Marx an, gerade so wie dies Engels überhaupt thut.

Wenn Lassalle von sich sagte, er „schreibe jede Zeile bewaffnet mit der ganzen Bildung des Jahrhunderts“, so ist in dieser kühnen Phrase unleugbar die Wahrheit enthalten, dass die Führer der heutigen Sozialdemokratie an philosophischer, historischer und nationalökonomischer Bildung keinem ihrer literarischen Gegner irgendwie nachstehen. Ja den meisten sind sie vor Allem dadurch überlegen, dass sie das heute leider so selten gewordene Gut einer philosophischen Bildung vollauf besitzen.

Die philosophische Schule, durch die sie alle, insbesondere der verborgene Führer der Führer, Karl Marx, hindurchgegangen sind, .ist die der Hegel'schen Dialektik. Die Methode des Meisters für ihre Zwecke eigenthümlich präparirend, haben sie eine entschiedene Vorliebe für eine dialektische Behandlung, die uns jüngst Engels in seinen bekannten Vorwärts-Artikeln gegen Dühring — der wissenschaftlich bedeutendsten Leistung der Sozialdemokratie aus jüngster Zeit — näher dargelegt hat.

Soll ich diese wissenschaftliche Methode kurz charakterisiren, so besteht sie darin, dass zuerst irgend eine Erscheinung des wirklichen Lebens definirt wird. Der so gewonnene Begriff wird dann so lange dialektisch behandelt, bis er nothwendig aus sich heraus einen Widerspruch erzeugt, sich selbst auflöst, in sein Gegentheil umschlägt. Und daraus wird wieder gefolgert, dass die definirte Erscheinung des wirklichen

Lebens nothwendig durch ihr Gegentheil ersetzt werden müsse. Dieses „Muss“ ist aber nur die schwerfällige Form für den leidenschaftlichen Wunsch und Willen, dass die betreffende Erscheinung resp. Einrichtung gewaltsam und radikal umgestürzt werden solle. Schwerfällig ist diese Form, aber deshalb nicht minder wirksam. Nicht nur dass ein philosophisch bewiesenes „Muss“ dem Staatsanwalt entgeht — vor Allem ist zu bedenken, dass auch der deutsche Arbeiter eine angeborene Neigung zu philosophischer Erfassung aller Probleme hat, so dass ihm die philosophische Form imponirt und Glauben erweckt, auch wenn er den Inhalt nicht versteht.

Wer mit deutschen und ausländischen Arbeitern verkehrt, wird leicht entdecken, dass in dem Volke Kant's und des Dichters der Faustsage auch der Arbeiterstand eine unverwüstliche Neigung hat, seine oft an sich rein instinktiven Wünsche zu philosophischen Weltanschauungen umzugestalten. Ein englischer Arbeiter geht stets mit aller Energie zähe und konsequent auf ein spezielles praktisches Ziel los. Er will z. B. Lohnerhöhung, er will Abschaffung der Kontraktbruchsstrafe und dergleichen, und wenn er sich dabei etwa einmal auf Menschenrechte oder dergleichen beruft, so geschieht dies doch nur ganz gelegentlich und mit eben so wenig überlegter Absicht, [illegible] einer Zeit von den Nordamerikanern bei Erklärung der Secession geschah. In der Regel wird man erfahren, dass ein Engländer ausweicht, verständnisslos bleibt oder unangenehm berührt wird, wenn man ihn auf

den Zusammenhang seiner speciellen Postulate mit anderen Fragen aufmerksam macht. Wenn man dagegen einem deutschen Arbeiter sagt: Durch Euer Jagen nach dem Volksstaat, durch Eure Tendenz alle bestehenden Ordnungen umzugestalten, versäumt ihr nur, jetzt euren Lohn zu erhöhen, so giebt der Deutsche zur Antwort: Unsere Gedanken sind aber im Allgemeinen richtig und das Allgemeine ist die Hauptsache. So ist der beständige Appell an eine gar nicht oder halb verstandene Philosophie deutschen Arbeitern gegenüber eine praktisch sehr richtige Taktik, durch die eine elende Arbeiterbevölkerung wie die sächsische sich gehoben fühlt, ein starkes Geschlecht wie die Schleswig-Holsteiner ganz besonders angelockt wird.

Die Kette dialektischer Schlussfolgerungen wird bei Lassalle durch leidenschaftliche Kritik, durch historische Schilderungen und praktische Vorschläge beständig unterbrochen und tritt in den verschiedenen Reden und Flugschriften selten in voller Klarheit hervor. Dagegen ist bei Marx in seinem „Kapital" zwar auch eine kolossale Fülle von literarischem, statistischem, historischem und legislativem Material beigebracht, allein die dialektische Entwicklung zieht sich in dem ganzen Buch vom ersten bis zum letzten Satz in unangreifbarer Folgerichtigkeit durch, und das beigebrachte Material dient nur zur Belebung der Darstellung und zum Beweise der Gelehrsamkeit des Verfassers. Einige Excerpte aus Marx's Kapital sind zum Verständniss der Methode und der Tendenzen der

Sozialdemokratie unentbehrlich, so mühselig zu lesen sie auch sein mögen:

Marx beginnt mit der Definition des Werths, d. h. des Tauschwerths und zwar sofort in der Weise, dass der Tauschwerth vom Gebrauchswerth völlig losgelöst wird. „Dass die Substanz des Tauschwerths ein von der physisch handgreiflichen Existenz der Waare oder ihrem Dasein als Gebrauchswerth durchaus Verschiedenes und Unabhängiges, zeigt ihr Austauschverhältniss auf den ersten Blick. Es ist charakterisirt eben durch die Abstraktion vom Gebrauchswerth" (S. 3 und 4 der ersten Auflage).

— — „Es ist also nur das Quantum gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit oder die zur Herstellung eines Gebrauchswerths gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit, welche seine Werthgrösse bestimmt." — — — „Als Werthe sind alle Waaren nur bestimmte Masse festgeronnener Arbeitszeit" (S. 5). Darauf wird der Begriff der Waare aufgebaut: „Die Waare ist unmittelbare Einheit vom Gebrauchswerth und Tauschwerth, also zweier Entgegengesetzten. Sie ist daher ein unmittelbarer Widerspruch" (S. 44).

Nach Konstatirung dieses Widerspruchs folgt die Entwicklung der Circulation und des Geldes, darauf im 2. Kapitel die Definition des Kapitals:

S. 107: „Dies letzte Produkt der Waarencirculation (Geld) ist die erste Erscheinungsform des Kapitals." — — S. 113: „Wenn die einfache Waarencirculation im Gebrauchswerth eine ihr von Aussen gesetzte Schranke

hat, ist die Bewegung des Kapitals dagegen masslos, indem sie in ihrem Abschluss das Prinzip und den Trieb ihrer Wiedererneuerung findet und ihr Ziel, die Verwerthung des Werths, am Ende des Prozesses ebenso wenig erreicht als am Anfang.“ — — „Der objective Inhalt jenes Processes — Verwerthung des Werths — ist sein subjektiver Zweck, und nur soweit wachsende Aneignung des abstrakten Reichthums das allein treibende Motiv seiner Operationen, funktionirt er als Kapitalist oder personificirtes mit Willen und Bewusstsein begabtes Kapital. Der Gebrauchswerth ist also nie als unmittelbarer Zweck des Kapitalisten zu behandeln. Auch nicht der einzelne Gewinn, sondern nur die rastlose Bewegung des Gewinnes“ — — (S. 117) „Der Werth wird also prozessirender Werth, prozessirendes Geld und als solches Kapital. Er kommt aus der Zirkulation her, geht wieder in sie ein, erhält und vervielfältigt sich in ihr, kehrt vergrössert aus ihr zurück und beginnt denselben Kreislauf stets wieder von neuem.“

S. 129: „Die Verwandlung des Geldes in Kapital ist auf Grundlage dem Waarentausch immanenter Gesetze zu entwickeln, so dass der Austausch von Aequivalenten als Ausgangspunkt gilt. Unser nur noch als Kapitalistenraupe vorhandener Geldbesitzer muss die Waaren zu ihrem Werth kaufen, zu ihrem Werth verkaufen und dennoch am Ende des Prozesses mehr Werth herausziehen, als er hineinwarf. Seine Schmetterlingsentfaltung muss in der Circulationssphäre und muss

nicht in der Circulationssphäre vorgehen. Dies sind die Bedingungen des Problems."

S. 130: „Um aus dem Verbrauch einer Waare Tauschwerth herauszuziehen, musste unser Geldbesitzer so glücklich sein, innerhalb der Circulationssphäre auf dem Markt eine Waare zu entdecken, deren Gebrauchswerth selbst die eigenthümliche Beschaffenheit besässe, Quelle von Tauschwerth zu sein, deren wirklicher Verbrauch also selbst Vergegenständlichung von Arbeit wird, also Werthschöpfung. Und der Geldbesitzer findet auf dem Markt eine solche spezifische Waare vor, das Arbeitsvermögen oder die Arbeitskraft."

S. 132: „Zur Verwandlung von Geld in Kapital muss der Geldbesitzer also den freien Arbeiter auf dem Waarenmarkt vorfinden."

S. 133: „Das Kapital entsteht nur, wo der Besitzer von Produktions- und Lebensmitteln den freien Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf dem Markt vorfindet, und diese eine historische Bedingung umschliesst eine Weltgeschichte."

Einstweilen wird zunächst nur gesagt: „der Werth der Arbeitskraft löst sich auf in den Werth einer bestimmten Summe von Lebensmitteln."

S. 134: „Der ehemalige Geldbesitzer schreitet voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der Eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der Andere scheu, widerstrebsam, wie Jemand, der seine eigene Haut zu

Markte getragen hat und nun nichts andres zu erwarten hat als die — Gerberei."

Marx führt nun eingehend aus, wie der Kapitalist den Arbeiter ausbeutet — die „Produktion des Mehrwerths". Das Endresultat ist, dass die Abfindung des Arbeitenden mit einem vom Kapitalisten ausgezahlten Lohn, dass das Lohnsystem als solches ein Widerspruch gegen den Begriff des Eigenthums ist, d. h. die Voraussetzung des kapitalistischen Eigenthums ist zugleich ein Widerspruch gegen das Eigenthum und somit muss aus dem „antagonistischen Charakter der kapitalistischen Accumulation" die Selbstvernichtung des accumulirten Kapitals hervorgehen:

S. 700: „Das Kapitalverhältniss setzt die Scheidung zwischen den Arbeitern und dem Eigenthum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit voraus. Sobald die kapitalistische Produktion einmal auf eigenen Füssen steht, erhält sie nicht nur jene Scheidung, sondern reproduzirt sie auf stets wachsender Stufenleiter. Der Prozess, der das Kapitalverhältniss schafft, kann also nichts Anderes sein, als der Scheidungsprozess des Arbeiters und der Arbeitsbedingungen."

S. 743: „Das selbst erarbeitete sozusagen auf Verwachsung des isolirten unabhängigen Arbeitsindividuums mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Privateigenthum wird verdrängt durch das kapitalistische Privateigenthum, welches auf Exploitation fremder aber formell freier Arbeit beruht. Sobald dieser Verwandlungsprozess nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zersetzt hat — gewinnt

die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete, also gemeinschaftliche Produktionsmittel, daher die weitere Expropriation der Privateigenthümer eine neue Form. Was jetzt zu expropriiren ist, ist nicht länger der selbstwirthschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitirende Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das immanente Gesetz der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Konzentration der Kapitalien. Je ein Kapitalist schlägt viele todt. Hand in Hand mit dieser Konzentration oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch Wenige entwickelt sich die cooperative Form des Arbeitsprozesses, — — — — das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Konzentration der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigenthums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriirt."

„Die kapitalistische Produktions- und Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigenthum ist die erste Negation des individuellen, auf eigene Arbeit gegründeten Privateigenthums. Die Negation der kapitalistischen Produktion wird durch sie selbst mit der Nothwendigkeit eines Naturprozesses produzirt. Es ist Negation der Ne-

gation. Diese stellt das individuelle Eigenthum wieder her, aber auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Aera der Cooperation freier Arbeiter aus ihrem Gemeineigenthum an der Erde und den durch die Arbeit selbst produzirten Produktionsmitteln."

Ich habe im Vorstehenden Marx mit seinen eigenen Worten sprechen lassen und versucht auf diese Weise ein getreues Bild seines Gedankenganges zu geben.

Der Werth wird nicht so definirt, dass eine Erscheinung des wirklichen Lebens nach ihrem gesammten wesentlichen Inhalt charakterisirt wird, sondern so, dass eine Seite wirklicher Erscheinungen selbst als eine Erscheinung von selbstständiger Bedeutung hingestellt wird. Der Tauschwerth ist in Wirklichkeit eine Vorstellung, die sich beim Menschen entwickelt bei Betrachtung der konkreten Erscheinung des Preises, d. h. des Quantitätsverhältnisses, nach welchem Waaren umgesetzt werden. Die subjektive Werthanschauung der Menschen ist durch die objektive Thatsache des Preises bestimmt. Der Preis wird in Wirklichkeit durch sehr verschiedene Gründe beeinflusst. Er ist ein komplizirtes Produkt vieler Ursachen, unter denen faktisch die Brauchbarkeit (der Gebrauchswerth) für den Käufer stets eine grosse Rolle spielt.

Dies läugnet Marx, seine Definition des Werths ist sofort ein unbewiesener Satz über die Gründe der Werthbestimmung; ein unbewiesener und höchst tendenziöser Satz.

Doch wir werden von der Werthlehre unten noch

eingehender sprechen müssen. Wenden wir uns jetzt zu der Kapitaldefinition, welche Marx auf elf Seiten höchst umständlich entwickelt, so ist klar, dass hiebei wieder ein Satz, eine erst zu beweisende Behauptung eingeschoben ist, nämlich der Satz, es gäbe eine herrschende Form des Besitzes, die faktisch völlig losgelöst ist von der Tendenz, durch Umsatz die subjektive Brauchbarkeit der Waaren zu erhöhen oder durch Verwendung bei der Produktion Vermehrung der Gebrauchswerthe zu erzeugen. Der quantitative Umfang der Vermögensrechte einer Person wird völlig losgelöst von den Objekten, den brauchbaren Gütern, denen gegenüber die Rechte bestehen — aller Kapitalbesitz wird identifizirt mit dem Kapital eines Börsenspekulanten.

Nachdem so in der Definition eine spezielle Ausartung unserer gegenwärtigen Zustände zum Wesen alles des Besitzes gestempelt ist, den wir Kapital nennen, so folgt dann die Entwicklung der „Widersprüche der allgemeinen Formel", wie die oben citirten Stellen zeigen. Diese haben den Sinn, dass die Voraussetzung des widerspruchsvollen Begriffs „Kapital", nämlich „die Arbeit als Waare" selbst ein Widerspruch, eine Unmöglichkeit sei.

Das Kapital wird definirt als ein Privatbesitz, der von der Tendenz, weitere Vermehrung der Güter und damit allgemeinen Nutzen zu erzeugen ebenso völlig losgelöst ist als der Tauschwerth vom Gebrauchswerth. Kapital wird definirt als lediglich ausbeutende Macht, die im Grunde ein Widerspruch gegen den Begriff der

Circulation ist und nur möglich wird unter Voraussetzung der Arbeit als Waare, d. h. unter Voraussetzung des Lohnsystems, von dem dann nachträglich gezeigt wird, dass und wie es sich in der wirklichen Geschichte entwickelt.

Nun kann man an sich das Kapital verschieden definiren, da es keine unzweifelhaft gegebene Erscheinung ist, sondern ein Begriff, unter den man diese oder jene Erscheinung subsumiren kann [1]). Allein immer muss eine Erscheinung des Lebens mit — all ihren Eigenschaften unter diesen Begriff gebracht werden. Definirt man wie Marx, so schiebt man wieder wie beim Werth eine erst zu beweisende Behauptung ein, nämlich die Behauptung, dass jedes Privatvermögen von einer gewissen Minimalgrösse an die Tendenz der Unterdrückung und Ausbeutung wirklich und zwar als eine vorwiegende oder ausschliessliche habe, und dass die Kraft dieser Tendenz mit der Grösse des Kapitals wachse. —

Die Definitionen, von denen Marx ausgeht, enthalten einen Widerspruch, weil sie nur auf einer Seite der Dinge aufgebaut sind — aber nur die Definitionen, nicht die Dinge selbst enthalten den Widerspruch, und der Widerspruch muss nicht zur radikalen Umgestaltung wirklicher Institutionen führen, so lange eine Erscheinung der Wirklichkeit noch verschiedene Eigenschaften gleichzeitig haben kann. —

---

[1]) S. meinen Aufsatz über einige neuere Versuche zur Revision der Grundbegriffe der Nationalökonomie in Hildebrand's Jahrbüchern 1876.

Es ist ein geistiger Hochgenuss, die haarscharfen Deduktionen von Marx zu verfolgen — bestrickend für den vornehmen Gelehrten, den die Trivialität, in der oft herrschende Meinungen auftreten, anwidert. Es kann auch in der That Jedermann aus Marx lernen — aber nur, indem man den kritischen Geist, von dem Marx überfliesst, gegen ihn selbst anwendet. Man kann leicht vernichtend scharf sein, wenn man nur bezweckt, zu negiren — ebenso wie ein reines Oppositionsblatt es am leichtesten hat witzig zu sein. So verräth es Beschränktheit, wenn man der Negation der Negation von Marx sich bewundernd und ohne eigene Tendenz der Negation gefangen giebt.

Dieselben dialektischen Kunstgriffe, dieselbe Methode des Beweises der Unhaltbarkeit bestehender Institutionen wie bei Marx, finden wir, vielfach abgeschwächt, aber zugleich leichter verständlich bei Lassalle. Von seinen Schriften dürfte in dieser Hinsicht vor Allem der „Bastiat — Schulze-Delitzsch" interessant sein, den ich nach der Auflage von 1864 citire.

„Aller Werth löst sich auf in die Arbeitszeit, die zur Herstellung eines Produkts erforderlich war." (S. 147.) — „Die allgemeine gesellschaftliche Arbeitszeit hat ihr selbstständiges Dasein als Geld" (S. 148).

„In der Unproduktivität der Arbeit liegt das Geheimniss der Produktivität des Kapitals und umgekehrt. In dem Unterschied der Arbeitsquanta, die im Preis der Produkte bezahlt werden und der Arbeitslöhne — liegt beides, sowohl der auf das Kapital fallende Profit, die Kapitalprämie, als auch die sich durch sich selbst

vermehrende, die unablässig fortzeugende, werbende Kraft des Kapitals, die durch die freie Konkurrenz endlich zum Durchbruch gekommen“ (S. 194). — „Das Arbeitsinstrument, welches selbstständig geworden, und mit dem Arbeiter die Rollen vertauscht hat, den lebendigen Arbeiter zum todten Arbeitsinstrument herabgesetzt, und sich selbst, das todte Arbeitsinstrument, zum lebendigen Zeugungsorgane entwickelt hat — das ist das Kapital!“ (S. 203.)

Wir sehen hier dieselbe Manier, eine thatsächliche Erscheinung von vornherein so zu definiren, dass sie als unerträglich erscheint und sich selbst vernichten muss.

Es ist völlig verlorene Liebesmühe, bei den geistig bedeutenden Sozialdemokraten an den dialektischen Entwicklungen im Einzelnen zu mäkeln, da und dort das Vergessen eines einzelnen Moments oder eine schiefe Schlussfolgerung nachweisen zu wollen. Die Methode wird ganz richtig angewendet, aber sie ist selbst von Anfang an tendenziös. Will man Marx theoretisch etwas anhaben, so kann man nur die Definitionen, von denen er ausgeht, nur das Princip seiner Methode angreifen.

Wir erklären es als unerlaubt, eine thatsächliche Erscheinung des vergangenen oder gegenwärtigen Lebens einseitig zu definiren und verlangen dagegen, dass alle wirthschaftlichen Thatsachen nach ihrem vollen Umfang richtig erkannt und geschildert werden. Wir bekämpfen die Auflösung verwickelter Thatsachen in willkürliche Begriffe, wir setzen der willkürlichen Ge-

schichtsphilosophie die unparteiische geschichtliche Methode entgegen, den historischen „Kategorien“ die historischen „Thatsachen“. Marx ist ein grosser Dialektiker, aber wenn er folgerichtig mit der Negation der Negation endet, so kommt dies nur daher, dass er mit der Entstellung der Wirklichkeit, mit der Lüge anfängt.

Nachdem ich Marx und Lassalle selbst habe sprechen lassen, will ich noch versuchen, die Gedankengänge dieser Männer einfacher darzustellen, so wie sie sich etwa im gewöhnlichen Gebrauch des Dutzend-Sozialdemokraten gestalten:

Da heisst es: Kapital ist nicht das kleine Vermögen der Wittwe, die kümmerlich von den Zinsen lebt, nicht das Handwerkszeug des Kleinmeisters, der ohne Gesellen arbeitet, nicht das Ackergut der Bauern, der nur mit seiner Familie wirthschaftet. Sondern Kapital ist nur das Vermögen des Banquiers, der durch Gewährung oder Verweigerung von Kredit die Produktion beeinflusst, nur das Vermögen des grossen Kaufmannes, der kauft und verkauft um Profit zu machen, nur die Maschinen, Roh- und Hilfsstoffe des Fabrikanten, der proletarische Lohnarbeiter engagirt. Diese Besitzarten sind von den ersten grundsätzlich verschieden und allein Kapital. Ihr Wesen ist Herrschaft und Ausbeutung durch Löwenverträge, die der Kapitalist mit Schwächeren abschliesst. Dadurch vernichtet der Kapitalist die Grundlage des Eigenthums, die eigene Arbeit des Eigenthümers, das Eigenthum wird Fremdthum, indem der Kapitalist sich den Verdienst Anderer aneignet. Diese Unnatur wächst mit der Grösse des

Kapitals. Das grössere Kapital unterdrückt nicht nur den proletarischen Arbeiter, sondern absorbirt auch das kleinere Kapital. Schliesslich bleibt nur ein grösstes allein herrschendes Kapital übrig, das selbstverständlich öffentlich verwaltet werden muss. Die Periode der Herrschaft privater Kapitalbesitzer ist geschlossen.

Oder man geht von der freien Konkurrenz aus und definirt diese nicht als einen Wetteifer individueller Producenten, die in diesem Wetteifer stets ihre Kräfte steigern zum Heile der Gesammtheit, sondern man definirt sie lediglich als einen Kampf ums Dasein, als einen Vernichtungskrieg des Stärkeren gegen den Schwächeren. Die Folge muss nothwendig zuletzt die sein, dass der stärkste Konkurrent allein übrig bleibt, alle Konkurrenz zwischen verschiedenen Produzenten aufhört und ein einheitlicher Gross- und Zwangsbetrieb die ganze Wirthschaft der Nation beherrscht.

Es ist selbstverständlich, dass alle Sozialdemokraten die Macht des Grossbetriebs gewaltig übertreiben und ihn an sich in feindseliger Haltung gegen den Kleinbetrieb und ohne Rücksicht auf die Resultate unserer Gewerbestatistik [1]) als allein berechtigt an-

---

[1]) Die leider bisher sehr vernachlässigte Gewerbestatistik zeigt, dass jedenfalls die Angehörigen des Kleinbetriebs noch weit zahlreicher sind als die des Grossbetriebs. Sind auch unter den Kleinmeistern der Statistik faktisch Viele, die nur Akkordarbeiter grosser Unternehmer sind, so müssen wir doch als sicher annehmen, dass dem kleinen und mittleren Gewerbebetrieb neben der auf selbstständigem Gebiet wachsenden Grossindustrie, seine eigene Sphäre gesichert bleibt.

erkennen. Das Endresultat aller Deduktionen ist stets dasselbe, dass das Privateigenthum an Produktivwerkzeugen durch folgerichtige Entwicklung seines eigenen Prinzips sich selbst vernichten müsse, und immer beruht das Endresultat lediglich auf der Einseitigkeit der ersten Definitionen.

Dass diese ersten Definitionen und deshalb allein auch die Schlussfolgerungen falsch sind, kann man vielleicht am deutlichsten sehen, wenn man sich auf den Standpunkt von Marx selbst stellt und den dialektischen Prozess folgerichtig noch weiter entwickelt.

Warum soll der Prozess der Widerspruchsentwicklung und Gegentheilserzeugung, warum soll die Negation der Negation aufhören, warum soll ein befriedigender Stillstand eintreten, nachdem einmal das Privatkapital sein Gegentheil, das Gesammtkapital mit geordnetem Zwangsbetrieb erzeugt hat?

Der einheitlich geordnete Zwangsbetrieb der nationalen oder gar der Welt-Production muss doch begrifflich nothwendiger Weise in Folge seiner Grösse gegliedert werden. Ein Wille kann unmöglich Alles das Kleinste wie das Grösste lenken; sondern über den einzelnen Zweigen der Produktion müssen Ressort-Chef's, über den einzelnen Fabriken müssen Direktoren, innerhalb derselben müssen Werkmeister in den einzelnen Abtheilungen fungiren. Ueberdies wird das gesammte arbeitende und konsumirende Volk eine ewige kritische Kontrole aller Direktion ausüben, wenn man nicht mit Fourier annimmt, dass mit dem Wechsel der Organisation der Wirthschaft sich die

Natur zu erstaunlicher und unerschöpflicher Fruchtbarkeit, der menschliche Charakter zu unerhörter Friedfertigkeit und Harmonie des Wollens umgestalten werde. Nebenbei bemerkt, Fourier's phantastische Träumereien enthalten wirklich den Beweis, dass die extreme sozialistische Zwangsassoziation nur durch ein Wunder möglich wird!

In der einheitlich organisirten Zwangsproduktion liegt also wieder ein Widerspruch, der Widerspruch zwischen der Einheitlichkeit der Handlung und der Nothwendigkeit des selbständigen Handelns verschiedener mit einem individuellen Willen begabten Menschen. Es muss sich ein Gegensatz zwischen den Interessen und Absichten der einzelnen Ressorts, Fabriken, Abtheilungen und einzelner Arbeiter entwickeln — der Wettkampf selbständiger Gesammt- und Einzelpersonen ist wieder da, die einheitliche Zwangsproduktion hat sich wieder rückwärts verwandelt in die eifrige Thätigheit konkurrirender Individuen, die Negation der Negation hat sich selbst wieder negirt — und das folgt aus dem Begriff der Grösse der extrem sozialistischen Zwangsproduktion.

So kommen wir, wenn wir uns der Denkweise der Sozialdemokraten anschliessen, zu dem Resultat, der nothwendige und natürliche Entwicklungsgang der sozialen und sozialpolitischen Einrichtungen sei ein ewiger gewaltsamer Wechsel von Extremen.

Das ist die „Quintessenz" nicht des Sozialismus, wohl aber der sozialdemokratischen Lehre.

Wir werden unten sehen, wie diese sozialdemokra-

tische Lehre anknüpft an die Theorien Rousseau's, des grossen Propheten nicht der grossen französischen Revolution, sondern der Revolution als permanent sich wiederholender Erscheinung, des Verkündigers der Lehre, der selbst ein Bentham vorwarf, es folge aus ihr ewige Revolution ohne jede Möglichkeit eines dauernden Zustandes. Hier interessirt uns zunächst, dass diese Lehre ein Abbild ist der Entwicklung einiger Völker, nämlich derjenigen bedauernswerthen Völker, die in ewig wiederholter Revolution den Sinn für mässigen Fortschritt verloren haben, bei denen jede Partei vor Allem nach dem wenn auch nur vorübergehenden Besitz der ausschliesslichen Macht strebt, und in der That in ewigem Wellenschlag ein Wechsel zwischen überspannter Autorität und wüster Anarchie stattfindet.

Aber was wir bei einigen Völkern sehen, das lehrt uns die Geschichte keineswegs von allen. Sie lehrt vielmehr umgekehrt, dass es unmöglich ist ein Extrem dauernd an Stelle eines anderen zu setzen, dass es vor Allem unmöglich ist, an Stelle von Verschiedenheit des Besitzes mit einem Schlag für die Dauer gleichen Wohlstand Aller zu setzen. Sie lehrt, dass wo extrem entgegengesetzte Systeme die Völker wechselnd beherrschen, kein stätig beglückender Fortschritt stattfindet.

Freilich es giebt kein Leben ohne Wechsel und Veränderung. Alle einmal eingeführten Institutionen überleben sich allmälig oder übertreiben ihr eigenes Prinzip und kehren dann ihre Schwächen besonders

heraus. Aber es giebt eine allmälige Umbildung absterbender Institutionen, eine theilweise Korrectur übertriebener Prinzipien, einen Fortschritt ohne Umsturz. Und glücklicherweise ist solche Entwicklung die regelmässige und natürliche, die entgegengesetzte die Ausnahme.

Wir haben es wohl erlebt, dass als die demokratische Republik das absolute Königthum in Frankreich gestürzt hatte, die Republik in den Cäsarismus des ersten Kaiserreichs umschlug, dass die Arbeitercontrerevolution von 1848 dem Cäsarismus des zweiten Kaiserreichs die Wege ebnete. Das war Negation der Negation.

Aber, wenn Thiers in kürzlich veröffentlichten Gesprächen die Ansicht vertrat, kommende Völker würden die unartigen Franzosen doch mehr lieben als die wohlerzogenen Engländer, so erscheint uns heute der politische Entwicklungsgang des Englischen Volkes als sehr viel glücklicher und nachahmungswerther wie der der Franzosen. Es bleibt für uns der Ruhm Englands, dass der Kampt gegen die ungesetzlichen Ansprüche der Stuarts auf absolute Gewalt endete nicht mit der demokratischen Republik, sondern dass die glorreiche Revolution von 1688 das konstitutionelle Königthum im Anschluss an die historischen Volksrechte dauernd schuf und sich nur nebenbei und ohne die Consequenz zu ziehen auf den Staatsvertrag berief. Wir nennen es eine organische Entwicklung, dass 1832 das Wahlrecht zunächst nur erweitert wurde, das aristokratische Parlament der Vergangenheit nicht ohne

Weiteres einer gleichmässigen Vertretung der Massen wich. Wir freuen uns, dass bei uns die Krone die Leibeigenschaft abschaffte ohne den Landbesitz der Gutsherren und Bauern zu nivelliren, dass im Anfang des Jahrhunderts bei uns wohlvorbereitet durch das Werk Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. die moderne Staatsidee ihren Einzug hielt, ohne dass erregte Massen unseren Staatsbau durch das drohende Postulat des Volksstaats erschütterten. Wir betrachten es als hohen Gewinn, dass in Italien und Deutschland die Einheit der Nation durch eine legitime Gewalt vollbracht wurde, und mit dem Sturz einzelner volksfeindlicher Dynastieen die erbliche Monarchie als solche nicht zu Grunde ging.

Kurz: im Entwicklungsgang der Wissenschaft folgen sich oft extreme Ansichten, im Leben der Völker kommt unruhig wechselnde Herrschaft von Extremen vor. Aber die Wahrheit liegt in der Wissenschaft gar oft in der Mitte zwischen den Extremen, und das Glück der Völker gedeiht am besten bei schrittweiser Reform.

Wer anders denkt, der ist ein unverbesserlicher radikaler Theoretiker oder Politiker, und wie oft sind radikale Theorie und Praxis Hand in Hand gegangen! Jederzeit haben alle Radikalen das Monopol der Präcision, der Wahrheit, der Consequenz in Anspruch genommen, mit Stolz sich die „Ganzen“ genannt und auf die „Halben“ herabgesehen. Rief doch schon der Altmeister des englischen Radikalismus, Jeremias Bentham, als er glücklich zum Postulat der

demokratischen Republik durchgedrungen war, triumphirend aus: „das Ganze (die demokratische Republik) ist einfach, das Halbe (die konstitutionelle Monarchie) ist complizirt".

Wir aber haben keinen Grund uns vor radikalem Selbstbewusstsein bescheiden zu beugen. Was hat die Wissenschaft und zugleich das Völkerglück mehr gefördert: begeisterter Elan oder disziplinirte Energie? Ist es denn Schwäche seine Kraft weise zu mässigen, und Stärke, plötzlich auftauchendem Gedankenschwung unbesonnen freien Lauf zu lassen? Sind, weil es radikale Märtyrer gegeben hat, alle Radikalen wahre Helden? Wahrlich Angesichts der Negation der Negation der Sozialdemokraten ist es Zeit auf den Ruhm radikaler Consequenz zu verzichten, wenn man überhaupt Positives schaffen will!

Aus dem Gesagten geht das Eine hervor, dass das innerste Wesen der Sozialdemokraten die leidenschaftliche Absicht und der bewusste Wille, radikalen Umsturz herbeizuführen, ist. Wer soziale und politische Theorieen verstehen will, wird immer gut thun, nicht nur nach einzelnen thatsächlichen Unrichtigkeiten oder logischen Fehlern, sondern vor Allem nach der Tendenz der Gründer dieser Theorieen zu fragen. Das Zusammenleben der Völker ist kein Gegenstand wissenschaftlicher Forschung, den wir, wie den Fixsternhimmel, aus der Vogelperspective betrachten können, sondern als denkende, fühlende, wollende Wesen bleiben wir stets selbst ein Glied des Organismus, den wir beobachten und erkennen wollen. So

wird, was der einzelne Denker sieht, denkt und schildert, stets bewusst oder unbewusst von seinem Wollen beeinflusst sein — und nirgends ist das wahrer als bei den Führern der Sozialdemokratie, deren wissenschaftliche Fähigkeit ebenso anzuerkennen als ihr Wollen zu bekämpfen ist. Sie sind wahrlich das schärfste Gegenstück zu den „guten Menschen aber schlechten Musikanten".

Wegen dieser vorwiegenden und beherrschenden Tendenz insbesondere ist es durchaus nöthig zwischen Sozialismus und Sozialdemokratie scharf zu unterscheiden. Dass ein thörichter Sprachgebrauch diesen Unterschied beständig verwischt, ist eine Hauptquelle all der unklaren Anschauungen über soziale Fragen. Die Sozialdemokraten Deutschlands haben freilich diesen Sprachgebrauch seit der Vereinigung ihrer beiden Fraktionen 1875 selbst acceptirt und sich sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands genannt. Allein wenn dies von den Sozialdemokraten eine ganz geschickte Taktik ist, indem sie dadurch alle diejenigen sich günstig gestimmt machen, die im Sozialismus etwas Berechtigtes anerkennen, so ist es nicht minder ein verwirrender und deshalb verwerflicher Sprachgebrauch.

Wenn man bedenkt, was das Wort Socialismus sprachlich bedeuten kann, wenn man weiter bedenkt, welche unendlich verschiedenen Richtungen im Laufe der Zeit sozialistisch genannt wurden und sich selbst so nannten — so kann man Sozialismus nur nennen jede Richtung, welche irgendwelche Unterordnung des Einzelwillens unter die Gesammtheit verlangt.

Danach ist Sozialismus kurzweg gar keine geschlossene Richtung mit festem Programm, sondern nur ein sehr allgemeiner Gedanke, der sich in verschiedenstem Mass überall geltend macht. Ich will sogar den Sprachgebrauch gelten lassen, demzufolge man nicht jedes Mass sozialistischer Gedanken kurzweg Sozialismus nennt, sondern mit Roscher nur jene Richtungen, die ein höheres Mass von Gemeinsinn verlangen, als der menschlichen Natur entspricht. Nennen wir einmal nur den extremen und utopischen Sozialismus inclusive des eigentlichen Communismus kurzweg Sozialismus, so ist auch dann noch eine Masse sehr verschiedener Theorieen unter einem Namen zusammengefasst. Es hat zwar jeder extreme und utopische Socialismus eine natürliche Neigung sich mit der Revolution zu verbinden, allein es gab oft einen extremen Sozialismus ohne revolutionären Willen und einen revolutionären Willen ohne sozialistische Ziele. Ich erinnere nur an St. Simon und Robert Owen als extreme und doch friedliche Socialisten, an die Mehrzahl der Jakobiner und an Paine als nicht sozialistische Revolutionäre. Das bezeichnendeste Beispiel eines nicht revolutionären und doch sehr wirksamen extremen Sozialisten ist wohl Robert Owen, bei dem es während seines langen Wirkens Prinzip war, von jeder politischen Agitation abzumahnen, von Verfassungsänderungen absolut Nichts zu hoffen und von dem friedlichen freien Zusammenschluss der Menschen zu Communitäten allein Alles zu erwarten.

Der Sprachgebrauch, Sozialdemokratie und Sozialismus zu verwechseln, wird wohl dadurch einigermassen

entschuldigt, dass es heute eine irgend nennenswerthe extrem sozialistische Partei neben der Sozialdemokratie nicht mehr giebt. Allein eben um das Wesen der Sozialdemokratie zu verstehen, müssen wir die beiden Begriffe trennen. Das Wesen der Sozialdemokratie ist die prinzipielle Verbindung einer Variation des extremen Sozialismus mit der Tendenz zu politischer Revolution.

Der erste Sozialdemokrat unserer Zeit war sonach Baboeuf, der wilde Communist. Nach ihm und seinen französischen Nachfolgern kamen in der Zeit unmittelbar nach dem Kampf für die Reformbill von 1832 in England einige Agitatoren von ächt sozialdemokratischem Charakter, die aber nicht viel Einfluss erlangten. Dann folgte als ein grosser und erfolgreicher sozialdemokratischer Führer Louis Blanc, der freilich mit der revolutionären Phrase mehr spielte, als dass er den Muth zu grosser revolutionärer Thätigkeit selbst gehabt hätte. Aber er war Einer von Jenen, die die Geister, die sie rufen, nicht bannen können, und der von ihm erregte revolutionäre Sturm riss ihn zuletzt in seine Wogen hinein. Endlich haben dann Marx und Lassalle die Sozialdemokratie, wie erwähnt, zur Wissenschaft erhoben und sie zugleich als praktische Partei dauernd constituirt.

Bei allen Sozialdemokraten ist das extrem sozialistische oder communistische Ziel nur eines von vielen Zielen, die durch Umsturz erreicht werden sollen, und vor Allem ein Mittel, das mit seiner materiellen Lage unzufriedene Proletariat an die Fahne

der Revolution zu fesseln. Der Sozialdemokrat hat begriffen, dass über einen Verfassungskonflikt keine Revolution ausbricht, sondern dass hiezu tiefe Erbitterung zahlreicher Klassen über ihr persönliches Befinden nöthig ist. Besonders deutlich tritt diese Tendenz, das Proletariat als Kanonenfutter der Revolution zu gebrauchen, in den deutsch-französischen Jahrbüchern hervor, sowie darin, dass noch heute der ächte Sozialdemokrat an wachsendem Elend der Arbeiter eine gewisse Freude hat.

Es sind also in jeder Sozialdemokratie, insbesondere in unserer heutigen Sozialdemokratie zwei Elemente grundsätzlich zu unterscheiden, das ökonomisch-sozialistische und das politisch-revolutionäre. Die Verbindung beider macht das Wesen der Sozialdemokratie aus; sie hängen natürlich nur zusammen insofern, als beide Elemente extrem und radikal sind, sie können aber sehr gut auch getrennt von einander vorkommen. Jedenfalls ist von den beiden Elementen das ökonomisch-sozialistische an sich das harmlose und ungefährliche, das politisch-revolutionäre dagegen das eigentlich gefährliche und zugleich das tonangebende.

Wie schon die beständige Verwechselung von Sozialismus und Sozialdemokratie zeigt, ist das innere Wesen unserer Sozialdemokratie unglaublich wenig bekannt. Nicht nur das Schöne, auch das Hässliche liegt oft sehr nahe und wir gehen verständnisslos daran vorüber. Die äussere Geschichte unserer deutschen

Sozialdemokratie ist in jüngster Zeit durch Mehring's [1]) in seiner Art ganz vorzügliche Schrift sehr gut geschildert worden; daneben findet sich auch eine sehr richtige Charakteristik der einzelnen Führer. Der zweite Theil dieser Schrift aber bringt vielfach nur eine Wiederholung des ersten, zeugt von mehr Kenntniss der Schriften von Lassalle als der Werke von Marx und unterlässt jedenfalls den Ideenkreis der Sozialdemokratie mit der gesammten sozialpolitischen Ideenwelt des Jahrhunderts in Verbindung zu setzen. So bleibt über das innere Wesen der Sozialdemokratie noch Manches zu sagen übrig. So unbekannt ist unsere Sozialdemokratie, dass die wenigsten Gebildeten bei uns sie von dem wüsten Treiben der Bakuninisten oder reinen Anarchisten zu unterscheiden wissen, obwohl Marx gegen diese wahnwitzige Richtung beständig kämpfte und die deutschen Sozialdemokraten sich auf dem jüngsten Genter Kongress abermals scharf mit diesen Gegnern auseinandersetzten. Andere werfen die Sozialdemokraten ohne Weiteres mit der Pariser Kommune oder gar mit den gallischen Megären und ihrem Petroleum in einen Topf. Es muss ausdrücklich gesagt werden, dass der sinnlose Kampf Bakunin's gegen jede Autorität, der so weit ging, dass selbst kein Präsidium in Versammlungen mehr geduldet wurde, von den denkenden Sozialdemokraten nie mitgemacht wurde, obwohl es sich nicht vermeiden liess, dass diese wüsten Gesellen auf den Kongressen der Internationalen er-

[1]) Mehring, Die deutsche Socialdemokratie. Bremen 1877.

schienen, von der sie sich aber schliesslich zu einem Sonderbunde schieden. Was die Pariser Kommune von 1871 betrifft, so ist es zur Zeit noch unmöglich, ihre Geschichte zu schreiben. Aber so viel ist doch klar, dass diese ganze Bewegung keineswegs in dem Wühlen der Internationalen, sondern in der Erbitterung des Parisers über die Niederlage, in der Angst vor einer reaktionären Regierung, in der Eifersucht auf Versailles — und in der spät gewonnenen Einsicht, dass das System centralisirter Bureaukratie durchbrochen werden müsse, ihre Wurzel hatte. Ferner ist klar, dass solange eine eigentliche Regierung der Kommune bestand, in dieser reine Jakobiner die Majorität hatten und neben einer Minorität von Sozialdemokraten einige princip- und vaterlandslose Catilinarier besonders einflussreich waren. Alle offiziellen Dekrete der Kommuneregierung enthalten nur wenige und sehr schwächliche sozialistische Tendenzen, ganz anders als die Programme der barrikadenkämpfenden Arbeiter im Juni 1848. Als schliesslich jene Gräuelthaten sich ereigneten, die die ganze civilisirte Welt in Schrecken versetzten, da herrschte in Paris gar keine Regierung mehr, weder eine bakuninistische, noch jakobinische, noch sozialdemokratische, sondern das „Gehirn der Welt“ befand sich in einem Zustand, der aus Katzenjammer und Rausch gemischt war — die altersschwach gewordene Revolutionsidee feierte einen Hexensabbath, in dem sich Alle tummelten, die Nichts zu verlieren hatten.

Die Sozialdemokratie hat freilich nachträglich die von ihr weder gewollte, noch geleitete Commune-

bewegung gewissermassen adoptirt. Das ist aber nur ein Agitationsmanövre und hat lediglich den Zweck überhaupt Aufregung zu verbreiten — gerade so wie der Sozialdemokrat der Berliner Märztage stets wehmüthig und pathetisch gedenkt.

Die lächerlichste und gedankenloseste Anschauung ist die, welche die ganze deutsche Sozialdemokratie für das Produkt der raffinirten Redekunst einiger gewissenlosen Agitatoren, oder alle Sozialdemokraten für Bassermann'sche Gestalten hält. Eine Partei wird nie durch Reden allein erzeugt und unsere deutschen Sozialdemokraten sind in Wirklichkeit eine stets wachsende Schaar von meist ganz soliden Arbeitern, von Kleinbürgern und auch schon von kleinen Beamten. Neue Klassen, zum Bewusstsein ihrer gedrückten Lage gelangt, werden empfänglich für alle alten Revolutionsideen, die andere Stände in anderer Zeit ausgebildet haben. Die vergleichsweise besten Kenner unserer Sozialdemokratie sind leider Diejenigen, welche aus irgend einem Grunde mit der blinden Leidenschaft der Sozialdemokraten gegen unsere herrschenden politischen Grundsätze sympathisiren. Dahin sind zu rechnen die Ultramontanen (v. Ketteler, Moufang, Kolping, Joerg, Schings), die Sozialconservativen (d. h. von Lebenden namentlich Rudolph Meyer), der kirchlich eifrige Pastor Todt etc. Auch der „Föderalist" Schäffle gehört hierher. Sie alle behandeln das revolutionäre Element in der Sozialdemokratie verhältnissmässig zu milde, wenn auch der geringere Abscheu gegen die Richtung im

Ganzen sie zu einem vorurtheilsfreien Studium und gelegentlich zu dankenswerther Aufklärung befähigt.

Die Masse unserer sozialdemokratischen Wähler und Vereinsmitglieder lässt sich durch revolutionäre Reden und Artikel gern aufregen, fühlt sich dadurch gewissermassen geschmeichelt und findet durch Ausmalen goldener Träume, die nach vollbrachtem Umsturz verwirklicht werden sollen, eine Erleichterung in ihrem einförmigen, genussarmen Dasein. Eine entschlossene Absicht und allgemeine Lust, Revolution zu machen, ist aber noch nicht da [1]). Man freut sich vorerst nur an dem wilden Schmähen der sozialdemokratischen Presse — aber die wichtigsten Führer haben entschieden die Absicht ein thatbereites revolutionäres Feuer allmälig zu entzünden. Und so bleibt es dabei, dass die Sozialdemokratie vor Allem eine politisch revolutionäre Partei ist. Es kommt Alles darauf an, die Sozialdemokratie zu überwinden, ehe diese Absicht der Führer erreicht ist. Dazu ist vor Allem nöthig, dass wir die Sozialdemokratie gründlich kennen und verstehen lernen.

Scheiden wir zu diesem Zweck die Betrachtung des ökonomisch-sozialistischen von der des politisch-

[1]) S. unter Anderm meine Reisebriefe „zur Beurtheilung der Sozialdemokratie in Sachsen" im Jahrgang 1874 der Concordia.

revolutionären Elements und beginnen wir mit dem ersten:

Wie auf jedem Gebiete des Handelns bedarf der Mensch auch auf wirthschaftlichem Gebiet der freien Entfaltung seiner eigenen Kraft und zugleich des Anschlusses an Andere, der Verbindung mit Anderen: Immer und überall ist der Mensch ein mit Selbsterhaltungstrieb ausgerüstetes Einzelwesen mit eigenen Neigungen und eigenen Interessen und zugleich ein Glied der Gattung, die ihm in geordneten Gemeinschaften entgegentritt. Wo Anschluss und Verbindung ist, da versteht sich Ordnung und Unterordnung von selbst, Bethätigung des freien Willens innerhalb bestimmter Schranken ist die Bestimmung des Menschen.

So sind jederzeit die Institutionen, welche das wirthschaftliche Leben der Menschen beherrschen, aus individualistischen und sozialistischen Elementen zusammengesetzt. Individualismus d. h. Freiheit, Sozialismus, d. h. Ordnung sind zwei ewig gleich berechtigte Prinzipien, von denen nie das eine das andere völlig ausschliessen kann, sondern die nur zu verschiedenen Zeiten in verschiedenem Masse nebeneinander bestehen können.

Es ist sinnlos, sich vor dem üblen Klang des Wortes Sozialismus zu scheuen [1]. Sozialismus wie ich

---

[1]) Das habe ich schon in der Concordia vom 22. Februar 1872 ausgeführt. Auch war ich meines Wissens der Erste, der den Spitznamen „Kathedersozialist“ unter Berufung auf die nothwendige Unterscheidung zwischen Sozialismus und Sozialdemokratie ruhig acceptirte.

es hier meine, ist eben Socialismus in der oben ausgeführten weitesten Bedeutung des Worts, nicht identisch mit extremem Sozialismus oder gar Sozialdemokratie. Lassen wir doch den Sozialdemokraten nicht das Monopol auch auf den vernünftigen und nothwendigen Sozialismus. Gegenüber dem allgemein gebrauchten Wort „Individualismus“ haben wir keine andere Wahl — wir müssen dem Individualismus den Sozialismus kurzweg als natürlichen Gegensatz und als ein gleichberechtigtes Prinzip gegenüberstellen. —

Der Feudalismus und der fürstliche Absolutismus überspannten in den von ihnen getragenen wirthschaftlichen Institutionen das sozialistische Element. Der Bauer war an die Scholle gebunden und musste den Acker in der Väter Weise ohne freie Wahl, ohne Möglichkeit origineller Betriebsweise bearbeiten. Der Handwerker war in seinem Betrieb an die Ordnungen der Zunft strenge gebunden, die ihm Quantität und Qualität seiner Produkte vorschrieben, Anfangs höchst wohlthätig waren für das Gedeihen des Gewerbes, allmälig aber immer mehr als lästige Fessel empfunden wurden. Der fürstliche Absolutismus besass selten die Kraft mit diesen alten Schranken gründlich aufzuräumen und wo er Neuerungen einführte, da concessionirte und privilegirte, bevormundete und beschützte er in der Weise des Merkantilsystems, so dass die Entfesslung neuer wirthschaftlichen Kräfte doch nur etwas von der Regierung künstlich Hervorgerufenes oder von ihr Geduldetes war. Auch diese Ordnung war wohlthätig, soweit eine geistig überlegene Büreaukratie ein Pfahlbürgerthum ohne

Muth und Erfahrung vorwärts trieb — allein schneller noch als die Ordnung der Zünfte wurde die ausbeutende Bevormundung der Regierung in den meisten Ländern eine lästige Fessel des erstarkenden Bürgerthums. All diese wirthschaftlichen Ordnungen des Feudalismus und Absolutismus hat die Neuzeit hinweggespült. Die Aufhebung der Leibeigenschaft erfolgte in England schon im Mittelalter, in Frankreich am Ende des vorigen, in Deutschland in diesem Jahrhundert. Die Zünfte erstarben in England allmälig zu bedeutungslosen Gebilden, in Frankreich entfernte sie wieder die Revolution, in Deutschland wurde ihr Einfluss durch aufgeklärte Fürsten mehr und mehr gebrochen, bis die neueste Gesetzgebung ihnen jede Bedeutung nahm. Die monopolisirten Handelsgesellschaften, die Fabrikreglements, die Navigationsgesetze, die Schutzzölle und das Koncessionswesen des merkantilistischen Absolutismus sind dem Princip der Gewerbe und Handelsfreiheit gewichen.

Diese zunächst rein negativen Triumphe errang die Neuzeit unter der Fahne einer Theorie, welche den extremen, unbedingten Individualismus predigte. Nichts Anderes ist die berühmte Lehre des laissez faire et passer. Der überspannte Sozialismus rief einen kein Mass kennenden Individualismus in der Wirthschaftslehre hervor, wie er sich bei den Physiokraten und ihren Vorgängern, dann in der Schule von Adam Smith geltend machte.

Freilich sind diese extrem-individualistischen Postulate immer Utopien geblieben, gerade wie alle extremsozialistischen Postulate. Nie und nirgends konnte der

Staat sich ganz vom wirthschaftlichen Leben zurückziehen und auf jede polizeiliche Ordnung verzichten. Allein die Principien der Freizügigkeit, der Handels- und Gewerbefreiheit, des freien Eigens an Grund und Boden wurden doch von der Gesetzgebung acceptirt, und Gesetze die auf anderen Prinzip beruhen, erschienen als ungern zu duldende, möglichst zu beschränkende Ausnahmen. Freies Sondereigenthum an allen wirthschaftlichen Gütern und Anerkennung aller freien Verträge über vermögensrechtliche Verhältnisse wurden die Grundlage unseres Vermögensrechtssystems. Allenthalben hoffte man hiervon ein goldenes Zeitalter, die beste der Welten — gerade wie der Socialdemokrat dies heute vom Volksstaat der Zukunft hofft. Allein es zeigte sich, dass der nunmehr überspannte Individualismus auch seine schlimmen Früchte trug. Das Uebergewicht der starken Individuen über die schwachen gedieh zu ungesunder Stärke, umsomehr als die Grossindustrie und später die Eisenbahnen den starken Individuen einen neuen unbegrenzten Spielraum zur Entfaltung ihrer Kräfte gaben.

Es entstand nicht, wie die Sozialdemokratie lehrt, eine Kraft der *reinen* Ausbeutung, noch weniger entstand eine positive Vermehrung des menschlichen Elends, aber es entstand allerdings eine Verschärfung des Gegensatzes zwischen Arm und Reich, es entstand das charakteristische Uebel der Neuzeit — das *Proletariat*, d. h. eine Klasse rechtlich freier Menschen ohne nennenswerthen Besitz, ohne gesicherten Erwerb, ohne gegründete Hoffnung des Aufschwungs in einen höheren

A good description of the populus at Rome.

Stand, die sich durch konzentrirtes Wohnen in grossen Städten ihrer Lage leidenschaftlich bewusst werden.

Kaum war das Uebel erschienen und erkannt, als man auch zu arbeiten begann, um durch Einschränkung des überspannten Individualismus dasselbe zu bekämpfen. Ich erinnere an die Fabrikgesetze und öffentliche Gesundheitspflege einerseits, die duldenden und ermunternden Gesetze für alle Art von Koalition und Assoziation anderseits — lauter Reformen von entschieden sozialistischem Geist. Allein diese Correctur des überspannten Individualismus kam zaghaft und oft verspätet, und so es ist kein Wunder, dass neben, oft vor dem Eifer der Reform sich ein extremer Sozialismus entwickelte, welcher die schlimmen Wirkungen des Individualismus masslos übertreibend diesen ganz aufheben, die individuelle Freiheit auf wirthschaftlichem Gebiet irgendwie durch geordnetes Zusammenarbeiten völlig ersetzen wollte. Wie schon gesagt, war der extreme Sozialismus selbst oft äusserst harmlos, manchmal hat er schliesslich nur nützlich gewirkt. Fourier's Träumereien mögen allerdings die später von Louis Blanc geführten leidenschaftlichen Arbeiter vorbereitend erregt haben, aber Robert Owen wirkte nachweislich den Agitationen des Chartismus entgegen, beide haben zuerst in ihren Ländern wenn auch in extremer ja verzerrter Form den Gedanken ausgesprochen, dass genossenschaftliche Assoziation ein Heilmittel gegen manche Schäden der freien Conkurrenz isolirter Individuen sei. Und in England ist es nachweislich, dass die vielgepriesene, von Conservativen wie Liberalen gleich-

mässig anerkannte Cooperativbewegung, das Vorbild unserer Deutschen Genossenschaften, nur durch Robert Owen's Anregung entstand. Ja selbst der revolutionären Socialdemokratie muss man das eine Verdienst lassen, dass sie die höheren Klassen oft aus dem Schlaf gerüttelt, die Nothwendigkeit der Reform durch die Angst vor der Revolution ad oculos demonstrirt hat. Ist doch das Buch von Friedrich Engels über die arbeitenden Klassen in England das erste, das uns über die Leiden und Gefahren des Proletariats aufgeklärt hat.

Die Variation nun des extremen Sozialismus, welche die jetzige Sozialdemokratie acceptirt hat, lautet kurz folgendermassen:

Das Sondereigenthum an Genussgütern aller Art kann und soll bestehen bleiben. Aber das Privateigenthum an allem Grund und Boden, an Werkräumen, an Werkzeugen und Maschinen, Roh- und Hilfstoffen — kurz an den Gütern, die man Kapitalgüter nennt, muss aufgehoben werden. Der Staat muss diese Güter allein in die Hand nehmen und sie allen Arbeitenden je nach ihrer Lust resp. Fähigkeit unentgeltlich zur Benutzung überlassen. Dann wird der Gegensatz zwischen Arbeiter und Unternehmer verschwinden, jeder Arbeitende wird den vollen Ertrag seiner Arbeit erwerben und geniessen. Durch Expropriation (gegen Entschädigung durch Genussgüter) und Zwang des Staats soll dies Postulat der natürlichen Gerechtigkeit, dass jede Arbeit ihren vollen Lohn erhält, verwirklicht werden. —

Selbst diese Variation des extremen ökonomischen

Sozialismus ist an sich ganz harmlos und hat nur die Bedeutung eines scharfen Klagerufs über einige durch den extremen Individualismus erzeugte Missstände. Die Ungefährlichkeit des Postulats besteht in seiner Unmöglichkeit.

Ich will davon schweigen, wie die Expropriation ausgeführt werden soll. Nehmen wir nur das Endresultat, so ergiebt sich der volle Ertrag jeder individuellen Leistung nicht als eine ausgesonderte Menge fertiger Güter, da die einzelnen Menschen stets in Verbindung mit einander arbeiten und ganz besonders in der von den Sozialdemokraten ausschliesslich gewollten Grossindustrie. Wer kann sagen, den wievielsten Theil der fertigen Lokomotive der Werkmeister, jeder einzelne Arbeiter und Handlanger, jeder Lieferant von Werkzeugen gemacht hat? Wer kann sagen, wieviel Fleisch und Milch, Getreide und Kartoffeln jeder einzelne in einem landwirthschaftlichen Grossbetrieb Beschäftigte erzeugt hat?

Es müsste also der Werth der Leistungen jedes Einzelnen künstlich abgemessen und ihm dann eine entsprechende Menge von Produkten zugemessen werden. Misst man den Werth der Leistungen lediglich nach der Arbeitszeit, so entsteht jedenfalls die praktische Unmöglichkeit, die entsprechenden Mengen aufgewendeter Arbeitszeit auch bei den zur Vertheilung gelangenden Produktenmengen nachzuweisen. Es unterscheiden aber auch die meisten Sozialdemokraten zwischen höherer und niederer, complizirter qualifizirter und einfacher Handarbeit und können doch

keinen Massstab der Reduktion angeben. Wer wollte es auch unternehmen, die Leistungen Goethe's und Bismarcks mit denen eines Gassenkehrers nach gleichem Massstab zu messen?

Der Gedanke ist schon deshalb verkehrt, weil die verschiedenen Leistungen der Menschen in sehr verschiedenem Mass ihren Lohn durch Ehre und Genuss, die mit der Arbeit verbunden sind, in sich selbst tragen und gar nicht ausschliesslich durch Sachgüter belohnt sein wollen.

Den speziellen Ertrag spezieller Arbeit kennen wir nicht, für das relative Verdienst verschiedener Arbeiten giebt es kein Mass; die volle Gerechtigkeit durch Vertheilung der Genussgüter herstellen zu wollen, ist ein ethisch falscher Gedanke und zugleich absolut unpraktisch. Die Vertheilung der wirthschaftlichen Güter war nie ein Produkt schablonenmässiger Gerechtigkeit und kann es nie werden. Dies zeigt sich auch darin, dass die Sozialdemokraten, sowie man nach der näheren Ausführung des Gedankens fragt, entweder auf die Zukunft verweisen oder sich durchaus uneins werden. Der einzige mir bekannte Versuch, die Gütervertheilung nach Arbeitsquanten planmässig zu reguliren, nämlich die Owen'sche Arbeitsbörse von 1835 scheiterte kläglich.

Wenn man aber irgend ein System erfände, das irgend eine annähernde oder durchschnittliche Gerechtigkeit verwirklichen könnte, so ist doch klar, dass sowie der Staat allein über die Produktivmittel verfügt, er Denjenigen, denen er sie überlässt, auch ge-

bieten muss, was und wieviel sie arbeiten sollen. Die „Verallgemeinerung des öffentlichen Dienstes“ muss den freiwilligen Eintritt in diesen Dienst ausschliessen. Jede Freiheit auf wirthschaftlichem Gebiet würde aufhören, eine trostlos einförmige Unterordnung unter einen gebietenden Willen würde alles wirthschaftliche Thun in eine reizlose Oede verwandeln. Könnten wir es ertragen, dass Niemand mehr das stolze Bewusstsein entwickeln kann: Das habe ich gewollt und gewagt, das habe ich vollbracht! Das Pflichtgefühl, das lediglich mechanischer Gehorsam ist, kann nie ein Ersatz werden für die sittlich erhebende Wirkung des freien Wollens.

Das Postulat ist entschieden ein Widerspruch gegen die Natur des Menschen. Diejenigen, die gegen die Sozialdemokratie geschrieben haben, haben sich meist besonders mit diesem Postulat aufgehalten und oft eingehend bewiesen, dass die Leistung des Unternehmers auch eine werthvolle, hoher Belohnung würdige Arbeit sei. — Ganz richtig, aber die Einschaltung eines Direktors unter die Arbeitenden, die am Ertrag der Produktion theilnehmen sollen, würde neben den anderen Schwierigkeiten der Ausführung keine besondere Verlegenheit bereiten. Die relativ bedeutende Mühe, die man auf Widerlegung dieses sozialdemokratischen Postulats im Einzelnen verwendet hat, beweist nur, wie wenig man bei der Sozialdemokratie Haupt- und Nebensache zu unterscheiden weiss. Dieser Vorwurf trifft mit die bekannte Schäffle'sche Schrift „Quintessenz des Sozialismus.“ Diese Schrift hat entschieden ein grosses Verdienst. Frei von den Weitschweifigkeiten, den natur-

wissenschaftlichen Ànalogien etc., die wir sonst in den neueren Werken des Verfassers finden, entwickelt sie mit grosser Schärfe und Präcision den ökonomisch-sozialistischen Gedanken unserer Sozialdemokratie; sie thut dies entschieden besser als es irgend ein Sozialdemokrat selbst gethan hat, unterscheidet genau zwischen dem Möglichen und Unmöglichen, dem Wesentlichen und Unwesentlichen des extrem sozialistischen Programms, widerlegt alle unbrauchbaren Argumente gegen dieses Programm, und verhilft dem Gebildeten dazu, den reinen Sozialismus als eine des Nachdenkens im höchsten Grade würdige Erscheinung zu betrachten. Wenn man Schäffle zu geringe Gegnerschaft gegen den reinen Sozialismus vorgeworfen hat, so ist das lächerlich. Sein Fehler besteht meines Erachtens lediglich darin, dass er bei dem wissenschaftlichen Interesse an den ökonomischen Ideen und Vorschlägen der Sozialdemokraten vergass, die Wichtigkeit des tonangebenden revolutionären Willens gebührend zu würdigen. Seine neue Mitarbeiterschaft an der „Neuen Gesellschaft“ beweist, dass Schäffle in der That nicht nur in jener Schrift dies unterliess, sondern dass ihm dies überhaupt weniger wichtig ist. Und so bleibt es meines Erachtens sein Fehler, dass er die ökonomischen Organisationspläne der Sozialdemokratie als die Hauptsache hinstellte. Wenn ich mich dennoch selbst noch etwas länger bei diesem Punkt aufhalte, so geschieht es nur, weil es interessant ist zu sehen, woher eigentlich dieses Postulat der Sozialdemokraten stammt.

Es ist die richtige Consequenz einzelner Sätze

der sogenannten klassischen Nationalökonomie. Darunter verstehe ich die von Adam Smith begründete, von Ricardo extrem entwickelte Schule, welche zwar, wie jüngst namentlich Leser gut nachgewiesen hat, wesentlich auf der Lehre der Physiokraten beruht, aber doch zuerst erfolgreich den extremen Individualismus zu einem allgemein acceptirten System der Wirthschaftslehre ausgebildet hat. Sie ist die consequenteste und ausgebildeteste Tochter des Rationalismus und des extremen Individualismus des vorigen Jahrhunderts, wenn sie auch diese Ideen nur auf ein Gebiet des menschlichen Lebens anwendete. Sie ist nicht identisch mit Nationalökonomie kurzweg, am wenigsten mit deutscher Nationalökonomie, die sich stets von allerlei Einseitigkeiten ferne hielt. Ihr Höhepunkt ist nicht Ricardo, von dem Lassalle mit gutem Rechte von seinem Standpunkt aus „den Hut abzieht", sondern der Höhepunkt der Entwicklung der von A. Smith begründeten Schule ist F. B. W. Hermann, dessen „Staatswirthschaftliche Untersuchungen" die geistig höchst stehende Frucht der Anregungen von A. Smith sind und zugleich die Keime zur Ueberwindung aller Einseitigkeiten des Meisters enthalten.

Aber die Werke von A. Smith selbst und namentlich von Ricardo sind an sich hochbedeutende und bahnbrechende Werke gewesen, daher wir sie vor Allen — von kleineren Zeitgenossen zu schweigen — zur klassischen Nationalökonomie rechnen müssen, und sie haben auf die Wirthschaftslehre aller Länder noch heute einen ganz kolossalen, wenn auch keinen unbedingt

beherrschenden Einfluss mehr. Sie sind auch früher vielfach, jetzt vereinzelt als unfehlbare Autorität betrachtet worden. Sie sind jedenfalls das wahre Evangelium der aufstrebenden Bourgeoisie aller Länder geworden und wenn diese in den letzten Decennien sich äusserlich mehr an den bequemen und blendenden Bastiat anlehnt als an den schroffen Ricardo, so ist nie zu vergessen, dass Bastiat in der Hauptsache, dem absoluten Laissez faire et passer, unbedingt Ricardo folgt, und seine Eigenthümlichkeit nur in der optimistischen Verwässerung einiger Consequenzen besteht.

Erst nach dem Jahre 1832 brach in England der Gegensatz zwischen Arbeitern und Mittelklassen zu bewusstem Kampfe aus. O'Connor der Chartistenführer und Cobden der Freihandelsheld konnten keine Freunde mehr sein, nachdem den Mittelklassen aber nur diesen, ein Einfluss auf die Parlamentswahlen gesichert war. 1776—1832 dagegen fochten Arbeiter und Mittelklassen noch meistens vereint gegen die Regierung und die Grundaristokratie. Cobbett führte seine Arbeiter noch gegen die regierende Aristokratie, nicht gegen das Kapital. Dennoch ist schon in der Literatur dieser ganzen Zeit ein Gegensatz zu bemerken, der schon in den Werken Bentham's des grossen Propheten des Arbeiter- und Bourgeois-Radicalismus schlummert. Es entwickelte sich ein Arbeiterradicalismus, der mehr die Gleichheit betonte und vor Allem das allgemeine gleiche Wahlrecht verlangte — und die klassische Nationalökonomie, die mehr von der individuellen Freiheit aus-

ging, vom Staate weniger gleiche Rechte als überhaupt einen Verzicht auf Einfluss begehrte.

Gerade durch die Beschränktheit ihres Gebietes konnte diese Nationalökonomie jene wissenschaftliche Ausbildung erlangen, durch die sie so sehr imponirend wurde. Der Kürze halber wollen wir uns nur an Ricardo halten. Er ist ja auch was die Einseitigkeiten eines extremen Individualismus betrifft, unendlich viel charakteristischer als Adam Smith. Was diesen betrifft, so sei nur vorübergehend bemerkt, dass zwar Oncken, gewiss in unerlaubter Weise Adam Smith mit Kant zusammengestellt und ihn sogar zum Schutzzöllner gemacht hat — dass aber H. Rösler's Eifer gegen den „Smithianismus" der Person von A. Smith ebenso Unrecht thut, als seiner Zeit die Leidenschaft List's. Denn dieser freie Geist war in der That über viele Einseitigkeiten seiner Nachfolger erhaben und theilte keineswegs alle extremen Ansichten, die er anregte. Die geringere Präcision seiner Definition und Schlussfolgerungen, sein Wechsel der Methode ist in der That mehr Folge von geistiger Vielseitigkeit als von mangelnder Consequenz, und in seinem Buch sind ähnlich wie später bei Hermann ebenfalls die Keime von Anschauungen einer mehr ethischen als materialistischen Nationalökonomie enthalten. Dennoch hat er Ricardo, der einen Theil der Gedankenwelt von A. Smith consequent ausbildete, erst möglich gemacht.

Bleiben wir also bei Ricardo. Dieser „Praktiker" hat das höchste in „abstracter" Nationalökonomie ge-

leistet, was möglich ist. Und viele Gelehrte namentlich deutsche haben ihm in naiver Voraussetzungslosigkeit die Ehre angethan, an seine Schriften nur den Maassstab eines abstrakten Denkens anzulegen. Und dennoch ist er, gerade wie Marx, lediglich zu verstehen, wenn man bedenkt, was er praktisch wollte. Man muss dem unermüdlichen Mac Culloch dankbar sein, dass er eine Gesammtausgabe von Ricardo's Werken veranstaltete, und dabei die kleineren Schriften und Reden nicht vergass, die uns so wesentlich erleichtern, zu verstehen, was Ricardo eigentlich wollte.

Seine Tendenz war Feindschaft gegen die Grundaristokratie und Begründung der Herrschaft des Kapitals. Daher der Kampf gegen die Kornzölle, daher die Grundrentenlehre, die man als eine Entdeckung von gleichem Werthe wie die Entdeckung des Gesetzes der Schwere feierte, und die doch nur den Sinn hat, dass der Grundbesitzer unverdient auf Kosten der ganzen Gesellschaft gewinne — also verdiente gehasst und jedenfalls nicht begünstigt zu werden. Daher der Eifer für Herstellung der Metallvaluta ohne gleichzeitige Steuerreform, die den kapitalistischen Fondsbesitzern factisch höhere Zinsen verschaffen musste, daher vor Allem die bezeichnende Stelle, dass das allgemeine Wahlrecht zwar principiell richtig aber vorläufig nicht nöthig sei.

„Die Grundrente ist nie ein neu geschaffenes Einkommen, sondern nur ein Theil eines schon geschaffenen" — „das Interesse des Grundherrn ist jederzeit dem Interesse aller andern Stände in der Gesellschaft ent-

gegengesetzt" sagt Ricardo schon 1815 und in seinen Principles erscheinen die Bodenprodukte factisch als die einzige Waarenart, bei der die freie Concurrenz den Preis nicht herabdrückt.

Erheiternd ist es zu lesen, wie schon 1815 und 1822 Ricardo damit abwechselt zu zeigen, dass sinkende Brodpreise nur dem Kapital Gewinn bringen können — und dass doch die Arbeiter ein Interesse haben, mit dem Kapital Abschaffung der Kornzölle zu verlangen. Wie er dann auseinandersetzt, dass das wachsende Kapital bei aller verdienstvollen Mühe der Kapitalisten immer geringere Gewinne bringe, während der Grundherr bei wachsender Bevölkerung stets höhere Rente einstecke. Dankenswerth ist die bekannte cynische Stelle im 26. Capitel der Principles, die sich an die den Consum der Arbeiter unbedingt ausschliessende Definition des Reineinkommens anschliesst und die Vermehrung des Einkommens von Besitz als einziges Ziel nationaler Bestrebungen hinstellt, selbst ohne Rücksicht auf die Zahl der Menschen, die im Lande leben. Ich werde wohl später bei anderer Gelegenheit den ganzen Ricardo gründlich beleuchten.

Hier sei nur zur Charakterisirung von Ricardo's Tendenz noch eine Stelle aus der Parlamentsrede über das Ballot citirt:

„Wenn zugestanden wird, dass diejenigen, welche das Recht des Eigenthums sicher heilig halten, eine Stimme bei der Wahl der Volksvertreter haben sollen, so ist das Prinzip, für das die Reformer (Vertreter des allgemeinen Wahlrechts)

kämpfen gewahrt.“ Man lese die ganze Rede und wer nicht ganz blind ist wird erkennen, dass nach Ricardo die Aufgabe des Staats Schutz des Eigenthums ist, dass die Herrschaft im Staat dem Eigenthum gebührt, und dass ihm Eigenthum und (mobiles) Kapital identisch sind.

Soviel von Ricardo's Tendenz. Von ihm stammt nun vor Allem der Satz, dass der Werth aller Waaren durch die Hervorbringungsarbeit bestimmt werde. Freilich wechselt er zwischen den Ausdrücken „aufgewendete“ und „nothwendige“ Arbeit ab, bleibt also noch unscharf. Freilich beschränkt er den Satz auf die „beliebig vermehrbaren Waaren“ und spricht nachträglich von einem Einfluss verschiedener Mengen des benutzten fixen Kapitals. Aber er spricht es als einen allgemeinen Satz und eine grosse Regel aus, dass die Hervorbringungsarbeit das Maass der Werthe sei.

Bei A. Smith kommt dieser Satz auch schon in mehreren Variationen vor, aber er legt noch weniger Gewicht darauf und bringt daneben den an sich Nichts sagenden Satz von der eingetauschten Arbeit als Werthmass. Ricardo, der den Satz hervorhebt, denkt nicht daran ihn zu beweisen; er wird als Axiom hingestellt, er fand und findet Glauben durch seine Einfachheit, hauptsächlich aber durch seinen Zusammenhang mit gewissen allgemeinen Humanitäts- und Gerechtigkeitsideen, die dem Rationalismus des vorigen Jahrhunderts eigen waren.

Wenn Adam Smith sagte, dass aller Werth durch Arbeit und zwar durch die menschliche Arbeit als

solche entsteht, so lag darin nicht nur ein Gegensatz zu der merkantilistischen ausschliesslichen Begünstigung einzelner Arten gewerblicher Thätigkeit, sondern es lag darin zugleich der wahre und sittlich erhabene Gedanke, dass jede Arbeit als solche ehrenwerth sei und Achtung verdiene. Dieser Satz war die Form für den Adelsbrief, den die Neuzeit der redlichen Arbeit verlieh.

Nun ging man aber darüber hinaus und sagte, jedes Produkt sei wirklich um so viel mehr werth, als mehr Arbeit zu seiner Herstellung aufgewendet werden muss. Dies liess und lässt sich durch eine Statistik der Waarenpreise und geleisteten Arbeitsstunden nicht nachweisen; sondern es ist umgekehrt beweisbar, dass bei allen Waaren zu deren Erzeugung natürliche Stoffe von beschränkter Menge nöthig sind — und das sind fast alle Waaren — der Satz nicht zutrifft, sowie dass er in Widerspruch mit dem Satze von den Productionskosten als Preisregulator steht, so lange die Kapitalisten am Ertrag der Production mitbetheiligt sind. Endlich können nicht einmal die Productionskosten der Regulator der Preise sein, da sie selbst aus Preisen und Einkommen zusammengesetzt sind und factisch die erwarteten Preise die aufzuwendenden Productionskosten vorher bestimmen. Der Satz kann unmöglich einen Anspruch darauf erheben, dass er den wahren letzten Grund der in Wirklichkeit sich vollziehenden Preise angebe, die für unsere Erkenntniss stets ein complicirtes Produkt verschiedener in ihrer Stärke nur ungenau messbarer Ursachen bleiben.

Wir haben hier, wie später bei Marx, eine Definition, in die ein unbeweisbarer Satz eingeschoben ist. Wie bei Marx ist dieser Satz, der sagt, dass Etwas sei, nur eine Form für den Wunsch, dass Etwas sein solle.

Der Satz gilt nach Ricardo nur für den Fall einer unbeschränkten freien Concurrenz. Es wird also behauptet, die freie Concurrenz, das grosse Postulat von Ricardo's Schule, der unbeschränkte Wettbewerb (besitzender Individuen) erzeuge wirklich eine Preisregulirung, die idealen Wünschen nach gerechter Gütervertheilung entspricht.

Die Vorläufer, Zeitgenossen und Anhänger Ricardo's glauben, dass bei unbedingt gewährter Freiheit Arbeit allein Eigenthum erzeuge, dass also Jeder seinen Leistungen entsprechend Eigenthum erwerbe. Damit harmonirt es vollständig, dass man den Werth jedes Eigenthumsobjects von dem vorhergehenden Arbeitsaufwand allein abhangen lässt. Harmonie der Interessen, natürliche Gerechtigkeit erwartete man von der entfesselten Freiheit, vom laissez faire und der freien Concurrenz — und so findet Ricardo's Werthlehre Glauben, weil man für wahr hält, was man verwirklicht wünscht. Der Satz von der Arbeit als Werthmass ist eine kritiklos acceptirte Form für das Postulat: „Jeder Arbeit soll ihr entsprechender Lohn werden.“

Das Postulat selbst ist aber mehr gutgemeint als richtig. Die Arbeit als Werthquelle ist wirklich ein sittlich erhabener und fruchttragender Gedanke gewesen. Die Arbeitsmenge als Werthmass ist aber, wie schon

oben Marx gegenüber behauptet wurde, das Produkt einer materialistischen Auffassung, welche den Lohn der Arbeit nur im Genuss von Sachgütern erblickt. Sie ist zugleich ein unmöglicher Gedanke, weil es keinen objektiv festen Massstab zur Vergleichung verschiedener Arten von Arbeit giebt. Die Arbeit als Werthmass ist das bewusste oder unbewusste Produkt eines verschwommenen Gerechtigkeits- oder Billigkeits-Gefühls, nicht eines klar ausgebildeten Rechtssinnes. Bei Ricardo selbst handelte es sich anders als bei seinen gläubigen Anhängern, in der That nicht um eine gemüthvolle Humanität, sondern um ein bewusstes Sophisma. Derselbe Mann, der die Arbeit als Werthmass feierte, bildete auch die Lehre vom Hungerlohn, das sogenannte „eherne Lohngesetz“ aus. Dieses berühmte Lohngesetz lautet bekanntlich dahin, dass die naturgemässe Höhe des Arbeitslohnes gleich dem gewohnheitsgemäss nothwendigen Unterhaltsbedarf einer Arbeiterfamilie sei, und dass der wirkliche Lohn auf die Dauer von dieser naturgemässen Höhe nicht abweichen könne. Der äussere Beweis für die Wahrheit des Satzes wird durch Hinweis auf die Concurrenz der Arbeiter unter sich und ihre Tendenz, sich möglichst zu vermehren, geführt. Er folgt aber auch direkt aus dem Satz von der Arbeit als Werthmass. Werden die Arbeitsleistungen als Waare gegen Lohn verkauft, so ist ihr Werth, d. h. der Lohn, gleich dem zur Herstellung der verkauften Waare nöthigen Arbeitsaufwand. Der Arbeiter bekommt nicht das Produkt seiner Arbeit, sondern nur das Produkt von so

viel Arbeit, als gerade genügt, seine Arbeitskraft zu erhalten. Dies ist also der direkteste Widerspruch gegen die erwähnten allgemeinen Humanitäts- und Gerechtigkeitsideen — allein es fällt deshalb Ricardo nicht bei, das ganze Lohnverhältniss, die Scheidung zwischen Arbeiter und Kapitalist als etwas Anderes, denn als einen selbstverständlichen naturnothwendigen Zustand zu betrachten.

Weiter finden wir bei Ricardo und all seinen Nachfolgern die Lehre, dass Vermehrung des Kapitals das einzige wirthschaftliche Interesse der Nation sei, dass jede spezielle Einwirkung zu Ehren einer gesunden Vertheilung ganz unnöthig sei etc. Das Kapital wird auch ganz unbefangen als der geborene und natürliche Herrscher im volkswirthschaftlichen Leben angesehen, was sich am deutlichsten in dem bekannten, auch von Stuart Mill reproduzirten Satze äussert: „Das Kapital begrenzt die Produktion“, d. h. nicht der thätige Wille arbeitender Menschen, sondern die Menge des erzeugten und besessenen Kapitals allein entscheidet, wieviel produzirt werden kann und muss, und wieviel Menschen in Folge dessen leben können.

Ich habe Ricardo und die klassische Nationalökonomie wahrlich nicht entstellt — ich habe dazu auch keinen Grund; denn wahrlich, auch ich ziehe vor Ricardo den Hut ab, weil er jede Beschönigung seiner Tendenzen verschmäht und in seinen knappen scharfen Formeln so unverblümt deutlich ausspricht, was er will. Halten wir nun die drei Sätze von der Arbeit als Werthmass, vom Hungerlohn und vom Kapital als

Herrn der Produktion zusammen und fragen: was hat das für einen Sinn?

Es ist entweder der stärkste innere Widerspruch, oder die grösste Heuchelei. Zuerst wird die That des Menschen als allein werthschaffend und deshalb nutzbringend für die Menschheit gepriesen, und zwar jede Arbeit eines Menschen, und man erweckt den Glauben, als wolle man die freie individuelle Konkurrenz nur, weil dadurch die strikteste Gerechtigkeit gegen alle arbeitenden Menschen erreicht wird. Die ganze Welt und die erstrebte wirthschaftliche Freiheit scheinen nur da zu sein, um dem arbeitenden Menschen zu dienen und die höchsten Ideale einer rationalistisch-humanen Gerechtigkeit zu erfüllen. Die Institution des Eigenthums selbst, das die Frucht der Arbeit ist, steht im Dienst dieser edlen Zwecke.

Dann wird aber das Kapital als ersparte Arbeit etc. definirt, damit es wenigstens an den gerechten Genüssen der Arbeit theilnehmen kann. Unvermerkt wird die absolute Scheidung zwischen Besitzenden und Arbeitenden als ein gleichsam naturrechtlicher, nothwendiger Zustand eingeführt und nun wird die ganze Anschauung, von der man ausgeht, plötzlich in ihr Gegentheil verkehrt.

Den Arbeitenden wird zugerufen: „lasciate ogni esperanza“. Ihre Lage kann nicht verbessert werden, sie müssen sich fügen, einfache Werkzeuge der Produktion, Diener der allein Menschenzwecke verfolgenden Kapitalisten zu sein. Die Arbeit schafft allein die

Werthe —, aber das Kapital bestimmt allein, wieviel und welche Werthe erzeugt werden können.

Wahrlich auf solche Behandlung socialer Fragen passt genau das Wort des edlen Träumers St. Simon: Ote-toi que je m-y-mette, d. h. Staat tritt ab von deiner herrschenden Stellung im wirthschaftlichen Leben, damit das Kapital allein auf den Thron steige. Der Gedankeninhalt der Ricardo'schen Schule ist die vollkommenste Form jener so häufigen Verwechslung, derzufolge ein aufstrebender Stand sich mit dem ganzen Volk identificirt und wähnt, nach Befriedigung seiner Interessen sei das goldene Zeitalter für die ganze Menschheit angebrochen.

Diesen Fehler hat wie gesagt nicht die ganze Nationalökonomie begangen. Frühzeitig wurde die Arbeit als Werthmass bekämpft, das Suchen nach einem einfachen konstanten Werthmass als ein Suchen nach dem Stein der Weisen bezeichnet. Malthus sogar, der so oft als nächster Gesinnungsgenosse Ricardo's bezeichnet wird, glaubt nicht an die eherne Nothwendigkeit des Hungerlohnes, sondern strebt mit aller Kraft und Wärme nach Erhöhung des standard of life bei den Arbeitern.

Aber man begreift wohl, dass Lassalle behauptet, das eherne Lohngesetz stehe in der Wissenschaft fest, und dass Marx den Satz von der Arbeit als Werthmass als Axiom an die Spitze stellt und sich unter Berufung auf die klassische Nationalökonomie von jedem Beweis dispensirt. Nimmt man Ricardo's Lehre einfach wie sie ist, so kommt man ja mit der grössten

Bequemlichkeit, ja Nothwendigkeit zu dem Schluss, dass das Privateigenthum an Kapitalgütern als eine Unnatur aufhören müsse. Der Gedankengang, der bei Marx, Lassalle und allen Socialdemokraten wiederkehrt, bei Marx am schärfsten ausgebildet ist, ist in einfachen Worten kurz folgender:

Die Arbeit erzeugt allein alle Werthe, und jede Waare hat genau um so viel mehr Werth, als mehr Arbeit auf ihre Produktion verwendet werden muss, d. h. jedes Quantum werthhabender Waaren ist das ausschliessliche Produkt eines entsprechenden Quantums Arbeit.

Es ist gerecht und selbstverständlich, dass Jeder, der ein Quantum Arbeit geleistet hat, das entsprechende Quantum von werthhabenden Produkten habe und geniesse.

Diese allein natürliche Folge wird verhindert dadurch dass es ein Privateigenthum an Kapitalgütern und Lohnarbeiter giebt, die auf den nothwendigen Unterhaltsbedarf angewiesen, dem Lohnherrn einen (grossen und wachsenden) Theil ihres Produkts abtreten müssen.

Es ist also die richtige Konsequenz des ersten Ricardo'schen Satzes, dass Kapital-Privateigenthum, Einkommen von Besitz und Lohnsystem total abgeschafft werden müssen [1]).

---

[1]) Dieser an sich nur kritische Gedankengang ist faktisch ganz allgemein die wissenschaftliche Grundlage für den ökonomisch-sozialistischen Theil des sozialdemokratischen Pro-

Dies ist die ganz berechtigte und richtige Kritik der Ricardo'schen Lehren. Marx knüpft unmittelbar

---

gramms geworden. Marx ist hier wie überall der grosse Meister, und man erkennt die Sache am deutlichsten, wenn man Ricardo und Marx unmittelbar vergleicht. Es ist an sich höchst naheliegend aus Ricardo die Marx'schen Consequenzen zu ziehen, dennoch ist erst Marx damit allgemein durchgedrungen. Ob er aber *zuerst* diesen kritischen Gedankengang entwickelt hat, darüber herrscht Streit. Zweifelsohne hat Lassalle ihn copirt, aber es wird behauptet, er selbst stütze sich auf Rodbertus. Rudolph Meyer nennt in seinem „Emancipationskampf des vierten Standes" Rodbertus den *Vater* des modernen wissenschaftlichen Sozialismus und führt zu diesem Zweck die 34 Absätze an, in denen Rodbertus im zweiten sozialen Brief an Kirchmann, der 1850 — also vor Marx's „Kritik der politischen Oekonomie" — gedruckt wurde, seine Anschauungen zusammengefasst hat.

Dieser zweite Brief an Kirchmann enthält unleugbar einen grossen Fortschritt der Wissenschaft, der erst in allerjüngster Zeit verstanden und gewürdigt wird. Namentlich weise ich darauf hin, dass Rodbertus erkennt, dass die Produktion durch gemeinsame Thätigkeit entsteht, und erst nach vollendeter Produktion sich die einzelnen Einkommenszweige unter dem Einfluss des Rechts in das Produkt theilen. Ebenso ist der Vorschlag für die Systematisirung der Nationalökonomie in der That tief gedacht. Was aber die Vaterschaft der Marx'schen Kritik Ricardo's betrifft, so will ich nicht mit Meyer die 34 Absätze abdrucken, sondern nur die schliessliche Zusammenfassung mit Rodbertus' eigenen Worten geben:

„Ich knüpfe an die Arbeit der Gesellschaft eine Produktivität, die in allen Zweigen der Industrie und namentlich auch in allen Zweigen des Landbaues, in hohem Grade zugenommen hat, und deren weitere Zunahme unbeschränkt ist. Aber die „*natürlichen*" Gesetze, welche in einem sich selbst überlassenen Verkehr, in welchem Grund- und Kapital-Eigenthum

an Ricardo an. Die Sozialdemokratie hat insofern unbedingt ein Verdienst, als sie die wahrhaft unerträg-

---

besteht, die Vertheilung des gesellschaftlichen Produkts beherrschen, verhindern, dass jene Zunahme von Produktivität der Gesellschaft zu vollem Segen gereicht. Denn sie bewirken einerseits, dass diese Vertheilung die Form des Tauschverkehrs annimmt, in welchem die Privatbesitzer des gesellschaftlichen Grund- und Kapitalvermögens keine Produktion überhaupt oder keine in grösserem Masse vornehmen lassen können, als die gegenüberstehende Kaufkraft zu bewältigen vermag; und sie bewirken andererseits doch auch wieder nicht blos, dass das Produkt unter diesen Letztern und den arbeitenden Klassen getheilt wird, sondern auch, dass der Antheil der Letztern am Produkt und damit die Kaufkraft der Mehrzahl der Gesellschaft immer kleiner wird. Diese letztere Wirkung haben sie dadurch, dass die Arbeit, die Schöpferin alles Produkts, gleichfalls zu einer Waare wird, die nach den Regeln des Begehrs und des Angebotes bezahlt d. h. gelohnt wird, oder ihren Antheil am Produkt empfängt, und dass diese Regeln in der Entwicklung der Gesellschaft gerade bei Steigerung der Produktivität in zunehmendem Masse zu Ungunsten derer, welche diese „Waare" besitzen, d. h. der arbeitenden Klasse ausschlagen. So bewirken die „natürlichen" Gesetze des Verkehrs, dass — — die Zunahme eines Vermögens, das seiner Natur nach nur zur Vermehrung des Wohlstandes und Glücks der Gesellschaft dienen sollte, eine Ursache des Gegentheils wird. — — So ist durch die natürlichen Gesetze des Verkehrs die Gesellschaft in einen unheilvollen Widerspruch gerathen, wie in einen Zauberkreis gebannt. — — Die Gesellschaft muss aus diesem verhängnissvollen Zirkel, in welchem nur Vorurtheile sie herumtreiben, heraustreten, indem sie die natürlichen Gesetze, soweit sie schädlich sind, durch vernünftige ersetzt."

Welches diese „vernünftigen Gesetze" sind, erfahren wir nur aus Privatbriefen von Rodbertus, die Rudolph Meyer veröffentlicht, und danach will Rodbertus nicht sofortige Abschaffung des Privateigenthums an Kapitalgütern, aber „all-

lichen Sophismen Ricardo's aufdeckt. Ja, wenn die Sozialdemokraten das Elend des hoffnungslosen Prole-

---

mähliche Ueberführung des jetzigen Zustands in die auf dem Verdienst oder reinen Einkommenseigenthum sich gründende höhere Staatenordnung."

Das unterscheidet sich allerdings von der Kritik und den Postulaten von Marx nur durch die „allmälige Ueberführung" und den „friedlichen Entwicklungsweg." Man sieht, Rodbertus geht auch von der Arbeit als alleiniger Werthquelle und Werthmass aus, folgert, dass es bei dem System der freien Verträge und des Salariats den Arbeitern unerträglich schlecht gehe und hält die bestehenden Zustände für widerspruchsvoll und unerträglich. Sein Ausgangspunkt ist so falsch wie der von Ricardo und Marx, eine wirkliche Beobachtung der thatsächlichen Preisbildung und Lohnhöhe fehlt gänzlich. Dass er in seinen eigenen Werken mit der Kritik aufhört, ist charakterstisch — er regt auf und überlässt die Consequenz gerne Anderen. Es verdient hervorgehoben zu werden, dass Rodbertus in dem Brief an Kirchmann sich sehr ausdrücklich gegen die Lehre verwahrt, als ob die Grundrente in besonderer Weise, mehr als der Kapitalgewinn, die Arbeiter benachtheilige, und dass er in seinem letzten grossen Werke über die Creditnoth des Grundbesitzes Grund und Boden ausdrücklich für unfähig erklärt, Kapitalschulden aufzunehmen, also jede Verbindung von Grund und Boden und Kapital als unnatürlich bezeichnet. Und doch sind die von ihm geschilderten praktischen Uebel lediglich die Kündbarkeit der Hypotheken und die Aufnahme vieler Hypothekenschulden bei Ankauf und Erbtheilung. Es schimmert da und dort der Gedanke durch, es sei die hohe Aufgabe des grossen Grundbesitzes, durch seinen in erleuchtetem Sinn und mit edler Uneigennützigkeit geübten Einfluss auf den Staat, Arbeit und Kapital zu versöhnen.

Dieser Gedanke wäre gut zu nennen. Aber fragen wir uns, wie kommt ein so scharfer Kopf wie Rodbertus dazu, die Ricardo'sche Werthlehre wirklich zu glauben? Wie kommt er zu so schwarzen Schilderungen, dass es dem Arbeiter nothwendig immer schlechter gehen muss? Kann Rodbertus das für

tariats in den schwärzesten Farben schildern, wenn sie die Herrschaft des todten Besitzes über den leben-

---

wahr halten? Es entsteht bei der beständigen Verschwommenheit der praktischen Vorschläge der Verdacht, Rodbertus' eigentlichste Absicht sei lediglich die, die Unzufriedenheit der Arbeiter zu schüren und sie dadurch von der gewohnten Führerschaft des liberalen Bürgerthums loszulösen, dem Dienst der Interessen des Grossgrundbesitzes zuzuführen. Unzweifelhaft jedenfalls können die heutigen Agrarier die Schriften des grössten Geistes unter den sogen. Socialconservativen trefflich für sich benutzen.

Doch wir wollten untersuchen, ob Rodbertus oder Marx die Priorität gebührt. Rodbertus' Brief ist von 1850, in dem 1849 zu London und New-York veröffentlichten „Katechismus des Proletariers von Tedesco" aber steht bereits zu lesen:

„Die Arbeit, insofern sie gekauft und verkauft wird, ist eine Waare, deren Preis Arbeitslohn heisst.

Der Preis jeder Waare hängt von den Kosten ab, welche zu ihrer Hervorbringung gemacht werden müssen.

Der Arbeitslohn oder der Preis der Waare Arbeit hängt von den Kosten ab, welche zur Hervorbringung der Arbeit gemacht werden müssen, d. h. von den Kosten, welche der Unterhalt eines Geschlechts von Arbeitern nothwendig macht.

Zwei Klassen stehen einander gegenüber: die Reichen und die Proletarier.

Ursache der Macht der Reichen ist der Besitz der Werkzeuge und der Kapitalien.

Wenn wir einen Antheil an der politischen Gewalt hätten, so würden wir uns dieses gesetzlichen Einflusses zu unserer gemeinschaftlichen Befreiung bedienen."

Diese Sätze stehen der Deduction in Marx's Kapital doch wohl ebenso nahe, wie die Lehren von Rodbertus, wenn auch die ausdrückliche Berufung auf die A r b e i t als Werthmass fehlt. Uebrigens geht die Benutzung Ricardo's zur Ableitung extrem sozialistischer Postulate noch weiter zurück. Der kurzgefasste Gedanke, dass die Arbeit allein den Werth schafft und es daher empörend ist, dass der Arbeiter nicht den ganzen

digen Menschen als einen himmelschreienden Zustand beklagen — was thun sie anders, als dass sie mit

---

Werth bekommt, ist zu naheliegend, als dass er nicht bald aufgegriffen worden wäre. In den deutsch-französischen Jahrbüchern von 1844 sagt Engels S. 100: „Die Arbeit, die Hauptsache bei der Production, die „Quelle des Reichthums“, die freie menschliche Thätigkeit kommt bei dem Oekonomen schlecht weg. Wie das Kapital schon von der Arbeit getrennt wurde so wird jetzt wieder die Arbeit zum zweitenmal gespalten: das Produkt der Arbeit steht ihr als Lohn gegenüber, ist von ihr getrennt und wird wieder, wie gewöhnlich, durch die Konkurrenz bestimmt, da es für den Antheil der Arbeit an der Production, wie wir gesehen haben, kein festes Mass giebt. Heben wir das Privateigenthum auf, so fällt auch diese unnatürliche Trennung, die Arbeit ist ihr eigener Lohn, und die wahre Bedeutung des früher veräusserten Arbeitslohns kommt an den Tag: die Bedeutung der Arbeit für die Bestimmung der Produktionskosten einer Sache.“ In der Zeit seit der starken Agitation für die Reformbill von 1832 bis zum Umsichgreifen des eigentlichen Chartismus, der eine politische Bewegung ohne klar formulirtes soziales Programm war, gab es in England, wie schon erwähnt, vorübergehend einige Agitatoren, welche vollständig den Charakter unserer heutigen Socialdemokraten haben. In einem Leitartikel vom 30. Febr. 1831 des „Poor Man's Guardian“, eines Journals, das für allgemeines Wahlrecht etc. agitirte, lesen wir Worte, welche in roher Form die Unhaltbarkeit des Kapitalistenstandes aus der Arbeit als alleiniger Werthquelle ableiten:

„Remember friends and brethern, that you and you alone produce all the real wealth of the country, remember also that you enjoy not but a very scanty portion of what you in fact produce: then who do enjoy it?“ — — — Folgt Auseinandersetzung, dass zwar König, Priester, Lords etc. vom Schweiss der Arbeiter zehren, aber nicht sie allein. „Do not your „masters“, yous traders, — from the banker and merchant down to the £ 10 a year coal shed keeper — in fact from Lord Mayor down to „middle man“ do not they also enrich them-

Leidenschaft schildern, was Ricardo's Schule trocken ausspricht?

---

selves at your expense? — — do they not trick you out of the greater part of the wealth which you create?"

Aehnlich verlangt J. J. Bray, Labour's Wrong and Labour's Remedy (Leeds 1839) Abschaffung der gegenwärtigen Institution des Eigenthums (S. 17 ff.) unter ausdrücklicher Berufung auf den Satz: „Labour alone bestows value" (S. 33).

Ja man kann sogar sagen, dass Adam Smith selbst den Gedanken andeutet, es liesse sich der Kapitalgewinn und das Lohnsystem mit dem Satze, dass die Arbeit allein Quelle und Mass aller Werthe ist, nicht natürlich vereinigen — wenn er auch selbstverständlich diese Andeutung nicht ausführt, sondern Eigenthum und Einkommen von Besitz für eine selbstverständliche Nothwendigkeit in civilisirten Gesellschaften hält. Doch kommen bei ihm Ausdrücke vor, die wenigstens zeigen, wie nahe es liegt, Folgerungen gegen den bestehenden Zustand aus der Lehre Werth gleich Arbeit überhaupt zu ziehen. So heisst es z. B. Buch 1 c. 8: „Der Meister nimmt einen Antheil am Produkt ihrer (der Arbeiter) Arbeit oder am Werthe, den sie den Materialien, worauf sie verwendet wird, zusetzen". Oder Buch 5 c. 1: „Wie eine bürgerliche Regierung allmälig mit dem Erwerbe kostbarer Besitzungen aufwächst, so wachsen auch die Hauptursachen, welche natürlicher Weise eine Unterordnung einführen, allmälig mit dem Anwachsen dieser kostbaren Besitzungen heran." Oder Buch 1 c. 8: „In jenem ursprünglichen Zustand der Dinge, der sowohl vor der Einführung des Landeigenthums als dem Anhäufen von Kapitalien hergeht, gehört das ganze Produkt der Arbeit dem Arbeiter zu."

Dagegen ist bei Adam Smith richtig der nothwendige Unterhaltsbedarf nur der Minimallohn, nicht der natürliche Lohn. —

Kurz, die Prioritätsfrage scheint mir auch durch die Berufung auf Rodbertus nicht entschieden — und jedenfalls hat Marx die extrem socialistische Consequenz der individualistischen Werthlehre zuerst mit vollster Schärfe, klarstem Bewusstsein und durchschlagendstem Erfolg gezogen.

Eine wahrhaft wissenschaftliche Nationalökonomie muss daher sich ebenso von der Autorität Ricardo's lossagen, als sie Marx's Lehre verwirft. Das Kokettiren mit der verschwommenen Humanität des extremen Individualismus muss eben so ein Ende nehmen, wie die Anbetung des goldenen Kalbes Kapital. Die Aufgabe des Nationalökonomen ist zunächst, auszugehen von richtig und nach allen Seiten hin beobachteten Thatsachen, nicht von Definitionen, welche verkappte Axiome oder Wünsche enthalten. Wenn man nach unparteiischer Erkenntniss der Thatsachen und ihres Zusammenhangs weiter Postulate formulirt, so müssen diese offen als Postulate aufgestellt werden und dabei hat man sich wohl zu hüten, dass man nicht nach Erkenntniss gewisser aus einer etwas extremen Institution folgenden Missstände sofort das andere Extrem verlangt. Bei solcher richtigen Methode gelangt man gegenüber Ricardo und Marx, wie es die jüngere deutsche Nationalökonomie thut und auch die ältere gethan hat, etwa zu folgenden Sätzen:

Der Tauschwerth ist eine subjektive Anschauung, die sich an die concrete Erscheinung des Preises anschliesst. Der Preis entwickelt sich bei dem Umsatz privater Vermögensrechte durch freien Vertrag. Er bezeichnet die vergleichsweise Kaufkraft, die ein Vermögensrecht seinem Inhaber gegenüber dem ganzen Markt gewährt [1]).

---

[1]) Ich verzichte bei diesen Sätzen auf die scharfe Terminologie und deren Begründung, wie sie in meinem „Grundriss für

Der Preis hängt nur, wenn das gleiche Vermögensrecht, resp. die gleiche Waare massenhaft verhandelt wird, von allgemeinen Ursachen ab, ist aber auch dann nicht auf eine Ursache zurückzuführen.

Die erzielten Preise sind von wesentlichem Einfluss auf die Höhe des Einkommens.

Das Einkommen des Lohnarbeiters ist in der That gleich dem Preis für die vertragsweise verkaufte exclusive Verfügung über den Erfolg von Arbeitsleistungen.

Die Höhe dieses Preises oder des Lohnes hängt zumeist ab von der Grösse des Gesammtprodukts und von der Macht, welche Arbeiter und Arbeitgeber haben.

Die Macht der Arbeiter und damit der Lohn steigt, wo nicht Gesetze die Vertragsfreiheit beschränken, durch relativ geringes Arbeitsangebot und durch Coalition der Arbeiter.

Eine natürliche Lohnhöhe, die im Durchschnitt der Fälle erreicht werden muss, giebt es nicht.

Insbesondere ist der nothwendige Unterhaltsbedarf nicht die natürliche Lohnhöhe. Dieser Unterhaltsbedarf ist jedenfalls nicht gleich einer absoluten Summe von Existenzmitteln, wie jeder Blick auf die Verschiedenheit der Löhne nach Ort und Zeit beweist. Spricht man aber, wie schon Ricardo selbst thut, von einem gewohnheitsgemässen, standesgemässen, landesüblichen

---

Vorlesungen über Nationalökonomie", Bonn 1876, durchgeführt ist.

Unterhaltungsbedarf, der also nach Ort und Zeit wechselt — so ist das ganze „eherne Lohngesetz“ aufgehoben; denn dann ist die Frage, auf die es eben ankommt, die Frage, wie hoch der Lohn unter gewissen Verhältnissen sein müsse, wie man ihn steigern könne etc. völlig unbeantwortet. Man sagt dann im Grunde nur eine nichtssagende Selbstverständlichkeit, nämlich dies, dass das Einkommen Derjenigen, die nur von Arbeit leben, nothwendig geringer sein muss, als das Derjenigen, die über Besitz und Arbeitskraft verfügen, oder dass der Arbeitslohn die niedrigste Einkommensart der ökonomisch selbstständigen Klassen sein muss. Eine beständige Verbesserung der Lage des Arbeiters ist aber keineswegs ausgeschlossen.

Das Einkommen von Besitz ist eine nothwendige Folge der privaten Vermögensrechte, insbesondere des Sondereigenthums. Das Sondereigenthum ist keine natürliche und absolute Nothwendigkeit, aber eine Institution, die sich bei allen Kulturvölkern eingebürgert und ausgebildet hat, weil sie jedenfalls der menschlichen Natur entspricht und erfahrungsgemäss die stärkste Vermehrung sowie beste Erhaltung der wirthschaftlichen Sachgüter sichert.

Die Eigenthümer von Kapitalien haben in der That eine gewisse Herrschaft über die besitzlosen Arbeiter, welche nach Angabe der Lohnherren arbeiten und sich von irgend einem Lohnherrn engagiren lassen müssen. Die Menge des Kapitals ist auch von grossem Einfluss auf die mögliche Menge der Produktion. Aber diese Macht und dieser Einfluss beruhen nicht auf

dem Besitz allein, sondern auf der Verbindung des Besitzes mit intelligenter Arbeit in einer Person. Die Structur der Gesellschaft bleibt auch nach eingeführter Rechtsgleichheit aristokratisch, aber nicht nothwendig oligarchisch oder rein plutokratisch.

So etwa würde gegenüber Marx und Ricardo eine unparteiische und konkrete Schilderung der bestehenden Verhältnisse lauten. Nun kann man weiter zugestehen, dass bei schroff ausgebildetem Privateigenthum und weitestgehender Vertragsfreiheit, d. h. bei extrem ausgebildetem Individualismus der Machtkampf zwischen Arbeit und Kapital um die Lohnhöhe eine bedrohliche Gestalt annimmt, oft zerstörend wirkt, dass schliesslich die stärksten d. h. die reichsten und klügsten Individuen am meisten gewinnen und die Gefahr entsteht, dass die Gesellschaft immer mehr in die schroff getrennten Gruppen des Grosskapitals und des Proletariats zerfalle. Angesichts dieser Uebel sind Reformpostulate zu formuliren, die ich an dieser Stelle nicht weiter ausführen kann. Jedenfalls aber müssen solche Reformpläne in ganz gleichmässigem Gegensatz zu dem extremen Individualismus von Ricardo und der Manchesterschule und zu dem extremen Sozialismus von Marx stehen. Die Nationalökonomie, welche die gegenwärtigen Verhältnisse objektiv schildert und als Produkt allmäliger historischer Entwickelung begreift, begnügt sich nicht mit starrem Festhalten am Bestehenden, versteigt sich aber auch nicht zu utopischen Zukunftsplänen, sondern giebt Fingerzeige, wie die vorhandenen

wirthschaftlichen Kräfte zunächst ins beste Gleichgewicht gebracht werden können.

Dabei ist Angesichts der Thatsache, dass in Jahrtausenden die unteren Klassen nur schrittweise vorwärts kamen und die begünstigten Minoritäten nur allmälig grösser und weniger abgeschlossen wurden, an dem aristokratischen Aufbau der Gesellschaft unbedingt festzuhalten und auf eine Abstufung des Reichthums nach der Gerechtigkeit zu verzichten. Es ist gewiss nothwendig, mit allen Kräften auf Hebung der unteren Klassen — aber nicht auf Herabdrückung der höheren bedacht zu sein. Und bei der Hebung der unteren Klassen muss das erreichbare Ziel vor Allem das sein, aus dem gegenwärtigen Proletariat heraus neue Mittelstände zu entwickeln, die selbst wieder eine aristokratische Stellung nach Unten einnehmen, aber so, dass dadurch der Uebergang zwischen Arm und Reich gemildert, und auch den Aermsten reelle Hoffnung auf Emporkommen eröffnet wird. Nicht eine Ausgleichung, aber eine beständige Verbesserung in der Abstufung des Reichthums müssen wir erstreben im Interesse der Gesammtheit selbst, damit der Genuss der Früchte der Kultur nicht nur einer stets wachsenden Zahl von Menschen zugänglich werde, sondern zugleich die Früchte der Kultur selbst immer vollkommener und besser werden.

Die Klassen des Reichthums nach den Verdiensten ihrer Angehörigen gerecht abstufen zu wollen, scheint mir utopisch. Es ist gewiss nothwendig, unmoralischen Erwerb grossen Reichthums zu bekämpfen und zu be-

schränken, auch das Jagen nach Gewinn in einem lediglich vom Glück abhängenden Wettlauf einzudämmen. Dazu mag eine Gesetzgebung, welche die Börse und das Aktienwesen beschränkt, andersartige Benutzung des Staatskredits, Uebernahme der Eisenbahnen u. dergl. durch den Staat dienlich sein. Vor Allem aber wird Pflege und Ausbildung einer ehrenhaften Gesinnung nothwendig sein, welche einen Erwerb mit Verachtung straft, der lediglich auf Kosten Anderer geht und gar nicht mit einer auch Anderen nützlichen Thätigkeit zusammenhängt.

Wenn wir aber verlangen, dass wenn auch nur annähernd und im Durchschnitt ganzer Klassen der besessene Reichthum im Verhältniss stehe zu den vorangegangenen Leistungen des Besitzers, so verlangen wir damit den prinzipiellen Ausschluss von Glück und Zufall als eines Factors der Vermögensvertheilung, und wir stellen uns selbst, wenn auch unbewusst, auf einen extrem individualistischen Standpunkt.

Sowie wir Glück und Zufall principiell für unberechtigt erklären, sind wir gezwungen, einen festen Masstab zur Berechnung der individuellen Verdienste aufzustellen; dies aber können wir, wie oben ausgeführt, nun und nimmer in allgemein befriedigender und acceptirbarer Weise; wir müssten eine subjektive Billigkeitsanschauung zum Despoten machen, und die Menschen ertragen unbedingt den Zufall leichter, als die gebietende Willkür eines Einzelnen. Es ist eine Unvollkommenheit der menschlichen Dinge, dass der

Zufall nicht ausgeschlossen werden kann — aber wir könnten ihn nur abschaffen, um unerträglichere Unvollkommenheit an seine Stelle zu setzen. So lange überhaupt noch jede redliche Arbeit ihren Lohn findet, muss das innere Bewusstsein der guten That und die Freude an der Arbeit selbst über die unberechenbaren Ungleichheiten des Erfolgs trösten.

Wenn wir verhältnissmässige Gerechtigkeit zum einzigen oder doch zum Hauptziel der Einkommens- und Vermögensvertheilung machen, so verlangen wir selbst, was Ricardo von der freien Konkurrenz und was Marx von der extrem sozialistischen Zwangs-Cooperation erwartet. Wir betrachten es als Endziel der Wirthschaft, dass jedes Individuum befriedigt werde, nicht dass die organisirte Gesammtheit mit grösster Kraft ihren idealen Kulturaufgaben sich widmen könne. Wir wollen den Einzelnen Gerechtigkeit geben und werden den grossen Endzwecken der Gesammtheit nicht gerecht.

Das, worauf es ankommt, ist nicht, dass jedem Erfolg die entsprechende Leistung vorangegangen sein muss, sondern dass jeder Erfolg als Verpflichtung zu einer eigenthümlichen Leistung betrachtet werde. Jede Aristokratie, auch eine auf ökonomischem Erwerb beruhende, erfüllt ihre Aufgabe, wenn sie ihre Macht für die Gesammtheit, nicht für ihre Interessen allein verwendet. Es ist das grosse Geheimniss der Macht der Englischen Aristokratie im vorigen Jahrhundert, dass ihre Stellung auf dem öffentlichen Dienste beruhte — und so war der Irrthum der Zeitgenossen

und Nachfolger Montesquieu's verzeihlich, der das Englische Unterhaus für eine wahre Volksvertretung, für ein wirklich demokratisches Element der Verfassung hielt. —

Auch der zufällige, durch Erbschaft und Glück erworbene Reichthum wird erträglich, ja er wird sittlich völlig gerechtfertigt, wenn aus seinen Reihen die führenden Kräfte in Staatsdienst, Kunst und Wissenschaft hervorgehen, die in ihrer Masse nur aus Kreisen hervorgehen können, die von ewig beengender materieller Sorge frei sind. Und diese Kreise können bei der Gesammtmenge unseres Reichthums nicht so weit sein, als es eine weichherzige Humanität wünschen mag.

So mündet die vorurtheilsfrei die Thatsachen würdigende Wirthschaftslehre damit, dass sie die höheren Pflichten der begünstigten Klassen lehrt. Die wahrhaft historische Nationalökonomie wird nothwendig zugleich eine ethische Nationalökonomie — ich scheue mich nicht, das missverstandene und verhöhnte Wort zu wiederholen. Sie ist der Gegensatz zu der extrem individualistischen und der extrem sozialistischen Nationalökonomie, die sich nothwendig in die Hände arbeiten — denn Marx acceptirt die Ausgangspunkte von Ricardo. Die Wahrheit aber ist gleich weit von beiden Extremen entfernt [1]).

---

[1]) Ich kann mir nicht versagen, bei dieser Gelegenheit ein kurzes Wort über den bekannten literarischen Streit zwischen Schmoller und Treitschke zu sagen, dem gegenüber ich, während er spielte, keine Intervention eines Dritten wagen mochte.

Der Leser möge dem Nationalökonomen das längere Verweilen bei rein wirthschaftswissenschaftlichen Fragen

---

Der ganze Streit war von vornherein wenig erquicklich und geradezu bedauerlich. Treitschke's grosses Verdienst ist nicht nur, dass er uns den rechten Weg zur deutschen Einheit wies, sondern dass er auftrat gegen die Schwächen und Verirrungen des deutschen Liberalismus. Er hat dadurch mehr als irgend Einer auf die heranwachsende Generation gewirkt, er hat zu einem Gemeingut des jungen Deutschlands gemacht, was Dahlmann, Gneist und Sybel lehrten. Unschwer wird Jedermann aus dem Folgenden mich als politischen Schüler Treitschke's erkennen. Schmoller und seine Gesinnungsgenossen aber haben es unternommen, auf dem ökonomischen Gebiet die ähnlichen und geistesverwandten Schwächen und Verirrungen zu bekämpfen. Treitschke und Schmoller hatten also allen Grund, Hand in Hand miteinander zu marschiren, nicht dem Publikum das kitzelnde und verwirrende Schauspiel eines literarischen Duells darzubieten. Und hätte Schmoller sich darauf berufen, was Treitschke in seinen Aufsätzen über den Bonapartismus, über die Bourgeoisie unter Louis Philippe, was er in dem Essay über das konstitutionelle Königthum in Deutschland über unseren Liberalismus und unsere arbeitenden Klassen, was er in dem Aufsatz über die Freiheit über die gleichen Punkte gesagt hat, so wäre es Treitschke wohl schwer geworden, den Grund seines ersten Angriffs gegen Schmoller anzugeben. —

Mit Schmoller's rechts- und wirthschaftsphilosophischen Theorien über „Gerechtigkeit" und „Unrecht" stimme ich, wie schon öfters ausgesprochen, nicht überein, doch bin ich der Meinung, dass man darauf gegenüber den von Schmoller geschilderten wirklichen Uebeln in unseren Zuständen und der Tendenz diese zu beseitigen, nicht ausschliessliches Gewicht legen durfte. Durch den ganzen literarischen Streit geht der Zug, dass Treitschke jede Blösse, die sich Schmoller gab, energisch aufgriff, ohne auf die ihm gemachten Vorwürfe ernstlich zu antworten. So haben Beide viel Wahres gesagt, sich aber auch unnöthig bekämpft und viel falsche Vorstellungen hervorgerufen. Letzteres hat Treitschke besonders

verzeihen und, was die Citate betrifft, bedenken, dass ich mich mit Männern auseinandersetzen muss, die „mit der Bildung des Jahrhunderts bewaffnet sind", denen gegenüber man also nicht alles gelehrte Rüstzeug wegwerfen darf. Doch wenden wir uns endlich zu der

---

ders dadurch gethan, dass er die Nothwendigkeit einer aristokratischen Gliederung der ökonomischen Gesellschaft mit allem Eifer bewies, ohne irgend mit gleichem Eifer die höheren Pflichten der höher Gestellten zu betonen. Wider Willen schmeichelte er dadurch der satten unfruchtbaren Selbstherrlichkeit des erworbenen Besitzes; er hörte auf, seinem früheren Beruf gemäss der warnende Lehrer unserer liberalen Bourgeoisie zu sein, indem er einseitig die Schale gerechten Zornes gegen die sozialdemokratischen Arbeiter als Feinde des neugegründeten Staats ausgoss. Schmoller dagegen fasste diese Unterlassung Treitschke's zu wenig auf und vertiefte sich zu sehr in der Darstellung, wie die Schattenseiten unserer gegenwärtigen Zustände entstanden sind, was dann Treitschke immer wieder veranlasste, diese entschieden vorhandenen Schattenseiten im Eifer gegen die „Gönner des Sozialismus" zu leicht zu nehmen. Kurz man verrannte sich in der Hitze des Streits — wenigstens dem Leser musste es den Eindruck machen — in einen Gegensatz zwischen ökonomischem Conservativismus und Lust zu radikaler Umgestaltung, und die eigentliche Wahrheit von der Nothwendigkeit mässig fortschreitender Reform durch das Pflichtgefühl der sozialen Aristokratie kam bei keinem der beiden Kämpen zum vollen Ausdruck.

Ich verzichte darauf, die Einzelheiten des allmälig der Vergessenheit anheimfallenden Streits zu besprechen und Treitschke's so häufige allgemeine Anklagen auf ihr richtiges Mass zurückzuführen. Es schien mir nur unvermeidlich, den Gesammtcharakter des ganzen Streits nach meiner Auffassung zu skizziren, nachdem ich einmal von der aristokratischen Gliederung der Gesellschaft und der Gerechtigkeit in der Gütervertheilung sprach.

eigentlich wichtigsten Frage, zu dem politisch-revolutionären Element in unserer Sozialdemokratie.

Die klassische Nationalökonomie ist die ausgebildeteste und charakteristischste Frucht des Rationalismus des vorigen Jahrhunderts. Dieser aber hat auf religiösem und politischem Gebiet, wenn auch weniger consequent, so doch noch weit grossartiger und in weiteren Kreisen gewirkt, und wurde dadurch zu einer die Zeit beherrschenden Weltanschauung.

Feudalismus und Absolutismus kannten den Menschen nur als Glied eines Standes oder einer Corporation mit bestimmten Rechten und Pflichten, oder als willenlosen Unterthanen einer über das Volk erhabenen Regierung, deren Existenz und Machtfülle nach ihrem Grunde gar nicht untersucht oder die als von Gott eingesetzt betrachtet wurde [1]) — so dass sie jedenfalls unanfechtbar war. Gegen Beide erhob sich der Rationalismus, indem er alle bestehenden und historisch gewordenen Instiuttionen vor das Forum der voraussetzungslos untersuchenden menschlichen Vernunft zog. Auch wo diese Vernunft eine absolute Regierung als nothwendig oder nützlich erkannte — immer leugnete sie jede über der individuellen Vernunft stehende Autorität und unterwühlte sonach die Grundlagen einer

---

[1]) Die schon im 17. und 18. Jahrh. (auch bei den Merkantilisten) vorkommenden Begründungen des Absolutismus durch den Staatsvertrag zerstören, wenn auch unbewusst, die Grundlage des Absolutismus.

unerschütterlichen Ordnung. Der Rationalismus wandte sich vor Allem gegen den entarteten Absolutismus, unter dessen Schutz die Reste feudaler Ordnungen ja allein fortbestanden. Er stellte der Tendenz, das Volk als willenloses, des Selbstzweckes entbehrendes Werkzeug der absoluten Regierung zu behandeln, die Berufung auf die natürliche angeborene Freiheit des einzelnen Menschen gegenüber.

Es gehört nicht hierher, zu zeigen, wie der aufgeklärte Absolutismus selbst dieser Anschauung vielfach Vorschub leistete — wie sich diese seit den Tagen der Renaissance allmälig entwickelte und sehr verschiedenen Zwecken dienend, doch hauptsächlich der Opposition gegen die herrschenden Zustände dienen musste.

Das Wesen der Weltanschauung, die wir Rationalismus nennen und die im 18. Jahrhundert ihre vollste Ausbildung erfuhr, war, dass man nicht ausging von einer geglaubten Autorität und nicht von der Betrachtung historischer Werdeprozesse und ihrer gegenwärtigen Resultate — sondern lediglich von der Vernunft des menschlichen Individuums. Der Rationalismus war also seinem Ausgangspunkte nach rein kritisch und musste sich vor Allem zur Opposition, zur Begründung von Negationen eignen.

So wie man über die reine Kritik hinausging und irgend welche positiven Sätze oder Postulate formulirte, knüpfte die freie menschliche Vernunft an an die einfachste, von Jedermann anerkannte Thatsache — an das Dasein des einzelnen Menschen mit seinen individuellen Zwecken und Interessen. Die complicirtere

Thatsache, dass dieser Einzelne ein Mensch nur ist durch den Zusammenhang mit anderen Individuen, wurde ignorirt. Das freie, ungebundene, unbeschränkte Individuum war eine reine Abstraktion, nicht eine volle Thatsache, aber dennoch wurde oft behauptet, dieses freie und ungebundene, d. h. ganz isolirte Individuum, habe im Anfange, im Urzustande wirklich existirt.

Der Rationalismus war also von Anfang ab extremer Individualismus. Die Thatsache des Staats und jeder anderen gesellschaftlichen Ordnung erklärte man gemeinhin so, dass der Staat als das Resultat eines Vertrags zwischen ursprünglich ganz freien, staatlosen Individuen erschien. Das Individuum und seine angeborenen Rechte waren das Primäre, der Staat war das Sekundäre, das Abhängige.

Die natürliche Consequenz dieser Erklärung des Staats, die von den meisten, wenn auch nicht allen Vertretern dieser Anschauung gezogen wurde, war einmal die, dass die Ordnungen des Staats die natürliche Freiheit nur möglichst wenig beschränken dürfen, weil die ursprünglich freien Individuen naturgemäss möglichst wenig von der Freiheit vertragsmässig abgeben wollen. Ferner die, dass die jetzt lebenden Individuen eben so gut einen Vertrag schliessen können als ihre Voraltern — d. i. also das natürliche Recht der Auflehnung der Unterthanen gegen die Obrigkeit.

Der Rationalismus und extreme Individualismus gelangte also zur weitestgehenden Beschränkung der Staatsthätigkeit, wurde naturgemäss prinzipielle politische Opposition und oft politische Revolution. Da

jedes Individuum als ursprünglich gleich frei und berechtigt betrachtet werden musste, so war es selbstverständlich, dass man auch nach Einführung des Staats gleiche Rechte verlangte. — Der extreme Individualismus hatte die natürliche Tendenz zur Demokratie.

Da das Individuum von Anfang ab als selbständig und nicht als Glied eines Organismus gedacht wurde, da es lediglich als seine vernünftig erkannten Sonderzwecke verfolgend und nicht als unter der Herrschaft irgend einer a priori anerkannten sittlichen Idee stehend betrachtet wurde, da Befriedigung des eigenen Ichs, nicht dienendes Nachstreben nach einem Ideal als Lebenszweck galt, so wurden die anerkannten Aufgaben des Individuums und des von ihm gewollten und geschaffenen Staats naturgemäss mehr und mehr auf Befriedigung materieller Bedürfnisse beschränkt. Da der Mensch nur sein physisches Wohlsein für sich allein geniessen kann und da er isolirt gedacht nothwendig ausschliesslich egoistisch ist, so war es natürlich, dass der Rationalismus und extreme Individualismus in ethischen Materialismus ausarteten. Das wurde durch den Kampf gegen die positive Religion, die kein anderer Idealismus genügend ersetzte, wesentlich unterstützt.

Wohl waren die Vorkämpfer dieser Weltanschauung persönlich meistens edle, von idealsten Empfindungen und Absichten erfüllte Männer. Wohl unterscheiden sie sich im Einzelnen stark untereinander. So findet bei Milton und Locke der extreme Individualismus eine starke Schranke durch ihren starken reli-

giösen Glauben, mit dessen calvinistischem Charakter sich der Grundgedanke des Individualismus vertrug und verschmolz, und bei Locke noch insbesondere dadurch, dass sein praktischer Zweck nur definitive Herstellung des gesetzlichen Königthums des Oraniers war. So leugnet Bentham die angeborenen Menschenrechte und bekämpft den Staatsvertrag. Aber er stellt doch jede Einrichtung vor das Forum der kritischen individuellen Vernunft und erklärt den vernünftig erkannten grössten Nutzen für die einzige Richtschnur bei allem politischen Thun. So gelangt praktisch auch er zum Recht auf Revolution und zum Postulat der demokratischen Republik, und ethischen Materialismus predigt er womöglich noch nackter und schärfer als Rousseau.

In all ihren Variationen litt diese Weltanschauung, die wir kurzweg Individualismus oder extremen Individualismus nennen wollen, an einer kolossalen Einseitigkeit. Sie verkannte, dass jeder wirkliche Mensch von Anfang an einer organisirten Gesammtheit angehört und angehören muss, dass Freiheit und Ordnung von Anfang ab gleichberechtigte Principien sind, und sie verkannte, dass kein Mensch eine volle Befriedigung in der Erfüllung seiner klar erkannten Sonderzwecke finden kann, sondern jeder Mensch naturgemäss nach dem für ihn mystischen letzten Grund und Zweck seines Daseins fragt — d. h. einen unbeweisbaren Glauben an ein über ihm stehendes Ideal braucht.

Bei dem heutigen Stand der Deutschen Staatswissenschaft ist ein eingehender Beweis dieser Einseitigkeit ebenso unnöthig, als eine spezialisirte Darstellung

der ganzen literarischen Entwicklung des Individualismus an dieser Stelle unmöglich ist.

Der Rationalismus und Individualismus namentlich des 18. Jahrhunderts war ein einseitig überspanntes Prinzip, aber er war seiner Zeit die relativ berechtigte Negation der Missstände, die aus der Ueberspannung des gegentheiligen Prinzips hervorgingen. Er trug einst den Glorienschein eines edlen Idealismus, denn im menschlichen Individuum vertrat und feierte er die Menschheit. Einem absoluten Fürstenthum gegenüber, das sich selbst vergötterte und das Volk nur als dienende Heerde betrachtete, war es berechtigt, feierlich an das Göttliche in jedes Menschen Brust zu erinnern. Gegenüber unwürdiger Knechtung der Unterthanen, massloser Ausbeutung der Gehorchenden, sinn- und zweckloser Chikane der Beherrschten begreifen wir, wenn der Dichter ausruft: „Der Mensch ist frei, und wär' er in Ketten geboren!"

Der Absolutismus rettete unsern Völkern den nationalen Staat, aber überspannte die zentralisirende Autorität und stellte diese in den Dienst der fürstlichen Personen. Die Stuarts und die Bourbonen wurden gestürzt.

Heute aber *ist* der Absolutismus besiegt, definitiv überwunden. Heute sind die Einseitigkeiten des extremen Individualismus nicht mehr relativ berechtigt, sondern unsere ernsteste Aufgabe ist es, den Prinzipien der Freiheit und der Ordnung gleichmässig gerecht zu werden.

Aber ist diese Aufgabe von Allen richtig und voll-

ständig erkannt? „L'état c'est moi" sagte der glänzendste absolute König von sich. Sein System ist gestürzt und untergegangen, und nun ertönt das „l'état c'est moi" des einzelnen Staatsbürgers. In disharmonischem Chorus verlangen die Kleinen Alle, dass der Staat ihren Interessen und Gelüsten diene, jedes Individuum strebt, sich als souveränen Herrn der Gesammtheit zu fühlen. Wie weiland Carthago's Kaufherren erniedrigt man den Staat zum Diener individueller Interessen und leistet dem Staat möglichst wenig. Nach Lust kritisirt und chikanirt man die Diener und Organe des Staats und sieht in jeder Opposition gegen die Regierung politische Mannhaftigkeit, als ob der alte Gegner, der selbstsüchtige Absolutismus, noch immer in alter Kraft vorhanden wäre. Die Gewohnheit des Negirens und Kämpfens lebte länger als ihr vernünftiger Zweck.

Und wer ist der Träger dieser heute zu beklagenden Einseitigkeiten?

Es ist Verläumdung oder Thorheit, den Liberalismus als solchen mit dem extremen Individualismus zu identifiziren. Unser moderner Liberalismus schliesst sich zwar historisch an den Kampf des hauptsächlich von dem erstarkten Bürgerthum getragenen Individualismus gegen das alte Staatssystem an.

Allein es giebt, immer mehr erstarkend, heute einen gemässigten und wahren Liberalismus, der seine politische Aufgabe richtig erfasst hat, der aufhört, ein prinzipieller Gegensatz gegen den Conservatismus zu sein und gleichmässig kämpft gegen Reaktion und fortschrittlichen Radikalismus.

Dieser wahre Liberalismüs ist durchaus eine lebensfähige, ja eine absolut nothwendige Partei. So wenig wir bei irgend welcher grossen Aktion heute die Kraft des besitzenden städtischen Bürgerthums, der gebildeten Mittelklassen entbehren können, so wenig können wir den Gedankeninhalt des wahren Liberalismus bei der Weiterentwicklung unseres öffentlichen Lebens missen.

Dieser Liberalismus hat zunächst die Aufgabe wachsam zu sein gegen die an sich schwächlichen Anläufe der rein politischen Reaktion des Feudalismus und Absolutismus, er hat die nationale Einheit zu schützen gegen die Angriffe partikularistischer Legitimität. Vor Allem aber hat er die Aufgabe, die schönste Errungenschaft des verlebten extremen Individualismus, die Gewissensfreiheit zu wahren gegenüber den überspannten Autoritätsansprüchen verknöcherter Kirchen, welche die lebendige Kraft des Glaubens in gedankenlose sklavische Unterwerfung unter unverstandene Formeln und in unbeschränkte Herrschaft einzelner Personen verwandeln wollen. Der Glaube an Gott und an sittliche Prinzipien muss in der That im *Bewusstsein* des Einzelnen seine Wurzel haben, er muss eine *persönliche Ueberzeugung* bleiben, und so machen die Ansprüche des Ultramontanismus den Liberalismus zu einer Nothwendigkeit.

Dann aber hat der wahre Liberalismus die gewonnenen parlamentarischen Institutionen auszubauen, so dass einerseits die Theilnahme der Unterthanen an der Gesetzgebung zur Wahrheit, anderseits die stätige Herrschaft des Gesetzes nicht unterbrochen, der Staats-

wille nicht zum Spielball wechselnder Majoritäten wird. Und der wahre Liberalismus hat die Ordnung der Verwaltung mit der Ordnung der Gesetzgebung in Einklang zu setzen, unserer parlamentarischen Verfassung durch richtige Ausbildung der Selbstverwaltung erst das wahre Leben einzuflössen.

Das sind grosse Aufgaben. Kein Verständiger wird sie ohne die sogenannten liberalen Mittelparteien lösen wollen, kein Unparteiischer wird verkennen, dass diese Parteien diese Aufgaben mehr und mehr gegenüber einer reinen Oppositionslust, gegenüber mechanischer Staatsauffassung und einseitigem Spielen mit Volksrechten praktisch erfassen.

Allein, eben weil wir den wahren Liberalismus so energisch vertreten, können und müssen wir gestehen, dass sich an ihn noch immer ein falscher zu bekämpfender Liberalismus anklebt, der seine Aufgabe in der Pflege der überlebten Einseitigkeiten des extremen Individualismus sucht, der den Staat als Geschöpf des Einzelnen missachtet in seinen Rechten.

Was will und lehrt nun die Sozialdemokratie? [1])

---

[1]) Statt aller anderen Citate von sozialdemokratischen Autoren möge hier das Gothaer Programm der vereinigten sozialdemokratischen Fractionen von 1875 Platz finden:

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern das gesammte Arbeitsprodukt bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemässen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der

Die Sozialdemokratie geht von den Menschenrechten aus und stellt sie über das Recht des Staats.

Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muss das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen arbeitend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewusst und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen. —

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Productivgenossenschaften mit Staatshülfe unter der demokratischen Controle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfang ins Leben zu rufen, dass aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesammtarbeit entsteht.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staats:

1) Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der

Der Staat hat dem Menschenrecht, dass Jeder die volle Frucht seiner Arbeit geniessen könne, zu dienen und muss

---

Wahl- und Abstimmungstag muss ein Sonntag oder Feiertag sein.

2) Directe Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

3) Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volksheer an Stelle der stehenden Heere.

4) Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Press-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäusserung, das freie Denken und Forschen beschränken.

5) Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

6) Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1) Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.

2) Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.

3) Unbeschränktes Coalitionsrecht.

4) Einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

5) Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.

6) Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrole der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

7) Regelung der Gefängnissarbeit.

8) Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhülfs- und Unterstützungskassen.

schonungslos so umgestaltet werden, dass er diesen Zweck der Individuen erreichen kann.

Der Staat ist nur eine Summe von Einzelnen, die Gesellschaft ist die Summe aller ihrer Glieder, sie ist nicht selbst ein Organismus, eine Person mit eigenen Zwecken, die über den Einzelzwecken stehen.

Die Einzelzwecke, welchen der Staat zu dienen hat, sind ausschliesslich Befriedigung materieller Bedürfnisse der Einzelnen — die Politik ist „Magenfrage", wie schon der Chartismus sagte.

Die Sozialdemokratie erklärt die Religion zur Privatsache, d. h. sie ist offiziell ganz indifferent gegen jede Religion, faktisch predigt sie den vollsten Atheismus und bekämpft jede Religion als ein Mittel zur Knechtschaft. Sie leugnet aber auch jedes ideale Sittlichkeitsprinzip, sittlich ist ihr nur, was nach rationeller Kritik den materiellen Einzelinteressen der Mehrzahl nützlich ist.

Sie ist prinzipiell kosmopolitisch und hält Stärkung der nationalen Staaten als selbständiger Glieder der Menschheit nicht für nothwendig. Der nationale Staat ist ihr vielmehr eine lästige Fessel der individuellen Freiheit und zugleich ein Hemmniss allgemeiner Menschen-Verbrüderung.

Sie schwärmt folgerichtig für allgemeinen Weltfrieden und Abschaffung geschulter stehender Heere. Sie will nicht, dass Kriege das Nationalgefühl beleben, dass militärische Zucht und Ehre von der Verfolgung materieller Zwecke ablenke, dass ein Heer das Gesetz gegen revolutionäre Arbeiter schütze.

— Der Hohn gegen den Preussischen Staat und auf Deutsches Nationalgefühl, die bitteren Anklagen gegen die Kosten des stehenden Heeres und die Behandlung der Soldaten bilden einen stehenden Artikel in den Spalten der sozialdemokratischen Blätter.

Dann macht die Sozialdemokratie mit der Gleichheitslehre des vorigen Jahrhunderts und der französischen Revolution vollständigen Ernst. Jede Abstufnng politischer Rechte ist ihr verhasst, natürlich bleibt als einzige Autorität die jeweilige Majorität übrig, welche als eine die Besitzenden völlig beherrschende Majorität des Proletariats gedacht wird. Daher das allgemeine Wahlrecht aller Erwachsenen, die Volksabstimmung über alle Gesetze, die Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Beamten[1]).

Endlich will die Sozialdemokratie jedenfalls immer rasch wirkende radikale Massregeln ohne jede Rücksicht auf stetige Entwicklung, und ihre ganze Agitation ist auf Erregung leidenschaftlichen Hasses gegen alle bestehenden Ordnungen gerichtet.

Die übrigen Postulate der Sozialdemokratie be-

---

[1]) Nebenbei bemerkt ist es ein Irrthum, dass auch das allgemeinste Wahlrecht dem Proletariat die Herrschaft verschaffen müsste. Die Zahl der kleinen Besitzer ist namentlich in einem Lande mit parzellirtem Bodenbesitz zu gross und dazu kommen alle Diejenigen, die Besitz zu erwerben hoffen. Es ist daher natürlich, dass auf dem jüngsten Pariser Arbeitercongress und in neuester Zeit auch in England unter den Arbeitern der Gedanke Platz greift, das allgemeine Wahlrecht genüge nicht, man müsse die Vertretung der Arbeiter als einer besonderen Klasse, als eines Standes anstreben.

ziehen sich auf einzelne Massregeln zu Gunsten des materiellen Wohls der Arbeiter, wozu auch ihre Steuerpolitik gerechnet werden muss, bei der es allein auf Entlastung der Armen, gar nicht auf Ausstattung des Staats mit den nöthigen Mitteln zur Erreichung seiner Culturaufgaben ankommt.

Die Aufhebung der monogamen Ehe gehört nicht zu den Postulaten der Sozialdemokratie. Zwar zwingen die Menschenrechte und die Gleichheitslehre dazu, dass die politische Emancipation und das Stimmrecht der Frauen nicht prinzipiell verworfen werden kann. Da aber die Sozialdemokraten doch entschieden eine Arbeiterpartei sind, so kommt es ihnen naturgemäss mehr auf Entlastung des Weibes von übermässiger Fabrikarbeit als auf seine politische Gleichstellung an. Eine leichtere Auflösbarkeit der Ehe wird oft gewünscht, doch geht hierin kein Sozialdemokrat über J. St. Mill hinaus. Die Aufhebung des Privateigenthums an Kapital ist freilich bedenklich für den Fortbestand der monogamen Ehe, allein da Privateigenthum an Genussgütern und Vererbung derselben auf Kinder fortbestehen sollen, so bleibt auch im sozialdemokratischen Staat Erziehung der Kinder in den Lebensgewohnheiten der Eltern möglich und die monogame Ehe wird also nicht nur nicht direkt angegriffen, sondern sie ist an sich mit dem Gesammtprogramm der Sozialdemokratie verträglich. Es muss sogar anerkannt werden, dass die sozialdemokratische Presse grundsätzlich alle Inserate, die sich auf geschlechtliche Unsittlichkeiten beziehen, verschmäht.

Das ist es, was die Sozialdemokratie abgesehen von ihren schon erwähnten Verirrungen des extremen ökonomischen Sozialismus wirklich will. In der liberalen Presse sind die Postulate der Sozialdemokratie gewöhnlich entstellt. Die sozialdemokratische Presse giebt dazu allerdings selbst Veranlassung, indem sie ihre wirklichen Absichten unter einer Fluth cynischer Gemeinheit verhüllt, auf die anderen Parteien eine Unmasse von Lüge und Verleumdung schleudert, zahllose persönliche Hetzereien verübt — — kurz beständig als Mittel zum Zweck die niedrigen Leidenschaften des Neides und der Schmähsucht schürt und darauf rechnet, dass ihre Anhänger andere Blätter nicht lesen.

Aber wir müssen bedenken, dass in Lüge, Verläumdung und Schürung gemeiner Leidenschaften auch die Presse anderer reiner Oppositionsparteien Unübertreffliches leistet. Von den Tagen des Partikularismus und der thatenlosen deutschen Politik her, ist in unserem Volke noch allenthalben Neigung genug vorhanden alle Politik als Kirchthumspolitik zu betreiben, in persönlichen Klatsch zu verwandeln und die Lecture der Presse nur als ein angenehmes Aufregungsmittel zu betrachten, das man geniesst, indem man sich an stiller Ofenbank freut, dass draussen thätige Männer geschmäht werden. Auf diese kleinliche Gesinnung, die sich gehoben fühlt, wenn Grössere wenigstens mit Worten in den Staub gezogen werden, spekuliren auch andere Parteien, denen es nicht darauf ankommt, Positives zu schaffen, sondern nur darauf, Andere zu stören. Wir müssen also auch bei den

Sozialdemokraten durch die Wolke ihrer gemeinen Mittel hindurchsehend ihre eigentlichen Absichten erkennen.

Betrachten wir nun, was die Sozialdemokratie wirklich will und fragen wir wieder wie oben, was hat das für einen Sinn, woher stammt es?

Noch einmal muss ich sagen: das Alles ist nicht die letzte Consequenz des Liberalismus — aber es ist in der That der Nachklang der Einseitigkeiten des alten extremen Individualismus, der sich, seit 1848 und gar seit 1866 höchst unberechtigter Weise noch immer auch in unseren Liberalismus einzudrängen sucht.

Fragen wir uns ehrlich: haben nicht alle von Gebildeten und Besitzenden geleiteten Volksbewegungen seit den Tagen der Nordamerikanischen Secession mit den Menschenrechten gespielt? haben die Menschenrechte nicht bei der französischen Revolution und all' ihren Verehrern die tonangebende Rolle gespielt? Sind sie nicht die Mutter aller Lehren vom Staatsvertrag? Und haben nicht alle Revolutionsführer aus dem dritten Stand den Arbeitern grösseren Wohlstand versprochen, wenn sie ihren Fahnen folgen würden?

Hat nicht aller extreme Individualismus die Gesellschaft in ihre Atome aufgelöst, und die organische Natur des Staates verkannt, die Staatsidee, die jeden Einzelnen zu ihrem Dienste ruft, als Erfindung der Tyrannei gebrandmarkt?

Und was die Tendenz der Sozialdemokraten betrifft, den Staat lediglich zum Diener der materiellen Interessen der Einzelnen zu machen, was ist für ein

Unterschied zwischen der „Magenfrage" der Sozialdemokraten und der „Beutelfrage" der Englischen Freihändler?[1]) In Frankreich hat unter Louis Philipp eine feige Bourgeoisie den Staat zum Spielball einiger Banquierhäuser gemacht; sie vergass völlig der höchsten Aufgaben des Staats, des Schutzes der Schwachen im Inneren und der entschlossenen Machtentfaltung nach Aussen — und wurde doch von einem gedankenlosen Deutschen Philisterthum als wahre Vertretung der modernen Freiheitsidee beklatscht. Und haben wir es nicht selbst in unserer Gründerzeit erlebt, dass die seltsame Lehre des alten Zachariae, die Börse sei der einzig richtige und unentbehrliche Barometer des Staatswohls, praktisch wurde, indem man die Glorie des Vaterlands und seine Erfolge im Krieg ausbeutete zu schwindlerischen Unternehmungen, das Wohl des Staats und die Güte der Regierung bemass nach der Hausse an der Börse! Wie Viele sind noch unter uns, höchst ehrbar in ihrer Privatmoral, die Betrug und Diebstahl gegen einen Einzelnen für ein abscheuliches Verbrechen halten, aber Steuerdefraudation sehr milde beurtheilen und so praktisch beweisen, dass sie die Rechte des Einzelnen für heiliger halten als das Recht des Staates!

Gebildete und Besitzende waren es zuerst, welche die schöne Lehre von der Toleranz in religiöse Indifferenz verwandelten und durch leichtsinnige

[1]) S. meinen Aufsatz über Richard Cobden in den Preussischen Jahrbüchern von 1876.

Verbreitung oberflächlicher Aufklärung den Atheismus der Sozialdemokratie gründlich vorbereiteten. Zu spät wurden wir belehrt, dass wir die Macht des religiösen Gefühls unterschätzt, durch die materialistische Lehre von den allein herrschenden Naturgesetzen nur einen unbeweisbaren Glauben ohne idealen Inhalt gepredigt und dadurch der mechanischen Religiosität des Ultramontanismus die Wege geebnet haben. Der Utilitarismus ist ein philosophisches System, das namentlich Bentham und nach ihm der eklektische Mill populär gemacht haben, und nicht die Sozialdemokraten haben die Lehre erfunden, dass das Sittliche nur ein anderer Name für das Nützliche sei. —

Rousseau, Bentham und Cobden waren Kosmopoliten so gut wie Marx, weit mehr als Lassalle. Deutsche Emigranten höhnten im Auslande über die Schmach des Vaterlandes. Für den Weltfrieden schwärmten die Freihändler so gut wie die Anhänger der Internationalen. Verminderung des Heeres und seiner Kosten zu wollen gilt noch in weiten Kreisen als sicheres Merkmal des Volksfreundes. Wie viele haben noch nicht begriffen, dass Sicherheit gegen äussere Angriffe die erste Grundbedingung nationalen Lebens, dass Dienst im Heere das unersetzlichste aller politischen Erziehungsmittel ist! Ja es ist mit Wohlgefallen nachgesagt worden, als zuerst unser Volk in Waffen, unser herrliches Heer, das berufen war, uns die höchsten nationalen Güter nicht nur zu schützen, sondern zu schaffen, eine „verthierte Soldateska“ genannt wurde!

Und die Gleichheitslehre des vorigen Jahrhunderts?

Waren es denn Sozialdemokraten, die zuerst den allgemeinen ungestümen Ruf nach unbedingter Freiheit und Gleichheit ertönen liessen ohne zu ahnen, dass jede vollkommene Freiheit die Gleichheit der Schwachen, jede vollkommene Gleichheit die Freiheit der Starken tödtet? Der Gleichheitsdurst der Mittelklassen hat sie gehässig gemacht nicht nur gegen den Adel sondern auch missgünstig gegen das Königthum. Und auch nach Einführung der parlamentarischen Verfassung hat man vielfach getrachtet zu Ehren der Ausdehnung parlamentarischer Rechte, die Macht des Königthums zu einem Schatten herabzudrücken. Noch vor zwei Jahren hörte ich in Belgien bei offiziellen Festen den König unbefangen „le premier citoyen du pays“ nennen. Und bei uns? Haben wir Alle begriffen, dass ein über allen Parteien und allen Ständen stehendes Königthum allein die stätige Macht des Gesetzes und die Continuität staatlicher Entwickelung wahren kann? Auch wir waren recht oft viel wollende Demokraten nach Oben, freilich zugleich gefühlsmässige Aristokraten nach Unten — aber können wir uns wundern, wenn uns eine Klasse, die kein Unter-sich mehr kennt, beim Worte nimmt?

Wollen nicht endlich Schutzzöllner und Agrarier, wenn die Industrie oder Landwirthschaft irgendwo der Schuh drückt, auch gleich radicale Abhülfe durch eine staatliche Massregel, und arbeiten sie nicht auf Sturz eines abgeneigten Ministeriums ohne jede Rücksicht auf seine sonstigen Verdienste resp. Unentbehrlichkeit?

Wo wir hinsehen, können wir nicht finden, dass die falschen Tendenzen der Sozialdemokratie originell sind. Sie macht nur aus gewissen Einseitigkeiten des extremen Individualismus ein System, welche der wahre Liberalismus der Neuzeit seinerseits fortwährend ausstösst, ohne schon völlig frei von diesen Einflüssen zu sein. Besonders entwickelt die Sozialdemokratie das kritische Princip des Rationalismus zur revolutionären Leidenschaft, und den ethischen Materialismus, der sich an den Individualismus anschliesst, benutzt sie zur Entwickelung einer möglichst niedrigen Anschauung von den Zwecken des Menschen und des Staats. Sie acceptirt völlig die Weltanschauung und die Ziele eines extremen Individualismus, nur schlägt sie zur Erreichung dieser Ziele als Mittel eine extreme sozialistische Organisation der Wirthschaft vor. Diese Organisation will sie nicht zur Ehre idealer Ziele der Menschheit, nicht um die Idee der Gesammtheit zu verwirklichen, sondern lediglich, damit die einzelnen Glieder der Gesammtheit materiell profitiren. Wahrlich, Sozialismus und Sozialdemokratie sind nicht identisch, denn die Sozialdemokratie ist in dem entscheidenden Theile ihres Programms, in ihren eigentlichen Zielen Extrem des extremen Individualismus [1]) und benutzt nur auch das

---

[1]) Wie sehr es wahr ist, dass die Sozialdemokratie im Grunde vom extremen Individualismus, von der souverainen Kritik und dem Revolutionsrecht ausgeht und in erster Linie den einzelnen Menschen als solchen befreien und seine Lage verbessern will, sieht man auch deutlich aus den Anfängen von Marx, die ganz vorherrschend revolutionär waren. In den deutsch-französischen

Gegentheil dieser Lehre — nach dem Grundsatz, dass Gegensätze sich berühren — für ihre Zwecke.

Eigenthümlich national gefärbt, aber konsequenter als bei irgend einem anderen Vertreter ist der extreme Individualismus ausgebildet bei Jeremias Bentham. Keiner setzt so entschieden wie er die kritische Vernunft des Individuums auf den Thron, keiner löst die Gesellschaft so deutlich in ihre Atome auf und kommt so unverblümt zu der öden Lehre von der Herrschaft der jeweiligen Majorität.

Die Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Beamten, ihre beständige Kontrole durch das ganze Volk wird bei Bentham aufs Schärfste ausgeführt: die grosse Kunst

---

Jahrbüchern sagt Marx S. 73: „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem demonstrirt und sie demonstrirt ad hominem, sobald sie radikal wird. Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist der Mensch selbst. Der evidente Beweis für den Radikalismus der deutschen Theorie, also für ihre praktische Energie, ist ihr Ausgang von der entschiedenen positiven Aufhebung der Religion. Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, Verhältnisse, die man nicht besser schildern kann, als durch den Ausruf eines Franzosen bei einer projectirten Hundesteuer: Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln!“

nach seiner Ansicht ist, „Alles so einzurichten, dass die Macht der Regierenden möglichst klein, ihre Abhängigkeit von der Masse und ihre Verantwortlichkeit möglichst gross ist. Die Gesellschaft und der Staat sind nur eine Summe von Regierenden und Regierten; regieren soll vernünftiger Weise die Majorität — die kleinere Zahl soll der grösseren weichen; Aristokratie und Königthum sind absolut verwerflich, denn sie können nur in ihrem Interesse regieren: „Ihr könnt keinen König haben, es sei denn, ihr habt einen Beamten, der nicht Unrecht thun kann.“

Und das Alles wird daraus gefolgert, dass die einzig vernünftige Richtschnur aller Institutionen das grösstmögliche Glück der grösstmöglichen Zahl sei. Und da das grösstmögliche Glück ein berechenbares sein muss, so kommt auch Bentham konsequent dazu, dass sich das Glück des Einzelnen hauptsächlich aus seinen nach Geldwerth berechenbaren Genüssen zusammensetzt. Ganz folgerichtig galt ihm das Kegelspiel als eine mindestens ebenso edle Kunst wie Musik und Poesie. —

Freilich hielt Bentham den Kommunismus für unmöglich, schwärmte für Freihandel und freie Konkurrenz und griff das Eigenthum nicht an. Er erwartete das grösstmögliche Glück der grösstmöglichen Zahl von denselben vermögensrechtlichen Ordnungen wie Adam Smith und Ricardo. Aber es ist kein grosser Schritt über ihn hinaus, wenn man das gleichmässige Glück Aller durchsetzen will durch eine andere Vermögensrechtsordnung. Die distributive Gerechtigkeit, die lediglich in einer relativen Ausgleichung der

auf Consum wirthschaftlicher Güter beruhenden Genüsse beruht, ist nur das potenzirte Nützlichkeitsprinzip Bentham's, nur die richtige Konsequenz einer Lehre, welche keine Gesammtheit der gegenwärtigen und zukünftigen Menschen mit eigenthümlichen Zielen und Aufgaben, sondern lediglich einzelne gegenwärtige Individuen mit selbstsüchtigen Interessen kennt.

Gewiss, die Sozialdemokratie ist etwas Widerliches, ein Uebel, eine Gefahr, eine Krankheit! Aber hüten wir uns, den Arbeiter mit anderem Masse zu messen, als uns selbst. Die Krankheit wurzelt nicht in den boshaften Leidenschaften unserer Arbeiter allein: denn diese sind Menschen wie wir, keine Rasse mit besonderen Anlagen. Was schlimm an ihnen ist und insoweit sie schlimmeren Anschauungen huldigen, als andere Klassen — immer muss daran die Erziehung schuld sein, durch welche die ganzen Völker gegangen sind. Die Krankheit wurzelt in der ganzen Gesellschaft, in der Geschichte der Ideen, welche sich in der ganzen Gesellschaft entwickelt haben. Wo die ganze Gesellschaft gefehlt hat, da kann aber auch die ganze Gesellschaft helfen. So tief die Wurzeln der Krankheit liegen, dennoch ist es keine Krankheit, die den ganzen Volksorganismus verderben muss, ja es ist nicht einmal eine Krankheit, die uns nothwendig durch eine lebensgefährliche Krisis hindurchführen muss. Wir können die Krankheit einer unsinnigen politischen Erregung der Massen, wie das Beispiel Englands beweist, überwinden, ehe sie auf den denkbaren Höhepunkt gekommen ist.

Freilich die richtigen Mittel zur Bekämpfung des Uebels allgemein zu kennen und zu ergreifen, sind wir noch weit entfernt, weil wir das Uebel noch zu wenig kennen und zu viel mit instinktmässigem Abscheu operiren. Wir können die Sozialdemokratie nun und nimmer überwinden, wenn wir uns begnügen, ihre äusseren Symptome niederzuschlagen.

Wenn sozialdemokratische Redner und Schriftsteller offen das Gesetz verhöhnen, Hoch- und Landesverrath predigen, Verleumdungen aussprechen etc., so müssen sie freilich bestraft werden, wie jeder Andere, der das Gleiche thut. Aber wir werden die Massen noch nicht mit treuer Gesetzesliebe erfüllen, wenn wir uns beschränken, die Autorität des Gesetzes äusserlich zu wahren gegen ihre offenen Gegner.

Wir werden die Sozialdemokratie auch nicht überwinden, wenn wir uns in blinder Angst einem System reaktionärer überspannter Autorität in die Arme werfen, denn ein solches System arbeitet seinem Gegentheil, der wüsten Anarchie, in die Hände und die thörichte Angst reizt den Muth der Gegner. Dass die despotischen „Retter der Gesellschaft" uns keinen Frieden schaffen können, hat die Erfahrung gelehrt. Und wenn heute bei uns der Ultramontanismus mit seinem strammen Autoritätsprinzip die Sozialdemokratie verdrängt, so thut er es nur, weil er die Leidenschaft der Opposition noch vollkommener befriedigt als die Sozialdemokratie, nicht weil er die Sozialdemokratie bekämpft, sondern weil er in ihrem wesentlichsten Ziele erfolgreich mit ihr konkurrirt.

Weil unser heutiger Ultramontanismus, treu der Lehre Mariana's, den Staat als ein untergeordnetes und deshalb umstürzbares Menschenwerk behandelt, weil er zeitweilig den Bund mit der demokratischen Revolution sucht, darum ersetzt er die Sozialdemokratie, nicht weil er die Autorität der Kirche hochhält.

Ebenso wenig werden wir die Sozialdemokratie überwinden, wenn wir die Lehre von der erreichten besten der Welten und *der unbedingten Harmonie aller Interessen bei freier Konkurrenz* in selbstzufriedenem Optimismus predigen. Wir dichten dadurch *nur uns* Missstände und Gefahren weg, die Massen aber hören die Botschaft, ohne sie zu glauben. Es ist wirklich trostlos, dass der läppische Phrasenreichthum des Harmonikers Bastiat bei uns Anhänger finden konnte und dass man für den naturnothwendigen Fortschritt Carey's schwärmte — unter Streichung der nach ihm nothwendigen Voraussetzung der Schutzzölle. Wer die Gegenwart träumend verklärt, wird ohnmächtig bleiben gegenüber dem, der, gedrückt von der wirklichen Gegenwart, eine geträumte Zukunft begehrt. Weiche Seelen, die kein Uebel bekämpfen können, und es deshalb nicht sehen wollen, wirken dadurch am schädlichsten, dass sie jede Reform verhüten. — Schwäche ist ja so oft verderblicher, als bewusste gemeinschädliche Selbstsucht. Der Glaube an den Bastiatismus ist nur eine blendende Form für das „après nous le déluge“ der Bourgeoisie. Diesen Glauben kann nur theilen, wer das *morgen* nicht sehen will, weil *heute* die Geschäfte noch blühen.

Geistesverwandt mit der blühenden Schwäche des Bastiatismus ist der ohnmächtige Trotz auf das eigene Recht. Gewiss hat das besitzende Bürgerthum seine schönen Tugenden und seine grossen Verdienste um die Civilisation. Gewiss ist es eine anerkennenswerthe Seite der gebildeten Mittelklassen, dass sie treu und warm festhalten an der Ordnung privater Rechte.

„In abgeschlossenen Kreisen lenken wir
Gesetzlich streng das in der Mittelhöhe
Des Lebens wiederkehrend Schwebende.“

Aber dürfen wir vergessen, dass dem juristischen Rechte des Eigenthümers gegenübersteht die moralische Pflicht des Eigenthümers, nach Kräften dem Interesse der Gesammtheit zu dienen? Dürfen wir uns ohne Weiteres der Tugend des Rechtssinnes in beschränkter Sphäre rühmen, auf diese Rechte pochen und von unseren Pflichten schweigen?

Der allerverfehlteste Versuch, der Sozialdemokratie Herr zu werden, ist es aber, wenn man gegen sie den doktrinären Radikalismus der Bourgeoisie ins Feld führt und dadurch die Arbeiter zu gewinnen hofft.

Wie die Zeitungen berichten, ist jüngst aus den Reihen der sächsischen Fortschrittler die Stimme (Findel!)[1]) laut geworden, auf politischem Gebiete

[1]) Die in den Zeitungen angekündigte Schrift von J. G. Findel: „Der Kampf wieder die Sozialdemokratie und die deutsche Fortschrittpartei“, Leipzig 1877, ist mir nach Vollendung meines Manuskripts noch zugekommen: Ich brauche nicht

müsse man mit der Sozialdemokratie Hand in Hand gehen! Man staunt über solche Verblendung! Die kleinliche Oppositionslust des radikalen Bourgeois, die Halt macht, sowie ein Angriff auf das Eigenthum stattfindet, verliert nothwendig das Spiel gegenüber dem weit konsequenteren und extremeren Radikalismus der Sozialdemokraten. Glaubt man denn ernstlich, Arbeiter locken zu können, wenn man ihnen nur Kampf gegen die Regierung verspricht ohne die goldene Frucht ökonomischer Freiheit? Wer aus doktrinärer Rechthaberei, aus persönlicher Eitelkeit, aus Lust an Aufregung allein gleichgültig ist gegen die Erhaltung der Ordnung im Staat, der ist glücklicherweise viel schwächer, moralisch aber noch schlimmer als derjenige, der den Staat auflösen will, weil er fest glaubt, dass er dann seine Utopien wirthschaftlicher Ausgleichungverwirklichen könne! Prinzipieller Kampf gegen die Regierung als Mittel, die soziale Ordnung aufrecht zu erhalten! Umsonst hat für solche Schwärmer der prophetische Dichter geschrieben:

„O diese Zeit hat fürchterliche Zeichen!
„Das Niedre schwillt, das Hohe senkt sich nieder,
„Als könnte Jeder nur am Platz des andern
„Befriedigung verworrner Wünsche finden,

---

zu erwähnen, dass ich mit der Tendenz absolut nicht übereinstimme. Die kleine Schrift ist aber nicht ohne Sachkunde, sondern offen und ehrlich geschrieben und enthält in sehr belehrender Weise das Geständniss, dass, abgesehen von der extrem sozialistischen Gestaltung der Produktion und der Vertheilung der Güter Sozialdemokratie und bürgerlicher Radikalismus auf einem Boden stehen.

„Nur dann sich glücklich fühlen, wenn nichts mehr
„Zu unterscheiden wäre, wenn wir alle
„Von einem Strom vermischt dahin gerissen,
„Im Ocean uns unbemerkt verlören.
„O lasst uns widerstehen, lasst uns tapfer,
„Was uns und unser Volk erhalten kann
„Mit doppelt neuvereinter Kraft erhalten!
„Lasst endlich uns den alten Zwist vergessen,
„Der Grosse gegen Grosse reizt, von innen
„Das Schiff durchbohrt, das gegen äussere Wellen
„Geschlossen kämpfend nur sich halten kann!“

Fassen wir zusammen: die Sozialdemokratie ist die berechtigte und natürliche Kritik nicht der Nationalökonomie kurzweg, wohl aber der sogenannten klassischen Nationalökonomie, d. h. der extremen individualistischen Bourgeois-Nationalökonomie Ricardo's.

Die Sozialdemokratie ist zugleich nicht die Konsequenz des Liberalismus, aber einer Reihe von Verirrungen des Liberalismus, die von dem Anschluss an den extremen Individualismus herrühren und noch nicht ganz überwunden sind bei Allen, die sich liberal nennen.

Die Sozialdemokratie ist das hässliche Zerrbild der Sünden des dritten Standes, das der vierte Stand dem widerwilligen Auge vorhält. Zerrbilder pflegen zu verletzen und zu erbittern, wo sie belehren sollten. Aber wollen wir wirklich unsere Stärke darin suchen, dass wir unsere Schwäche pflegen, weil sie uns gezeigt werden? Oder wollen wir gar die Nationalökonomie und den Liberalismus aufgeben, weil sie einige verfehlte Früchte gezeitigt haben?

Es giebt heute nicht nur Stimmen, die Bastiat lob-

preisen oder den radikalen Liberalismus allein gelten lassen wollen, sondern auch solche, die den Liberalismus als abgewirthschaftet bezeichnen und nur in den konservativen Parteien eine Stütze gegen die Sozialdemokratie finden. Aber unser Konservativismus und unser Liberalismus sind heute gar keine prinzipiellen Gegensätze mehr, und wenn man sich einem dem Liberalismus entgegesetzten Konservativismus in die Arme werfen will, so kann man damit nur einen feudalen, reaktionären Konservativismus meinen. Diese Richtung nun ist vor Allem äusserst schwach, jedenfalls aber gebricht es ihr an ökonomischer Weisheit ganz unendlich und in den Kreisen ihrer Anhänger ist von einer grossartigen Auffassung der Staatsidee nicht die Rede. Zeigt uns nicht der hirnverbrannte Ansturm der Agrarier gegen das mobile Kapital, ihre Judenhetze und vor Allem ihr einseitiger Eifer für Abschaffung der Grundsteuer, dass die Seele dieser Agitation, die sich als Krystallisationskern zur Bildung einer neuen konservativen Partei betrachtet, das materielle Interesse des Grundbesitzes ist? Und haben fromme sogenannte Deutschkonservative nicht gezeigt, wie wenig sie die Zeichen der Zeit verstehen, indem sie sich mit dem Partikularismus verbanden?

Es bleibt uns keine andere Wahl, als fortgesetzte energische Selbstzucht des Liberalismus. Ausbildung seiner wahren Prinzipien, entschlossenes Ablegen seiner Verirrungen ist die einzige starke Waffe gegen die Sozialdemokratie. Erziehen wir uns selbst

in wirthschaftlicher, sittlicher, religiöser und politischer Hinsicht — und wir werden die Arbeiter erziehen.

Zwei Dinge sind hierzu vor Allem nöthig.

In der Erkenntniss, dass nicht die sozialen Träume, sondern die wüsten politischen Agitationen der Sozialdemokraten das Hauptübel sind, dass letztere aber ihre Kraft hauptsächlich in dem allgemeinen Gefühl der Unzufriedenheit der Arbeiter über ihre materielle Lage haben, müssen wir den Arbeitern im Streben nach Verbesserung ihrer Lage uneigennützig entgegenkommen. Belehrende Worte und wohlgemeinte Gegenagitationsvereine können für sich allein wenig helfen. Nur die muthige That besiegt verworrene Gefühle und ist beweiskräftig gegenüber einer die Leidenschaft erregenden Theorie. Die Thaten, die wir üben müssen, sind theilweise freiwillige gesellschaftliche Thaten — humane Sorge der Arbeitgeber für Wohnungen und Nahrung der Arbeiter, Anregung zu Spar- und Hülfskassen, wohlwollende Behandlung der Arbeiter im persönlichen Verkehr etc. Selbst freiwillige Einführung einer konstitutionellen statt einer absolutistischen Verfassung in den Fabriken, wie es der Fabrikant Metz aussprach und der Fabrikant König auszuführen begonnen hat, gehört zu den Fragen der Zeit.

Wenn wir aber Selbstzucht des ganzen Liberalismus verlangen, so genügt anerkennenswerthe Humanität der Fabrikherren nicht — es handelt sich um Verwerthung des Einflusses der ganzen liberalen Partei auf die Gesetzgebung des Staates. Hier muss sich der Liberalismus in der That den wahren Grundgedanken

des „radikalen Torythums“, das Disraeli dichterisch verherrlicht und Schmoller gegen Treitschke angerufen hat, aneignen — der Liberalismus muss den Schutz und die Hebung der Schwachen durch eine starke Staatsgewalt zu seiner eigensten Aufgabe machen. Er muss anknüpfen an die Traditionen Friedrich's des Grossen, definitiv brechen mit dem manchesterlichen Ideal von der schwachen Regierung und dem wohlhabenden Volk (d. h. Bourgeoisie).

Freilich ist unsere Gesetzgebung gegenwärtig mit anderen Aufgaben schwer überlastet, und die Anfänge positiver sozialer Reform sind schwer zu entwickeln, nachdem erst die Gewerbeordnung von 1869 uns die tabula rasa der prinzipiellen Gewerbefreiheit geschaffen hat. Dennoch ist es zu beklagen, dass das einzige grössere Gesetz, das seitdem im Interesse positiver sozialer Reform zu Stande gekommen ist, das Hilfskassengesetz ist und dass dieses etwas kümmerlich ausgefallen ist. Denn es regelt nur die Krankenkassen, nicht die wichtigeren Invalidenkassen, und hat die Tendenz, das Krankenkassenwesen an die Verwaltung der Lokalgemeinde anzulehnen, wodurch grosse, lebensfähige, verzweigte („affilated“) Organisation von Kassen sehr erschwert wird. Das weit vollkommenere Genossenschaftsgesetz stammt noch aus der Zeit vor 1869, dient mehr der Erhaltung des Mittelstandes als der Hebung des Proletariats und ist jetzt auch reformbedürftig. Ueber ein neues Vereinsgesetz herrscht Schweigen, mit der Reform der Aktiengesetzgebung sind wir noch im Rückstand.

Es muss mehr Energie und mehr Plan in die soziale Gesetzgebung kommen. Dieselbe hat sich in drei Richtungen zu bewegen.

Wo es sich zeigt, dass das Privateigenthum und die Vertragsfreiheit eine Tendenz zur Ausbeutung und inhumanen Benachtheiligung der Besitzlosen und Schwachen entwickeln, da muss der — im Laufe der Zeit stets schwankende — Umfang der Befugnisse des Privateigenthümers und der Inhalt erlaubter Verträge eingeschränkt werden. Dies ist das Gebiet der Fabrikgesetzgebung zu Gunsten von Frauen und Kindern, der öffentlichen Gesundheitspflege und Baupolizei, der Polizei gegenüber gefährlichen Gewerben, der Bergwerksgesetzgebung, der Haftpflichtgesetze etc. — und auf diesen Gebieten der Gesetzgebung haben uns England und neuerlich die Schweiz vielfach überflügelt.

Wo es sich dann zeigt, dass die freie privatwirthschaftliche Thätigkeit gemeinsame Bedürfnisse des ganzen Volkes schlecht befriedigt, während die Besitzer grosser Kapitalien eine mit dem Staat konkurrirende, unerträgliche Macht erlangen, da können einzelne Zweige wirthschaftlicher Thätigkeit der Herrschaft von Privaten ganz entzogen und in die Hand des Staates gelegt werden. Also nicht nur Beschränkung der Befugnisse des Privateigenthums, sondern Einengung seines Gebiets. Dies ist namentlich betreffs der grossen Verkehranstalten — Eisenbahnen — und der Forstwirthschaft zu erwägen. Auch die Erhaltung von Gemeindeländereien steht in Frage. Es muss aber hierin eine gewisse Vorsicht walten, damit nicht der

Besitz und Wirthschaftsbetrieb „der todten Hand“ in lebenerstickender Weise überhand nehme. Ich glaube, dass in dieser Richtung keine fortgesetzte Thätigkeit der Gesetzgebung erforderlich ist, sondern nur eine einmalige in bestimmtem Masse zur Abstellung ganz spezieller Missstände.

Die dritte und wichtigste Richtung aber, in der sich die soziale Gesetzgebung bewegen muss, ist die der Organisation der gewerblichen Stände, Aufhebung der Atomisirung der wirthschaftlichen Gesellschaft, der Anarchie der Konkurrenz nicht durch schablonenhafte Zwangsorganisation, sondern durch Anregung freigewollter und von den Betheiligten selbst durchgeführter Ordnungen, innerhalb staatlicher Normativbedingungen. Auch hierin ist uns England vorangegangen, welches Normativbedingungen für Gewerkvereine, Hilfskassen und kooperative Genossenschaften hat, die den Normativbedingungen sich fügenden Organisationen registrirt, mit gewissen Rechten ausstattet und zugleich staatlich beaufsichtigt. Eine lebensfähige Ordnung des Lehrlingswesens, Verhütung von Kontraktbruch, segensreiche Schiedsgerichte und Einigungsämter schliessen sich naturgemäss nur an solche Organisationen an. Sie sind das grosse Mittel, die Schwachen mit einer freiheitlichen Wirthschaftsgesetzgebung zu versöhnen, zugleich dienen sie am besten zur allmäligen schrittweisen Erreichung des grossen Zieles, dass der Erwerb des Arbeiters gesichert werde, dass ein wachsender Theil der Arbeiter gleichzeitig Kleinbesitzer werde — der Verallgemeinerung des Eigenthums, wie Samter sagt —

und dass jeder Arbeiter in einen Mittelstand aufsteigen könne, d. h. das Proletariat ohne gesicherte Existenz, ohne Besitz und ohne Hoffnung wird dadurch allmälig aufgehoben. Die Anträge zur Reform der Gewerbeordnung, die jüngsten Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik beweisen, dass die Einsicht in die Wichtigkeit solcher Versuche sich mehr und mehr allgemeine Bahn bricht. Es handelt sich dabei um eine fortgesetzt weiter zu bildende Gesetzgebung die sich den wachsenden Bedürfnissen der wirthschaftlichen Stände stets neu anschliesst und diese zugleich stets veranlasst nur innerhalb der vom gesammten Staatsinteresse gebotenen Grenzen wirksam zu werden.

Die zur Zeit interessantesten und wichtigsten freien sozialen Organisationen sind die Interessenvertretungsverbände der Arbeiter und Arbeitgeber (Gewerkvereine und Gegenvereine). Sie sind in Deutschland mit seiner jungen Grossindustrie und jungen Coalitionsfreiheit, nicht entfernt so gut und grossartig entwickelt wie in England. Die Gewerkschaften folgen der Sozialdemokratie, die an sich sehr anerkennenswerthen Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine sind im Schlepptau der politischen Fortschrittspartei, andere derartige Gebilde sind von Kaplänen geführt, auch der selbständig aus der Arbeiterwelt hervorgegangene Buchdruckerverband, unser grösster, ältester und erfolgreichster Gewerkverein verschmäht nicht mehr die Bundesgenossenschaft der politischen Sozialdemokratie. Wir stecken hier noch sehr in den Anfängen, aber deshalb dürfen wir, und darf vor Allem die Gesetzgebung die Bewegung nicht missachten. Vielmehr ist

es gerade im Anfang der Entwicklung eine lohnende Aufgabe der Gesetzgebung, diese Bewegung sicher in gesetzliche, politischen Parteibestrebungen ferne liegende Bahnen zu leiten. Das Bedürfniss zur Coalition Derjenigen, welche die gleichen Interessen haben, ist ein zu natürliches, als dass es sich nicht mehr und mehr geltend machen müsste — und wir haben von England her, neuerlich sogar durch die französischen Syndicate die ermunternde Erfahrung, dass aus solchen dauernden Coalitionen naturgemäss Organe des sozialen Friedens herauswachsen.

Hier ist auch gerade der Punkt, wo wir hoffen dürfen, dass aus den Reihen der gegenwärtigen Sozialdemokraten heraus selbst sich Bestrebungen entwickeln, welche die revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie allmählich vernichten können. Wir müssen also solche Bestrebungen pflegen und leiten, nicht durch ihre Unterdrückung reizen.

Das politische Agitiren und Aufregen der Leidenschaften ist ein bequemes Mittel, Arbeiter zunächst zu einer bewussten Partei zusammenzubringen und sie an das Kommando der Führer zu gewöhnen. Aber auf die Dauer wird es doch schwer, vernünftige Menschen nur durch Aufregungen und Versprechungen zusammenzuhalten. Man muss gelegentlich praktische Erfolge erreichen, die Genossen zu gemeinsamem Handeln anregen.

So hat schon die Internationale grosse Strikes organisirt, und in Deutschland wagte v. Schweitzer den Schritt, Gewerkschaften und Arbeitseinstellungen

in Gang zu setzen. Bei unverständigen Kritikern rief dies besondere Entrüstung hervor, weil der Strike nicht gegen den Staat sondern gegen den Gewinn des Fabrikanten gerichtet ist. Sozialdemokratische Strikes mögen auch so und so oft lediglich als ein neues Aufregungsmittel beabsichtigt gewesen sein. Allein man darf nie vergessen: Sowie der socialdemokratische Führer einen Strike veranlasst, verspricht er Lohnerhöhung im gegenwärtigen Staat und widerspricht praktisch seiner eigenen Lehre von der Unabänderlichkeit des ehernen Lohngesetzes und der Staatsumwälzung als einziger Hoffnung für den Arbeiterstand. Wenn gar in Gewerkschaften zu der Vorbereitung für Strikes auch Sorge für Errichtung von Hilfskassen u. dergl. sich gesellt, so werden die Arbeiter factisch von der reinen politischen Agitation immer mehr abgelenkt, zum friedlichen Streben nach erreichbaren Erfolgen innerhalb des bestehenden Gesetzes immer mehr hingelenkt.

Es besteht freilich bei der gegenwärtigen Macht der Sozialdemokratie, welche in der That heute unsere einzige grosse eigentliche Arbeiterpartei ist, die grosse Gefahr, dass jeder neue Gewerkverein nur ein neuer Heerd sozialdemokratischer Agitation, nur ein neues Piedestal für die sozialdemokratischen Führer wird. Könnte man aber dem nicht durch die Normativbedingungen begegnen, unter deren Beobachtung allein die Vereine rechtlich anerkannt werden können? Man müsste doch jedenfalls in den Normativbedingungen absoluten Ausschluss jeder politischen Agitation verlangen und das durch verständige Aufsicht durchsetzen.

Uebrigens ist es nicht schwer, den Muth zu einer die Gewerkvereine anerkennenden Gesetzgebung zu entwickeln. Denn die Frage steht praktisch nicht so, dass wir vor der Alternative ständen, keine Gewerkvereine und keine neuen Heerde politischer Agitation, oder Gewerkvereine und Gegenmittel gegen diese Agitation. Keine Gewerkvereine können wir nicht wollen, da wir sie nicht verbieten können und durch Ignoriren derselben in der Gesetzgebung ihre Entstehung nicht verhindern können. Die Frage ist nur: Wüste undisziplinirte Gewerkvereine ohne Normativbedingungen, oder gesetzliche unter Normativbedingungen? Bei solcher Alternative dürfte die Entscheidung doch nicht schwer sein.

In England hat die erregte Arbeiterwelt bis zum Jahre 1832 sich unter dem einen Schlagwort: „Allgemeines Wahlrecht" gesammelt. Der ganze Chartismus [1]) von 1838 bis 1848 verlangte dann wieder nur allgemeines Wahlrecht, gleichmässige Wahlbezirke und jährliche Parlamente. Er ging in seiner Majorität soweit, zur Durchsetzung dieses Postulats physische Gewalt, d. h. Revolution zu wollen, wenn auch nur sehr schwächlich zu versuchen. Es fehlte ihm das ausgebildete

[1]) Brentano's bekannte Schriften sind die beste Quelle für Erkenntniss der Entwickelung der Englischen Gewerkvereine und der Englischen Arbeiterbewegung überhaupt. Beiläufig möchte ich gegenüber einer Note Brentano's in seinem letzten Buch bemerken, dass ich nicht eine „Geschichte des Chartismus" zu schreiben, sondern diese Bewegung nur in einem grössern Zusammenhang zu behandeln beabsichtige.

extrem sozialistische Programm unserer deutschen Sozialdemokratie, aber seine politischen Tendenzen und seine materialistischen Endzwecke waren ganz dieselben wie die unserer Sozialdemokraten, und er war weit turbulenter, weit leidenschaftlicher, und umfasste weit zahlreichere Massen.

Und dennoch sank er klanglos zum Orkus hinab, seitdem die nicht am wenigsten durch die christlichen Sozialisten angeregte liberale Vereins- und Genossenschaftsgesetzgebung nach 1850 den Arbeiterverbänden Luft schaffte und ihnen Oberwasser in der Arbeiterwelt gab. Seitdem ist es soweit gekommen, dass die englischen Arbeiterführer die revolutionären Führer der Internationale nicht einmal verstanden.

Soll unsere Regierung mit ihrer monarchischen Spitze weniger Energie haben als die Majoritätsministerien Englands? Soll unser hauptsächlich aus den bürgerlichen Mittelklassen rekrutirter Reichstag in inneren Verwaltungsfragen ewig weniger Muth haben als das englische Parlament mit seiner starken Vertretung der Grundaristokratie? Willig und muthig hat unser Bürgerthum seine Söhne auf die Schlachtfelder gegen den äusseren Feind geschickt — und vor den Arbeitern im Lande wollen wir uns mehr fürchten als die Engländer? Zu fürchten sind nicht die Arbeiter, sondern nur gewisse politische Tendenzen, die jetzt auch unsere Arbeiter ergriffen haben.

Ich habe versucht die Aufgaben der speziell wirthschaftlichen Gesetzgebung zu skizziren und appellire dabei an die aufgeklärte Einsicht der liberalen Par-

teien. Aber zwei Dinge sind, wie ich oben sagte, nöthig zur Selbstzucht des Liberalismus. Das Wichtigste bleibt uns zum Abschluss unserer ganzen Abhandlung noch zu besprechen übrig! Soll die soziale Gesetzgebung vom rechten Geiste eingegeben und erfüllt sein, so genügt nicht die Absicht, den Arbeitern zu nützen ohne den Besitzenden zu schaden, dem Besitz Frieden durch Zufriedenheit der Arbeiter zu verschaffen — nicht einmal ein natürliches Wohlwollen gegen die Arbeiter. Die Einsicht, dass die einzelnen gesetzlichen Reformen praktisch und billig sind, ist viel werth, aber sie ist nicht die Hauptsache.

Die oberen Klassen müssen dem falschen, der Revolution dienenden extremen Sozialismus der Arbeiter entgegensetzen den wahren, friedlichen, gesetzestreuen, gemässigten Sozialismus des aristokratischen Besitzes. D. h. es muss bei ihnen die Unterordnung der individuellen Interessen unter die idealen Ziele der Gesammtheit ein freudig anerkanntes bewusstes Princip werden. Wir müssen die soziale Ordnung wollen als ein Mittel, damit die Gesammtheit ihre Kulturaufgaben erfüllen, ihrem ewigen Ziele, der Vervollkommnung des Menschen, ungestört zustreben könne. Wir müssen Ideale im Herzen tragen, die hoch stehen über dem Wunsch, materielle Bedürfnisse der Einzelnen zu befriedigen und wir müssen diesen idealen Sinn in beständigem opferwilligen Dienste der Gesammtheit bethätigen. Die Gesammtheit, der wir dienen, muss uns gleichsam über unser beschränktes individuelles Sein emporheben, wir wüssen unsere Kraft potenziren als Glieder eines

Organismus, dessen höheren Zielen fortgesetzt dienend nachzustreben unsere fortgesetzte höchste Befriedigung sein muss.

Welche Gesammtheit nun ist es, die uns heute vor Allem zu ihrem Dienste ruft?

Nicht die Menschheit. Die Menschheit als ein Ganzes kennen und erfassen wir nicht. Wer diesem Ideale nachjagt, wird nur dazu beitragen, lebensfähige Organismen in ihre Atome aufzulösen und sich im Nebel ferner Ziele verlieren.

Ein fassbarer Organismus dagegen ist die Kirche, sie ist zugleich die Lehrerin der erhabensten Ideale, die älteste Pflegerin sittlicher Kraft. Aber es ist unser Unglück, dass nicht eine Kirche alle Glieder einer Nation vereint; einzelne Kirchen stehen in zerstörendem Kampf mit aller modernen Bildung, innerhalb anderer Kirchen herrscht Streit und Verwirrung. Die Neuordnung der kirchlichen und religiösen Verhältnisse ist die grösste Frage, vor der wir stehen, leider aber nicht diejenige, zu deren Lösung wir bereits die grösste Reife erlangt haben. So sehr es nothwendig ist, den idealen sittlichen Gehalt aller christlichen Lehren zu bewahren und zu pflegen, es ist heute keine christliche Kirche im Stande, allein alle Kräfte innerhalb eines Volks zu einheitlicher begeisterter That zusammenzufassen. Ja auch in anderen Zeiten wird die Kirche nicht im Stande sein, die Thaten, die sich auf Ordnung des äusseren Lebens beziehen, allein zu lenken, sondern wird sich zu diesem Zwecke mit dem Staat verbinden müssen, von dem sie niemals vollständig

getrennt werden kann. Es wäre Frevel, die ideale Kraft kirchlichen Glaubens zerstören zu wollen, aber wir müssen uns heute nothwendig nach anderen Gesammtheiten umsehen, denen alle Confessionen in idealem Sinne dienen können.

Diese andere Gesammtheit ist vor Allem der nationale Staat — die Gesammtheit derjenigen, deren Väter und Ahnen an dieselben Ideale geglaubt, deren Väter vereint gehofft und geduldet, geliebt und gesungen, gekämpft und geblutet haben; die Gesammtheit derjenigen, welche die gleiche Geschichte haben und die gleiche Sprache reden, sich deshalb stets untereinander verstehen und bewusst als Einheit fühlen können. Nur im Staat und durch den Staat werden wir fruchtbare Glieder der Menschheit, nur im Staat können wir in äusseren Thaten die Tugenden üben, die jede Religion lehrt. Er ist heute die hohe Schule der Pflicht und des Gemeinsinns. Das wahrste Wort, das der edelste aller sogenannten Sozialisten, St. Simon sprach, war sein Wort auf dem Sterbebett: „Man muss begeistert sein, um Grosses zu vollbringen“. Giebt es heute eine Begeisterung, die uns Alle besser und gleichmässiger erfassen kann, als die Liebe zum Vaterland?

Alle Sittlichkeit concentrirt sich in den zwei grossen Postulaten der Wahrheit und der Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze — nenne man's Nächstenliebe, Brüderlichkeit, Gemeinsinn, wie man will. Also seien wir wahr gegen uns, erkennen und gestehen wir unsere Fehler und setzen wir der wüsten Vaterlands-

losigkeit der Sozialdemokratie als Gegensatz und zugleich als Waffe gegenüber den opferwilligen Patriotismus der sozialen Aristokratie. Das leuchtende Vorbild politischer Sittlichkeit allein kann den Neid der Armuth gegen den Reichthum verstummen machen.

Es ist in unserer Zeit für Gelegenheit zur Uebung solcher Gesinnung gesorgt. Der Staat ruft Alle zum Dienst im Heere, er ruft den Fähigen zum unentgeltlichen Ehrenamt, er fordert uns auf, mitzuwirken zu einer Steuerreform, die dem grösseren und namentlich dem mobilen Reichthum grössere Lasten auflegen soll. Ein üppiges Aufspriessen politischer Vereine fordert uns täglich auf, für unsere politischen Ueberzeugungen Opfer zu bringen, materielle Opfer und zugleich Opfer unseres Eigensinns, indem wir grossen Zielen zu Ehren unsere individuellen Liebhabereien aufgeben müssen.

Der Staat steht höher als das Eigenthum, das nur *eine* der von ihm geschaffenen und geschützten Institutionen ist. Und die Sozialdemokratie ist dem Staat unendlich viel gefährlicher als dem Eigenthum. Darum müssen wir die Sozialdemokratie vor Allem auf dem Gebiete des staatlichen Lebens durch Ablegung unserer bisherigen Lässigkeit und unseres kleinlichen Egoismus übertreffen und dadurch überwinden. —

Man nenne das unpraktische Schwärmerei und ich antworte: Nicht die nüchterne Abwägung der beiderseitigen Streitkräfte, sondern die ideale Begeisterung und mächtige Willensenergie, die unsere Dichter und Denker unserem Volke eingeflösst, haben uns in den siegreichen Kampf gegen die Legionen des korsischen

Imperators geführt. Nicht allein die praktische Einsicht, dass ein grosses einheitliches Verkehrsgebiet nützlich sei, sondern vor Allem der ideale Glaube, an „das Recht der deutschen Nation zu leben und zu athmen", hat uns die deutsche Einheit gebracht. Nicht allein die technische Vollendung des Reglements und der Waffen, sondern das entwickelte Pflichtgefühl unserer Soldaten hat sie bei Spichern und Sedan zum Siege geführt.

Man nenne das Staatsfanatismus und ich antworte: So lange es im Deutschen Reiche noch Einen gibt, der bereit ist, die ewige Hoheit des Staats dem rechthaberischen Gelüste seines winzigen Ichs zu opfern, so lange gar noch Einer bereit ist, den Staat um Judaslohn zu verkaufen, so lange darf und muss es einen schroffen, kampflustigen, einseitigen Eifer geben für den noch immer werdenden deutschen Staat! Unsere Zeit ist vor Allem eine staatbildende. Unserem Geschlechte ist die Aufgabe gestellt, das unterbrochene Werk des Freiherrn von Stein, den Ausbau der innern Verwaltung und das kühn begonnene Werk des heutigen Kanzlers, die deutsche Einheit zu vollenden. Wo die grösste Kraft für das staatliche Leben gebraucht wird, da muss sich auch der ideale Sinn auf diesem Gebiete zumeist concentriren.

Es ist eine Aufgabe der Wissenschaft, nachzuweisen, woher die Ideen der Sozialdemokratie stammen, zu untersuchen, ob ihre Vorschläge konsequent und ausführbar sind, die Richtigkeit ihrer wissenschaftlichen Methode zu prüfen etc.

Wenn wir aber eingehen auf ihre letzten Tendenzen und ihr eigentliches Wollen, dann gilt es *Tendenz gegen Tendenz, Willen gegen Willen zu setzen.* Und siegreich wird bleiben derjenige Wille, der für die höheren Ideale und mit der besseren sittlichen Kraft kämpft. Darum schliesst die wissenschaftliche Betrachtung der Sozialdemokratie mit dem Aufruf zur streitbaren politischen Begeisterung!

Sozialismus an sich ist keine Partei, nicht einmal eine einheitliche Schule. Er ist ein *Prinzip*, das so lange wir Menschen und Staaten kennen, vorhanden war und vorhanden sein wird, nach Geltung in wechselndem Masse ringt und zu ausschliesslicher Geltung nie kommen wird, — ein ewig nothwendiges Prinzip, das kein Denkender erst durch die Sozialdemokratie kennen gelernt hat. Die Sozialdemokratie aber ist durchaus eine politische Partei und zwar eine revolutionäre. Willig paktiren wir mit dem Arbeiter und seinen Bestrebungen. Aber unversöhnlich kämpfen müssen wir gegen die vaterlands- und gesetzlose Tendenz einer wühlenden Partei. Und wenn, wie ich hoffe und strebe, unsere politische und sittliche Kraft gestärkt und geläutert aus diesem Kampf hervorgeht, dann mögen wir dereinst auch auf diese Phase unserer Entwicklung ohne Scham und Schmerz zurückblicken!

II.

SOZIALPOLITIK.

(EINE ERKLÄRUNG GEGENÜBER ADOLPH WAGNER.)

In der ersten Abtheilung dieser Schrift habe ich meine gesammten Anschauungen über soziale Fragen offen dargelegt, habe gesagt, welches *meine* Auffassung von der Aufgabe der Sozialpolitik ist.

Ich gestehe es offen: Ich bin *Sozialpolitiker* nicht nur in dem Sinne, dass ich überhaupt ein Eingreifen des Staates in wirthschaftliche Dinge für gerechtfertigt halte, sondern auch in dem ganz speziellen Sinne, dass *rein politische* Anschauungen bei mir die beherrschenden sind. Es giebt für mich keine von der Staatswissenschaft abgetrennte Sozialwissenschaft oder Nationalökonomie.

Dass dies bei mir so scharf entwickelt ist, mag damit zusammenhängen, dass ich mehr als die meisten meiner Fachgenossen am politischen Leben und speziell an Partei-Agitationen theilgenommen habe. Die Ansichten, die ich dabei gewonnen, die Erfahrungen, die ich hier gemacht habe, hoffe ich dazu verwerthen zu können, dass es mir gelingen wird, *sozialgeschichtliche* Erscheinungen im Zusammenhang und von einer Seite her zu betrachten, von der sie bisher weniger betrachtet worden sind. Meine individuelle Richtung ist berechtigt, wenn und insoweit sie

Etwas zum Gesammtfortschritt unserer Wissenschaft beiträgt.

Ferne aber ist es von mir, meine Richtung für die alleinberechtigte zu halten. Wer die Wirthschaftsgeschichte mehr isolirt und im Detail bearbeitet, wer die Nationalökonomie dogmatisch ausbildet und auf der Rechtsphilosophie aufbaut, wer sie mehr mit ethischen als mit politischen Studien combinirt — sie alle werden ihrerseits am Fortschritt der Wissenschaft mitarbeiten und sie werden Grösseres leisten als ich, nicht weil ihre Richtung eine bessere ist, sondern wenn ihre persönliche Kraft eine grössere ist.

Am wenigsten fällt es mir bei, dass meine Auffassung im Verein für Sozialpolitik die alleinherrschende sein solle; nur behaupte ich, dass sie wohl mit dem Programme des Vereins harmonirt und dass ich mit seinen meisten Mitgliedern fruchtbringend zusammenarbeiten kann. Ich theile nicht Schmollers Ansicht über das Unrecht in der Vertheilung des Einkommens und Vermögens. Brentano schliesst sich in seinen dogmatischen Arbeiten enger an die ältere Nationalökonomie an und rechtfertigt Gewerkvereine mehr als eine Konsequenz der Vertragsfreiheit, während ich eben die Bindung der individualen Freiheit, die Ersetzung des Individualvertrags durch den Kollektivvertrag für eine wesentliche und wünschenswerthe Neuerung halte. Von der Goltz geht einseitiger als wir von spezifisch-christlichen und kirchlichen Anschauungen aus. Nasse und ich differirten in der Reichseisenbahnfrage, jüngst

erst wieder erklärte ich mich gegen v. Scheel in Bezug auf seine Motivirung der Erbschaftsabgaben.

Aber trotzdem arbeiten wir im Verein, arbeiteten wir in der Concordia zusammen. Es verbindet uns die gemeinsame Ueberzeugung von der Nothwendigkeit positiver sozialer Reform und die Gemeinsamkeit vieler einzelnen praktischen Zwecke — kein spezialisirtes unfehlbares Dogma.

Die Differenzen zwischen Adolph Wagner und vielen Anderen mögen besonders gross sein — sie sind jedenfalls nicht grösser als die Differenzen z. B. zwischen Samter und Nasse, und dennoch verlautet Nichts von einer formell zu proklamirenden Sonderstellung Samters.

Aber Wagner meint, es sei ein tiefer Gegensatz, dass er überhaupt Prinzipien in den Vordergrund stelle, während ich „eine prinzipielle Abneigung gegen Prinzipien“ habe.

Um dies von vornherein abzuthun, so berufe ich mich zunächst auf die Antwort, die ich Wagner bereits auf dem Berliner Kongress bei der Kommunalsteuerdebatte gegeben habe, als er mich auf jenes scherzhafte und paradoxe Diktum von 1875 provozirte. Ich behaupte nicht die Lächerlichkeit, dass Wissenschaft oder Praxis leitende Grundgedanken entbehren können, und dass ich das nicht behaupte, geht wohl aus der ersten Abtheilung dieser Schrift zur Genüge hervor. Ich bin nur misstrauisch, wenn Jemand spezielle Fragen ohne Weiteres unter Berufung auf ein sehr kurz gefasstes allgemeines Prinzip lösen will. An-

spruchsvolle Formeln, irreführende Schlagwörter, inhaltslose allgemeine Sätze — dass ist es, was ich perhorrescire. In der von Wagner angezogenen Steuerdebatte von 1875 speziell vertrat ich die Ansicht, dass man die gewohnten historisch entwickelten Steuerverhältnisse den modernen Bedürfnissen entsprechend in bestimmter Richtung reformiren und weiterbilden, und auf das Konstruiren eines absolut gerechten Steuersystems aus einem rein abstrakten Prinzip heraus verzichten müsse. Ich that damit nichts Anderes, als was Wagner selbst so energisch that und thut — wenn er gegen den „Absolutismus der Lösungen" kämpft. Wagner und alle anderen Sozialpolitiker haben Stellung genommen gegen die wirthschaftlichen Naturgesetze, die, abgeleitet aus irgend einer einseitigen allgemeinen Prämisse über die Natur des Menschen, den Anspruch auf absolute Wahrheit erheben, und wir alle haben im Anschluss an Roscher, Knies, Hildebrand und Andere verlangt, bei Erklärung des Zusammenhanges wirthschaftlicher Verhältnisse sei auf die Verschiedenheit der Zustände nach Ort und Zeit Rücksicht zu nehmen.

Soll dies nur für die Erklärung dessen was ist gelten, nicht auch für die Formulirung dessen, was jetzt geschehen kann und soll? Oder wollen wir den „Absolutismus der Lösungen" durch den Absolutismus der prinzipiellen Postulate ersetzen?

Die „Naturgesetze" der älteren Nationalökonomie waren doch selbst nur eine scharfe Formulirung des Postulats: „Laissez faire et passer". Wollen wir denn genau in denselben Fehler verfallen, dessen Be-

kämpfung uns ursprünglich zusammengeführt hat? Gewiss brauchen wir auch für Steuerreformen leitende Hauptgedanken und es ist Niemandem weniger als mir [1]) eingefallen, das zu bestreiten. Wenn wir aber

[1]) Ich habe zuerst in meiner „Einkommensteuer" von 1872 die ganze Steuerlehre in einer der neueren deutschen Nationalökonomie entsprechenden Weise zu begründen versucht, und meine in diesem Buche niedergelegten Ansichten dann in meinem Gutachten für den Verein für Socialpolitik von 1873, in den Debatten dieses Vereins von 1875, sowie in einigen Kritiken namentlich in Hildebrand's Jahrbüchern weiter entwickelt. In der „Einkommensteuer" habe ich den principiellen Kampf gegen die Auffassung der Steuer als Tausch, also gegen das Princip von „Leistung und Gegenleistung" aufgenommen, habe durchgeführt, dass jedes Einzeleinkommen als ein Antheil an dem durch gesellschaftliche Cooperation entstehenden Gesammteinkommen aufzufassen sei, habe ausgeführt, dass bei heutigen Steuerreformen auf eine Verschiebung der Steuerlast zu Gunsten der Armen hauptsächlich Bedacht zu nehmen sei, — und habe daraus gefolgert, dass die Personalsteuer im Gegensatz zur Ertragssteuer die direkte Staatssteuer der Zukunft sei. Sind das keine principiellen Erörterungen? Ist das nur gedankenloses Tasten? Aber freilich ich habe darauf verzichtet, meine leitenden Grundgedanken für Steuerreform in ein durchschlagendes Wort zusammenzufassen und habe statt dessen drei allgemeine dehnbare Grundregeln aufgestellt, weil es mein Princip ist, dass der Fall einer voraussetzungslosen Neuschöpfung eines Steuersystems nie vorkommt, dass man sich also begnügen musste, das Gewordene weiter zu entwickeln und dabei in jedem einzelnen Falle zu untersuchen, was möglich und ausführbar ist. Sind denn aber diejenigen, welche die „Leistungsfähigkeit" als Princip acceptiren, unter sich einiger in ihren abgeleiteten Forderungen, als es jeder von ihnen mit mir ist?

Ich habe die Steuertheorien niemals als durch mein Buch abgeschlossen betrachtet, ich habe Neumann's Buch als eine sehr werthvolle Bereicherung der Wissenschaft begrüsst, erwarte

eine Formulirung des natürlichen Gerechtigkeitsgefühls zum einzigen „Leitstern“ aller Steuerreformen machen, so stellen wir uns selbst wieder auf den alten naturrechtlichen Standpunkt und wenn man dann zur Regel der progressiven, statt der proportionalen Besteuerung kommt, so können die Vertreter der alten Theorie uns mit Recht vorwerfen, wir seien nur verschwommener als sie, weil wir nicht zu sagen wüssten, welche von allen denkbaren Progressionen der Vertheilung der gesammten Steuerlast zu Grunde gelegt werden solle.

In diesem Sinne bekämpfte ich die „Leistungsfähigkeit“ als das Princip der Vertheilung der Steuerlast. Ich konstatire übrigens mit Vergnügen, dass sich in den jüngsten Darstellungen Neumanns, sowie in der Fassung Wagners das „Princip der Leistungsfähigkeit“ wesentlich modifizirt hat. Es wird eigentlich damit nicht mehr gesagt, als dass der Personalsteuer (allgemeines Einkommen und Vermögenssteuer) ein grosser Platz im System der Staatssteuer gebührt, dass die allgemeine Personalsteuer progressiv sein, fundirtes und unfundirtes Einkommen unterscheiden und auf gewisse persönliche Verhältnisse der Steuerpflichtigen

mit Begierde Wagner's zweite Hälfte der Finanzwissenschaft, habe gern von Nasse gelernt und seit seinem Gutachten die Combination der allgemeinen Einkommens- mit der allgemeinen Vermögenssteuer acceptirt. Aber ich bleibe dabei, dass das alte Suchen nach einem „rationellen Steuersystem“ nicht durch eine Hinterthür wieder in die Finanzwissenschaft eingeführt werden dürfe.

Rücksicht nehmen müsse. Die Leistungsfähigkeit ist sonach nur noch ein zusammenfassendes Wort für eine Reihe einzelner Postulate, deren Berechtigung überhaupt und ihrem Masse nach eingehend discutirt wird. Ich will dies zusammenfassende Wort denjenigen, die es gebrauchen wollen, gerne lassen, protestire aber dagegen, dass man unter Berufung auf dieses Wort den ausschliesslichen Anspruch auf denkende Untersuchung der Steuerfrage im Gegensatz zu gedankenloser Routine erhebe.

Es giebt eine übertriebene Leidenschaft der kurzen Formulirung prinzipieller Gedanken. Mir scheint die eingehende Erklärung und Ausführung prinzipieller Ideen immer unentbehrlich; ihre kurze Zusammenfassung birgt die Gefahr in sich, dass das Princip unverstanden angewendet wird, dass es in der Hand unkritischer Nachbeter verknöchert. Ja die Formeln können ihren Erfinder selbst ungebührlich beherrschen und ihn zum „Prinzipienreiter“ machen. Wer sich zu einseitig in ein abstraktes, knapp formulirtes Prinzip verrennt, an dem rächt sich auch leicht der Feuereifer, indem er sein Prinzip zu Tode reitet, es wegwerfen und das hohe Ross eines neuen Prinzips besteigen muss — statt seine Gedanken stetig weiter entwickeln zu können. Dies zeigt sich deutlich gerade an Wagner selbst. Seine wissenschaftliche „Leistungsfähigkeit“ und literarische Fruchtbarkeit muss jedem Gegner, wie viel mehr dem Vertreter verwandter Ansichten, Anerkennung, ja Bewunderung abringen und jeder deutsche Nationalökonom, Anhänger, voller oder

halber Gegner hat von Wagner viel gelernt [1]. Aber der alte Satz, dass ein Buch am meisten werth ist durch das, was es anregt, bewährt sich stark bei Wagner's Büchern, da er selbst den materiellen Inhalt seiner prinzipiellen Lehren nicht dauernd ausschliesslich festzuhalten vermag.

Das „Prinzip" der Gewerbefreiheit verlangt Freiheit konkurrirender Notenbanken; dies erkannte Wagner 1857 eifrig an und schon 1862 gestand er, dass er „den Werth einer grossen Centralbank früher zu gering anschlug." In der „Abschaffung des privaten Grundeigenthums" herrscht die prinzipielle Auffassung von der produktionsvermehrenden und kultursteigernden Wirkung des Privateigenthums an Grund und Boden — in der „Grundlegung" sehen wir Wagner die Abschaffung alles städtischen Grund- und Hauseigenthums fordern. In der „Gesetzmässigkeit in den scheinbar willkürlichen Handlungen" hat Wagner die materialistische Auffassung Quetelet's und Buckle's über das menschliche Leben und den menschlichen Willen noch überboten; schon in den Noten steigen aber dem Verfasser Zweifel auf und in der „Rede über die soziale Frage" appellirt Wagner mit Feuer an den von ethischen Motiven geleiteten Willen.

Wagner's eigener Entwicklungsgang beweist schlagend, dass die schroffste Formulirung und radikalste

[1] S. besonders was ich in dem citirten Aufsatz „Ueber einige Versuche zur Revision der Grundbegriffe etc." von Wagner's Lehrbuch gesagt habe.

Vertretung von Prinzipien nicht die konsequenteste und erfolgreichste ist.

Im Krieg ist die Offensive die beste Defensive. In literarischer Polemik ist Gegenangriff erfolgreicher als einfache Vertheidigung. Mir ist aber diesmal die Polemik aufgezwungen, und es kommt mir keineswegs darauf an, aus fortgesetzter Polemik als Sieger hervorzugehen, sondern lediglich darauf, durch eine ruhige Auseinandersetzung meine und des Vereins für Sozialpolitik Tendenzen gegenüber Wagner's Angriffen richtig zu stellen.

Wenn ich behaupte, dass Wagner selbst mit den Prinzipien wechselt, so geschieht das keineswegs, weil ich der Ansicht wäre, dass eigensinnige Konsequenz wissenschaftlicher Ruhm sei — sondern nur, um zu zeigen, dass man mit energischer Prinzipienvertretung allein keinen Gegner überzeugen kann, da man nicht einmal sich selbst damit dauernd überzeugt. Wenn ich behaupte, dass Wagner oft Prinzipien einseitig übertreibt, so meine ich deshalb keineswegs, dass seine jetzigen Prinzipien mit denen des Vereins für Sozialpolitik unverträglich seien — vielmehr würde ich bedauern, wenn Wagner selbst dieser Ansicht wäre.

Die Tendenzen des Vereins für Sozialpolitik, wie ich sie auffasse, die ganze Entwicklung und das Wesen des sogenannten Kathedersozialismus habe ich in meinem Aufsatz in den Preussischen Jahrbüchern „Ueber den gegenwärtigen Prinzipienstreit in der Nationalökonomie“ sowie in meinen beiden Berichten im Jahrgang 1877

des Jahrbuchs von Brentano und v. Holtzendorff zur Genüge auseinandergesetzt.

Der „Kathedersozialismus" ist die agitatorisch gefärbte consequente Fortsetzung der wissenschaftlichen deutschen Nationalökonomie namentlich der vierziger Jahre, von der sich Wagner doch wohl ebensowenig ganz loslösen will als ich. Er trat aggressiv auf gegen das einseitige Laissez faire et passer der sogenannten Freihandelsschule, deren Agitation relativ berechtigt war, so lange es sich zunächst um Niederreissen alter unbrauchbarer Schranken des gewerblichen Lebens handelte, die aber seit der Gewerbeordnung von 1869 ein Hemmniss neuer positver Ordnungen zu werden drohten. Der „Kathedersozialismus" erzeugte den Verein für Sozialpolitik, der es sich zur Aufgabe setzte, für die nothwendigen sozialen Reformen zu wirken.

Der Verein im Ganzen und jedes seiner führenden Mitglieder haben ihre Tendenzen festgehalten. Die hitzigen Formen des Streits sind allmälig weggefallen, aber kein Sozialpolitiker hat seine eigentlichen Tendenzen abgeschwächt oder gar aufgegeben. Wenn Brentano's neuestes Buch von der freihändlerischen Presse nicht mehr mit Entrüstung aufgenommen wurde, wie sein erstes, so ist daran lediglich die mit der Zeit gekommene Einsicht der Gegner und der ruhigere Stil Brentano's Schuld. Auf dem letzten wie auf dem ersten Kongress des Vereins für Sozialpolitik schlugen deutlich und unbedingt dieselben Anschauungen durch:

Die Tendenz, dass der starke Arm des Staats

nicht entbehrt werden könne, das wirthschaftliche Leben in seine richtigen Bahnen zu lenken;

Die Tendenz, den Ansprüchen der Arbeiter gerecht zu werden, die Schwachen zu stützen, die besitzenden Klassen über ihre Pflichten gegenüber den Arbeitern aufzuklären;

Die Tendenz, die Alleinherrschaft des Egoismus im wirthschaftlichen Leben zu brechen, der gemeinsinnigen Rücksicht auf das Wohl der Gesammtheit Geltung zu verschaffen.

Ist es unser Fehler oder unser Verdienst, dass diese Ansichten heute weniger bekämpft und verketzert werden als vor fünf Jahren und dass wir deshalb weniger hitzig und polemisch aufzutreten brauchen? Ist es denn ein Abfall vom Glauben, wenn man nach gewönnener Position das Schwert einsteckt, statt in ewiger Kampflust nach einem neuen Gegner zu suchen?

Zu den (stets festgehaltenen) Tendenzen des Vereins an sich, stellt sich auch Wagner, wenn man sein „Nachwort" ruhig betrachtet, nicht in Gegensatz. Was er wirklich bekämpft, ist genau betrachtet:

1) die Taktik, die der Verein einschlägt;
2) die wissenschaftliche Richtung und Methode einzelner Mitglieder des Vereins.

Und zu diesem vorwurfsvollen Kampfe treibt Wagner — gestehen wir's offen —, vor Allem die Eigenthümlichkeit seines Naturells, die allerdings von dem vieler Fachgenossen und besonders dem meinigen erheblich abweicht.

Wagner ist bereits aus dem Ausschuss des Vereins zu meinem Bedauern ausgetreten. Sollte das die Einleitung zu seiner völligen Loslösung vom Verein bedeuten, so würde ich das noch mehr bedauern — und würde es als die Folge eines einfachen Irrthums betrachten, nämlich des Irrthums der Ueberschätzung der eigenen Eigenthümlichkeiten Wagner's gegenüber den programmmässigen Tendenzen des Vereins. Doch ist es nicht zu hindern, wenn Wagner die Rolle Tell's dem Beitritt zum Rütli-Bunde vorzieht, und der Verein hat mehr zu thun, als seine Kräfte gegen Wagner zu verbrauchen. Ich kann es nicht consequent finden. wenn Wagner als Person auf dem volkswirthschaftlichen Kongress Referate übernimmt, aber ein gemeinschaftliches Tagen der beiden Versammlungen auf einem Kongress für unzulässig erklärt. Aber ich finde selbst darin noch keinen prinzipiellen Widerspruch gegen die Tendenzen des Vereins.

Wagner wirft mir vor, ich habe eine verwerfliche Neigung zur „Vertuschung der Gegensätze". Und es scheint, als wolle ich schon wieder den Gegensatz zwischen Wagner und den Prinzipien des Vereins „vertuschen". Aber ich will in der That nur das Mass des Gegensatzes ohne Uebertreibung feststellen. Den Gegensatz der Taktik, der wissenschaftlichen Methode und des Naturells, der wirklich vorhanden ist, erkenne ich völlig an und will ihn im folgenden von meinem Standpunkt ausführen.

Was zunächst die Taktik des Vereins angeht, so

gesteht Wagner selbst (S. 56)[1]) zu, dass die „Katheder-sozialisten“ von vornherein der grösseren Gemeinsamkeit in ihren Anschauungen entbehrten. Eine volle Gemeinsamkeit der Anschauungen wird nun aber nie vorhanden sein, solange selbstständige Männer Bücher schreiben und selbstständige Männer einen Verein gründen. Sowie einmal ein Verein gebildet ist, darf und kann kein einzelnes Mitglied mehr den Anspruch erheben, dass seine Ansichten nach ihrer eigenen Form und ihrem ganzen Inhalt unbedingt herrschen. Ein gewisses „Kompromittiren“ wird dann zur absoluten Nothwendigkeit, wenn überhaupt einheitliche Beschlüsse zu Stande kommen sollen.

Ein Verein ist kein Parlament — aber die Thesen, die in einem Verein acceptirt werden können, sind auch nicht die Quintessenz eines individuellen wissenschaftlichen Buches. Der Verein soll „die grossen leitenden Prinzipien der Volkswirthschaft und Sozialpolitik discutiren und dadurch „in wissenschaftlicher Weise Zielpunkte für die Gesetzgebung geben“ (S. 61). „Was der Gesetzgeber von uns verlangen kann, ist, dass wir uns aus prinzipiellen Gründen für bestimmte Ziele aussprechen“.

Nun hat der Verein es noch nie unternommen, einen detaillirten Gesetzesentwurf auszuarbeiten, sondern alle jemals von ihm angenommenen Thesen enthalten nur die leitenden Grundsätze für irgend ein ge-

---

[1]) Die Seitenzahlen beziehen sich immer auf die in der Vorrede citirte Schrift von Wagner.

wünschtes Gesetz. Das thun auch meine Kommunalsteuerthesen von 1877, und ich habe in Holtzendorffs Jahrbuch nachgewiesen, welche negative und positive Bedeutung sie haben. Nur glaube ich, dass die in Thesen formulirten Postulate concrete, allgemein praktische, verständliche Forderungen sein müssen, nicht theoretische Ideen, die erst eines langen Kommentars bedürfen. Darum war ich der Ansicht, man solle praktisch von „Personalsteuer", nicht theoretisch von „Steuer nach der Leistungsfähigkeit" reden.

Das reine „Ideal zu konstruiren" ist und bleibt Sache individueller wissenschaftlicher Arbeit. Ein Verein, der sich darauf beschränken und verzichten wollte, im Einzelnen praktisch den Weg zu skizziren, auf dem man dem Ideal nahe kommen kann, würde sehr bald an der Langeweile sterben, die er seinen Mitgliedern und dem Publikum bereitet. Er müsste entweder immerfort sein Programm wiederholen oder sich darauf beschränken, dass einzelne wohlvorbereitete Glanzreden von einer Zuhörerschaft debattelos beklatscht werden, die dann angenehm erregt zu Festessen und Landpartien eilt.

Soll der Verein fortgesetzt leben, so muss er sich jeder neu auftauchenden praktischen Spezialfrage bemächtigen und immer neue „Principien zweiten Ranges" (S. 63) erörtern. Und dabei ist es wegen der Kürze der Zeit sogar unvermeidlich, dass principiell interessante, aber durchaus strittige und zur Entscheidung noch unreife Punkte aus den Resolutionen wegfallen. So veranlasste ich die Streichung der Be-

steuerung der Conjuncturgewinne. Diese Streichung wurde von der Versammlung acceptirt, nicht weil sie der principiellen Behandlung der Frage aus dem Wege ging, sondern weil die Majorität anderer Ansicht war als Wagner. Die Erbschaftsteuern (s. S. 64) sind noch unerörtert, nicht weil man das heiklige Thema scheut, sondern weil bisher andere Gegenstände wichtiger erschienen.

Ein fruchtbares Vereinsleben muss die Zielpunkte der Gesetzgebung skizziren — aber die erreichbaren Zielpunkte der nächsten Aufgaben der Gesetzgebung. Und gerade dadurch hat unser Verein am nützlichsten gewirkt, dass er es nicht für genügend hielt, ein ganz allgemeines Princip bis zur Ermüdung zu „pauken", sondern dass er seine in kurzen Vorschlägen mündenden Debatten durch detaillirte Gutachten vorbereitete. Der Verein ist kein akademisches Seminar, in dem ein Lehrer der Nationalökonomie wechselnden Generationen von Jüngern dieselben Grundanschauungen geläufig macht, sondern er strebt fortgesetzt durch besonnene praktische Vorschläge reelle Früchte zu zeitigen. Der Verein ist auch keine wissenschaftliche Gesellschaft, keine staatswissenschaftliche Akademie. Er hätte das vielleicht werden können, aber schon die erste Conferenz von 1872 war ein auf Oeffentlichkeit und öffentliches Wirken berechneter Congress und dieser Anfang kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Sind wir aber einmal ein agitirender Verein, so haben wir noch wenigstens soviel Aehnlichkeit mit einem Parlament, dass wir uns hüten müssen den ähnlichen

Fehler wie jene Parlamente zu begehen, die ihre Zeit mit Formulirung von Menschen- und Grundrechten verloren. Offen muss ich gestehen, dass ich mich persönlich darüber freue, dass wir ein Verein geworden sind, der Praktiker in seiner Mitte zählt und die realpolitischen Ziele von Parlamenten bewusst ins Auge fasst — denn für eine rein wissenschaftliche Gesellschaft sehe ich keinen Zweck ein. Wenn irgend eine Art von Arbeit, so bedarf die rein wissenschaftliche der individuellen Thätigkeit und sie gedeiht schlecht in gesellschaftlicher Cooperation. Debatten setzen Abstimmungen voraus, Abstimmungen über rein wissenschaftliche Probleme sind ein Unsinn.

Gefährlicher aber als das Compromittiren der Vereinsmitglieder untereinander erscheint Wagner das Compromittiren mit dem Volkswirthschaftlichen Congress.

Auch andere Stimmen haben diesen Compromiss missbilligt, oder was schlimmer ist, missverstanden — ich erinnere an jene bekannte Meinung; die Angst vor den Sozialdemokraten oder die gemeinsame Gegnerschaft gegen den Schutzzoll habe die Sozialpolitiker in die Arme des Volkswirthschaftlichen Congresses getrieben. Dagegen sei ein für allemal gesagt, dass der Verein für Sozialpolitik als solcher jede Bundesgenossenschaft mit schutzöllnerischen Bestrebungen abgelehnt, sich diesen gegenüber aber durchaus neutral erklärt hat. Und was die Angst vor den Sozialdemokraten betrifft — nun ich glaube je feindlicher man von der Sozialdemokratie behandelt wird, desto mehr Freunde hat man

selbstverständlich in allen Kreisen Besitzender und desto weniger braucht man Bundesgenossen zu erbitten.

Wagner sieht in dem Abkommen mit dem Volkswirthschaftlichen Kongress ein Zugeständniss der Meinung, „dass ursprünglich gar kein Grund einer Spaltung vorhanden gewesen sei", und der Meinung, „dass die Kathedersozialisten immer nur eine verwandte Spielart des Manchesterthums" gewesen seien. Er meint, durch das Abkommen sei das Kompromittiren ein leitendes Prinzip geworden, dasselbe sei eine Rücknahme dessen, was zur Bildung einer selbständigen Partei seit vier Jahren geschehen sei. Einen Beweis, dass wir unsere Position aufgegeben hätten, sieht Wagner darin, dass Braun für meine Kommunalsteuerthesen stimmen konnte, und dass er auf unserm letzten Kongress die Alternative: Entweder gegenwärtiges Wirthschaftssystem oder Kommunismus stellte, ohne dass Jemand anders als Wagner darauf antwortete.

Betrachten wir zunächst diese auf den Präsidenten des Volkswirthschaftlichen Kongresses bezüglichen Thatsachen, so hat allerdings Niemand von uns auf Dr. Braun's pathetisch ausgerufenes „Entweder — Oder" geantwortet; allein ich hielt das durchaus nur für ein rhetorisches Manöver und durchaus nicht für eine ernst gemeinte Ansicht, die der Motivirung fähig und der Widerlegung bedürftig gewesen wäre. Es war eine Redewendung, berechnet den Gegner, nämlich Wagner zu reizen und extra muros Eindruck zu machen — so fasste ichs auf und der Präsident des Volkswirthschaft-

lichen Kongresses wird mir hoffentlich nicht verübeln, wenn ich bei dem Kunststück wohlgefällig lächelte.

Wagner und Braun stritten sich einmal — der Zuhörer konnte sich an oratorischer Lust ergötzen. Wenn mir aber Wagner verübelt, dass ich jenes Diktum Braun's nicht weiter ernst nehme — so kann dieses eben nur daher kommen, dass Wagner den klaren Blick verliert, wenn er gereizt wird. Wagner musste sonst doch sehen, dass Dr. Braun faktisch positive Reformen der gegenwärtigen Wirthschaftsordnung zugesteht, das er eben, um daran mitzuarbeiten, zu uns kam, und dass der Ausspruch: „Entweder ist das heutige Wirthschaftssystem richtig, dann braucht man kein anderes" eben nur eine pointirte Redewendung war. Den Sinn, dass keinerlei Reform nothwendig ist, konnte Braun nicht damit verbinden — es war einfach das effektvolle Gegenstück zu A. Wagner's „Richtiges im wissenschaftlichen Sozialismus", zu seinem „Staatskommunismus" etc. — Ausdrücke, die noch viel leichter missverstanden werden können als Braun's unabänderliches gegenwärtiges Wirthschaftssystem. Doch davon unten, wenn von dem Gegensatz der wissenschaftlichen Ansichten die Rede ist,

Dass Dr. Braun für meine Thesen stimmte, war mir in der That erfreulich — und zwar in anderem ernsteren Sinne erfreulich als sein oratorisches Kunststück. Wer etwas Positives erreichen will, dem ist es eine wahre Freude, wenn der frühere Gegner sich ihm zugesellt, und mir wenigstens steht diese Freude so hoch, dass es mir dem gegenüber kein Vergnügen bereiten kann, den Gegner an alte Irrthümer zu erinnern.

In meinen Thesen lag klar ausgesprochen, dass die Gemeinde keine blosse Wirthschaftsgenossenschaft sei — wenn Dr. Braun diese Thesen annahm, so nahm er eine früher von ihm vertretene Theorie zurück. Ich freue mich, dass er es that — und kein Vernünftiger wird ihm das als Schwäche anrechnen oder ihm einen Vorwurf daraus machen.

Haben wir doch unsere politischen Ansichten seit 1866 auch vielfach geändert und kein Verständiger mehr nennt Meinungsänderung an sich Wankelmuth. Wenn Dr. Braun im Laufe der Zeit gelernt hat, so thut er, was wir uns auch zu thun bestreben. Wir acceptiren seine jetzige Meinung und halten es für keinen Gewinn für die Sache, aufgegebene Ansichten fortwährend zu widerlegen.

Darauf beruht ja überhaupt das ganze Abkommen mit dem Volkswirthschaftlichen Kongress, dass keiner seiner Führer mehr das unbedingte Laissez faire et passer glaubt und lehrt. Diese Männer haben jetzt die Einseitigkeiten eines extremen Individualismus alle im Prinzip abgelegt. — Zeuge dafür besonders die Rede von H. B. Oppenheim bei der Debatte über die Revision der Gewerbeordnung im Oktober 1877 zu Berlin. Vor 5 Jahren war dies noch nicht der Fall und es bedurfte des auffallenden Schritt der Bildung eines Sondervereins, um die öffentliche Meinung auf vorhandene Gegensätze der Ansichten aufmerksam zu machen, um unserer Ansicht überhaupt Gehör zu verschaffen. Seitdem die öffentliche Meinung sich in Bezug auf das Laissez faire erheblich corrigirt hat, haben

wir keinen Grund mehr, in unserem äusseren Auftreten ewig die alten Gegensätze zu pflegen. Nunmehr handelte es sich darum, die ermüdende Ueberfülle von Versammlungen zu beschränken und der einen noch bestehenden Versammlung durch Aussprechen der übrig gebliebenen quantitativen Gegensätze mehr Leben zu verschaffen.

Oder glaubt man, dass eine kleine Gruppe von Professoren, die für sich allein tagen, mehr Eindruck auf den Reichstag machen wird, als eine aus allen Ständen zusammengesetzte Versammlung, in der die „kathedersozialistischen“ Professoren einen guten Theil ihrer Ansichten durch Gründe durchsetzen?

Es ist ja möglich, dass das getroffene Abkommen mit dem Volkswirthschaftlichen Congress, das sich jetzt zweimal gut bewährt hat, im Laufe der Zeit irgend eine Störung erfährt. Möglich ist das, aber wünschenswerth gewiss nicht, und wenn es eintreten sollte, so würde daran die innere Unnatur nicht des Abkommens, sondern es würden gewiss Persönlichkeiten [1]) daran Schuld sein.

Die Mitglieder des Volkswirthschaftlichen Kongresses sind alle Männer, die fest auf dem Boden des Deutschen Reiches und seines Gesetzes stehen, vielfach Männer, die ernstlich und erfolgreich an der Begründung des Reichs mitgearbeitet haben. Mit solchen Männern, die überdies werthvolle praktische Kenntnisse der wirthschaftlichen Zustände und Uebung in der Agitation haben, kann man paktiren, während mit den Sozialdemokraten, die in prinzipieller Opposition zum Reiche

[1]) Vergl. die Note auf S. 156.

stehen, kein Pakt, kein gemeinsames Debattiren möglich ist. Der Pakt bezieht sich darauf, dass man gemeinsam einzelne Fragen sozialer Gesetzgebung verhandeln will, dass man auf gemeinsamer Arena die Gründe verschiedener Ansichten sich messen lassen will.

Meinungsverschiedenheit bleibt ja noch genug übrig. Aber es ist wahrlich an der Zeit, den hitzigen prinzipiellen Streit und die Widerlegung vergangener Extreme der Literatur zu überlassen, da aber, wo es sich um Vorbereitung der Lösung dringender Aufgaben der Gesetzgebung handelt, Verständigung zu suchen zwischen Denjenigen, die sich verständigen müssen, wenn überhaupt Etwas zu Stande kommen soll. Wahrlich nicht die „Scheu vor dem urtheilslosen Haufen“ hat Schmoller, Brentano und Andere, die von der Presse seinerzeit so gut verketzert und geschmäht wurden, wie Wagner, zum Compromiss mit dem Volkswirthschaftlichen Kongress bewogen, sondern die Scheu, dass andernfalls eine urtheilsfähige Zukunft uns störenden Eigensinn und unpraktisch kleinliche Rechthaberei des professionellen Gelehrtenthums vorwerfen könnte!

Ich wende mich zu Wagner's wissenschaftlicher Methode und Richtung und spreche der Einfachheit halber nur von dem Gegensatz zwischen ihm und mir.

Wagner unterscheidet selbst (S. 66) zwischen der „prinzipiellen Behandlungsweise“ unserer Wissenschaft und der „historischen und statistischen Forschung“, welche „für die beobachtungswissenschaftliche Seite unserer Disziplin ihre Berechtigung hat“.

Vor Allem kann ich die „beobachtungs-wissen-

schaftliche Seite" unserer Disziplin von der ganzen Disziplin absolut nicht trennen, da diese nothwendig auf richtiger Beobachtung der wirklichen Zustände aufgebaut sein muss. Hat doch auch Wagner selbst sich gern in Statistik vertieft und sich seines Zahlensinns gerühmt und in seiner „Grundlegung" verbindet er rechts- und wirthschaftsgeschichtliche Studien beständig mit den rechts-philosophischen. Ich erkannte und erkenne sehr bereitwillig an, dass A. Wagner für die Systematisirung der allgemeinen Nationalökonomie unter allen jüngeren deutschen Fachgenossen namentlich in seiner „Grundlegung" das Bedeutendste geleistet hat. Aber muss denn diese Leistung, weil sie in ihrer Art bedeutend ist, im Gegensatz stehen zu Leistungen anderer Art und sind diese an sich unbedeutender, weil sie nur einer Seite des Fachs dienen? Lassen wir doch solches Abwägen und freuen wir uns lieber, dass wir „Kerle" haben von zweierlei Art — solche, die das gewonnene Material systematisch und dogmatisch verwerthen und solche, die das Material denkend und im Hinblick auf Neugestaltung prinzipieller Sätze gewinnen, Es kann doch nicht die Frage sein, was bedeutender, was richtiger ist — sondern höchstens, was heute nothwendiger ist.

Ich habe mich für meine Person, soweit meine Kräfte es zulassen, von der „prinzipiellen Behandlung" keineswegs zurückgezogen; innerhalb dieses Gebiets wissenschaftlicher Arbeit aber unterscheide ich mich von Wagner namentlich in zwei Punkten:

Die Untersuchung des Eigenthumsbegriffs ist für

unsere Wissenschaft gewiss ausserordentlich wichtig. Allein, wie auch Wagner selbst zugesteht, für alle absehbare Zeit können wir das Sondereigenthum auch an Kapitalgütern als eine herrschende Institution nicht entbehren. Es kann die Freiheit des Sondereigenthümers da und dort im allgemeinen Interesse eingeschränkt werden und einzelne Gegenstände des Eigenthums können dem Privatvermögensrecht entzogen werden. Wir thun damit nur in etwas grösserem Masse was immer geschehen ist; denn es gab immer ein Nachbarrecht, eine Baupolizei, es gab bei uns immer Staatsgüter und Gemeindebesitz. Das Alles gestehe ich zu, aber es ist, wie schon oben angedeutet, meine Ueberzeugung, dass die Einschränkung des Gebiets des Sondereigenthums nicht die grösste und wichtigste Aufgabe der heutigen sozialen Reform ist. Wichtiger und eingreifender erscheint mir die Organisation der arbeitenden Kräfte, namentlich auf gewerblichem Gebiete.

Im sozialen Leben sind so oft die indirekten Wirkungen stärker als die direkten. Setzen wir als unser Ziel nicht die Ausgleichung des Besitzes, aber eine Abstufung desselben, die ein gesundes soziales und politisches Leben verbürgt — so glaube ich, dazu kann es allerdings beitragen, wenn wir einer üppigen Privatspekulation einzelne Gelegenheiten zur Anhäufung von Riesenbesitz entziehen, aber weit sicherer und nachhaltiger wird es wirken, wenn wir die Schwachen so erziehen, dass sie mehr und mehr zu einem kleinen Besitz gelangen können. —

Es lässt sich hier kein strikter Beweis darüber führen, was mehr wirken wird. Ich konstatire nur den Gegensatz der Ueberzeugungen[1]) und konstatire es als ein Zeichen der Zeit, dass, seitdem die Tage der Ueberspekulation und Ueberproduktion vorüber sind, der Eifer gegen Bau- und Eisenbahnspekulanten, die Entrüstung über schwindelhaft steigende Bodenpreise etc. bereits merklich nachgelassen hat, während man sich zur Revision der Gewerbeordnung ernstlich anschickt und die Frage der „neuen Innungen", der Schiedsgerichte und Einigungsämter etc. etc. keineswegs von der Tagesordnung verschwunden ist. Wenn es aber auch noch dahingestellt bleiben mag, welche der beiden Richtungen der sozialen Reformthätigkeit die wichtigere und fruchtbarere ist, so ist mir kein Zweifel, dass Wagner innerhalb der von ihm begünstigten Richtung übertreibt, indem er Abschaffung des privaten Eigenthums an städtischen Grundstücken und Gebäuden verlangt. Das ist nicht mehr die Folge eines wissenschaftlichen Prinzips, sondern die Verallgemeinerung der Entrüstung über zeitweilige Missstände in einer grossen Stadt. Das Geschrei über die „Gefährlichkeit" solcher Ansichten ist freilich lächer-

---

[1]) Von diesem Gegensatz habe ich schon in meinem Bericht im ersten Hefte des Brentano-Holtzendorff'schen Jahrbuchs von 1877 gesprochen. Ich stellte dabei Schönberg als Wagner nahestehend hin. Es war dies ein auf Betrachtung persönlicher Beziehungen und persönlichen Gesprächen beruhender Irrthum, den ich hiermit widerrufe. Schönberg wird wohl bald selbst seine Stellung öffentlich präzisiren.

lich — es sind Ansichten, die man ruhig, auch im Verein für Sozialpolitik, diskutiren kann. Aber wer die Menschen, wer die Liebe des Germanen zum eigenen Haus nur ein wenig kennt, wer weiss, was einer heutigen Kommunalverwaltung zugemuthet werden kann, der wird solchen Ansichten nicht den mindesten Erfolg versprechen, wenn er auch mit Wagner in der Reichseisenbahnfrage völlig übereinstimmt. Die Einschränkung des Gebiets des Privateigenthums nennt Wagner auch „Ausdehnung des gemeinwirthschaftlichen Systems auf Kosten des privatwirthschaftlichen“ – und Solches zu wollen, das nennt Wagner hauptsächlich „Anerkennung des Haltbaren und Richtigen im wissenschaftlichen Sozialismus“.

Damit komme ich auf unseren zweiten wissenschaftlichen Differenzpunkt.

Was ist „wissenschaftlicher Sozialismus“? Sozialismus ist nach meiner Meinung (s. den ersten Theil dieser Schrift) gar keine Richtung und Partei, kann also gar kein wissenschaftliches System für sich haben, sondern Sozialismus kurzweg ist nur ein Prinzip, das in den verschiedensten wissenschaftlichen Richtungen beachtet werden muss. Man kann praktisch unter „wissenschaftlichem Sozialismus“ nur ein das Princip des Sozialismus einseitig und radikal ausbeutendes System, d. h. die wissenschaftliche Sozialdemokratie verstehen, oder ein künstliches Destillat aus den Schriften von Rodbertus, Marx und Anderen. Wagner hat auch offenbar (S. 57) gar nichts dagegen, wenn

man ihm die Absicht eines theilweisen Pakts, eines „Kompromisses“ mit der Sozialdemokratie unterschiebt.

Er meint nun damit faktisch nichts Anderes, als Ausdehnung des gemeinwirthschaftlichen Systems, und deshalb ist es Thorheit oder Heuchelei, über Wagner's Ansichten in Harnisch zu gerathen. Aber er gebraucht hier meines Erachtens in der That einen wissenschaftlich unhaltbaren Ausdruck. Die Sucht nach auffallender prinzipieller Pointirung der Sätze hat hier eine nicht nur leicht missverständliche, sondern eine durchaus schiefe Form des Gedankens erzeugt, welche die Wahrheit verhüllt, statt sie klarzustellen. Nur der Wahn, der Muth der Wahrheit bestehe in der Herausforderung von Gegnern, kann dies verkennen.

Die Sozialdemokratie will nicht Ausdehnung des gemeinwirthschaftlichen Systems, sondern ausschliessliche Herrschaft einer allgemeinen Zwangskooperation, und sie will dies nicht im Interesse des Ganzen, sondern im Interesse der Einzelnen. Das Nebeneinanderbestehen von privat- und gemeinwirthschaftlichem System existirte längst vor der Sozialdemokratie, und nicht durch sie haben wir erfahren, dass es Gemeinwirthschaft giebt. Wenn wir Reformen wollen, die wir an sich für nöthig halten, und diese den Sozialdemokraten als Abschlagszahlungen anbieten, so werden diese sie entweder mit offenem Hohn annehmen oder sie als Einschläferungsmittel ablehnen. Sie wollen ja selbst absolut keinen Pakt mit einer von Besitzenden vertretenen Richtung. Der gesammte sogenannte Kathedersozialismus hat niemals gestrebt, aus den Forde-

rungen der Sozialdemokraten und der Manchestermänner eklektisch ein neues Wirthschaftssystem zu konstruiren, sondern er hat — und hier bin ich prinzipieller als Wagner — dem radikalen Festhalten des Manchesterthums am laissez faire und dem radikalen Streben der Sozialdemokratie nach Umsturz gleichmässig das selbstständige Prinzip der Versöhnung von Ordnung und Freiheit entgegengehalten. Dem starren ökonomischen Konservativismus und der sozialen Revolution hat er das Prinzip der gesetzlichen, schrittweise vorschreitenden positiven Reform gegenübergestellt.

Noch einmal: ich scheue mich nicht vor dem Wort „Sozialismus“ an sich, aber sehr vor seinem Gebrauch in unrichtigen Verbindungen. Ich erkenne ausserordentlich viel Berechtigtes in den Bestrebungen der Arbeiter, aber gar nichts Berechtigtes in den Tendenzen der Sozialdemokratie, die grundfalsch sind, weil die eigentliche Sozialdemokratie auch etwa Richtiges auf verwerflichstem Wege anstrebt und dieser Weg ihr die Hauptsache ist; weil sie selbst im Grunde nur eine Karikatur des auch im Manchesterthum bekämpften radikalen Individualismus ist. Wenn die heutigen Sozialdemokraten diese revolutionären Irrthümer eines Tages ablegen, dann können wir mit ihnen über das Mass der zu gewährenden Reformen kompromittiren. Dann sind sie aber keine Sozialdemokraten mehr. So lange sie selbst vom gegenwärtigen Staat kein Heil erwarten, kann man ihnen nicht entgegenkommen. Wir wollen durch Befriedigung der Arbeiterinteressen der Sozialdemokratie den Boden entziehen. — ihr selbst entgegenkommen

ist principiell unmöglich Wunderbar ist mir in der That, wie Wagner dies verkennen mag, da er doch selbst, wie allbekannt, zu den eifrigsten, begeistertesten Anhängern des Deutschen Reichs und des Preussischen Staats gehört und keine Schwächung der Gesetze will, auf denen Reich und Staat beruhen. —

Mit gutem Bedacht haben die ersten Gründer des Vereins für Sozialpolitik in ihrer Einladung zu den Besprechungen vom 6. und 7. Oktober 1872 nur „Männer aller politischen Parteien, von denen sie annehmen zu können glaubten, dass sie Interesse und sittliches Pathos für die sociale Frage haben und dass sie das absolute laissez faire et passer in der sozialen Frage nicht für das Richtige halten", theilzunehmen aufgefordert.

In dem andern offiziellen Schriftstück des Vereins, dem Aufruf zur Vereinsgründung vom 31. Mai 1873 kommt dann zwar der Ausdruck „Gesammtheit der mehr oder weniger berechtigten Versuche zur Weiterbildung der heutigen Erwerbsgesellschaft" vor, allein es ist eben nur von Weiterbildung der Erwerbsgesellschaft, nicht von Berechtigung der politischen Partei der Sozialdemokratie die Rede, und es folgt sogleich eine Zusammenfassung der Tendenzen des Vereins, wobei diese als ganz selbständig und keineswegs als eine den Sozialdemokraten gemachte Konzession erscheinen:

„Wir sind der Ueberzeugung, dass das unbeschränkte Walten theilweis entgegengesetzter und ungleich starker Einzelinteressen das Wohl der Gesammt-

heit nicht verbürgt, dass vielmehr die Forderungen des Gemeinsinnes und der Humanität auch im wirthschaftlichen Leben ihre Geltung behaupten müssen und dass das wohlerwogene Eingreifen des Staats zum Schutz der berechtigten Interessen aller Betheiligten zeitig wachzurufen ist."

„Diese staatliche Fürsorge sehen wir nicht als Nothbehelf oder als unvermeidliches Uebel an, sondern als Erfüllung einer der höchsten Aufgaben unserer Zeit und unserer Nation. In ernster Durchführung dieser Aufgaben wird sich der Egoismus des Einzelnen und das nächste Interesse der Klassen der dauernden und höheren Bestimmung des Ganzen unterordnen."

Die letzten Worte enthalten den bewussten Gegensatz gegen die Sozialdemokratie und jede prinzipiell extrem individualistische Richtung. Das vieldeutige unklare Wort Sozialismus kommt mit gutem Bedacht nirgends vor, da gleichzeitig kein Kommentar möglich war. Das Programm, wie es 1873 gedacht und formulirt wurde, unterschreibe ich noch heute. Von dem Gedanken, wie ihn Wagner Seite 57 formulirt, konnte ich nie abfallen, weil ich ihn immer für falsch gehalten habe.

Schon auf dem Berliner Congress bekämpfte ich die Wagner'schen Ausdrücke von Staatskommunismus, von Entgegenkommen gegenüber der Sozialdemokratie auf dem Steuergebiete als eine Quelle von Missverständnissen. Sie sind nicht der Ausdruck einer verwerflichen Tendenz Wagners, aber sie sind eine an

sich falsche Fassung. Weil es immer eine Staatsthätigkeit gegeben hat, die aufs allgemeine Interesse abzielt, so hat nicht der Communismus, wie er als historische Erscheinung auftrat (das ist als die älteste und extremste Form der Sozialdemokratie), theilweise Recht; denn er will allgemeine Staatsthätigkeit für die Interessen der Individuen. Weil es ein Prinzip des Sozialismus giebt, das in gewissem Maasse stets berechtigt ist, so steckt nicht in der sozialdemokratischen Lehre eine Wahrheit, die das Prinzip nur im Interesse seines Gegentheils missbraucht.

Wenn man mit dem Ausdrucke „Staatskommunismus“, „Berechtigtes in der Sozialdemokratie“ und dergl. operirt, so verwischt man damit die wirklichen und wichtigsten Gegensätze unter den Ansichten über die soziale Frage meines Erachtens ebenso, als man früher unerlaubter Weise den wirklichen Gegensatz zwischen Besitz und Proletariat verwischte, indem man behauptete, auch Fabrikanten, Beamte u. s. w. seien Arbeiter. Gewiss arbeiten sie auch, aber sie gehören nicht zum Stand der Arbeiter, d. h. nicht zum Stande derjenigen, die *nur* von Lohnarbeit leben. Wollen wir denn dies alte glücklich abgelebte Sophisma durch ein neues ersetzen? Wollen wir sagen, Sozialpolitiker und Sozialdemokraten hätten etwas Verwandtes, weil in beiden Lehren das höchst allgemeine Prinzip des Sozialismus überhaupt eine Rolle spielt? Es kommt doch darauf an, *welche* Rolle es spielt, ebenso wie es unter den Arbeitenden darauf ankommt, *wie* und *was* sie arbeiten.

Man sieht, ich habe auch meine prinzipiellen Ansichten — nur nicht immer dieselben wie Wagner; ich hebe auch Gegensätze hervor und vertusche sie nicht — nur vorzugsweise andere Gegensätze als Wagner.

Ich bekämpfe einen Theil von Wagners Ansichten offen, obwohl ich der Meinung bin, dass diese Ansichten im Verein für Sozialpolitik ausgesprochen und debattirt werden können. Der Verein kann diese Meinungsverschiedenheiten ertragen — und ich würde es bedauern, wenn Wagner andere Ansichten im Verein nicht ertragen könnte.

Ich habe solche Ansichten wie die oben geschilderten, immer bekämpft, doch that ich dies zumeist einfach dadurch, dass ich meine anderen Meinungen aussprach. Sie im ausgesprochenen Gegensatz zu Wagner zu entwickeln, dazu hat Wagner mich gezwungen. Ich musste es einmal thun, hoffe aber sehr, dass es mit diesem einen Male für mich sein Bewenden haben werde. Wagner hat in seinem Nachwort mit freundschaftlicher Gesinnung meiner Persönlichkeit Erwähnung gethan — ich acceptire dies vielleicht übergrosse Wohlwollen gerne, weil es dafür bürgt, dass unsere Polemik über sachliche Meinungsdifferenzen nicht, wie es in Deutschland leider so oft geschieht, in persönlichen Zank mit gegenseitigen sittlichen Vorwürfen ausarte.

Den Vorwurf wissenschaftlicher Halbheit und mangelnder Schärfe weise ich mit Entschiedenheit zurück.

Bahnbrechende Feuerköpfe und ihr Anhang formel-

dürstiger Pedanten haben ja so oft das Monopol der reinen Wissenschaftlichkeit und des Muths der Wahrheit in gereiztem Selbstbewusstsein beansprucht! Sie haben mit diesem Anspruch der Wissenschaft nie gedient. In einer Zeit, die so reich ist wie die unsrige an grossen Reibungen, raschen Aenderungen, gewaltigen Anstrengungen kann man wohl verlangen, dass Jeder, der selbst uneigennützig für Erkenntniss der Wahrheit und das Beste des Staats arbeitet, das unbedingte Wollen des Guten und Wahren auch bei Anderen anerkenne.

Unter der mit Vorwurf gepaarten Freundlichkeit Wagners gegen meine Person steckt eine Wahrheit verborgen — und damit komme ich zum Schluss auf die Verschiedenheit unseres Naturells.

Wagner neigt von Natur zu raschem Vorangehen, zur Formulirung weitliegender letzter Ziele, die dann natürlich nach subjektiver Auffassung formulirt, nicht immer die unbedingte Zustimmung der Gegenwart — und der Zukunft finden können. Er hat auch eine natürliche Neigung zum Kampf, im literarischen Kampf wächst seine ihm froh bewusste Kraft. Er isolirt sich dadurch leicht. Wenn er heute die Genossenschaft von Rodbertus, Lange und Schäffle sucht, so sucht er die Gesellschaft bedeutender Schriftsteller. Aber wohl der bedeutendste von diesen, Lange, hat ein klares positives Programm der sozialen Reform nicht hinterlassen, ob Wagner bereit ist den unvertsändlichen Pessimismus von Rodbertus ganz zu acceptiren, ist mir zweifelhaft, und was Schäffle betrifft, so begreife ich nicht, wie der

alte deutsche Unitarier Wagner mit dem Föderalisten Schäffle besser zusammengehen kann als mit der Mehrzahl der Sozialpolitiker. Durch Anerkennung der Verdienste dieser Schriftsteller wird also Wagner schwerlich aufhören eine isolirte Stellung zu haben.

Es scheint eine solche Stellung ihm zuzusagen. Sie gestattet den ungestörtesten Ausbau der eigenen Gedanken und ermöglicht, sehr energisch anzuregen, freilich zugleich oft nutzlos aufzuregen. Ich werde aber m e i n e n natürlichen Neigungen folgen, die weniger auf das Stecken ferner Ziele als auf das Suchen sicherer Wege gerichtet sind, wobei es mir dennoch an idealen Gesichtspunkten keineswegs fehlt. Es muss auch „solche Käuze geben", die lieber Mitarbeiter als Gegner suchen, die ihre individuellen Ideale treu bewahrend, doch ihre Kraft am liebsten erproben, wenn sie in geschlossener Reihe nächste erreichbare Ziele anstreben. Mag Wagner solch gemässigteres, vorsichtigeres Vorwärtsgehen nicht mitmachen — mag er seine eigenen Wege gehen! Ich werde seine Wege, so lange er mich nicht direkt provozirt, nicht kreuzen, sondern ungestört die mir von meinen Anlagen vorgezeichneten Bahnen weiter gehen unter dem erprobten Wahrspruch, den der Verein für Sozialpolitik stets faktisch befolgt hat:

„Erst wägen, dann wagen."

Note zu Seite 142.

Zu den „Persönlichkeiten" muss ich es rechnen, wenn noch von Zeit zu Zeit der allgemeine Vorwurf auftaucht, die Professoren im Verein für Sozialpolitik seien Beförderer der Sozialdemokratie. Dies ist gerade so unwahr, wie wenn Jemand Turgot und Marat als Vertreter derselben Tendenzen hinstellen wollte.

Das Abkommen mit dem volkswirthschaftlichen Kongress kam erst zu Stande, nachdem Bamberger ähnliche Angriffe, die er im Reichstag äusserte, zurückgenommen hatte. Wenn jetzt, wie ich vernehme, solche Ansichten in einer Versammlung zu Breslau wieder laut geworden sind, so kann das nur ein Rest persönlicher Gereiztheit in Folge früherer literarischer Kämpfe, oder persönlicher Unwille darüber sein, dass die Ruhe des Besitzes überhaupt durch Fragen gestört wird.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Unsere Socialpolitischen Parteien.

Unsere

Socialpolitischen Parteien.

Von

Hans von Scheel.

Leipzig:
F. A. Brockhaus.
1878.

Die Schrift dürfte daher dem großen gebildeten Publikum, welches sich nicht fachmännisch mit socialen Dingen beschäftigt, ein willkommenes Orientirungsmittel sein, da sie ihm ohne sociale und politische Voreingenommenheit geschriebene Erörterungen, eine Sammlung der Programme und die nothwendigen Literaturhinweise bietet.

Berlin, Mai 1878.

von Scheel.

Inhalt.

I.

Socialpolitische Fragen, Richtungen und Parteien.

„Socialpolitisch" und „Partei" sind zwar sehr gangbare Begriffe, einer ausführlichen Darstellung der Grundlagen und des Wesens der modernen socialpolitischen Parteien dürfte aber doch eine Verständigung über den zu behandelnden Gegenstand voraufgehen müssen. Namentlich wird festzustellen sein, was socialpolitische gegenüber politischen Parteien sind, da beide keineswegs zusammenfallen und nur von den erstern die Rede sein soll.

Statt des Ausdrucks: socialpolitische Parteien könnte man vielleicht den sprachlich anmuthenderen: wirthschaftliche Parteien vorziehen wollen; oder meinen, es genüge, von „socialen" Parteien zu sprechen. Beides ginge indessen nur an, wenn man aus Rücksichten des Geschmacks die Genauigkeit der Bezeichnung vernachlässigen wollte. In der Wissenschaft ist das aber nicht zulässig; so gern wir zugeben, daß unnöthige Vernachlässigung von Geschmack, ja von Verständlichkeit und Klarheit der Darstellung auch auf dem Gebiete der Socialwissenschaft häufiger vorkommen, als der Nachsicht des Publikums zugemuthet werden darf.

Hier liegt nun in der That die Sache so, daß wirth-

schaftliche Parteien noch keine socialen, sociale noch keine socialpolitischen sind, weil man diese drei Worte keinesfalls für denselben Begriff gebrauchen kann und darf.

Daß eine wirthschaftliche Frage, Richtung, Partei noch keine sociale ist, wird man schon bei flüchtigem Nachdenken zugeben. Eine wirthschaftliche Frage ist z. B. die der Grundsteuer; eine sociale Frage ist die des Grundbesitzes. Wenn es sich nur um die Grund steuer handelt, so können bezüglich deren Einrichtung, deren Beibehaltung oder Beseitigung Leute, die der verschiedensten Anschauungen über die Grundfragen der Gesellschaft sind, zusammengehen und zu einer und derselben Partei, d. h. einem Zusammenschluß von Personen derselben Ansichten und Interessen mit Rücksicht auf diese Frage gehören. Die Frage hingegen: wie das Grundeigenthum einzurichten sei, ob es privates oder öffentliches sein, ob und welche Schranken dem privaten Grundeigenthum aufzuerlegen seien, bedingt, wo sie in Angriff genommen wird, eine grundsätzliche Scheidung der Ansichten über die gesellschaftlichen Zustände, deren Güte und Reformbedürftigkeit überhaupt.

Die Bezeichnung sociale Parteien aber ist für die vorliegende Darstellung deshalb nicht angebracht, weil sie nur auf die Grundanschauungen der gesellschaftlichen Gruppen, nicht auf die Art hindeutet, wie diese für die praktische Durchführung im Staat formulirt werden und zu Trennungen derselben nach diesem Gesichtspunkte Anlaß geben. Leute von den verschiedensten Ansichten über den Staat: National-Liberale und Ultramontane einerseits, Socialdemokraten und Anarchisten andererseits, kann man als derselben socialen Partei angehörig bezeichnen, während sie socialpolitisch, d. h. in ihren Ansichten über das Verhältniß des Staats zur Gesellschaft, über

die Aufgaben und Mittel desselben sehr verschieden sind. Ja man kann es vielleicht überhaupt unzulässig nennen, von „socialen" Parteien zu reden, und nur die Bezeichnung sociale „Gruppen" als allein zulässig erklären, weil man dem Worte Partei, das ein zielbewußtes Streben andeutet, nicht einen so unbestimmten, eine ganz allgemeine Grundanschauung andeutenden Ausdruck, wie es „social" in dieser Verbindung ist, hinzufügen dürfe. Indeß mag dies unentschieden bleiben; jedenfalls wäre der Begriff: sociale Partei viel weiter und unbestimmter als derjenige der socialpolitischen Partei, mit dem wir es hier zu thun haben. Wenn wir uns eine solche Abkürzung des Titels dieser Erörterungen gefallen lassen wollen, so geschähe dies mit dem Vorbehalt, daß stets „politisch" zu „social" hinzuzudenken sei.

Socialpolitik bedeutet die Kunde und Kunst der Einrichtung der Gesellschaft, und da diese Einrichtung nur durch eine oberste zusammenfassende Regierung geschehen kann, die Gesellschaft ohne Staat nicht denkbar ist, so ist der Begriff des Staats von selbst mit eingeschlossen. Die Socialpolitik ist also eine Summe von Bestrebungen, welche gerichtet ist auf die Gesellschaft, d. h. die geschichtlich entstandene Verbindung von Familien und Einzelnen — von menschlichen Einheiten — welche durch gemeinsame wirthschaftliche und persönliche Beziehungen zusammengehalten wird, diese nach denselben Grundanschauungen über Sitte und Recht regelt; als geschichtlich entstandene Verbindung natürlich auch in steter Entwickelung begriffen ist.

Die Gesellschaft, sagten wir, ohne Widerspruch befürchten zu müssen, ist ohne den Staat nicht denkbar und haltbar; denn es muß eine Einrichtung geben, welche die Beziehungen

der Angehörigen dieser großen Interessengruppe und ihrer Abtheilungen vermittelt und sichert.

Die Kunde und Kunst, wie dies am besten zu geschehen habe, ist die Politik schlechthin, die sich also mit der, wenn man so sagen darf: äußern Einrichtung, mit der Form, in welcher sich die Gesellschaft nach außen vorstellt, beschäftigt.

Dieselbe äußere Form kann aber verschiedenen Inhalt bergen, und wie bekanntlich derselbe Staatsorganismus verschiedene Staatsformen verträgt, ohne merkliche Störungen von der Republik zur Monarchie übergeht, so kann eine sehr ähnliche Einrichtung des Staats hier in ihren Grundlagen sehr verschiedenen Gesellschaften dienen. Die alte römische und die heutige Gesellschaft zeigen in Recht und Regierung, d. h. der alte römische Staat zeigt dem heutigen gegenüber sehr ähnliche Einrichtungen, die antike und moderne Gesellschaft aber sind durchaus verschieden.

Indeß wollen wir uns hier keineswegs in Geschichtsphilosophie vertiefen, sondern wir haben uns lediglich an die *moderne* Gesellschaft zu halten, die ihren Typus erhalten hat von einer geschichtlichen Vermischung von Antike, Germanismus und Christenthum, und durch gemeinsame Grundanschauungen über gewisse große Grundinstitutionen, namentlich Familie und Eigenthum getragen wird.

Diese selbe Gesellschaft sehen wir in so verschiedenartigen Staatswesen, wie das englische und das französische, unter so verschiedenartigen Regierungsformen, wie die deutschen Monarchien und die schweizerischen Demokratien leben. Ebenso wenig wie die *Einheit* der modernen Gesellschaft kann jemand die *Verschiedenartigkeit* der modernen Staaten leugnen. Zwischen Gesellschafts- und Staatsform scheint also

kein sehr inniger Zusammenhang zu bestehen, und die letztere scheint einen unmittelbaren Einfluß auf die Entwickelung der Gesellschaft nicht zu haben.

Andererseits ist es freilich unmöglich, solche Wechselbeziehungen nicht als vorhanden anzunehmen; und wenigstens so viel läßt sich sagen, daß die eine Regierungsform mehr, die andere weniger geeignet ist, die Entwickelung der Gesellschaft stetig zu erhalten oder Veränderungen in derselben herbeizuführen.

Im allgemeinen darf man vielleicht behaupten, daß die größte Zähigkeit der gesellschaftlichen Zustände in derjenigen politischen Verfassungsform gegeben ist, welche den größten Theil der Interessen unmittelbar zur Geltung und Mitwirkung bringt. Dies ist, wenigstens theoretisch, die reine Demokratie, und die geschichtlichen Erfahrungen scheinen diese Theorie zu bekräftigen. Es gibt wol keine conservativere Gesellschaft als diejenige der schweizerischen Demokratien, und zwar gerade in denjenigen Cantonen, wo die Demokratie schon alt ist; und die dort theils von alters her bestehende, theils neuerdings eingeführte Institution des Referendums: der Volksabstimmung über alle Gesetze, hat namentlich in der wirthschaftlichen Gesetzgebung einen conservativen Sinn des Volkes gezeigt, der den Neid der Conservativen anderer Länder erwecken, aber reformeifrige Staatsmänner zur Verzweiflung bringen könnte.

Die für gründliche sociale Umwälzungen, rasche wirthschaftliche Reformen geeignetste Verfassung der Regierung aber ist die absolute Monarchie, weil diese kräftigen Staatsmännern einen trefflichen Apparat bietet, Reformideen rasch und zu günstiger Zeit ins Werk zu setzen; Beweis dessen

z. B. die preußischen Reformen im Anfang, die russischen in der Mitte dieses Jahrhunderts.

Im ganzen aber erscheint der Zusammenhang der socialpolitischen und der politischen Fragen ein ziemlich loser, und wie bei den verschiedensten politischen Verfassungen die im wesentlichen gleiche Gesellschaft, so finden sich bei den verschiedensten politischen im wesentlichen die gleichen socialpolitischen Parteien in allen Staaten desselben Civilisationskreises. So auch in der Gegenwart. Ein großer Gegensatz der socialpolitischen Parteien muß sich aber auf allen Civilisationsstufen und zu allen Zeiten finden: nämlich der Gegensatz derjenigen, welche sich in dem gegebenen Zustande der Gesellschaft wohl befinden und darum ein Interesse an der Aufrechthaltung derselben haben, und derjenigen, welche grundsätzliche Veränderungen in der Gesellschaftsverfassung erstreben, weil sie in ihrer Lage dazu Ursache haben oder sich benachtheiligt fühlen. In diesem Sinne hat es immer sociale Fragen und socialpolitische Parteien gegeben. Da aber die Gesellschaft in fortwährender Entwickelung begriffen ist, muß sie immer neue zeitigen; und eine jede Zeit hat darin selbstverständlich ihre Besonderheiten; die socialen Fragen des Alterthums und des Mittelalters sind nicht mehr die der Jetztzeit.

So ist also auch in der Gegenwart der ganz allgemeine Hauptgegensatz zwischen den Parteien, welche sich an die socialen Fragen knüpfen, derjenige der Conservativen, welche sich gegen jede grundsätzliche Veränderung der Gesellschaftsverfassung wehren, und der Radicalen, welche eine solche verlangen. Dazwischen steht naturgemäß eine vermittelnde oder wenigstens eine Mittelgruppe, welche sich aus denjenigen zusammensetzt, die keine Veranlassung haben, ihre Interessen

schroff zur Geltung zu bringen, und denjenigen, welche in Anerkennung der vorhandenen, in jeder Gesellschaftsverfassung unvermeidlichen, aber darum doch immer berechtigte Bestrebungen nach Beseitigung begründenden Mängel wohlwollend oder weitschauend genug sind, den Interessen des Ganzen Opfer zu bringen. Da aber die socialen Interessen die Menschen stärker erregen als die politischen, so bildet sich wol eine zahl- und einflußreiche politische Mittelgruppe, die socialpolitische aber bleibt verhältnißmäßig schwach, und es treten in ihr wol bedeutsame Richtungen, aber weniger geschlossene Parteien hervor.

In dieser Weise wird auch für die moderne Gesellschaft von socialpolitisch: conservativen, radicalen und Mittelparteien zu sprechen sein. Diese letztern werden am besten als Reformparteien bezeichnet. Das Wort „liberal" würde dem Sinne nach allerdings ganz gut passen, müßte indeß, wie wir sehen werden, zu Verwechselungen und Irrungen Anlaß geben, da die im politischen Leben heute so genannten liberalen Parteien keineswegs mit der socialpolitischen Mittelgruppe zusammenfallen, vielmehr auf durchaus conservativem Standpunkte stehen.

Diese Parteien knüpfen sich nun natürlich an socialpolitische Fragen, die der modernen Gesellschaft entstammen, und es ist zunächst festzustellen, welches diese sind.

Unsere Gesellschaft, gegründet auf eigenthümlichen, aus Antike, Germanismus und Christenthum entstandenen Culturelementen, ist aufgebaut auf die monogamische Familie, das volle Privateigenthum, das freie Vertragsrecht bei formeller Gleichberechtigung aller Volksgenossen. Aus wirklichen oder mindestens in weiten Kreisen gefühlten Mängeln oder mangel-

haften Wirkungen dieser maßgebenden Einrichtungen müssen die socialen Fragen entstehen.

Mag man nun zu der Behandlung und Lösung derselben stehen wie man will, es dürfte unbestritten sein, daß die Hauptfragen, welche mit mehr oder weniger Recht heute aufgeworfen werden, folgende sind*):

Erstens in Rücksicht auf die Familie werden Bedenken erhoben wegen ihrer Bedrohung durch die außerhäusliche Arbeit der Kinder und Frauen überhaupt und die allzu lange außerhäusliche Arbeit der Männer der ärmern Schichten. Für die sogenannten Mittelklassen nimmt die „Frauenfrage" noch besondere Gestalt an, indem die Schwierigkeiten der wirthschaftlichen Existenz für den unverheirathet bleibenden Theil der Frauen hervortreten.**) Mit der Familienfrage — wenn wir so sagen wollen — zusammen hängt die „Wohnungsfrage".***)

Zweitens an die Institution des Privateigenthums knüpfen sich die Fragen: ob und wie einer großen Concentrirung des Kapitals in durch Geburt, Glück, sonstige Machtmittel begünstigten Händen vorzubeugen, wie das Eigenthum in

---

*) H. v. Scheel, Die Theorie der socialen Frage; Jena, Mauke, 1871 und Die sociale Frage (Vortrag); Bern, Jent und Reinert, 1873. Ad. Wagner, Rede über die sociale Frage; Berlin, Wiegandt und Grieben, 1872. v. d. Goltz, Die ländliche Arbeiterfrage; Danzig, Kafemann, 1872.

**) H. v. Scheel, Frauenfrage und Frauenstudium; Rectoratsrede in Bern; Jena 1874; auch in Hildebrand's Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik; Jena, Jahrg. 1874, Nr. 1.

***) E. Engel, Die moderne Wohnungsnoth; Leipzig, Duncker und Humblot, 1873; E. Sachs, Die Wohnungszustände der arbeitenden Klassen; Wien, Pichler, 1869.

Uebereinstimmung mit dem Streben nach wirthschaftlicher Freiheit und Selbständigkeit eines größtmöglichen Volkstheils zu verallgemeinern, welche Grenze dem öffentlichen Eigenthum anzuweisen sei.

Drittens dreht sich um das freie Vertragsrecht insofern die Frage, als Zweifel darüber bestehen, wie dasselbe festzustellen und abzugrenzen sei, um auch den wirthschaftlich Schwächern den freien Gebrauch der Kräfte und gleiche Bedingungen im Interessenkampfe nach Möglichkeit zu sichern; Fragen, die sich in den verschiedenen Productionszweigen verschieden stellen.

Zu diesen Problemen, welche von der Eigenthümlichkeit unserer Gesellschaftsverfassung ihre bestimmte Gestalt empfangen, nehmen die Schichten, Kreise, Gruppen des Volkes sowie die Einzelnen natürlich verschiedene Stellung ein, je nachdem sie durch wirthschaftliche Interessen, gesellschaftliche Ueberlieferungen, wissenschaftliche Ueberzeugungen zu der einen oder andern gedrängt werden. Die letztgenannten sind natürlich bei einer nur kleinen Anzahl vorhanden und kommen bei einer noch kleineren rein zur Geltung; auch unter den Gebildeten werden nur wenige durch sie geleitet. Unbefangene, verstandesmäßige, zugleich aber auch vom richtigem praktischen Takt getragene Betrachtung der Gegenwart, sichere Beurtheilung der Entwickelung und klare Voraussicht der Zukunft ist wol auch nirgends schwerer wie auf socialpolitischem Gebiete.

Die Verschiedenheit der Standpunkte bezieht sich erstens auf die Fragen selbst, und zweitens auf die Mittel zu ihrer Lösung. Theils wird die Berechtigung aller der soeben angedeuteten Fragen oder doch vieler derselben den heutigen

Gesellschaftszuständen gegenüber geleugnet, theils ist man über die Mittel zur Lösung derselben verschiedener Ansicht. In letzterer Beziehung macht sich namentlich darüber ein Unterschied der Anschauungen geltend, wie weit der privaten und wie weit der öffentlichen Einwirkung und Thätigkeit Spielraum zuzugestehen sei.

Die Stellung zu diesen Fragen erzeugt nun noch nicht unmittelbar socialpolitische Parteien, sondern zunächst nur Richtungen. Denn von erstern kann man nicht reden, wenn es sich nur um einzelne, wenn auch weitgreifende Fragen, z. B. Genossenschaftswesen, Steuerwesen, Zollwesen handelt, über welche eine Anzahl von Personen einig ist; noch auch bei einer Gemeinschaft nur wissenschaftlicher Ansichten. Vielmehr gehört zur Herstellung einer socialpolitischen Partei zweierlei: erstens Gemeinsamkeit der Grundanschauung über Wesen und Berechtigung der socialen Fragen überhaupt nebst Einigkeit über die Art, ihnen entgegenzutreten, und zweitens Actionsfähigkeit im öffentlichen Leben. Es ist dabei weder nothwendig noch in Wirklichkeit die Regel, daß die Partei als solche sich ganz klar sei über die Ziele, welche sie bei dem von ihr verfolgten socialpolitischen Verhalten verfolgt, noch daß die Parteigenossen auf dem Wege des Denkens und der wissenschaftlich motivirten Ueberzeugung zu den durch die Partei vertretenen Anschauungen gekommen seien. Denn insbesondere wenn dieses letztere Erforderniß erfüllt werden sollte, würden alle Parteien auf einen sehr winzigen Personenbestand zusammenschrumpfen.

Im praktischen Leben existiren nun rein socialpolitische Parteien überhaupt nicht, sondern bei ihrer Bildung wirken theils politische — wie man auch wol zu sagen pflegt:

formalpolitische, theils religiöse Motive mit, d. h. es kommt die Stellung zu formalpolitischen und zu kirchlichen Fragen mit in Betracht. Das ist auch unvermeidlich und kann keineswegs als ein Fehler betrachtet werden; denn beim Heraustreten ins öffentliche Leben, für die Vertretung der öffentlichen Interessen in Gemeinde und Staat ist die Beschränkung auf nur eine Seite der öffentlichen Angelegenheiten selbstverständlich nicht thunlich, sondern die Partei muß nach allen Seiten hin Stellung nehmen und ihr Programm, ob nun in ausdrücklicher Formulirung oder nur seiner allgemeinen Tendenz nach, auf einigermaßen bestimmten Anschauungen nach allen drei Seiten hin vertreten. Eine öffentliche Partei ist demnach immer zugleich eine socialpolitische, politische und kirchliche, letztern Ausdruck im weitesten Sinne genommen; was natürlich nicht hindert, daß das Schwergewicht auf die eine oder andere Seite gelegt wird; so auf die formalpolitische bei den heute so genannten Liberalen, die kirchliche bei den Ultramontanen, die sociale bei den Socialdemokraten.

Die Betrachtung der socialpolitischen Parteien wird diese Gruppirung der öffentlichen Parteien, welche durch das Zusammenwirken jener drei Grundelemente entstanden ist, natürlich nicht außer Acht lassen, sondern vielmehr hinsichtlich der Eintheilung der Darstellung an dieselben anknüpfen müssen.

Gehen wir nun an diese Betrachtung selbst, so ist es unzweifelhaft, daß dieselbe wissenschaftlich richtig nur auf einem Wege durchgeführt werden kann, nämlich so, daß wir zunächst die geschichtliche Entstehung unserer socialpolitischen Parteien zu ergründen und von dort aus ihren gegenwärtigen Zustand ins Auge zu fassen suchen. Nur von

diesem Boden aus können wirkliches Verständniß, unbefangene Darstellung, gerechte Würdigung erreicht und auch ein Blick auf die weitere Entwickelung geworfen werden. Die nächste und wichtigste Aufgabe ist demnach die, die geschichtliche Grundlage, auf welcher die socialpolitischen Anschauungen unserer gegenwärtigen Parteien stehen, genau zu umschreiben, selbst auf die Gefahr hin, hierbei sachlich Neues Niemand zu sagen.

II.

Die geschichtlichen Grundlagen unserer socialpolitischen Parteien.

Die besondern Merkmale unserer socialpolitischen Parteien gründen sich natürlich auf die Eigenthümlichkeit unserer modernen Gesellschaft, und diejenigen unserer deutschen socialpolitischen Parteien, welche den Gegenstand der Betrachtung bilden, hängen von der Gestaltung der socialen und öffentlichen Zustände in Deutschland ab.

Unsere deutsche Gesellschaft ist ja aber keineswegs etwas von dem, was wir die „moderne Gesellschaft" nennen dürfen, Abgetrenntes, sondern in den germanischen und romanischen Culturstaaten Europas und Amerikas sind die socialen Anschauungen und wirthschaftlichen Grundlagen im wesentlichen gleiche, und mit der Ausbildung der materiellen und geistigen Verkehrsmittel gestalten sich die Beziehungen der Angehörigen dieses großen Culturkreises immer enger, die Verhältnisse gleichartiger.

Der Anfangspunkt, von welchem wir diese moderne Gesellschaft datiren müssen, ist nun unbestreitbar die Französische Revolution, welche zunächst den Sieg des besitzenden Bürgerthums über den alten Feudalstaat sowol in wirthschaftlicher wie in politischer Beziehung vollendete und eine

ganz neue Entwickelung auf dem ideellen Grunde der Gleichheit und Freiheit aller Menschen ermöglichte.

In England hat allerdings die Umgestaltung der ältern in die moderne Gesellschaft früher begonnen und sich friedlicher vollzogen, und die eigenthümliche Zusammensetzung von Resten des Feudalismus und Geldoligarchie, durch welche sich die dortigen Verhältnisse charakterisiren, bietet mannichfache Abweichungen von unserer socialen Verfassung. Aber trotz dieser Abweichungen in der Entwickelung und der Gliederung hier und dort treffen die Ergebnisse, sowol was die Zeit als was die Art betrifft, doch im wesentlichen so sehr zusammen, daß man durchaus von einer eigenthümlichen Neugestaltung der europäischen Gesellschaft als einer Culturgesammtheit seif der Revolution von 1789 reden kann.

Der Absolutismus und der Mercantilismus hatten damals das Bürgerthum als wirthschaftliche Macht an der Seite der Grundaristokratie und die Industrie an der Seite der Landwirthschaft großgezogen. Die Elemente der Geldwirthschaft waren völlig ausgebildet. Es war der Zeitpunkt gekommen, die alte geschichtliche Schichtung der Gesellschaft zu durchbrechen, die alten Formen des Eigenthums und der Wirthschaft mit ihren mannichfach verschlungenen Abhängigkeitsverhältnissen zu beseitigen.

Wie die politische Revolution durch die Ideen Montesquieu's und Rousseau's, so war der Umschwung in den wirthschaftlichen Anschauungen und die neue Wirthschaftsgesetzgebung durch eine Schule von Wirthschaftspolitikern vorbereitet, welche im engen Zusammenhange mit der materialistischen Philosophie jener Epoche stand. Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts hatten die sogenannten Physio-

kraten eine Volkswirthschaftslehre entwickelt, welche als das erste und zugleich bisjetzt einzige System dieser Wissenschaft angesehen werden muß, da sie ein wirklich einheitliches Gebäude der Volkswirthschaft zu construiren und es zugleich mit der gesammten socialen und politischen Verfassung in Zusammenhang zu setzen versucht haben; ein Versuch, der bei der auf ihnen fußenden englischen Schule nicht weiter verfolgt worden ist.

Die Physiokraten haben zuerst die Volkswirthschaft als solche, unabhängig von den Verhältnissen eines gegebenen Staates aufzufassen gesucht und damit die Wissenschaft der allgemeinen Volkswirthschaftslehre gegründet. Sie haben zuerst die Volkswirthschaftspolitik nicht mehr wie die Frühern als eine Finanzangelegenheit des Fürsten, sondern als eine alle Mitglieder des Volks gleichmäßig betreffende Sache angesehen, die Entstehung und Vertheilung der Gütermasse unter alle wirthschaftlichen Klassen zu erklären und zu verfolgen sich bestrebt, und zugleich den Versuch gemacht, die volkswirthschaftliche Ordnung — indem sie die Klasse der Grundeigner als wichtigste Klasse: classe productive, disponible hinstellten — mit der Verfassung der Gesellschaft überhaupt in Verbindung zu setzen und ihr auch das politische System anzupassen —; ein Gedanke, den in ganz anderer Fassung dann Saint-Simon wieder aufgenommen hat.

Dabei ist der oppositionelle Zug gegen das bis dahin herrschende sogenannte Mercantilsystem dem Physiokratismus deutlich genug aufgeprägt: der übertriebenen Schätzung des Geldes als vorzüglichen Reichthums gegenüber weisen sie auf die Boden-, resp. Urproducte als den eigentlichen,

das Volk erhaltenden Reichthumsstoff hin; der dem Mercantilismus eigenen Bevorzugung von Handel und Industrie stellen sie die Hebung des Landbaues als das Wichtigste gegenüber; anstatt der für das Erwerbsleben der Gegenwart nicht mehr zeitgemäßen ständischen Schranken und staatlichen Regelung verlangen sie Selbständigkeit und Freiheit von Arbeit und Verkehr; an Stelle der mannichfachen erdrückenden Abgaben und hemmenden Zölle wollen sie eine einheitliche Steuer setzen, die den Güterreichthum bei seinem Entstehen erfaßt und seine Circulation nachher ungehindert läßt.

Dieses physiokratischen Systems, das die Keime einer fruchtbaren Weiterentwickelung in sich trug, bemächtigten sich dann, wie bekannt, die Engländer und benutzten die dort gegebenen Gedanken, daß die drei Productionsfactoren: Natur, Arbeit, Kapital, unter der Wirksamkeit der rein natürlichen Ordnung die größte Gütermasse hervorbringen müßten, zum Aufbau jenes berühmten Freihandelssystems oder Smithianismus, in welchem Ausgangs- und Zielpunkt zugleich der Begriff des „Nationalreichthums" ist, d. h. die Summe der in einer Volkswirthschaft vorhandenen Werthe, ohne Rücksicht auf deren Vertheilung und gesellschaftliche Wirkungen.

Es ist unumgänglich, sich die charakteristischen Grundzüge und Mängel dieser Lehre, gegen die sich die Angriffe der socialen Reformparteien und der radicalen Parteien jetzt so energisch richten, zusammenfassend zu vergegenwärtigen, um den ganzen Meinungsstreit zu verstehen; und zwar kann es hierbei natürlich nicht darauf ankommen, die specifische Lehre gerade desjenigen vorzutragen, der den Physiokratismus zuerst englisirt hat, also Adam Smith's, sondern vielmehr diejenige Gedankenverbindung, welche von der soge-

nannten Englischen Schule und ihren Anhängern in allen Ländern notorisch als Freihandelslehre herausgebildet worden ist. Die Frage, ob schon der Schöpfer dieser Schule dies alles so gedacht und gelehrt habe, ist dabei völlig gleichgültig, und gerade das möchten wir mit Bezug auf denselben hier betonen, daß Adam Smith in keiner Weise für das verantwortlich gemacht werden kann, was man als sein „System" auszugeben beliebt. Smith schrieb in der Zeit des ersten großartigen Aufblühens der englischen Fabrikindustrie, als Vertreter der Ansichten des gebildeten Mittelstandes, der seine Anschauungen und Interessen als die der ganzen Welt maßgebenden proclamiren konnte, weil der Feudalismus überwunden war, während die Lohnarbeiter sich noch nicht als eine Klasse mit gemeinsamen Interessen fühlten und geltend machen konnten. Von diesem Standpunkte und für dieses Publikum hat er die physiokratischen Ideen in der englischen hausbacken breittretenden Commonsense-Manier zurechtgemacht. Von einem Bewußtsein der socialen Tragweite der Gedanken ist bei ihm ebenso wenig die Rede wie von der klaren Entwickelung irgendeines volkswirthschaftlichen Begriffes (auch des der Arbeit nicht) oder der systematischen Durcharbeitung des Ganzen. Diese wurde erst von den Franzosen einigermaßen wieder nachgetragen, während die deutsche Wissenschaft sich bis auf wenige Vertreter, wie z. B. List, bis gegen Mitte dieses Jahrhunderts in fast gänzlicher Receptivität verhielt; wenn man nicht rein äußerliche, man möchte sagen philologische Ummodelungen, wie z. B. die eines Lotz, noch heute für originale Leistungen ausgeben will. Die Bezeichnung der „Freihandelslehre" als „Smithianismus" darf also nicht in dem Sinne

einer specifischen Theorie des Adam Smith verstanden werden, dem es allerdings durch seine zeitgemäße populäre Bearbeitung der Wirthschaftswissenschaft in einem Lande von so hervorragenden industriellen Interessen gelungen war, die allgemeine Theilnahme für diese Gedanken anzuregen.

Vergegenwärtigen wir uns also die Grundzüge dieser Lehre, so sind sie folgende:

Grund und Zweck der Volkswirthschaft ist die Bedürfnißbefriedigung. Die Bedürfnisse der Menschen sind unbegrenzt; sie wachsen mit der Menge der Güter, welche zu ihrer Befriedigung erzeugt werden. Je mehr sie wachsen und befriedigt werden können, desto vollkommener ist die Volkswirthschaft, deren Ziel also die größtmögliche Gewinnung von Gütern ist. Diese aber entstehen durch die Arbeit, die mit Hülfe der Natur Güter schafft, und mit Hülfe der aufgesammelten Arbeitsproducte, des Kapitals, wiederum neue Productions- und Consumtionsmittel erzielt. Wie das Kapital durch aufgesammelte Arbeit erzeugt wird, so dient dasselbe der Arbeit als Grundlage zu neuem Schaffen; und um möglichst viel Güter zu erzeugen, kommt es darauf an, das Kapital und die Arbeit so intensiv wie möglich auf die Natur wirken zu lassen. Die größte Wirksamkeit wird aber hervorgehen aus dem möglichst ungehemmten Wirken der wirthschaftlichen Kräfte. Darum ist die Freiheit der Production die Grundbedingung reichlicher Production, blühender Volkswirthschaft, hohen Nationalreichthums. Die Freiheit der Production hängt aber davon ab, daß keine äußere Gewalt, also namentlich nicht die Staatsgewalt, in die wirthschaftliche Thätigkeit eingreift. Der Staat mit seinen künstlichen Mitteln ist nicht im Stande,

die größtmögliche Production hervorzurufen, er wird vielmehr störend in die Aeußerung desjenigen menschlichen Naturtriebes eingreifen, welcher jedem Wirthschaftenden den Weg zur zweckmäßigsten und besten Production zeigt: des Selbstinteresses. Dies ist diejenige Macht, welche jeden einzelnen und somit auch alle zur ergiebigsten Wirthschaft führt. Also lasse man dieselbe als treibenden Factor der Gütererzeugung frei walten, dann wird jeder seine Arbeit und sein Kapital dahin wenden, wo sie am nützlichsten angewendet werden. Man beschränke also in keiner Weise weder das Kapital, seinen Profit aufzusuchen und wahrzunehmen, noch auch die Arbeit, ihren Lohn da zu suchen, wo sie ihn am besten zu finden glaubt. Aus der Freiheit in Verfolgung des Eigeninteresses wird ein Wettkampf der Kapitalisten und der Arbeiter untereinander entstehen, in welchem derjenige siegen wird, der zu denselben Kosten am meisten, d. h. also am billigsten, und zugleich am rationellsten producirt. Keine andere Schule als die der Freiheit vermag diese wohlthätige Wirkung zu erzeugen. In dieser Weise entsteht mithin die größte Masse von Gütern, und die Consumenten werden dadurch am besten mit allem versorgt, was sie bedürfen, ohne daß eine künstliche Regelung noththäte. Denn in diesem natürlichen Verlaufe der Volkswirthschaft ersteht da, wo ein Bedürfniß nach Gütern besteht, auch eine Nachfrage danach, und wo Nachfrage ist, da werden sich naturgemäß auch Leute finden, welche bestrebt sind, dieselbe zu befriedigen, weil sie ihr eigener wirthschaftlicher Vortheil dazu treibt. Es stellt sich also der Nachfrage ein Angebot gegenüber; und hierdurch wird nicht nur die Gütererzeugung auf ganz natürlichem Wege, durch

sich selbst, veranlaßt und geregelt, sondern sie geschieht auch gerade durch dieses Gegenüberstehen von Nachfrage und Angebot in der für die Consumenten erwünschtesten Weise. Wenn nämlich die Nachfrage nach einer bestimmten Art von Gütern stärker ist als das Angebot, so werden zwar die Nachfragenden zunächst genöthigt sein, sich untereinander starke Concurrenz zu machen und die Waaren zu einem Preise zu bezahlen, der sehr viel über den Erzeugungskosten steht; solche Preise werden aber sehr bald Andere anlocken, die Waaren gleichfalls zu produciren und anzubieten. Es werden dann also die Anbietenden untereinander in eine stärkere Mitwerbung treten, dergestalt, daß die Waare bald zu einem Preise zu erlangen sein wird, der sich den Erzeugungskosten möglichst nähert, unter die er auf die Dauer natürlich nicht fallen kann; sodaß also regelmäßig ein für beide Theile befriedigender Preis der Waaren sich herstellen wird. So stehen sich mithin Producenten und Consumenten, Nachfragende und Anbietende in einem beständigen, aber wohlthätigen Kampfe gegenüber, der sich ganz naturgesetzlich vollzieht.

Dasselbe Verhältniß wie zwischen Verkäufern und Käufern der im gewöhnlichen Sinne so genannten Waaren findet zwischen den Inhabern von Kapital und denen von Arbeit, zwischen den Unternehmern und den Arbeitern statt. Das Kapital braucht Arbeitskraft, um verwerthet werden zu können, und die Arbeit hat zur Voraussetzung das Kapital, um sich äußern zu können, der Kapitalist tritt als Nachfrager, der Arbeiter als Anbieter der Waare Arbeit auf. Je größer die Productivität des Kapitals ist, desto mehr Arbeit kann beschäftigt werden, und je mehr Arbeit beschäftigt wird,

desto größer ist die Productivität des Kapitals. Auch hier regelt das Naturgesetz von Angebot und Nachfrage mit Hülfe der Concurrenz die Verhältnisse, denen sich der Einzelne unterwerfen muß.

Wenn man auf diese Weise die wirthschaftlichen Dinge ihrer Freiheit, ihrem natürlichen Gange überläßt, so wird dadurch die Volkswirthschaft auf die denkbar einfachste und vollkommenste Weise in Thätigkeit versetzt und geregelt, und die wirthschaftlichen Interessen Aller kommen dabei aufs beste zur Geltung und schließlicher Versöhnung. Denn gerade durch den Kampf der Interessen wird mit Naturnothwendigkeit eine Harmonie den Interessen erzeugt, weil, wenn alle ihren Vortheil frei verfolgen können und über den besten Weg durch ihr Eigeninteresse belehrt werden, auch alle zu ihrem Vortheil kommen müssen. Auf diesem Wege wird auch die zweckmäßigste Anwendung des Kapitals und Theilung der Arbeit erreicht; es wird dadurch zum geringsten Kostensatz am meisten, also am billigsten producirt, es wird die größtmögliche Menge von Bedürfnissen befriedigt. Und damit ist der Zweck der Volkswirthschaft: die Erzeugung des größten Nationalreichthums erreicht.

Vorstehendes darf man wol, ohne Einwendungen wegen der Richtigkeit befürchten zu müssen, als die principielle Grundlage des Smithianismus oder Freihandelssystems hinstellen, aus der sich dann die theoretischen Details und die Folgerungen für die Volkswirthschaftspolitik ergeben. Ebenso darf man behaupten, daß die Vertreter dieser Lehre dieselbe nicht aufgefaßt wissen wollten nur als Hülfsmittel zur Erklärung der wirthschaftlichen Vorgänge in der Wirklichkeit, sondern als unmittelbar für die Praxis geeignet.

Der innige Zusammenhang dieser Lehre mit der damals herrschenden „naturrechtlichen" Schule, ihr völliges Absehen vom geschichtlichen Entwickelungsproceß, ihre Voraussetzung: daß die wirthschaftenden Menschen sich gleich stark und frei gegenüberstehen, liegen klar zu Tage, zugleich aber auch, daß in ebendiesen Punkten die Schwäche dieser Anschauungen liegt.

Die wirthschaftliche Gesetzgebung, zunächst darauf bedacht, alle productiven Kräfte zu entfesseln, folgte diesen Ideen. Sowol in der Industrie wie in der Landwirthschaft wurden die alten Bande der Ueber- und Unterordnungen, welche Arbeitsherrn und Arbeiter miteinander verknüpften, aufgehoben, und es gab danach wirthschaftlich nur noch Unternehmer, die im Besitz der Arbeitsmittel waren, und Arbeiter, welche die Waare Arbeit ihr eigen nennen konnten. In die erstere Klasse rückten die Besitzer von größern beweglichen und unbeweglichen Kapitalien ein, und eine Anzahl von Emporkömmlingen aus dem Arbeiterstande, welche durch die Chancen der neu aufblühenden Industrien begünstigt waren, gesellte sich zu ihnen; in die zweite kamen die bisher an die Scholle Gefesselten, ferner die Gesellen und Lehrlinge der Industrie, zum guten Theil auch kleinere Besitzer, resp. Handwerker, die im Concurrenzkampfe mit der sich rasch entwickelnden, in den meisten Zweigen zuerst in England erprobten, Großindustrie unterlagen.

Die Entstehung und Ausbreitung dieses neuen Standes von Lohnarbeitern ist so folgenreich und die Erkenntniß seines Wesens für das Verständniß der socialen Bewegung so wichtig, daß hierbei etwas verweilt werden muß.

Der Großbetrieb, auf den die wirthschaftliche Ent-

wickelung in den meisten Zweigen der Erwerbsthätigkeit mehr oder minder rasch hindrängt, hat nicht nur das früher mehr persönliche Verhältniß von Producenten und Consumenten verändert, den Consum verbilligt, aber auch der Individualität entkleidet, auf die Vertheilung, bezw. Concentrirung und die rasche Vermehrung der Bevölkerung hingewirkt, sondern namentlich auch die Ausbreitung des freien Lohnarbeiterstandes befördert, sodaß diese Arbeitsform jetzt die herrschende ist, während sie vorher nur einen kleinen Theil der Bevölkerung umfaßte, als Ausnahme angesehen werden konnte. Die Eigenthümlichkeiten derselben liegen erstens darin, daß der Arbeitsvertrag juristisch frei und auf kurze Dauer abgeschlossen ist, keine dauernde Beziehung zwischen Unternehmer und Arbeiter weder in Bezug auf die Unternehmung noch in Bezug auf die Hauswirthschaft im Gefolge hat, und zweitens in der Art des Einkommens der Arbeiter. Dasselbe ist eine Abfindung in Geld, welche mit dem Werthe des durch die Arbeit erzeugten Products unmittelbar nichts zu thun hat, auch in der Regel vor der Verwerthung des Products als Waare durch den Unternehmer gezahlt wird. Durch die Ausdehnung des Großbetriebes werden ferner selbstverständlich die Chancen des Lohnarbeiters auf wirthschaftliche Selbständigkeit verringert, während mit der Ausdehnung des Marktes und der Speculation auf weite Kreise die Schwankungen der Productionsverhältnisse, welche für die Arbeitsgelegenheit und Lebenslage des Lohnarbeiters bestimmend sind, häufiger werden. Besondere Uebelstände bringt noch der eigentliche industrielle Fabrikbetrieb mit sich, die indessen hier nicht weiter berührt zu werden brauchen.

Indem nun diese Arbeits- und Lohnform sich immer

mehr ausbreitet, wird eine große ihrer Lebenslage nach gleiche Masse von Lohnarbeitern, ein besonderer Arbeiterstand geschaffen, vermittels dessen zwar ganz außerordentliche industrielle Erfolge erzielt werden können, der aber als solcher eben in einen gewissen Gegensatz zu der übrigen Gesellschaft tritt, und durch den beständigen Kampf um die Lohnhöhe sehr leicht zu einer oppositionellen Stellung gedrängt wird, die in besondern socialpolitischen Ansprüchen Ausdruck findet.

Wenn nun einerseits diese durch ihre Besitzlosigkeit ökonomisch wenig widerstandsfähige Klasse dem freien Concurrenzkampfe überlassen blieb, andererseits die Unternehmer die ihnen von der nationalökonomischen Lehre so dringend ans Herz gelegte Pflicht größtmöglicher Production von Reichthum energisch erfüllten, ohne auf den Gebrauch von Menschenmaterial Rücksicht nehmen zu müssen und für die Invaliden der Arbeit unmittelbar verantwortlich zu sein, so konnte es nach dem natürlichen Verlauf der Dinge nicht anders sein, als daß Uebelstände und Misbehagen in der arbeitenden Klasse entstanden, die zu Kämpfen führten, wenn man ihrer nicht durch Reformen Herr wurde.

Diese Uebelstände waren natürlich zuerst in den industriell fortgeschrittensten Ländern zu erwarten, und daß sie in der That nicht ausblieben, davon geben eine Anzahl gründlicher Untersuchungen, die seit den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts über die Lage der arbeitenden Klassen angestellt wurden, unzweifelhaftes Zeugniß. In Frankreich waren besonders die Forschungen von Villermé über die in der Textilindustrie Beschäftigten (1838) epochemachend; dann die Schriften von Fregièr, Parent-Duchatel, Buret. Für

England gaben die Untersuchungen über die Lage der arbeitenden Klassen von Friedrich Engels (1845), wenn auch die Schattenseiten geflissentlich hervorkehrend, Stoff zum ernstesten Nachdenken, und die bis in die neueste Zeit fortgesetzten parlamentarischen Enquêten über die Verhältnisse einer Reihe von Gewerben lieferten beständig neues Material dieser Art, welches von Karl Marx in seinem Buche „Das Kapital" (1867) ausgiebig, wenn auch einseitig verwerthet worden ist. In andern Ländern geschah zu Ergründung der Lage der arbeitenden Klassen von Staat und Privaten vergleichsweise wenig, und namentlich für Deutschland ist der Vorwurf zu machen, daß die Gewerbegesetzgebung ohne genügende praktische Vorbereitung durchgeführt worden ist, und daß noch fortwährend über die Vorzüge und Mängel derselben gestritten wird, ohne daß zweckmäßige Erhebungen über die wirthschaftlichen Zustände selbst gemacht werden, sodaß das Feld für den Kampf mit allgemeinen Behauptungen von dieser und jener Seite weit offen bleibt.

In diesen ökonomischen Uebelständen der neuen Erwerbsordnung, welche ganz besonders in den Verhältnissen des Lohnarbeiterstandes zu Tage traten, waren nun also Elemente der Opposition gegeben, welche neue socialpolitische Ideen aufstellte.

Wir müssen diese dem Freihandelssystem oppositionellen Ideen schon hier wenigstens so weit verfolgen, daß mit den Vorläufern der socialpolitischen Reform- und radicalen Ideen unserer Zeit in Deutschland bekannt gemacht wird, um für die spätere Schilderung unserer deutschen Parteien sogleich die Anknüpfungspunkte zu finden.

Zu gleicher Zeit als Robert Malthus seine berühmte

Bevölkerungstheorie entwickelte, welche volkswirthschaftlich hinfällig ist aus dem einfachen Grunde, weil sie übersieht, daß die Menschen nicht unmittelbar der Natur, bezw. der natürlichen Fruchtbarkeit der Erde gegenüberstehen, sondern die Naturkräfte vermittels der Eigenthumsordnung beherrschen und sich zugänglich machen; und David Ricardo seine nicht minder berühmten Untersuchungen über den Arbeitslohn anstellte, welche gleichfalls auf das traurige Ergebniß hinauslaufen, daß der Lohnarbeiter nur, sofern es ihm gelingt, durch langsame natürliche Vermehrung hinter derjenigen des Kapitals zurückzubleiben, seine Lage zeitweilig etwas günstiger gestalten könne — zu derselben Zeit wurde schon Simonde de Sismondi durch den Anblick der englischen Zustände über den Werth der Freihandelslehre irre, ohne indeß auch nur zu den Anfängen einer neuen Theorie zu kommen.

Als den eigentlichen Schöpfer aber der socialpolitischen Kritik, dessen Gedanke, wenn auch noch verworren und unverarbeitet, von den weittragendsten Folgen, praktischen und theoretischen, für die Jetztzeit geworden sind, müssen wir Saint-Simon ansehen; und es wird wenigstens in großen Zügen anzudeuten sein, wie sich seine noch sehr ungestalteten Ideen durch verschiedene Stadien zum modernen socialdemokratischen Gedanken geklärt und concentrirt haben.

Henri de Saint-Simon stellte in seiner „Parabole politique" (1819) die für damalige Zeit kühne Frage auf, ob es für Frankreich nachtheiliger sein würde, wenn es plötzlich die ganze königliche Familie, den ganzen Hofstaat, den ganzen höhern Klerus, die ganze obere Beamtenwelt, in Summa die dreitausend höchstgestellten Personen des Landes verlöre, oder wenn es seine dreitausend größten Gelehrten

und besten Arbeiter verlieren würde. Er entschied sich dafür, daß der Verlust der besten Arbeitskräfte ein unendlich schwerwiegenderer für das Land sein würde, während jene höchsten Stellungen sehr leicht wieder auszufüllen wären. Ein ernsthafter Satz in drolliger Form. Sieht man diese Fragestellung und ihre Beantwortung näher an, so hat sie eine größere Bedeutung, als man ihr auf den ersten Blick zuzuschreiben geneigt sein möchte. Es ist die große Frage nach der Stellung des Besitzes und der Arbeit in der Gesellschaft, welche sich hier in einer bizarren Weise äußert, welcher aber seit der Neugestaltung der Gesellschaft auf dem Princip der rechtlichen Freiheit und Gleichheit ein ganz neues Gewicht beigelegt worden war. Es liegt in der Frage das ganze sociale Programm Saint-Simon's, aus dem das Bewußtsein der socialen Frage in der modernen Gesellschaft erwachsen ist. — Saint-Simon wollte also hiermit sagen, daß die Arbeit — er nennt sie im weitesten Sinne des Worts „l'industrie" — in der Gesellschaft nicht an demjenigen Platze sei, der ihr gebühre. Da die Vertreter des Smithianismus, welche ihre Theorie für die unfehlbare, weil naturgesetzliche hielten, bewiesen, daß die Arbeit die Erzeugerin aller Werthe und die Erhalterin der Nationen sei, während in der That der Besitz und nicht die „Arbeit" die herrschende Rolle in der Gesellschaft einnahmen, wollte Saint-Simon die Folgerungen aus jener Theorie für die Organisation der Gesellschaft gezogen wissen. Er wollte, daß die Stellung der „Industrie" in der Gesellschaft eine ihrer grundlegenden Wichtigkeit für dieselbe gemäße sei. Saint-Simon forderte für die Kraft, welche den Behauptungen der Wissenschaft nach die Gesellschaft trug und erhielt, auch die erste

Stelle, die Herrschaft in dieser. Und was er hier in seiner „Parabole“ witzig und schlagend skizzirt hatte, führte er weiter aus in einer Schrift, die erst in der letzten Periode seines Lebens, deren Anfang durch einen Selbstmordversuch bezeichnet ist, erschien, dem „Catéchisme des industriels“. Er beginnt denselben mit der Frage: Was ist ein Industrieller? und beantwortet sie dahin, er sei ein solcher, der arbeitet, um die Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse und Genüsse für die Menschen zu erzeugen oder zugänglich zu machen. Die Gesammtheit derselben repräsentire daher die Gesammtheit der für die Existenz der Gesellschaft maßgebenden Arbeit. Und wenn man nun zusehe, welchen Rang diese bedeutendste Klasse in der Gesellschaft einnehme, so bemerke man, daß sie in die letzte Reihe gestellt sei, und wenn man sich frage, welchen Rang sie einnehmen sollte, so müsse man zugeben, daß ihr der erste unter allen zukäme. Es sei mithin die Aufgabe der Wissenschaft, der Industrie die ihr gebührende sociale Stellung zu verschaffen. Saint-Simon verkündet hiermit also zuerst die Herrschaftsberechtigung der Arbeit auf Grund ihrer wirthschaftlichen Wichtigkeit. Um diesen Punkt drehen sich seine socialreformatorischen Bestrebungen, und somit regt er eine Idee an, die allmählich zu einem Klassenbewußtsein der Arbeiter gestaltet, mannichfach verfälscht und verhüllt, von den Mittelpunkten der großen Industrie aus sich in immer weitere Schichten fortpflanzt und zum Gärungsstoff wird. — Jetzt war der Arbeit, die ja schon von den Freihändlern mit Emphase als Quelle des Nationalreichthums verkündet worden war, deren Lehre man deswegen sogar als „Industriesystem“ zu bezeichnen liebte, plötzlich eine ganz neue Bedeutung beigelegt.

Jene hatten die „Arbeit" als technischen Productionsfactor, als Mittel zur Bildung des Kapitals aufgefaßt, aber sie hatten daraus nichts für die Arbeiter gefolgert; sie nahmen die alte Eigenthumsordnung, wo nur der Besitz wieder Besitz erwarb, und die schon ähnlich im Sklavenstaate des Alterthums bestanden hatte, als gegeben hin und leiteten aus dem wirthschaftlichen Wesen der Arbeit keinerlei gesellschaftliche Berechtigung ab; sie ignorirten vollständig den Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Volkswirthschaft. Diesen aber sucht eben Saint-Simon herzustellen; er erhebt die Arbeit von einem technischen zu einem gesellschaftlichen Element; er faßt die Organisation der Volkswirthschaft als ein Motiv für die Gesellschaft auf. Und indem er diesen Gedanken wissenschaftlich verfolgt, gründet er den Socialismus.

Wie Saint-Simon diese seine Grundidee in jener bizarren Form ausgesprochen hatte, so ist auch fast kindlich und doch tiefsinnig seine geschichtsphilosophische Entwickelung, welche erklären soll, wie es gekommen sei, daß die Industriellen, als die größere Masse der Nation von physischem und geistigem Uebergewicht, durch die Minorität der gegenwärtig Herrschenden unterworfen worden seien. — Dieselbe zu verfolgen ist hier nicht nöthig; wir dürfen uns begnügen, zu constatiren, daß ihm die Folgerung daraus hervorgeht, der gegenwärtige Zustand der Gesellschaft sei keineswegs, wie das der Smithianismus mindestens stillschweigend voraussetzt, der beste und vollendetste, die wahre Civilisation sei in ihm nicht verwirklicht, sondern es müsse noch der fernere Schritt gemacht werden, eine Organisation der Gesellschaft zu bilden, in welcher die Klasse der Besitzenden und der

„Legistes“ sowol wie auch die militärische Gewalt dem arbeitenden Theil der Gesellschaft untergeordnet ist und ihm allein dient, sodaß sich aus der altgeschichtlichen feudalen Ordnung des Staats eine durchaus industrielle als Höhepunkt der Civilisation entwickele. „Und“, ruft er aus, „dies unternehmen wir, wir unternehmen es, die Industiellen zur höchsten Stufe der Achtung und Macht zu erheben!“ Das industrielle System soll auf dem Princip der wirklichen, vollkommenen Gleichheit gegründet, jedem Recht der Geburt und jedem Privilegium entgegenstehend sein. Um dies vorzubereiten, dazu sei es nöthig gewesen, daß das Reich der Industrie erst verstandesmäßig begriffen wurde. Er starb mit den glaubensfreudigen Worten: „Die Zukunft ist unser!“ in den Armen seiner Schüler.

Derjenige, der sich über den Gesichtskreis der gegebenen wirthschaftlichen Zustände einigermaßen zu dem freiern Blick geschichtlicher Auffassung erhebt, wird zugeben müssen, daß Saint-Simon bei der Aufzeigung jener Differenz zwischen volkswirthschaftlicher und socialer Organisation wirklich auf ein großes, noch ungelöstes Problem hingedeutet hatte; jeder aber wird erkennen, daß jener Gedanke, sobald er der arbeitenden, besitzlosen Menge des Volks in greifbarer Weise zugeführt wurde, allmählich zu einer Kraft werden konnte, ja mußte, durch welche die Keime socialer Unzufriedenheit und des Klassenzwistes sich entwickelten. Freilich, in der abstracten Formulirung, welche ihm Saint-Simon gegeben hatte, konnte er so nicht wirken.

Saint-Simon selbst hat nie einen Versuch zur Durchführung seiner Ideen auf dem Wege der praktischen Agitation und Organisation gemacht; er hat unter Aufopferung aller

seiner Kräfte und Mittel, dem äußern Genuß und Erfolg entsagend, für die geistige Durcharbeitung seiner civilisatorischen Idee gerungen und kein Mittel angegeben, wodurch die Idee verwirklicht werden könne; er hatte auch direct keine der Einrichtungen angegriffen, auf welchen die alte Gesellschaftsordnung beruht, weder die Familie, noch das Sondereigenthum, noch das Erbrecht. Daran aber mußten sich die socialreformatorischen Ideen knüpfen, sollten sie Gestalt gewinnen. Und diese wurde ihnen, wie bekannt, gegeben durch Saint-Amand Bazard, der dem Zweifel, welchen schon Saint-Simon an dem absoluten Rechte des Eigenthums ausgedrückt hatte, dadurch Bestimmtheit gab, daß er das gegenwärtige Familienerbrecht für unrationell, unökonomisch, antisocial erklärte.

Erst durch das Auftreten Bazard's gewinnt der Saint-Simonismus greifbare Form und treibende Kraft; die socialen Mängel finden einen stärkern und wirksamern Ausdruck. — „Wenn wir", so meint Bazard, „die Lage der Völker Europas betrachten, was ist denn eigentlich ihr Zustand? Ueberall, in Kirche, Staat und Gesellschaft sehen wir Zerfahrenheit und Unfrieden. Blicken wir nur auf die Gesellschaft, wie viel Elend entfaltet sich vor unsern Augen, wenn wir sie nicht absichtlich verschließen! Unsere Zeit ist eine wesentlich industrielle; aber die Industrie, die alle Einzelnen vom Joche der Autorität befreien und zum Glück führen sollte, ist jetzt ein Schlachtfeld, auf dem unter tausend Ruinen und zwischen elenden Hütten sich sparsam die kolossalen Gebäude des Reichthums erheben, die jedes junge Glück und Streben erdrücken. Das gegenwärtige Recht der Industrie ist die Concurrenz; aber diese ist ein Krieg Aller

gegen Alle, der mit der Vernichtung der Mehrheit endet. Der Untergang der Schwachen ist eine regelmäßige Erschei- nung, die man kalt bedauert, ohne ihr abzuhelfen. Ist das die Aufgabe der Menschheit? Wie kann man anders als mit der tiefsten Trauer einen Zustand betrachten, in dem der Unfriede das Losungswort, der Kampf das Leben ist?" Und nun fragt er weiter, ob dieser Zustand der Gesellschaft ein nothwendiger sei, und kommt zu der Antwort, daß dies nicht der Fall sei. Die Gesellschaft trage das Princip und den Beruf zur fortschreitenden Entwickelung und Verbesserung in sich, und diese anzubahnen sei die Pflicht derer, welche die Mängel der gegenwärtigen Organisation erkennen. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen müsse auf- hören und die gesellschaftliche Harmonie hergestellt werden. Dies aber könne nur geschehen, wenn die Rechtsformen, in denen sich das gegenwärtige Wirthschaftsleben bewegt, auf- gehoben oder wesentlich modificirt werden. Und hier sei es vor allem das gegenwärtige Eigenthumsrecht, welches einer jeden solchen Verbesserung im Wege stehe. Und zwar, meint Bazard, ist der Grundirrthum unserer Zeit in Beziehung auf das Eigenthum der, daß man das gegenwärtige Recht derselben als ein absolutes und durchaus nothwendiges und unabänderliches — der Smithianismus nannte es „natur- gesetzlich" — ansieht, im Gegensatz zu allen geschichtlichen Erfahrungen, welche die verschiedensten Abstufungen derselben zeigen. Und nun kommt ein wichtiger Schritt in den De- ductionen Bazard's; er sagt: Gegenwärtig ist jeder Besitz noch immer Besitz der Familie, untrennbar von derselben durch den Tod ihrer Glieder. Dennoch hat die fortschrei- tende Zeit, indem sie die Erblichkeit der Aemter, welche

früher bestand, aufhob, schon das wahre Mittel zur Lösung der principalen socialen Frage angedeutet. Und dieses ist nun einfach: nicht die Aufhebung des Sondereigenthums, vielmehr die Aufstellung des Erbrechts des Verdienstes anstatt des Erbrechts der Blutverwandtschaft; und die Vermittelung beider liegt in dem Grundsatz, daß bei dem Tode des Besitzers nicht die Familie, sondern die Gesammtheit der Gesellschaft, unter deren Mitwirkung das Eigenthum erworben und erhalten wurde, und als Repräsentant derselben der Staat, durch dessen Rechtsschutz das Eigenthum überhaupt erst möglich wird, als Erbe eintrete.

In dieser Formulirung Bazard's hat der Saint-Simonismus seinen eigenthümlichen privatrechtlichen Grundsatz und das Mittel gefunden, dasjenige, was die Nationalökonomen emphatisch als Nationalreichthum bezeichneten, zur Disposition der Gesellschaft und des Gesammtwillens zu stellen, und zugleich war der socialen Agitation ein Ziel vorgezeichnet, auf das sie hinarbeiten sollte. Jetzt wurde dem „Kapitalismus" der „Socialismus" handgreiflich gegenübergestellt. Hier wurde versucht, den Zusammenhang der Begriffe von Kapital, Eigenthum und Arbeit herzustellen, den die herrschende Wissenschaft der Nationalökonomie aufzusuchen unterlassen hatte, indem man der „Arbeit", welche nachgewiesenermaßen das Kapital schuf, auch das Eigenthum, den socialen Inhalt des Kapitals, zuweisen wollte.

Die hier angedeutete Theorie des Erbrechts ist später von den Saint-Simonisten selbst auf ein bescheidenes Maß: das Verlangen hoher, progressiver Erbschaftssteuern und Aufhebung des Erbrechts in denjenigen Verwandtschaftsgraden wo die ökonomische Rechtfertigung derselben aufhört, zurück

geführt worden, und heutzutage haben sehr gemäßigte Vertreter der Wissenschaft einen vernünftigen Sinn in diesen Forderungen anerkannt. — Indessen sind dieselben als Agitationsmittel gegenwärtig in den Hintergrund getreten, theils vor weiter gehenden Forderungen, theils vor dem speciellen Kampf zwischen Arbeiter und Unternehmer, hinter welchem augenblicklich der zwischen Besitzenden und Besitzlosen überhaupt zurücktritt. Indessen liegt darin nicht sowol ein Aufgeben jenes letztern Kampfes selbst als eine Aenderung der Kampfesweise, und der Saint-Simonismus hat den einen so gut wie den andern veranlaßt. Er hat das Volk gelehrt, bei den politischen Fragen auch an deren wirthschaftliche Consequenzen zu denken, er hat die Organisation der besitzlosen Arbeitenden gegen die Besitzenden begonnen. — Von ihm stammt der schneidende Gegensatz in den socialpolitischen Zielen beider: daß nämlich, während erklärlicherweise die Besitzenden Freiheit, d. h. Unbeschränktheit und Organisationslosigkeit der Arbeit und des Verkehrs wollen, weil ihnen ihre „natürliche" Stärke genügt, andererseits die Arbeitenden gerade zu ihrem Schutze gegen das natürliche Uebergewicht der Besitzenden eine Organisation der Industrie durch eine höhere, über dem Interessenkampfe stehende Gewalt wünschen.

So ließen sich die Forderungen der „Enterbten", wie Lassalle später die Lohnarbeiter nannte, immer deutlicher hören und gestalteten sich die Klassengegensätze immer wahrnehmbarer. Indessen, wo war der Staat, in dem diese Forderungen erfüllt, diese Parteibestrebungen ausgetragen werden konnten? Konnten die Arbeiter, die Besitzlosen im modernen Staat, eine Berücksichtigung und Prüfung, ja auch

nur unangefochtene Aeußerung ihrer Wünsche erwarten? Niemand konnte dies glauben, wenn er das Maß der Freiheit und Gleichheit prüfte, welche das „Industriesystem" dem Volke erfochten hatte. In den meisten Staaten waren durch einen hohen Census die Aermern von der politischen Stimmberechtigung ausgeschlossen; in allen wichtigen Staaten Europas ließ das Bestehen von Coalitionsverboten, die sogar zum Theil erst mit Beginn der neuen liberalen Aera neu eingeführt oder verschärft worden waren, unzweideutig erkennen, daß die Freiheit der Arbeiter noch keineswegs für eine nothwendige Ergänzung der Freiheit der Arbeit gehalten wurde, und das Steuersystem unserer Staaten ließ wohlbegründete Zweifel an der Durchführung der wirthschaftlichen Gleichheit zu. — Ganz unzweifelhaft aber bestanden mindestens bis in die Mitte unsers Jahrhunderts — wer dürfte es zu leugnen wagen, ohne sich der Geschichtsfälschung schuldig zu machen? — überall Institutionen, welche bewiesen, daß der liberale Rechtsstaat vor allem den Bedürfnissen der besitzenden Klassen angepaßt war, in welche aufzusteigen der Besitzlose wol das Recht, aber immer noch so selten wie zuvor die Möglichkeit hatte. Nichts lag also näher, als daß die Besitzlosen, resp. deren geistige Vertreter sich immer eingehender mit dem Gedanken beschäftigten, in welcher Weise der moderne Staat für die sociale Reform verwendbar sei, und auf welchen Punkt es dabei speciell ankomme.

Es war unvermeidlich, daß man dadurch der durch Saint-Simon schon angebahnten Verschmelzung der politischen und socialen Reform näher trat. Für diese waren auf dem Continent die Bewegungen des Jahres 1848 entscheidend während man in England noch auf rein wirthschaftlichem Wege

vorzubringen suchte; — und wiederum war es die weit und scharf ausdenkende Conception eines Franzosen, welche eine entscheidende Formel für den Reformgedanken fand.

Louis Blanc, groß und kühn im Erfassen radicaler socialpolitischer Gedanken, unsicher im Moment, wo es die That galt, ging in seiner „Organisation du travail" (1839) einen weitern wichtigen Schritt über Saint-Simon hinaus und formulirte die Ansprüche der Besitzlosen an die Gesellschaft zu einem Agitationsprogramm, welches eine ungleich nachhaltigere Anregung geben mußte als die von Bazard aufgestellte Forderung, weil es die sociale Reformfrage aus dem Gebiete der Rechtsordnung in dasjenige der Verwaltung verlegte und zugleich einen Weg zur Umwandlung der Stellung der Besitzlosen als Arbeiter in der Volkswirthschaft bezeichnete.

Louis Blanc knüpft an jenen Gedanken an, den wir schon bei Bazard gefunden haben: daß die von der herrschenden Wissenschaft als Vermittlerin der allgemeinen Harmonie gepriesene Concurrenz ein culturfeindliches Princip in der Gesellschaft sei, welches fortdauernden Kampf, der ja unmöglich die Aufgabe der Menschheit sein könne, und Unterdrückung der Mehrzahl zu Gunsten einer Minderheit mit sich bringe. An die Stelle dieser jetzt die Volkswirthschaft bewegenden Kraft müsse also eine andere gesetzt werden, welche dieselbe zu Gunsten auch der Besitzlosen zu organisiren im Stande sei. — Wenn es nun aber das große Kapital sei, welches vermittels der Concurrenz auf rein volkswirthschaftlichem Wege die Gesellschaft unterjocht, so müsse man auf demselben Wege die Macht des Kapitals brechen können, wenn man einen größern Kapitalisten findet, welcher bereit

wäre, die Uebermacht der großen Kapitalisten zu Gunsten der Gesammtheit zu vernichten. Dieser Kapitalist ist aber vorhanden; es kommt nur darauf an, daß man ihn seine Mittel in dieser Richtung anzuwenden veranlasse. Dieser größte Kapitalist nämlich, der nicht nur die Macht hat, die übrigen zu unterwerfen, sondern auch vermöge seiner innern Natur das höchste Interesse hat, den Besitzlosen zu helfen, ist der Staat. Er kann und soll als Regierungsgewalt den großen socialen Widerspruch, dessen traurige Trägerin die Concurrenz mit ihren verheerenden Folgen ist, lösen. Und die Art, wie der Staat hierbei vorgehen kann, ist diese: Um die Concurrenz zu bewältigen, ohne die ganze sociale Ordnung gewaltsam über den Haufen zu werfen, und so ihre Aufgabe friedlich zu erfüllen, muß die Regierung als höchste Ordnerin der Production angesehen und mit großer Gewalt bekleidet werden. Und dann muß sie die Lösung in der Weise vornehmen, daß sie nach denselben Grundsätzen, wie die Einzelkapitalien sich in ihrem Kampfe bewegen, die Concurrenz durch die Concurrenz verschwinden macht. Es ist nämlich bekannt, warum das größere Kapital stets das kleinere bewältigt und allmählich in sich aufnimmt; es producirt aus verschiedenen Gründen billiger und beherrscht die Chancen des Marktes in höherm Grade als jenes, und tödtet dadurch die Selbständigkeit und schließlich die Existenz minder mächtiger Unternehmer. Wenn also der Staat als notorisch größter Kapitalist mit seinem Vermögen und seinem Credit als Producent und Concurrent auftritt, so wird er allmählich jede Production durch ein kleineres Kapital unmöglich machen. Das kann zwar nicht mit einem male, aber es würde unvermeidlich geschehen. Im Laufe der Zeit wird sich der

Staat durch richtige Anwendung seiner wirthschaftlichen Fähigkeiten ohne Zwang und Gewalt zum alleinigen Herrn der Production machen können. Ist diese Grundlage gewonnen, so läßt sich nun im Sinne der socialen Reform darauf weiter bauen; denn natürlich genügt es nicht, daß der Staat nur Herr der Volkswirthschaft sei, er muß auch seine Herrschaft im Interesse der Gesellschaft verwerthen. Als Souverän der Industrie übernimmt oder errichtet er also die industriellen Werkstätten. Die Verwaltung derselben behält er zunächst ausschließlich. Er erläßt die organischen Gesetze für die Arbeit, welche von der Nationalvertretung gebilligt werden müssen. Die Leitung der Arbeit, oder wie sie mit einem Saint-Simonistischen Ausdruck heißt, die „Hierarchie der Functionen", geschieht anfänglich auch durch ihn selbst. Nach und nach aber läßt er in der Organisation der Arbeit das demokratische Princip zur Geltung kommen. Sobald die Arbeiter die nöthige Einsicht und Geschicklichkeit gewonnen haben, wählen sie ihre Leiter selbst und regeln die Vertheilung des Arbeitsertrages nach dem Grundsatze der Gleichberechtigung. Um sie für diese höhere Auffassung ihrer Stellung zu befähigen, hat selbstverständlich eine entsprechend reformirte Erziehung das Ihrige zu thun.

Wir haben kein Interesse daran, in eine Kritik dieser Blanc'schen Reformidee einzutreten, ebenso wenig wie wir nöthig haben nachzuweisen, daß das berühmte, absichtlich verfehlte Experiment mit den pariser Nationalwerkstätten des Jahres 1848, wo die Forderung des „Rechts auf Arbeit" realisirt werden sollte, kein Beweis gegen Louis Blanc's Arbeiterorganisation ist. Denn die Bedeutung Louis Blanc's liegt keineswegs in seinem praktischen System, sondern vielmehr

das Einflußreiche und Bedeutsame seines Auftretens ist, daß damit der Gedanke in die Masse geworfen war, der gegenwärtige Staat sei es, dem die Reform der socialen Uebelstände obliege, und mit den Hülfsmitteln der gegenwärtigen Volkswirthschaft sei eine Besserung des Loses der Arbeiter möglich.

Louis Blanc verlangt weder ein absolut neues sociales Princip noch eine eigentliche Umänderung der Volkswirthschaft nach bisher noch nie erprobten Grundsätzen, sondern er will nur die Richtung der Thätigkeit vorhandener und bekannter Kräfte reorganisiren. Und mit diesem Gedanken war eigentlich erst der Uebergang von der ganzen abstracten Bewegung der socialen Reformidee zum praktischen Leben gegeben. Die Staatsgewalt, deren Stellung und Aufgabe im Zwiespalt der Gesellschaft bisher noch nicht näher, faßbarer bestimmt war, wurde jetzt den arbeitenden Klassen als eine Macht hingestellt, welche unmittelbar zu ihren Gunsten eingreifen könne. Und jetzt war folgender Ideengang ganz natürlich: Wenn einmal der Staat die Möglichkeit, die Volkswirthschaft im Interesse der Besitzlosen zu organisiren, in sich trägt, gleichgültig ob durch die von Blanc empfohlenen Mittel oder durch andere, was hält ihn dann ab, die Möglichkeit zur Wirklichkeit zu machen und die sociale Reform durchzuführen? Offenbar wird er daran nicht durch sich selbst verhindert, sondern durch die Einzelnen, welche jetzt vermöge ihrer wirthschaftlichen Macht auch die politische Regierung in Händen und an socialen Reformen durchaus kein Interesse haben. Welches ist folglich der Weg, den die Arbeiterklasse zu gehen hat, um ihre eigene Lage zu verbessern? Sehr einfach. Da politische Macht dazu gehört,

um jenen Einfluß auf die Volkswirthschaft zu üben, so müssen die Besitzlosen trachten, die Staatsgewalt für sich zu gewinnen. Es handelt sich also zunächst darum, daß die Besitzlosen, oder wirthschaftlich betrachtet, die Lohnarbeiter, zur politischen Herrschaft kommen, um die sociale Reform ins Werk zu setzen; das heißt mit Einem Worte, es handelt sich um die sociale Demokratie, mit dem Grundgedanken: die Arbeiter müssen zur politischen Herrschaft kommen, um die Organisation der Arbeit im Widerstande gegen die von den heutigen Besitzenden vertretene „Freiheit" der Volkswirthschaft vermittels der Staatsgewalt durchzusetzen, sodaß also die politische Herrschaft nicht Zweck, sondern Mittel, und die Frage der politischen Verfassung eine verhältnißmäßig untergeordnete ist.

Somit war denn jetzt der Grundgedanke für die sociale Reformbewegung vom Standpunkte der Besitzlosen gefunden, und zwar der einzige, welcher von diesem Standpunkte aus überhaupt erreichbar erscheint; wobei es im Grunde eine Frage der bloßen Zweckmäßigkeit ist, ob derselbe durch friedliche oder kriegerische Taktik zu erstreben sei. Freilich für die Besitzenden, soweit sie sich bei der gegenwärtigen Ordnung wohl befinden und nur zu verlieren haben, ist es ganz ebenso sicher, daß dieser Gedanke ein Angriff gegen die Ordnung, gegen den Staat, gegen die ganze Civilisation ist, und ihnen kann nur der Gedanke gerechtfertigt erscheinen, daß etwaige Mängel, die in der gegenwärtigen Wirthschaftsentwickelung offenbar hervortreten, von Fall zu Fall durch Concessionen und gütlichen Ausgleich zwischen den Interessenten beseitigt werden. Man kann den Besitzenden unmöglich zumuthen, daß sie sich nicht gegen eine Reform stemmen sollen, welche ihre ganze Stellung verändern würde, und muß es

natürlich und gerechtfertigt finden, daß sie tausend Gründe bringen, um die Unmöglichkeit derselben zu beweisen. Andererseits muß man aber auch begreifen, wie die Arbeiter, sobald sie über ihre Frage radical nachdachten, zu keinem andern Standpunkte als zum entgegengesetzten kommen konnten; denn sie wollen eine gänzliche Veränderung ihrer Stellung, welche die jetzigen Besitzer nicht wollen können, weil dadurch die ihrige verändert werden würde; und man hat noch nicht gehört, daß höher situirte, um nicht zu sagen herrschende Gesellschaftsklassen sich freiwillig declassirt hätten; die Arbeiter konnten dies also auch jetzt nicht erwarten, und waren auch keine Anzeichen dazu wahrzunehmen.

Wir hätten also jetzt klar bezeichnet zwei entgegengesetzte Ausgangspunkte für die sociale Parteibildung, an die sich alle Modificationen derselben anknüpfen können. Auf der einen Seite die Besitzenden mit dem Interesse am Festhalten der gekennzeichneten politischen und wirthschaftlichen Ordnung; auf der andern Seite die Besitzlosen mit dem Interesse an Erreichung der politischen Herrschaft zur Durchführung der socialen Reform; die conservative Socialpolitik gegenüber der Socialdemokratie. Wir werden nun die Parteibildung, wie sie von da an vor sich geht, leichter verfolgen und beurtheilen können.

III.

Die conservativen Parteien.

Die moderne Gesellschaft beruht auf den im vorigen Abschnitt gekennzeichneten Ideen, welche wir die liberalen zu nennen gewohnt sind. Sie waren ursprünglich die Anschauungen des „Bürgerthums“ oder „dritten Standes“ — Begriffe, welche heutzutage ihren socialpolitischen Inhalt verloren haben. Wie an Stelle der Herren die Unternehmer, so sind heute an Stelle des Bürgerthums die Besitzenden getreten. Das Bürgerthum war in der feudalen — naturalwirthschaftlichen — Gesellschaft zwischen Adel und Bauernstand der Träger des beweglichen Kapitals, durch dessen Ausbildung die neuen Wirthschaftsformen geschaffen wurden. Seitdem die Geldwirthschaft zur allgemeinen Wirthschaftsform geworden ist, bilden die einzelnen Kapitalformen — Grund und Boden, bewegliches Kapital — nicht mehr Grundlagen für besondere Stände, es gibt keine auf besondere Besitz- und Beschäftigungsarten, auf staatsrechtliche Unterscheidungsmerkmale begründeten Klassen und Kasten mehr; durch die Umwälzungen in der Technik und den Verkehrsverhältnissen gehen Handel, Industrie und Landwirthschaft, den Betriebsarten wie den Personen nach, ineinander über.

Es bleiben nur die beiden großen ökonomischen Klassen der Besitzenden und Nichtbesitzenden, die sich in der Praxis selbstverständlich nicht schroff abscheiden, sondern allmählich ineinander übergehen. Die erstere Klasse ist die naturgemäß conservative, die zweite die vorwärts und aufwärts drängende.

Die sociale Eintheilung der modernen Gesellschaft ist demnach auch eine viel einfachere wie diejenige der frühern mit ihren mannichfach abgestuften Herrschaftsverhältnissen, und die in derselben vorhandenen Abstufungen oder Schattirungen beruhen jedenfalls auf andern Motiven; wobei immerhin der historische Ursprung der socialpolitischen Gruppirungen auch hinter die Französische Revolution zurück verfolgt werden kann. Denn wenn diese auch die gewaltigste Erschütterung ist, welche die europäische germanisch-romanische Gesellschaft seit ihrer Entstehung überhaupt erlitten hat, — wir meinen natürlich nicht die Französische Revolution allein, sondern die ganze europäische Bewegung in ihrem Gefolge —, die durch sie herbeigeführte sociale Umwälzung eine außerordentlich tiefgehende war, so ist der geschichtliche Faden doch natürlich keineswegs gänzlich zerrissen. Indessen ist die Verfolgung desselben über jene Zeit zurück für uns hier nur von untergeordneter Bedeutung.

Wir können diesen geschichtlichen Zusammenhang so gut wie ganz beiseite lassen, wenn wir die Scheidung der modernen Gesellschaft in Besitzende, daher naturgemäß Conservative einerseits, und Nicht-Besitzende, daher naturgemäß Veränderungen Bestrebende andererseits ins Auge fassen. Denn, wie im vorigen Abschnitte gezeigt, ist insbesondere die Menge der Nicht-Besitzenden auf ganz neue sociale

Worte Mittelstand läßt sich also gegenwärtig ebenso wenig wie mit Bürgerthum wissenschaftlich operiren. Die einzige Volksschicht, auf die wir das Wort „Stand" im social-politischen Sinne — nicht nur in dem Sinne gleicher Beschäftigung, wie Soldatenstand, Beamtenstand, geistlicher Stand u. s. w. — anwenden können, ist derjenige der besitzlosen Lohnarbeiter, weil hier zu den Merkmalen gleichartiger Thätigkeit und gleichartigen Einkommens das Merkmal besonderer Interessen kommt, die mit denen aller übrigen Schichten sich noch im Kampf befinden. Nennt man die Arbeiter aber den „vierten Stand", so sucht man damit nach historischen Reminiscenzen, welche auf die Gegenwart nicht mehr anwendbar sind und nichts erklären können.

Machen wir also keine vergeblichen Versuche, bestimmten Ständen bestimmte Parteien zu vindiciren; es wird uns das kaum bei der Socialdemokratie, wo es am ehesten der Fall zu sein scheint, gelingen; sondern wir müssen uns begnügen, in allgemeinerer Weise die geschichtlichen Ursachen der Entstehung der einzelnen Parteien zu kennzeichnen.

Bei der liberalen Partei ist also erstens ein Zusammenhang oder sozusagen eine Erbfolge der Personen vorhanden, indem sie vornehmlich aus den Schichten und Interessenkreisen hervorgeht, welche an die Stelle des „liberalen Bürgerthums" getreten sind, welches im vorigen Jahrhundert in der That eine geschlossene Interessengruppe war, und zwar eben die revolutionäre, siegreiche Gruppe.

Erinnern wir uns, welches die wirthschaftlichen Grundgedanken waren, von denen jene bürgerlichen Revolutionäre getragen werden. Sie waren: erstens, Beseitigung der mittelalterlichen Schranken für die Verwerthung des Be-

sitzes; man darf diesen Gedanken auch so ausdrücken: scharfe Ausbildung und Abgrenzung des Eigenthums im Sinne des Römischen Rechtes. Zweitens, Erringung derselben Stellung für die Arbeitskraft; damit diese die technische Benutzung des Kapitals leicht und wirksam zu unterstützen geeignet werde. Drittens, Befreiung der Erwerbsthätigkeit von politischen Schranken, d. h. wirthschaftlicher Kosmopolitismus oder Freihandel.

Wie diese Forderungen durch die geschichtlichen Zustände motivirt waren und im Zusammenhange mit der ganzen damals durchdringenden philosophischen Welt- und Staatsanschauung standen, ist hier nicht unsere Sache zu untersuchen. Genug, sie waren da und kamen zum Siege im ganzen europäischen Civilisationskreise.

Man hat heute guten Grund, sich ins Gedächtniß zurückzurufen, daß der siegreiche Durchbruch dieser liberalen Ideen vor noch nicht einem Jahrhundert geschehen ist, und daß insbesondere für Deutschland erst das Jahr 1848 ihren vollständigen Sieg gebracht hat. Wir sind heute vielleicht theilweise zu sehr geneigt, die Großartigkeit derselben, die mächtige Gedankenarbeit und die Kämpfe zu unterschätzen, welche es gebraucht hat, um uns die Grundlage zu verschaffen, auf der wir jetzt stehen und weiter streben können. Denn nur wenn wir dieses im Auge behalten, werden wir den heutigen Liberalismus genügend würdigen können. Nicht als ob wir den jetzigen Vertretern desselben irgend Dank schuldeten, denn sie vertreten, ohne sich bedeutender schöpferischer Gedanken für den weitern positiven Ausbau rühmen zu können, gegebene Ideen und Interessen; aber man muß bedenken, daß es sich um jüngst erst festgestellte gesellschaftliche Grund-

principien handelt, deren Ausbau in der Gesetzgebung eben erst vollendet ist und welche einer conservativen Partei ebenso benöthigen wie der Weiterbildung und Verbesserung durch Opposition andererseits.

Diese Ideen zu conserviren ist nun in erster Linie das Interesse der Besitzenden überhaupt; denn so sehr die Freiheit der Arbeit und des Eigenthumserwerbes auch zugleich im Interesse der Besitzlosen liegt, so ist die wirthschaftliche Freiheit und der „Freihandel", in obigem Sinne, doch noch viel werthvoller für den Besitzenden, weil er als der ökonomisch Stärkere einen ausgiebigern, vielseitigern Nutzen davon ziehen kann; indem er nicht nur im freien Gebrauch seiner Arbeit, sondern auch der von ihm beherrschten Arbeitsmittel gesetzlich geschützt ist. Scharfe Ausbildung des Privateigenthums und unbeschränkte Verfügungsbefugniß darüber sind außerordentlich wirksame Hülfsmittel für die technisch wirksame Verwendung des Kapitals und die Herbeiziehung des Credits, und damit der Anhäufung von Besitz. Während die Besitzlosen nur durch wirthschaftliche Organisationen irgendwelcher Art größere Erfolge für sich durchzusetzen hoffen können, die Einzelkraft dazu für die Regel nicht genügt, ist für den Besitz, und je größer er schon ist, desto mehr, die gesetzlich geschützte Freiheit eine ausreichende wirthschaftliche Basis.

In diesem Sinne sind die Besitzenden überhaupt naturgemäß Vertreter der liberalen Ideen, die ihnen außerordentliche Vortheile gebracht haben und bringen; und auch diejenigen unter ihnen, welche sich frühern oder überhaupt andern Zuständen als den jetzigen zuneigen, denken im Grunde nicht an ein Aufgeben dieser einmal errungenen liberalen Basis.

Unter den Besitzenden ist es aber ein Theil, dem ganz besonders an der vollständigen Aufrechterhaltung der wirthschaftlichen Zustände und Gesetzgebung in ihrer jetzigen Verfassung liegen muß, nämlich derjenige, welcher schon vorhin als der eigentliche Träger der socialpolitisch liberalen Partei bezeichnet wurde. Das bewegliche Kapital ist es ja gerade, von dessen Vertretern und zu dessen Gunsten vor allen andern die moderne Gesetzgebung geschaffen wurde und das seiner ganzen Natur nach unbestreitbar den Hauptvortheil aus ihr ziehen muß; ohne daß dabei irgendwie der Vorwurf angebracht wäre, es sei dies geschehen oder geschähe auf Kosten anderer Erwerbsklassen. Es ist aber klar, daß in erster Linie dem Geldkapital — der wirthschaftlichen Verkörperung der Internationalität, des Weltbürgerthums, das dem alten „Bürgerthum" durchaus fremd ist, — dann dem Handel und der Industrie (bei dieser abgesehen von der speciellen Frage des Schutzzolles) jene Ideen, welche die technische und speculative Beweglichkeit des Kapitals im denkbar ausgedehntesten Maße zu sichern suchen, ganz außerordentlich zugute kommen und erwünscht sein müssen; und es war ja, wie gesagt und bekannt, eben auch das bewegliche Kapital, dessen Entwickelung vornehmlich gefördert werden sollte und mußte; auch im Interesse der Landwirthschaft und der arbeitenden Klassen.

Jene auf Grund der liberalen Revolutionsideen entstandene Gesetzgebung trägt neben dem kosmopolitischen Charakter noch heute ihren vorzugsweise städtischen, den Interessen jener Erwerbsklassen gewidmeten Charakter wesentlich an sich. Durch Befreiung des ländlichen Eigenthums und der untern ländlichen Klassen hat sie ja freilich auch

auf diese Erwerbszweige einen höchst wohlthätigen Einfluß geübt, aber ungleich viel mehr hat sie jenen Rechnung getragen.

Die politische Partei nun aber, welche am schärfsten und reinsten die liberalen Ideen der Französischen Revolution auf socialpolitischem Gebiete vertritt, in doppelter Beziehung, — wie hervorgehoben — ihr Erbe ist, das ist eben die noch heute sogenannte liberale Partei, deren Haupttheil sich mit Rücksicht auf ihre gegenwärtigen politischen Ziele bei uns als parlamentarische Partei die national-liberale nennt. Als Hüterin der Grundgedanken, auf denen unsere neue Gesellschaft ruht, in ihrer am wenigsten modificirten Gestalt, ist diese liberale Partei unbestreitbar die conservativste aller socialpolitischen Parteien.

Diese Partei ist es, welche auf das nachdrücklichste das strenge Festhalten an den gegenwärtigen Erwerbsformen betont und jede Concession an widerstrebende Richtungen ablehnt. Sie hält in ihrer ganzen Anschauung der wirthschaftlichen Dinge den (im vorigen Abschnitte) gekennzeichneten Gedankengang der Freihandelslehre fest, und besteht auf jenem doctrinären Standpunkte, welcher, die geschichtliche Entwickelung der wirthschaftlichen Kräfte ganz beiseitelassend, von einer naturrechtlichen Construction der Wirthschaft ausgeht, in der die menschliche Gesellschaft sich aus einer Summe von gleichen Einzelindividuen zusammensetzt. Auch jenem Mistrauen gegen den „Staat", welches ja bei den alten Liberalen so wohl motivirt war, begegnen wir bei der heutigen liberalen Partei noch, so sehr auch die Gewalt der Umstände dazu gedrängt hat, dem Staate, beziehungsweise der öffentlichen Wirthschaft immer mehr Aufgaben zuzuweisen.

Gegenüber nicht hinwegzuleugnenden Mängeln der be-

stehenden Wirthschaftsverfassung erscheinen der liberalen Partei keine Abhülfen zulässig, welche mit einem Rütteln an den Grundprincipien der Erwerbsordnung gleichbedeutend wären, und es scheint auch, als ob die sogenannte „Selbsthülfe“ neuerdings immer weniger Sympathien auf dieser Seite fände, da derartige Bestrebungen sich in den linken Flügel der Liberalen, die „Fortschrittspartei“, haben flüchten müssen.

Früher wurde ja bekanntlich die durch Schulze-Delitzsch's verdienstvolle Bemühungen eingeleitete und noch heute unterstützte Genossenschaftsbewegung von der ganzen liberalen Partei gebilligt und gefördert. Man hatte sich bedeutenden Hoffnungen auf die Wirksamkeit dieser Bestrebungen für die Versöhnung der arbeitenden Klassen mit dem System der freien Concurrenz und mit der Stärkung des Handwerkerstandes hingegeben. Diese Hoffnungen konnten sich nicht verwirklichen, weil die Lohnarbeiter von diesen Genossenschaften überhaupt keinen nennenswerthen Nutzen ziehen und die Handwerker höchstens *das* erreichen konnten, was dem größern Industriellen von selbst zufiel. Denn mühevoll und unbeholfen stellt eine Genossenschaft von Kleinen höchstens Einen Großen dar. Die praktischen Erfolge des Schulze'schen Genossenschaftswesens — welches für die wichtigste Art: die Productivgenossenschaften, die an die Stelle der einzelnen Großunternehmung treten könnten, bekanntlich so gut wie völlig wirkungslos geblieben ist — sind denn zwar absolut betrachtet höchst beachtens- und dankenswerthe, aber im *Verhältniß* zu der ihnen gestellten socialen Aufgabe: die kleinen Unternehmer den großen gegenüber concurrenzfähig zu machen, ist ihr Wirksamkeit gleich Null. Das wird

bei der wohlberechtigten und größten Sympathie für diese gemeinnützigen und in keinem Falle schädlichen Bestrebungen niemand mehr leugnen. Bei den Besprechungen der „socialen Frage" werden dieselben ja heute auch kaum noch erwähnt, nicht einmal als Angriffspunkte, da niemand einen vernünftigen Grund hat, sie anzufeinden.

Einst hat die liberale Partei Schulze-Delitzsch zum „König im socialen Reiche" proclamirt, sie wollen ihn auch heute gewiß nicht verleugnen. Theils hat wol die Erkenntniß der relativen Bedeutungslosigkeit dieser Bestrebungen sie kühler gestimmt; außerdem aber scheint es, daß bei den Liberalen überhaupt eine gewisse Rückwärtsconcentration in socialpolitischen Dingen eingetreten ist. Wir möchten dieselbe zwar nicht für die pathetischen Phantastereien einzelner Mitglieder verantwortlich machen, welche in dieser Rückwärtsconcentration schon so weit gekommen sind, die Armuth der Masse und den Reichthum weniger als ewiges Gesetz zu erklären und selbst zur Vertheidigung der Sklaverei Anlauf zu nehmen; aber auch wenn wir absehen von solchen, die im Uebereifer die Partei in den Augen Unbefangener compromittiren, so scheint die Neigung, welche im Anfang dieses Jahrzehnts bei den Liberalen wahrzunehmen war: die rein naturrechtliche Doctrin zu verlassen zu Gunsten einer geschichtlichen, sich mehr dem „Socialismus" im guten Sinne nähernden Auffassung der Volkswirthschaft und Gesellschaft, welche wesentliche Reformen zugelassen haben würde, wieder gewichen zu sein, und als herrschende Tendenz bei der großen Menge der Liberalen erscheint gegenwärtig die: keinerlei Concessionen an den Socialismus zu machen, ja auch Discussionen der bestehenden socialen Principien

möglichst zu meiden, um dieselben nicht als überhaupt erschütterbar hinzustellen.

Ob diese Socialpolitik im besondern und im ganzen eine richtige sei, dies schon hier näher zu untersuchen ist ebenso wenig wie bei den andern Parteien unsere Absicht. Ob und wie weit die Discussion socialer Fragen und die Kritik unserer gesellschaftlichen Grundeinrichtungen wünschenswerth, bezw. gefährlich sei, wird sich zu beleuchten Gelegenheit ergeben, wenn wir im nächsten Abschnitt auf die Reformparteien und -Richtungen kommen.

Die liberale Partei stellte sich uns somit als die socialpolitisch streng conservative dar, und je mehr sie bei den freihändlerischen Grundanschauungen stehen bleibt oder zu denselben nach kleinen Abweichungen wieder zurückkehrt, desto treuer bewahrt sie die Tendenzen des Bürgerthums der Revolutionszeit und damit diejenigen Ideen, welche zwar unsere moderne Gesellschaft ins Leben gerufen haben, aber immerhin vorzugsweise der Ausdruck der Interessen des beweglichen Kapitals sind, und vorzugsweise in diesem Sinne conservativ wirken.

Wir hatten uns auch schon daran erinnert, daß derjenige Theil der Besitzenden, welcher speciell am Grund und Boden interessirt ist, gleichfalls von der neuern Gesetzgebung den erheblichsten Vortheil hatte. Wenn auch durch den Wegfall der Reallasten und Dienste wohlerworbene Rechte zerstört wurden, dadurch zeitenweise und für einzelne der berechtigten Klassen wirkliche Schädigungen eintraten, so bot doch die feste Abgrenzung der Eigenthumsverhältnisse so überwiegende Vortheile für die technische Ausnutzung, erhöhte den Werth des Besitzes in so hohem

Grade, daß niemand ernstlich daran denken kann, für die ländlichen Verhältnisse die feudale der liberalen Gesetzgebung vorzuziehen. Eine in socialen Dingen eigentlich reactionäre Partei kann es also auch in diesen Kreisen der Besitzenden nicht geben, sondern die allgemeinen liberalen Grundideen mußten auch hier den Besitzenden genehm sein und sind es ihnen noch heute. Indeß ist die Befriedigung doch keine so unbedingte wie dort, wie aus der Entstehung und dem schon besprochenen Charakter der liberalen Gesetzgebung leicht erklärlich ist.

Die landwirthschaftlichen Klassen waren nicht revolutionär, sondern empfingen ohne ihr Zuthun Früchte der Revolution. Diese schuf aus dem grundbesitzenden Adelstand eine Menge von landwirthschaftlichen Großunternehmern. In diesen leben aber die alten Traditionen zum Theil heute noch fort, trotz so vielfachen Wechsels der Personen und Familien. Noch heute fühlt sich der größere Grundbesitzer, namentlich in Norddeutschland — der Rittergutsbesitzer — als Mitglied eines, freilich imaginären, Standes, der ihm bestimmte Ansprüche und Pflichten vorzeichnet. Er glaubt einigermaßen „standesgemäß" leben zu müssen, auch wo der Umfang des landwirthschaftlichen Unternehmens, bezw. Besitzes auf solche sociale Ansprüche nicht hinweist. Diese adelige Tradition, welche dem größern ländlichen Besitzerstande noch aus früherer Zeit anhaftet, wird dadurch oft eine Quelle von Nothständen, die dann vom Landwirth in andern Gründen, z. B. der Höhe der Grundsteuer, gesucht zu werden pflegen. In der That hat aber auch die liberale Gesetzgebung mit der ihr folgenden wirthschaftlichen Entwickelung für die Landwirthschaft gewisse Schattenseiten

mit sich gebracht, welche in diesen Kreisen die neue Ordnung nicht mit dem ungetheilten Wohlgefallen aufnehmen lassen, wie es bei den Interessenten des beweglichen Kapitals ganz selbstverständlich ist. Diese Schatten fallen, wenn auch nicht mit gleicher Stärke, auch auf die kleinern ländlichen Besitzer.

Bei diesen ist indessen zu bedenken, daß sie zu dem, was sie heute sind, erst durch die Revolution im vollsten Sinne gemacht wurden. Was wir heute bei uns unter Bauernstand zu bezeichnen und mit Recht als einen besonders gesunden und conservativen Theil der Gesellschaft anzusehen pflegen, existirte vor der Revolution nicht, wenigstens nur in sehr kleinem Bestande. Es war ein unfreier Stand, dem die Gebundenheit seines Besitzes und seiner Arbeit die Früchte des Fleißes nur halb zu ernten gestattete, und der auch in der Technik des Betriebes nicht vorwärts kommen konnte. Er war vernachlässigt, gedrückt, und seine Interessen waren denjenigen der Großbesitzer, seiner Herren, entgegengesetzt. Er konnte also wol conservative Gewohnheiten, aber keine conservativen Interessen haben. Diese letztern hat er aber jetzt; sie fallen im ganzen mit denen der größern Grundbesitzer zusammen, und er wird bereit sein, sie rückhaltslos zu vertreten, soweit seine wirthschaftliche Lage eine normale ist. In derselben zeigen sich aber freilich, wie gesagt, einige Schattenseiten, welche diese Interessenkreise zwar nicht gerade principiellen Aenderungen geneigt zu machen bisjetzt im Stande gewesen sind, aber doch gegen die liberale Gesetzgebung einigermaßen mistrauisch gemacht haben.

Wir wollen und müssen es, mangels statistischer Erhebungen, dahingestellt sein lassen, ob und wieweit auf dem

Gebiete der Landwirthschaft sich die auf dem gewerblichen vielfach beobachtete Erscheinung geltend macht, daß: „die Kleinen von den Großen aufgefressen werden“, wie man sich drastisch ausgedrückt hat. Die statistischen Beobachtungen über den Gang der Vertheilung des Grundbesitzes sind gleich Null, solche Anhaltspunkte zur Beurtheilung dieser Entwickelung also nicht gegeben. Verstandesmäßig muß man wol schließen, daß die Bewegung sich eher in der Richtung der Concentration als der Zersplitterung des Grundbesitzes vollzieht. Denn wenn vollkommene Theilungs- und Zusammenlegungsfreiheit besteht und nur technische Rücksichten über die Größe und Gruppirung des Grundbesitzes entscheiden dürfen, so ist wol anzunehmen, daß im Laufe der Zeit beim naturgemäßen Streben des Besitzes nach Vergrößerung der größere Grundbesitz, der einen höhern Reinertrag erzielen kann, den Vortheil über das Festhalten an der angestammten Scholle des kleinern und dessen mangelhaftere Technik und Widerstandskraft davontragen wird. Wie weit aber diese Bewegung sich in Wirklichkeit schon vollzieht, ist eben aus Mangel an statistischem Material nicht zu erweisen; und vor dem Generalisiren aus persönlichen Erfahrungen und Beobachtungen, welches in wirthschaftlichen Dingen so oft die „Praktiker“ zu kurzsichtigen Doctrinären zu machen pflegt, müssen wir uns hüten. Sollte die Voraussetzung aber zutreffen, so wäre das selbstverständlich lebhaft zu beklagen, denn das Verschwinden des kleinern Besitzes und das Anwachsen des besitzlosen Lohnarbeiterstandes einerseits, Concentration des Vermögens andererseits müssen die socialen Gegensätze fördern und damit zugleich die ruhige Entwickelung gefährden.

Andere Uebelstände gibt es aber in der heutigen Lage der Landwirthschaft, an welche als offenkundige nur erinnert zu werden braucht: Erstens die Concurrenz des östlichen Europa und überseeischer Länder durch billigere Producte mit der einheimischen Landwirthschaft infolge der Entwickelung der Verkehrsmittel. Hierdurch wird die Lage der Landwirthschaft überhaupt eine schwierige, und ist Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben. Ob sich durch bloße Aenderungen der Technik, insbesondere Pflege der Viehzucht hier dauernd helfen läßt; wie weit diese Concurrenz auf die Gestaltung des landwirthschaftlichen Betriebes und Besitzes maßgebend ist, wie lange es noch dauern kann, bis die wirthschaftliche Entwickelung des Auslandes sie von selbst wieder ausschließt — das sind noch unbeantwortete Fragen. Zweitens bietet die Verschuldung des Grundbesitzes Anlaß zur Beunruhigung. Ihrer Höhe nach ist sie nicht bekannt, scheint aber doch in einzelnen Gegenden besorgnißerregend zu sein. Ein Mangel liegt aber jedenfalls in der heutigen hypothekarischen Verschuldungs*form*. Die Zuführung beweglichen Kapitals hat ja ausnehmend viel Nutzen geschaffen; aber jene der Natur der Landwirthschaft wenig angemessene Form — worüber Rodbertus in seiner „Creditnoth des Grundbesitzes" so Vortreffliches gesagt hat —, und die bedeutende Abhängigkeit von städtischen Kapitalisten durch die Höhe und die Art der Schulden haben ein Gefühl der Unbehaglichkeit erzeugt. Ein dritter Beschwerdepunkt ist der, daß die Besteuerung der Landwirthschaft ungerecht geblieben und drückend geworden ist. Man hat die alten Grundsteuern beibehalten, man hat nicht gehörig berücksichtigt, daß es dem Landwirthe, insbesondere dem kleinen, schwerer zu werden pflegt als dem

Städter, der in vollkommen durchgeführter Geldwirthschaft lebt, überhaupt Geldsteuern zu zahlen. Ferner sind Steuerformen, um das bewegliche Geldkapital gleichmäßig wie das unbewegliche zu Steuern heranzuziehen, noch nicht genügend ausgebildet worden. Noch andere solche Punkte ließen sich aufführen; das sind aber die hauptsächlichen.

Diese Momente haben den politisch Conservativen, die sich vornehmlich aus der ländlichen Besitzerklasse rekrutiren, Anlaß gegeben, gegen den Liberalismus vielfach Front zu machen, und man wird deshalb nicht umhin können, sie socialpolitisch nicht in dem absoluten Sinne für conservativ zu erklären wie jene. Auch kommt hinzu, daß den Conservativen die dem Liberalismus eigene kosmopolitische Anschauungsweise schon aus dem einen Grunde fremd ist, weil sie sich mehr aus ländlichen Kreisen rekrutiren. Von einer eigentlichen Trennung und von wesentlich socialpolitischen Tendenzen ist indessen noch nicht die Rede, und kann um so weniger die Rede sein, als positive Reformgedanken von principieller Wichtigkeit bei den Conservativen bisjetzt nicht zu finden sind. Man findet wol zum Theil recht scharfe Verurtheilungen des Liberalismus, Anklagen gegen den um sich greifenden Geldkapitalismus, einige patriarchalische Neigungen, und auch, gleichwie bei den Liberalen, sehr achtungswerthe Bestrebungen Einzelner, sociale Misstände zu beseitigen; endlich auch mancherlei Sympathien mit Reformbestrebungen gegen die liberale Gesetzgebung — aber in Wirklichkeit ist doch vom Verlassen der gegebenen Grundlagen nicht die Rede. Selbst auf dem für Reformen nächstliegenden und nicht einmal nothwendig ins Socialpolitische hinübergreifenden Gebiete, dem Steuerwesen, ist man von grund-

sätzlichen Aenderungen weit entfernt, und überhaupt durchaus fern von Einigkeit und Klarheit über das, was etwa socialpolitisch zu verändern wäre. Man bleibt also conservativ, wenn auch nicht so rückhaltslos wie die Liberalen; und man sucht die liberalen Errungenschaften möglichst zu stabiliren; wie noch jüngst die sorgliche Umgebung selbst der Blaubeeren mit den Schranken des Privateigenthums im neuen preußischen Forstgesetz gezeigt hat.

Man pflegt socialdemokratischerseits die Besitzenden bekanntlich als „eine reactionäre Masse" zu bezeichnen. Wir haben gesehen, in welchem Sinne sie eine „conservative" Masse sind und im ganzen auch sein müssen. Reactionäre Parteien mag es politische und religiöse geben, socialpolitische sind, wenigstens heute, undenkbar. Mit beliebigen zersplitterten Bestrebungen, mit „unzurechnungsfähigen" Politikern, die sich in solcher Richtung bewegen mögen, haben wir es hier natürlich nicht zu thun.

Nun dürfte es sich noch fragen, wo denn die Belege für die hier geschilderten Anschauungen nachzusehen und die letztern zu verfolgen seien; d. h. die Frage nach der Presse und überhaupt den öffentlichen Aeußerungen der socialpolitisch Conservativen. Diese Frage kann wol mit einem allgemeinen Hinweis auf die notorische Stimmung der Gebildeten und der Besitzenden, auf die großen politisch-liberalen und conservativen Blätter — Allgemeine Zeitung, National-Zeitung, Kölnische, Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Post u. s. w. und ihre vielen kleinern Trabanten — sowie durch Berufung auf die parlamentarischen Verhandlungen und die weitläufige Literatur, die im angegebenen Sinne geschrieben ist, beantwortet werden. Es tritt aber freilich hier überall die

Schwierigkeit entgegen, die Kundgebungen Einzelner von denen der Partei zu trennen, wenn es sich um die Besprechung wichtiger socialer Fragen oder einschlägiger literarischer Erscheinungen handelt. Selbst bei den Zeitungen, die anerkannte politische Parteiorgane sind, wie die meisten obigen, ist es nicht ganz einfach zu erkennen, wie weit ihr socialpolitischer Standpunkt jener der Partei ist, bezw. von denen gebilligt wird, die sich im übrigen mit den vertretenen Principien durchaus einverstanden erklären. In formell politischer sowie in religiöser Hinsicht läßt sich der Standpunkt verhältnißmäßig leicht und klar bestimmen; in socialpolitischer Beziehung ist das schwieriger. Namentlich den conservativen Zeitungen nach könnte es scheinen, als ob man in diesen Kreisen bedeutsamern Reformideen geneigt wäre, da sie sich neuerdings viel mit Betrachtungen socialer Dinge beschäftigen und die Folgen des „Liberalismus", der an der Socialdemokratie schuld sei, bekämpfen, auch auf die Nothwendigkeit von Reformen hinweisen. Die conservativen Zeitungen sind hierdurch etwas interessanter wie die liberalen, welche einfach die modernen Ideen vertheidigen und dadurch die unvermeidliche Langweiligkeit — wir sprechen hier nur vom socialpolitischen Standpunkte — jedes Beharrungszustandes bieten. Sieht man indeß näher zu, so ist bei der großen Menge der Conservativen, deren Ansichten jene Zeitungen vertreten, von irgendeinem Aufgeben der liberalen Ideen, von positiven Gedanken für neue Gestaltungen nicht die Rede; sondern die Unterschiede sind nur ganz unwesentliche. Die Conservativen werfen den Liberalen namentlich zu geringe Beachtung des monarchischen und des religiösen Princips vor. Beide Principien sind indeß heute social-

politisch unbedeutend. Denn an eine reformatorische Kraft die aus eigenster Initiative der Monarchie hervorgehen konnte und sich ja besonders in Preußen als so wirksam gezeigt hat, ist nicht mehr zu denken, weil sie gerade in diesen Dingen nichts mehr ohne das Parlament auszuführen vermag; die Religion, d. h. die Geistlichkeit hat gleichfalls keinen selbständigen Einfluß in dieser Beziehung. Wir werden auf diese Punkte in nächsten Kapitel einzugehen haben. Ein weiterer Vorwurf, den die Conservativen den Liberalen mit Vorliebe zuschleudern: die übermäßige Begünstigung der Geldmacht und Speculation, ist jedenfalls nur in dem oben schon angedeuteten Sinne, daß die liberale Gesetzgebung allerdings eine vorzugsweise dem beweglichen Kapital günstige sei, aufzunehmen. In der Bekämpfung des Socialismus, d. h. derjenigen Bestrebungen, welche die Beschränkung des Privateigenthums bezwecken, sind aber Liberale und Conservative durchaus einig, und es sind auf keiner Seite Gedanken zu finden, welche mehr als eine Abwehr dieses Rüttelns an den gegebenen Zuständen bedeuten.

Nur dies kann man von den Conservativen sagen, daß sie nicht jenen aus der Revolution überkommenen Abscheu vor dem Staat zeigen, welcher den Liberalen innewohnt; mag dieser Abscheu vor dem Staat — d. h. doch immer den regierenden Personen — nun heute noch berechtigt sein oder nicht. Auch zeigt sich, wie schon gesagt, wenigstens die conservative Presse eher geneigt und befähigt, eine Discussion über andere socialpolitische — socialistische — Ansichten zuzulassen und zu führen, während die liberale theils durch die Besorgniß vor der Discussion solcher Fragen überhaupt, theils durch noch mehr starres Beharren auf dem doctrinär-

freihändlerischen Standpunkt, der sich ja eigentlich in sehr wenigen Formeln concentrirt, eine größere Einseitigkeit in dieser Beziehung zur Schau trägt. Man wundert sich oft über diese Intoleranz der Liberalen, welche mit ihrem Namen in Widerspruch stehe. Eine herrschende Partei, die ihre Errungenschaften nach vielen Seiten hin zu vertheidigen hat, ist indessen naturgemäß intolerant, und nicht mehr „liberal", d. h. freisinnig. Die Liberalen sind ja heute eben eine herrschende, nicht mehr eine aufstrebende Partei.

Im großen Ganzen ist also die politisch-liberale wie conservative Presse gleich „freihändlerisch" in dem von uns gekennzeichneten Sinne; und die Besorgniß vor Störungen, welche die gegenwärtigen Besitzverhältnisse gefährden könnten, treibt sie hier und da sogar zu politisch reactinonären Ideen. Schüchtern, hier und da auch offen wird namentlich die Zweckmäßigkeit des allgemeinen Stimmrechts aus diesem Grunde angezweifelt, das freilich den Conservativen nie recht gefiel, den Liberalen aber früher ein Programmpunkt war und erst neuerdings durch die Erfolge der Socialdemokraten verdächtig wurde. Wir haben schon oben darauf hingewiesen, daß es nichts Conservativeres in socialpolitischer Hinsicht gibt als das ausgedehnteste allgemeine Stimmrecht; und eine Gesellschaft, welche es nicht mehr vertragen könnte, wäre in der That werth, zu Grunde zu gehen.

Im parlamentarischen Leben, wo die Parteien als solche ihre Ansichten am deutlichsten documentiren können, hat es in neuester Zeit eigentlich keine Gelegenheit gegeben, den socialpolitischen Standpunkt hervorzukehren. Die großen gesetzgeberischen Arbeiten auf socialpolitischem Gebiete haben bei uns mit der Gewerbeordnung ihren vorläufigen Abschluß

gefunden, und es handelte sich dabei lediglich um die letzten Consequenzen des revolutionären Liberalismus, der vollkommene Verfügungsfreiheit in Erwerbsangelegenheiten herstellte, ohne neue Organisationen zu schaffen. In Bezug auf letztere hat sich noch keine heutige Partei schöpferisch erwiesen. Damals hatten die Conservativen keine selbständigen Ideen den Liberalen gegenüber. Die seitdem zur Behandlung gekommenen Fragen, welche sich zu socialpolitischen hätten gestalten können, waren vornehmlich Steuerfragen, bei denen es aber von beiden Seiten sorgfältig vermieden wurde und wird, gerade den socialpolitischen Charakter zur Geltung kommen zu lassen. Auch hierin offenbart sich bei den Liberalen das Beharren bei der alten, geschichtlich sehr wohl zu erklärenden, freihändlerischen Anschauung, welche Volk und Regierung als etwas Gegensätzliches betrachtet und daher auch die Steuern nur als etwas ansieht, was man der Regierung als Mittel zur Weiterführung ihres leider unvermeidlichen Geschäfts „bewilligt", unter thunlichster Berücksichtigung leichter Aufbringung und gerechter Vertheilung. Der Gedanke, die Steuern im socialpolitischen Sinne und als Mittel der Gemeinwirthschaft zu behandeln, bleibt fern.

In dieser großen conservativen Masse der Besitzenden ist nun aber doch nicht alles in dem Beharrungszustande, den wir eben geschildert haben, sondern es sind Bewegungen bemerklich, die darauf hinausgehen, die bestehende Ordnung nicht nur zu vertheidigen, sondern sie allmählich weiter zu bilden, und somit die conservative Aufgabe in anderer Weise anzufassen. Es sind hierbei theils politische Gesichtspunkte, theils wirthschaftliche Interessen, theils wissenschaftliche Ueberzeugungen maßgebend. Soweit letztere das öffentliche Glaubens-

bekenntniß bestimmen, kommen natürlich nicht Parteien, sondern nur Richtungen zum Vorschein, die von keinem unmittelbaren Einfluß auf das öffentliche Leben sind, aber in ihrer Bedeutung dafür doch gewürdigt sein wollen. Diese Parteien und Richtungen, welche aus den rein Conservativen heraustreten und neue socialpolitische Gedanken aufstellen oder zu entwickeln streben, die von principieller Bedeutung sind, sollen nun im folgenden Abschnitte betrachtet werden.

IV.

Die Reformparteien und socialreformatorischen Richtungen.

Es sei hier von vornherein nochmals daran erinnert, daß wir nicht von Parteistellungen in wirthschaftlichen, sondern in gesellschaftlichen Fragen, nicht von wirthschaftlichen, sondern von socialpolitischen Gruppen sprechen. Wie dies ein Unterschied sei, wurde oben dargelegt. Wirthschaftliche Fragen sind Fragen der zeitweiligen Zweckmäßigkeit, Zeitfragen im engern Sinne. Um die Frage: ob freier Grenzverkehr, ob Finanzzölle oder Schutzzölle, wenngleich ja auch diese Fragen von socialpolitischer Seite erfaßt werden können; um die Fragen: ob Monopol oder andere Steuerform, der indirecten und directen Steuern, mögen sich Gruppen bilden, die morgen wieder verschwinden, nachdem die betreffende Maßregel durchgesetzt, bezw. die einzelne Frage geklärt und erledigt ist. Die socialpolitischen Fragen aber überdauern an parteibildender Kraft und überragen an Wichtigkeit die wirthschaftlichen ebenso wie die formalpolitischen, weil sie die Grundfragen der Gesellschaft und deren Organisation betreffen: die Verfassung des Eigenthums, die Vertheilung des Besitzes, das Verhältniß von Eigenthum und Arbeit; Fragen, die theils Interessen-, theils Glaubensfragen sind;

und zwar Glaubensfragen, weil sie abhängen sowol von dem Gefühl der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Gesellschaftszustände als auch der Ueberzeugung von deren Nothwendigkeit und Entwickelungsfähigkeit.

Wir haben gesehen, auf welchen allgemeinen socialpolitischen Principien die große Menge der politisch Liberalen und Conservativen, sagen wir der besitzenden Klassen der Neuzeit überhaupt steht, und zwar mit voller Berechtigung. Solange und soweit sie nun auf diesen Principien, welche die moderne Gesellschaft geschaffen haben, einfach beharren, bilden sie eben die große conservative Masse der Besitzenden und bedürfen eines besondern socialpolitischen Programms nicht. Sie bedürfen nicht einmal eines wirthschaftlichen Programms, weil ihnen auch dieses durch die Freihandelsanschauungen vorgezeichnet ist. Ihr Programm sind eben jene social- und zugleich wirthschaftlich-politischen Grundanschauungen, die wir früher kennen gelernt haben. Sobald sich jedoch aus dieser Masse Gruppen loslösen, die, wenn auch nur leise, Zweifel an den Grundlagen der Erwerbsordnung hegen und leichte Veränderungen derselben anstreben, so müssen sie natürlich mehr oder weniger bestimmt einzelne Punkte bezeichnen, die sie für reformbedürftig halten und wo sie mit socialpolitischen Versuchen ansetzen wollen. Bekanntlich haben wir in Deutschland bereits mehrere Gruppirungen dieser Art, die aus den socialpolitisch Conservativen hervorgegangen sind, und zwar erstens einen Ausläufer der Liberalen: die Fortschrittspartei, welche zwar von den liberalen Grundanschauungen allerdings kaum abweichende sociale Gedanken vertritt, aber sich doch durch gewisse selbstständige und bestimmte Forderungen in dieser Beziehung von

der liberalen Partei scheidet, die eine Weiterentwickelung in bestimmten Richtungen beabsichtigen; zweitens die Agrarier oder jetzt so genannten: Steuer- und Wirthschaftsreformer, von den Conservativen abzweigend; drittens die Ultramontanen oder die katholische Partei, deren Programm sehr bestimmte und verhältnißmäßig weitgehende socialpolitische Ideen aufstellt. Als wissenschaftliche Richtungen, die in keinem bestimmten Zusammenhange mit politischen Parteien stehen, werden wir dann noch die Staatssocialisten und die wissenschaftliche Bewegung, welche unter dem Namen des Kathedersocialismus am bekanntesten ist, zu besprechen haben.

Zuerst also die deutsche Fortschrittspartei. Auf die politische Geschichte derselben hier einzugehen liegt natürlich keine Veranlassung vor.*) Die Stellung, welche die deutsche Fortschrittspartei heute der socialen Frage gegenüber einnimmt, läßt sich aus den folgenden Sätzen ihres Programms erkennen:

„Verminderung und gleichmäßigere Vertheilung der Militärlast durch Abkürzung der Dienstzeit, durch volle Ausführung der allgemeinen Wehrpflicht und durch Erleichterung der Bedingungen des Einjährigen Freiwilligendienstes für die technische Berufsbildung.

Jährliche Feststellung der Friedenspräsenzstärke durch das Etatsgesetz.

---

*) Vgl. L. Parisius, Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck. 1. Band. Berlin, Guttentag, 1878. Diese Schrift enthält sehr reiches Material über die äußere Geschichte der politischen Parteien seit 1848; insbesondere über die Fortschritts- und national-liberale Partei. Im Anhang, S. 211 fg., Programme und Wahlmanifeste der politischen Parteien.

Vertheilung der Steuerlast nach Maßgabe der Steuerkraft, daher möglichste Einschränkung der indirecten Steuern, insbesondere Aufhebung der Salzsteuer.

Vereinfachung des Zolltarifs; fortschreitende Verminderung der die inländische Consumtion und Production schädigenden Grenzzölle unter Berücksichtigung unserer industriellen Verhältnisse.

Jährliche Steuerbewilligung durch den Reichstag, deshalb vorläufige Beibehaltung der Matricularbeiträge unter Annahme eines gerechtern Vertheilungsmaßstabes und bis zum Ersatze derselben durch eine directe quotisirte Reichssteuer.

Aufrechterhaltung der Freizügigkeit, der Gewerbefreiheit, der Coalitionsfreiheit.

Förderung der allgemeinen und technischen Bildung der arbeitenden Klassen, insbesondere der Lehrlinge.

Gesetzliche Anerkennung der auf Selbsthülfe begründeten Vereinigungen.

Weiterer Ausbau der wirthschaftlichen Gesetzgebung, insbesondere bezüglich des Schutzes für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter, der Frauen und Kinder, der Arbeitszeit der letztern, der Fabrikordnung, der gewerblichen Schiedsgerichte und Einigungsämter.

Reform der Actiengesetzgebung im Sinne einer strengern Verantwortlichkeit der Gründer und Gesellschaftsorgane, sowie einer wirksamern Controle seitens der Actionaire.

Ablehnung des Reichs-Eisenbahnprojects. Festsetzung der im öffentlichen Interesse für die Anlage und den Betrieb der Eisenbahnen nothwendigen Bedingungen durch Reichsgesetze und Handhabung derselben durch Reichsbehörden mit unmittelbarer Executivgewalt."

Man sieht daraus, daß sie einerseits durchaus auf der liberalen Grundlage beharrt, andererseits aber jener socialpolitischen Aengstlichkeit entgegentritt, die sich, wie schon im vorigen Abschnitt angedeutet, der größern Hälfte der Liberalen, der „National-Liberalen“ bemächtigt hat, seitdem die Socialdemokratie zu einer imposanten Partei angewachsen ist, und die sie manchen Consequenzen der eigenen Doctrin gegenüber bedenklich und repressiven Maßregeln geneigt macht. Ernstlich von letztern die Rede gewesen ist allerdings bisjetzt nur in den öffentlichen Aeußerungen Einzelner, nicht von Partei wegen.

Die socialpolitische Tendenz der deutschen Fortschrittspartei geht augenscheinlich dahin, unter Anerkennung vorhandener Mängel der heutigen gesellschaftlichen Zustände und der daraus der Opposition zuwachsenden Macht Organisationen zu finden, die es ermöglichen, daß auf dem Boden der bestehenden Eigenthums- und Erwerbsordnung die schwächern socialen Elemente sich zusammenthun und mit den stärkern den Kampf der wirthschaftlichen Interessen aufnehmen und mit möglichst gleichen Waffen durchführen können. Es soll dadurch die Idee der Freihandelslehre, welche Kapital und Arbeit als gleich starke und im Wettstreit sich stärkende Theile sich gesetzlich, formell gegenübergestellt hat, auch materiell der Verwirklichung näher gebracht werden. Dafür soll der Staat als Gesetzgeber, nicht aber als ein mit wirthschaftlichen Mitteln selbst Eingreifender auftreten.

Es läßt sich darüber streiten, ob dieser Weg der richtige sei. Man sagt von der einen Seite, es geschehe damit zu wenig; der Staat müsse mit viel stärkern, materiellern Mitteln in den Kampf der wirthschaftlichen Interessen ein-

treten und die Erwerbsbedingungen grundsätzlich modificiren. Man sagt von der andern Seite, es sei unrichtig, die von der Freihandelslehre anerkannte Harmonie der Interessen und das Hand in Hand Gehen von Kapital und Arbeit in dieser Weise zu leugnen, und gefährlich, Organisationen der arbeitenden Klassen, wie es z. B. die Gewerkvereine als organisirte Kampfgenossenschaften der Lohnarbeiter gegen die Unternehmer seien, zu begünstigen, und dadurch dem Widerstreit der Interessen gesetzlichen Ausdruck und Vorschub zu geben. Man kann vom optimistischen Standpunkte gegen das Programm anführen, daß eine solche staatlich organisirte Selbsthülfe nicht nöthig sei, sowie auch vom pessimistischen, daß sie die sociale Revolution nur beschleunigen könne.

Wie schon gesagt, es hängt in socialen Dingen mehr, wie der geehrte Leser vielleicht von vornherein wird glauben und zugeben wollen, vom Glauben ab; und es ist nicht nur Berechnung, sondern auch socialpolitischer Takt nothwendig, um das Richtige zu treffen. Ob die Taktik der Fortschrittspartei die richtige sei, brauchen wir hier nicht zu entscheiden. Hegt man aber den Glauben, daß durch jene Mittel der sociale Frieden hergestellt und die Gesellschaft in gesunder Entwickelung erhalten werden könne, dann kann man nur Anerkennung für die Bemühungen der Partei haben, die Interessen der Besitzenden mit denen der Besitzlosen zugleich zu pflegen und der radicalen Oppositionspartei durch positive Maßregeln entgegenzutreten. An der Aufrichtigkeit dieser Bemühungen der Fortschrittspartei zu zweifeln, ihr vorzuwerfen, daß sie nur als politischen Köder für die Arbeiter solche programmmäßige Forderungen aufstelle und insbesondere die Agitation für die Gewerkvereine

mit dem Verlangen der gesetzlichen Anerkennung der auf Selbsthülfe begründeten Vereinigungen begünstige, liegt kein Grund vor. Selbst wenn es erwiesen wäre, daß die durch Dr. Max Hirsch geleitete Gewerkvereinsbewegung von der Fortschrittspartei planmäßig von England her verpflanzt worden sei, was nach glaubwürdigster Versicherung nicht der Fall ist*), so würde damit gegen die Fortschrittspartei nichts bewiesen sein. Im Gegentheil würde es Anerkennung verdienen, daß so bedeutende Anstrengungen zur Realisirung einer als gut erkannten Idee gemacht wurden. Und daß die Fortschrittspartei die Arbeiter für sich zu gewinnen sucht, ist gewiß nicht mehr, als was jede andere Partei auch wünschen muß. Sehr erklärlich ist es ferner auch, daß gerade die Fortschrittspartei sich im Kampfe gegen die Socialdemokratie besonders eifrig zeigt. Denn, auf vollkommen liberaler Basis stehend, unternimmt sie es, die von hier aus möglichen Mittel des Entgegenkommens den Arbeitern zu bieten und ihnen so nahe zu treten als möglich; und sie muß sich gerade aus diesem Grunde, in diesem Bewußtsein zur Bekämpfung weiter gehender Bestrebungen besonders berufen und veranlaßt fühlen. — Ob die Gewerkvereinsbewegung praktisch richtig geleitet und der Kampf gegen die Socialdemokratie zweckmäßig geführt wird, darüber uns hier schlüssig zu machen, liegt selbstverständlich keine Veranlassung vor, da wir hier nur Wesen und Bedeutung der Parteien zu beleuchten, nicht einen Leitfaden für die Parteien zu schreiben haben.

---

*) Vgl. auch die Wochenschrift: Die sociale Frage; Organ des Deutschen antisocialistischen Arbeitercongresses. Herausgegeben von Dr. Max Hirsch, 1. Jahrgang, 1878. Nr. 12 (vom 22. März).

Früher noch als die jetzt mehr im Vordergrunde stehende Gewerkvereinsbewegung ist bekanntlich auch die Bildung der Genossenschaften auf Gegenseitigkeit von hervorragenden Mitgliedern der heutigen Fortschrittspartei eifrig gepflegt und dadurch gezeigt worden, daß dieser Theil der Liberalen den arbeiterfreundlichen Bestrebungen von jeher aufrichtig geneigt war. Es verschlägt dabei nichts, daß, wie schon erwähnt, das Schulze'sche Genossenschaftswesen bisjetzt gerade da, wo es socialpolitisch von Wichtigkeit werden kann — für die Arbeiter in Productionsgenossenschaften — den Dienst so gut wie ganz versagt hat. Die Tendenz: zu Gunsten der Schwächern in die gesellschaftliche Entwickelung einzugreifen, war und ist vorhanden; und die geschichtliche Gerechtigkeit erfordert in diesem Falle gegenüber Schulze-Delitzsch und seinen Mitarbeitern, nicht zu vergessen, daß es vor dreißig Jahren — denn 1848 fing bekanntlich diese Agitation an — ein viel bedeutenderer Schritt war, wie uns heute scheint, dem Optimismus der in Deutschland eben erst zum vollen Siege gelangten Freihandelsdoctrin in dieser Weise entgegenzutreten.

So stellt sich uns demnach die Fortschrittspartei von ihrer socialpolitischen Seite als eine durchaus consequent handelnde und ihren Intentionen nach dankbar zu acceptirende Gruppe dar; und gewiß darf ihr auch das nicht als incorrect angerechnet werden, daß sie, wie ihr Programm zeigt, in der Steuerpolitik eine Entwickelung in der Richtung nach dem Ideal des directen Steuersystems anstrebt, welches seit den Physiokraten, und durchaus in Uebereinstimmung mit den übrigen Grundanschauungen des Liberalismus, als Ziel derselben gegolten hat; wenn man das auch

heute manchmal vergißt. Man ist ja heute nur zu sehr geneigt, als „Phantastereien doctrinärer Selbstüberhebung“ alles anzusehen, was nicht in die augenblickliche politische Conjunctur paßt, und darum auch Parteien durch die Beschuldigung des „Doctrinarismus“ verunglimpfen zu wollen; während dieser neben dem „historischen“ Sinn denn doch auch seine hohe Berechtigung und Bedeutung hat, und nicht am wenigsten gerade bei der Schöpfung der modernen Gesellschaft gehabt hat. Man müßte es sogar als ein bedenkliches Zeichen des politischen Verfalls ansehen, wenn der „Doctrinarismus“ ganz beiseitegeworfen würde und in Misachtung käme.

Während also die Fortschrittspartei politisch und socialpolitisch vom Liberalismus aus nach links gehen will, neigt die Gruppe der Agrarier oder Steuer- und Wirthschaftsreformer — wie ihre officielle Benennung ist — von den politisch Conservativen aus socialpolitisch noch weiter nach rechts. Sie bringt die in der historischen Entwickelung und der Natur der wirthschaftlichen Grundlagen liegenden Abweichungen der Anschauungen der Interessenten des beweglichen und des unbeweglichen Besitzes zum Ausdruck; Interessen, von denen schon früher gesprochen wurde. Wir finden hier eine Gruppe, die, ungleich der vorigen, keine selbstständige politische Partei darstellt, sondern zunächst eine wirthschaftliche Partei, aber mit theils bestimmt formulirten, theils wohl erkennbaren socialpolitischen Tendenzen ist. Sowol durch ihre Mitgliedschaft, in welcher die ältesten Adelsfamilien mit Namen besten Klanges zahlreich hervortreten, wie durch ihre literarischen Aeußerungen und ihr Programm bekundet sie die Absicht, zwar nicht den grund-

legenden Gedanken des Liberalismus, aber jener ihm vermöge seiner geschichtlichen Entstehung anhaftenden Neigung: die ganze Erwerbsordnung den Interessen des beweglichen Kapitals anzupassen, entgegenzutreten. Ihr Programm, soweit es hier in Betracht kommt, lautet folgendermaßen:

„Die Vereinigung hat den Zweck, die Ideen und Grundsätze einer gemeinnützigen, auf christlichen Grundlagen beruhenden Volkswirthschaft im Volke zu verbreiten und in der Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen. Diese Ideen und Grundsätze sind in dem folgenden Programm zusammengefaßt:

1. Es ist auf eine gleichmäßige Vertheilung aller Steuern hinzuwirken, damit der bisjetzt überbürdete Grundbesitz und die redliche Arbeit in allen Berufszweigen entlastet werden.

2. Die Doppelbesteuerung, welche in der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer liegt, ist zu beseitigen. Das Renten-Einkommen ist höher zu besteuern als das Arbeits-Einkommen. Gegen die Steuerumgehungen des Geldkapitals sind wirksame Sicherheitsmaßregeln zu schaffen.

3. Auf der Grundlage des Freihandels stehend, sind wir Gegner der Schutzzölle, behandeln jedoch die Eingangszölle und Consumtionssteuern als eine offene Feage. Bei allen Finanzzöllen und indirecten Steuern ist stets darauf Bedacht zu nehmen, daß sie nicht besonders schädlich auf einzelne Districte und Bevölkerungsschichten einwirken. Die Einführung einer Börsenumsatz-Steuer nach dem Werthe, sowie eine Besteuerung der ausländischen Werthpapiere sind dringend geboten."

Statt des ersten Satzes dieses Absatzes ist in der dritten Generalversammlung, Februar 1878, folgende vorgeschlagen und dem Ausschusse zur Berathung überwiesen:

„In der Erkenntniß, daß das absolute Freihandelssystem sich in dem internationalen Handelsverkehre als undurchführbar erwiesen hat, scheint der Schutz der nationalen Gesammtarbeit und Production erforderlich.“

„Die Stempel- und Tax-Gesetzgebung ist einer Revision zu unterziehen behufs Lasten-Ausgleichung zwischen Grundbesitz und beweglicher Habe.

4. Im Eisenbahnwesen ist es nothwendig, daß an die Stelle des Actienbetriebes ein billiger, lebenssicherer Staatsbetrieb mit Beseitigung aller Differentialtarife tritt, ohne daß der Besitzstand der einzelnen Staaten berührt wird.

5. Papiergeld auszugeben gebührt allein den gesetzgebenden Factoren des Reiches. Die Banknoten-Privilegien sind zu beseitigen.

6. Das Actiengesetz vom 11. Juni 1870 bedarf einer durchgreifenden Reform. Insbesondere sind Schutzmaßregeln zu treffen gegen die sittlichen und wirthschaftlichen Gefahren, welche die unzureichende Verantwortlichkeit der Gründer und Vorstände nach sich zieht.

7. Die Gewerbeordnung und das Unterstützungswohnsitz-Gesetz bedürfen dringend der Revision.

8. Den Verträgen zwischen ländlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist durch Gesetz eine Form anzuweisen, welche für beide Theile einen wirksamen Rechtsschutz im beschleunigten Verfahren mit vorläufiger ortspolizeilicher Entscheidung gewährt.

9. Bezüglich der Gerichtsorganisation ist die Einführung von Schöffengerichten in Erwägung zu ziehen. Der ländliche Grundbesitz ist von dem Zwange des Römischen Rechtes zu befreien. Insbesondere ist ihm eine seiner Natur entsprechende

Verschuldungsform und ein den deutschen Sitten entsprechendes Erbrecht zu gewähren."

Es wäre thöricht, die Sätze einfach als „reactionär" und somit unzeitgemäß beiseiteschieben zu wollen. Es sind darin drei wohlberechtigte socialpolitische Grundgedanken enthalten, die von denjenigen des Liberalismus abweichen, bezw. ihn zu corrigiren und die auf ihn gebaute Erwerbsordnung zu entwickeln geeignet sind: Erstens in dem Verlangen „einer gemeinnützigen, auf christlichen Grundlagen beruhenden Volkswirthschaft"; zweitens in der Betonung der Interessen des Grundbesitzes; und drittens in dem Wunsche, daß das Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besser zu organisiren sei.

Die politisch liberale Presse hat besonders heftig gegen die „Agrarier" gesprochen und ihre Bestrebungen in gleicher Weise wie die der „Mucker" als halben Cretinismus hingestellt. Die Art des öffentlichen Vorgehens der Agrarier hat allerdings viel Anhaltspunkte für Angriffe geboten und man kann nicht sagen, daß sie sehr geschickte Vertheidiger ihrer Ideen hatten. Der Tagespresse, welche sich ebenso wenig wie ihr Lesepublikum Mühe zu geben pflegt, in ungewohnte Ideen einzudringen, wurde es leicht, den agrarischen Bestrebungen wirksam entgegenzutreten, die in der That einen reformatorischen, wenn auch, wie gesagt, keineswegs die liberale Ordnung verneinenden, sondern nur ergänzenden Inhalt haben. Es ist um so mehr der Mühe werth, sie etwas genauer zu betrachten, weil sie wirklich den Bedürfnissen eines großen und wichtigen Theiles der Gesellschaft, einen wenn auch ungenügenden Ausdruck geben.

Erstens: die gemeinnützige christliche Grundlage der Volks-

wirthschaft. — Wir finden diese Forderung noch stärker hervortretend bei den nachher zu besprechenden Ultramontanen, auch bei den Staatssocialisten und im „ethischen Pathos“, welches die Kathedersocialisten bei ihrem ersten öffentlichen Auftreten herauskehrten. Wir sind also dort zu noch näherm Eingehen auf diesen Gedanken veranlaßt, der eine sehr erklärliche und auch nothwendige Gegenströmung gegen die Freihandelslehre ist, welche einseitig das Interesse und die Freiheit der Einzelnen betont und darum mehr zum Zerstören früherer nicht mehr brauchbarer Organisationen als zu Neuschöpfungen auf dem doch auch berechtigten Gebiete der Gemeinwirthschaft geneigt und geeignet war.

Während wir also weitere Würdigung dieser Bestrebungen nach gemeinnütziger und christlicher Gestaltung der Volkswirthschaft uns vorbehalten, wollen wir hier nur auf einen Punkt eingehen, der bei den Agrariern ganz besonders stark hervorgetreten ist, nämlich die Betonung der Gefahren, welche das Ueberhandnehmen des jüdischen Elements in der modernen Gesellschaft für diese mit sich bringe, also die Betonung der Judenfrage als einer socialpolitischen Frage.

Die Agrarier kamen offenbar aus zwei Gründen dazu, auf diese Frage besonders Gewicht zu legen: erstens als Vertreter der ländlichen Interessen. Der Grundbesitzer empfindet die Abhängigkeit vom Kapitalisten oft hart, ob nun durch eigenes Verschulden oder nicht, und hat daher eine gewisse Antipathie gegen diejenigen, in deren Händen Leihkapitalien und Bankwesen hauptsächlich sind; zweitens gab der Hauptsitz der agrarischen Agitation: Berlin, besondere Veranlassung, den Juden eine wesentliche Mitwirkung an Schattenseiten zuzuschreiben, welche man in der Macht des Geld-

kapitals und der Speculation mit beweglichen Werthen sehen wollte oder konnte. In Berlin treten ja gerade die Emporkömmlinge des Judenthums, die bei diesem ebenso wenig wie bei irgendeinem andern Volke sympathische Elemente zu sein und erst in den folgenden Generationen sich bessern socialen Sitten und edlerer Verwendung des Reichthums anzubequemen pflegen, besonders auffallend hervor, und man kann leicht dazu kommen, den Juden als solchen Schädlichkeiten zuzuschreiben, die nur dem zufälligen, zum Theil durch die örtliche Lage Berlins begründeten Vorwiegen von solchen Elementen unter ihnen anzurechnen wären. Dazu kommt, daß im Preußischen und Deutschen Parlament einige Männer jüdischen Glaubens hervorragende Rollen spielen, und man daraus wieder Anlaß nehmen konnte, die Schattenseiten der liberalen Politik und des großen Spielraums, welchen die Geldmacht gegenwärtig findet, mit dem Einfluß des Judenthums wegen dessen hervorragenden Interessen an der Börse und dem Finanzwesen in Verbindung zu bringen.

Die bekannten Schriften gegen das Judenthum von Wilmanns, Niendorf und andern, die von der Seite der Agrarier ausgegangen sind, geben starken Ausdruck einem weitverbreiteten Mistrauen, welches im Volke gegen die Juden vorhanden ist, und sich theils gegen dieselben als eine fremde Rasse, theils wegen ihrer bei uns fast ausschließlichen Beschäftigung mit Geldspeculationen, welche schwerere körperliche Arbeit nicht erfordern, gegen sie richtet. Abneigung gegen die Juden wegen der confessionellen Verschiedenheiten dürfte wol heutzutage nur noch bei einem verschwindenden Theile des deutschen Volkes den wirklichen Grund des Mistrauens abgeben, und die Judenfrage als confessionelle

Frage wird wol nur noch da zur Geltung kommen, resp. gebracht werden wollen, wo nicht allgemeine christliche, sondern kirchliche Tendenzen mit in die socialen Anschauungen hineinspielen. Es kann aber wol nicht davon die Rede sein, ihr von der confessionellen Seite noch wirklich eine Bedeutung abgewinnen zu wollen. Vielmehr kann die Judenfrage nur als Nationalitäts- und als wirthschaftliche Frage in Betracht kommen.

Als Gefahren der Macht des Judenthums bei uns bezeichnet man also erstens, daß eine fremde Nation, die den andern Nationen gegenüber wesentlich internationale Interessen habe, eine dominirende Stellung bei uns erlange und dadurch auf Sitten und Geist unserer Nation zersetzend wirken; und zweitens, daß bei der großen Geschicklichkeit der Juden in Geldsachen allmählich die ganze Geldmacht sich in ihren Händen concentriren und dadurch eine wirthschaftliche Abhängigkeit und Tributpflicht der germanisch-christlichen Majorität gegenüber der jüdischen Minorität entstehe.

Was den ersten Theil dieser Behauptungen, die nationale Seite der Judenfrage betrifft, so würde sie sich also ganz ebenso stellen, wenn Spanier, Engländer oder Eskimos die hervorragende Stellung erlangt hätten, welche jetzt die Juden einnehmen. Von vornherein muß hier bemerkt werden, daß nicht in allen Theilen Deutschlands das jüdische Element so stark ist wie in dem durch die politische Entwickelung überschnell emporgewachsenen Berlin und wie überhaupt in dem Lande östlich der Elbe. In den älter cultivirten Theilen Deutschlands erwecken Zahl und Art der Juden keine solchen Bedenken und Angriffe. Die fremde Nationalität könnte nun aber doch nur dann einen schädlichen socialpolitischen

Einfluß haben, wenn ihr sociales Fühlen und Handeln, ihre Anschauungen und Gewohnheiten sowol andere als auch schlechtere, unedlere waren als die unserigen. Nun scheint es aber nicht nachweisbar, daß die deutschen Juden sich in diesen Punkten von den betreffenden Gesellschaftsschichten unterscheiden — immer abgesehen von den Emporkömmlingen, die sich erst assimiliren müssen — und von ihren Fähigkeiten und ihrem Besitze einen andern, bessern oder schlechtern Gebrauch machen als jene, und es ist wohl anzunehmen, daß sie ihre Eigenthümlichkeiten, die sie in andern Beziehungen als Rasse zeigen, immer mehr verlieren werden, nachdem sie seit ein paar Generationen volle Freiheit haben, sich mit dem andern Volke zu verbinden, und auch ihrerseits von confessionellen und socialen Schranken sich immer freier machen. Es muß also jedenfalls erst erwiesen werden, welche besondern Eigenschaften und besondern Interessen die Juden haben, um uns als Nation gefährlich zu werden. Es ist das bisjetzt von den Agrariern und andern noch nicht genügend dargethan, und ohne dieses wäre es nur ein Armuthszeugniß für das deutsche Volk, wenn es sich der Furcht hingeben wollte, von einer fremden Nation zerstört oder erheblich gestört zu werden.

Was zweitens die wirthschaftliche Seite der Judenfrage betrifft, so ist nur feststehend einmal die Neigung zum Geldspeculations-Geschäft — ob sie durch geschichtliche Verhältnisse begründet ist, bleibt ganz gleich — und dann, daß die Juden durch große Rührigkeit, Rücksichtslosigkeit und Zähigkeit im Erwerb die Freiheit und Gelegenheit, welche dem beweglichen Kapital zur Wirksamkeit und Ausbreitung durch die liberale Gesetzgebung gewährt ist, sehr intensiv zu ihren Gunsten ausgenutzt haben; und daß sie durch den bedeuten-

den Besitz flüssigen Kapitals namentlich bei der modernen privaten und öffentlichen Creditwirthschaft eine bedeutsame Rolle spielen. Ob die Creditwirthschaft, die eine Belastung der Zukunft zu Gunsten der Gegenwart darstellt, eine misbräuchliche Ausdehnung erfahren und gewonnen habe, kann uns hier nicht kümmern; wir können aber die Juden keinesfalls beschuldigen, sie geschaffen oder gegen unsern Willen uns aufgedrungen zu haben. Wenn dieselbe zu dem Resultat führt, daß die Mehrheit wirthschaftlich von der geldbesitzenden Minderheit abhängt, so wird die Thatsache dadurch nicht schlimmer, daß diese Minderheit nicht christlicher und germanischer Abstammung ist, zumal dieselbe keinen schlechtern Gebrauch von ihrer Macht machen wird wie andere Geldbesitzer, bei denen auch die Gemüthlichkeit in Geldsachen aufzuhören pflegt. Man thut also unrecht, gegen das Judenthum loszuziehen, wenn man die Mängel des wirthschaftlichen Systems meint, um diese dadurch vor sich selbst zu verhüllen.

Wir haben hier nicht die Absicht, die Judenfrage — warum sollte man sie nicht discutiren? — erschöpfend zu behandeln, glaubten aber doch, bei der Rolle, welche dieselbe im Streit der socialen Parteien — mehr noch unter der Hand als ausgesprochen — spielt, die Gesichtspunkte andeuten zu sollen, welche zu einer objectiven Behandlung der Sache zu führen scheinen. Keineswegs dürfte der bloße christlich-germanische Gefühlsansturm gegen das Judenthum, den die Agrarier einigermaßen mit ihrer Fahne gedeckt haben, von Nutzen sein können.

Die zweite und wichtigere socialpolitische Forderung der Agrarier ist: die größere Pflege der Interessen des Grundbesitzes, die sich namentlich auf eine Veränderung der Verschuldungsform und des Erbrechts erstrecken soll. Wir haben

schon oben zugegeben, daß hier wirklich ein wunder Punkt der gegenwärtigen Volkswirthschaft getroffen ist und die Agrarier guten Grund haben, speciell das „römische" Eigenthumsrecht für die geringe Pflege der ländlichen Interessen in der Neuzeit mit verantwortlich zu machen. Die römischrechtliche Tendenz auf schroffe Abgrenzung und damit Beweglichkeit des Besitzes, das römische Hypothekenrecht, die ganze formal-rechtliche Art der Auffassung der wirthschaftlichen Dinge, welche mit dem liberalen Wirthschaftssystem wieder zur vollen Geltung kamen, waren allerdings wenig geeignet, die besondern Bedürfnisse der Landwirthschaft zu berücksichtigen; sie könnten vielleicht wieder zu jener unproductiven Latifundien-Wirthschaft führen, welche den Untergang des römischen Reichs beschleunigen half, und die in England, allerdings trotz der nicht so umfangreichen Reception des römischen Rechts, schon zu dem besorglichsten Umfange angewachsen und wol nur durch die großen industriellen und mercantilen Hülfsquellen der Engländer erträglich ist. Andererseits greift das agrarische Programm aber darin fehl, wenn es für die landwirthschaftlichen Uebelstände nur das Gesetz, nicht die betheiligten Personen selbst verantwortlich zu machen scheint. Warum werden denn ohne reelle Rechnungsbasis für landwirthschaftliche Besitzungen selbst heute noch Kaufpreise gezahlt, die sich aus dem Ertrage gar nicht rechtfertigen lassen, und gegen deren Folgen auch die beste Verschuldungsform nicht schützen kann? Und warum thut die private Initiative nicht mehr, um bei den schon vorhandenen weiten Grenzen der Testirfreiheit den Erbgang besser zu regeln? Die Partei selbst ist auch mit specificirten Vorschlägen zur Ausführung noch nicht hervorgetreten.

Die dritte Forderung von socialpolitischer Wichtigkeit bezieht sich auf das Verhältniß vom Arbeiter zum Unternehmer, wobei die Agrarier natürlich vornehmlich die ländlichen Arbeiter im Auge haben, deren Interessen und Fragen sich aber von denen des übrigen Lohnarbeiterstandes nicht trennen lassen. Eine rein reactionäre Idee wäre es freilich, wenn jener Programmabsatz nichts bedeuten sollte als die criminelle Bestrafung des Arbeits-Contractbruchs, die in den Verhandlungen der Agrarier eine bedeutende Rolle spielte. Denn mit dem Liberalismus ist es schlechthin unvereinbar, den Arbeitsvertrag von einem privatrechtlichen zu einem öffentlich-rechtlichen Verhältniß zu machen. Es wäre das eine „socialistische" Idee, ganz entgegen den sonstigen Grundanschauungen der Agrarier; socialistisch nämlich insofern, als damit ein Schritt zu staatlichen Eingriffen in die freie, private Erwerbsordnung gethan wäre, der sehr viele andere ähnliche rechtfertigen würde. Die Gruppe lehnt auch in der That jenen Gedanken von sich ab und neigt zu einem Mittelwege.*) Die Bedeutung jenes Programmabsatzes in Verbindung mit der im Satz 7 ausgesprochenen Forderung der Revision der Gewerbeordnung liegt aber darin, daß hier in zwar nur allgemeiner, aber sehr nachdrücklicher Weise das Verlangen ausgesprochen wird, die Lücke zu ergänzen, welche die reine Anwendung der Freihandelslehre in der Ordnung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Arbeitgeber gelassen hat. Dieses kommt augenscheinlich gegenwärtig auf einen reinen Kampfeszustand hinaus, der um

*) Vgl. Bericht über die Verhandlungen der Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer zu Berlin, Februar 1877 (Berlin, Niendorf, 1877); insbesondere S. 44.

so unleidlicher werden muß, je mehr der Großbetrieb an Terrain gewinnt, d. h. je mehr, mit mathematischer Sicherheit, die Chancen für den Arbeiter sinken, seinerseits in die Stellung des Arbeitgebers zu kommen, und sich damit Unternehmer und Arbeiter immer mehr in Klassen scheiden. Bisjetzt mangeln freilich brauchbare Vorschläge zu dergleichen wirthschaftlichen Organisationen auch von seiten der Agrariergruppe noch ganz; aber vielleicht ist gerade aus diesen Kreisen, in denen conservative sociale Traditionen und, neben mancherlei nicht mehr recht zeitgemäßen Anschauungen, sociales Pflichtgefühl sich unzweifelhaft in verhältnißmäßig hohem Grade fortgepflanzt haben, Brauchbares zu erwarten. Sind doch aus dieser Klasse schon früher energische Anregungen zur Umgestaltung des Arbeitsrechts hervorgegangen.[1] Der mecklenburgische Landedelmann Johann Heinrich von Thünen auf Tellow forschte in seiner Untersuchung über den „naturgemäßen Arbeitslohn" schon in den vierziger Jahren nach einer gerechtern Vertheilung des Arbeitsertrages zwischen Unternehmer und Arbeiter und stellte der Englischen Schule, die den Arbitslohn nur als ein Mittel zur Erhaltung der Productionskraft kennt, eine Theorie gegenüber, die den Arbeitslohn als ein socialpolitisches Mittel zur Erreichung der ökonomischen Selbständigkeit des Arbeiters auffaßt. Freilich kam er dabei weder zu theoretisch haltbaren noch zu praktisch bedeutsamen Ergebnissen; denn die Betheiligung am Gutsertrage, die von ihm eingeführt und auch von seinem Nachfolger auf dem Gute fortgesetzt wurde, besteht nur in einer Anzahl nach ganz willkürlichem Maßstabe berechneter und vertheilter Weihnachtsgeschenke; und bisjetzt ist diese lobenswerthe und von einigen großen Grundbesitzern nachgeahmte Einrichtung ohne

jede principielle Bedeutung. Aehnlichen wohlwollenden Bestrebungen verdankte auch die „Conferenz ländlicher Arbeitgeber“ im Jahre 1872 ihre Entstehung, die aber ebenso wenig sich lebensfähig erwiesen hat wie der im Jahre 1872 entstandene Fabrikantenverein, der auf allgemein humaner Grundlage durch rein private, freiwillige Reformen die fehlenden wirthschaftlichen Organisationen ersetzen wollte, und eine eigene socialreformatorische Wochenschrift „Concordia“ gegründet hatte, die nach kurzem Bestehen wieder eingehen mußte. Es scheint eben nicht möglich, auf dem Wege bloßer freier Liebesthätigkeit sociale Probleme zu lösen.

Wir haben also hier eine Gruppe gefunden, die zwar gleichfalls auf dem Boden der gegenwärtigen Erwerbsordnung beharrt, aber schon viel allgemeinere und weiter gehende Forderungen auf Entwickelung derselben stellt*) wie die Fortschrittspartei.

Eine dritte noch weiter gehende socialreformatorische Gruppe finden wir dann unter den Anhängern der gegenwärtigen ultramontanen oder katholischen Partei. Sie vertritt die socialpolitischen Forderungen der katholischen Kirche, welche ihre Vertreter behalten werden, auch wenn sich die ultramontane Partei als politische auflöst. Von dieser

---

*) Im Flugblatt des Wahlvereins der deutsch-conservativen Partei vom Sommer 1876 finden sich ähnliche socialpolitische Forderungen. Sie verlangen gegenüber der schrankenlosen Freiheit nach liberaler Theorie eine geordnete wirthschaftliche Freiheit im Erwerbs- und Verkehrsleben; gleichmäßige Berücksichtigung der Interessen des Grundbesitzes, der Industrie und des Handels; schrittweise Beseitigung der Bevorzugungen des Geldkapitals; Revision des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz und der Gewerbeordnung. Ferner erwarten sie von einer wirksamen Fabrikgesetzgebung Hebung der wirthschaftlichen und sittlichen Lage der Lohnarbeiter.

Seite wurde bekanntlich nicht nur schon längst die sociale Bewegung mit Aufmerksamkeit verfolgt, sondern auch den Bestrebungen der untern Klassen rege Theilnahme zugewendet, ihre vielseitige Berechtigung anerkannt und man hat sich durch Gründung von Gesellenvereinen u. dgl. an ihnen betheiligt. Die von J. Schings in Aachen redigirten „Christlich-socialen Blätter" wirken in diesem Sinne, und es ist bemerkenswerth, daß Jörg, der Redacteur der „Historisch-politischen Blätter", schon 1867 eine Geschichte der socialpolitischen Parteien schrieb. Wie sehr die Führer der Ultramontanen den Arbeitern entgegenzukommen bereit sind, zeigt der „Entwurf zu einem politischen Programm für die Katholiken im Deutschen Reiche" (5. Aufl., Mainz 1873) des verstorbenen Freiherrn von Ketteler, Bischofs von Mainz, in welchem derselbe neben dem Verlangen nach Steuerreformen zu Gunsten der Entlastung der ärmern Klassen und nach Betrieb der Eisenbahnen durch den Staat folgende ausführlich motivirte Forderungen stellt: „Corporative Reorganisation des Arbeiterstandes und des Handwerkerstandes; gesetzlicher Schutz der Arbeiterkinder und der Arbeiterfrauen gegen die Ausbeutung der Geldmacht; Schutz der Arbeiterkraft durch Gesetze über Arbeitszeit und Sonntagsruhe; gesetzlicher Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter bezüglich der Arbeitslocale; Anstellung von Inspectoren zur Controle der zum Schutze der Arbeiter erlassenen Gesetze."

Als das eigentliche katholisch-sociale Programm ist aber noch heute dasjenige anzusehen, welches der Domkapitular Moufang am 27. Februar 1871 in einer Rede vor seinen mainzer Wählern entwickelte. Er beantwortet darin die Frage: Wie kann und muß der Staat den ärmern Klassen

helfen? mit vier Forderungen: 1. durch den Schutz der Gesetzgebung; 2. durch Geldunterstützung; 3. durch Minderung der Steuer und Militärlast; 4. durch Beschränkung der Herrschaft des Kapitals. In weiterer Ausführung derselben wird von Herrn Moufang Folgendes verlangt: Schutz der Associationen der Arbeiter; gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, der Lohnverhältnisse, der Frauen- und Kinderarbeit und Beaufsichtigung der Arbeitslocale; staatliche Geldunterstützung von Producivassociationen und ähnlichen Unternehmungen, welche den Arbeiter selbständig zu machen bezwecken. Die andern Punkte sind weniger ausgeführt. Die Kirche soll socialpolitisch walten durch den Geist der Liebe, den sie verbreitet; durch das Wohlthun, welches sie übt und üben lehrt; durch den Trost, den sie hier und durch die Verheißung eines bessern Jenseits spendet.*)

Man sieht, daß dieses Programm bei weitem schärfer aber auch einseitiger die Mängel der heutigen Erwerbsordnung betont wie das der Steuer- und Wirthschafts-Reformer. Wenn diese die Interessen des Grundbesitzes denen des beweglichen Kapitals gegenüber und organisatorische Schöpfungen zur befriedigendern Gestaltung des Verhält-

*) Vgl. den Inhalt der Rede ausführlicher bei Rudolf Meyer, Emancipationskampf des vierten Standes, 1. Band, 1877, S. 326, Kap. VI „Die christlich-sociale Partei". Ausführungen derselben socialpolitischen Tendenz im Anschluß an die Moufang'sche Rede bei Karl Fürst zu Isenburg-Birstein „Die Parteien im Deutschen Reichstage und die Socialdemokratie"; Mainz, Kirchheim, 1877. Vgl. auch die Darstellung des christlichen Socialismus bei Franz Hitze: „Die sociale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung"; mit besonderer Berücksichtigung der verschiedenen socialen Parteien in Deutschland. Drei Vorträge; Paderborn, Bonifaciusdruckerei, 1877.

nisses von Arbeitgeber und Arbeitnehmer betonen, so erscheint die katholische Partei ausschließlich auf die allgemeine Hebung der handarbeitenden und besitzlosen Klassen bedacht.'

Bei einer wesentlich kirchlichen Partei kann die hervortretende Sorge für die Bedürfnisse des wirthschaftlich schwächern Theils der Gesellschaft nicht befremden, und es ist auch hier der auch bei Besprechung der Fortschrittspartei zu erwähnende Vorwurf: es handle sich hier nur um einen politischen Köder, durchaus zurückzuweisen. Jede Kirche, die überhaupt noch religiöse Aufgaben anerkennt, wird ihr Augenmerk auf die wirthschaftlichen Mängel richten und mit den ärmern Gesellschaftsklassen sympathisiren; und man müßte die Geschichte vollständig ignoriren oder verdrehen, wenn man die stetig fortgesetzten Bemühungen der katholischen Kirche für das Wohl der arbeitenden Klassen leugnen wollte. Bietet sie doch auch innerhalb ihrer hierarchischen Organisation wol die vollkommenste Verwirklichung einer auf Talent und Verdienst gegründeten socialen Stufenleiter und der Unterordnung der Einzel- unter die Gemeinbedürfnisse, wie sie der Socialismus fordert! Es kann daher nicht wundernehmen, daß die Katholiken, sobald sie als Partei auftraten, arbeiterfreundliche Forderungen stellten.*) Denselben Nachdruck zu

---

*) Das Wahlprogramm der diese Partei im Reichstage vertretenden Fraction, der Centrumsfraction vom 20. Juli 1876, enthält folgende hierher gehörige Sätze bezw. Forderungen:

„Gleichmäßige und gerechte Vertheilung der Steuern und Lasten, Beseitigung der Doppelbesteuerung, Feststellung der jährlich auszuschreibenden Steuersumme.

„Erhaltung und Förderung eines kräftigen Mittelstandes in einem selbständigen Bürger-, Bauern- und Handwerkerstande; und dahin zielende Reform der wirthschaftlichen Gesetzgebung.

geben, wird aber eigentlich erst dann praktische Gelegenheit sein, wenn die Partei aus ihrer politischen Oppositionsstellung heraustritt und in friedlicher Verständigung mit den andern Parteien und der Regierung ihre Ansichten geltend machen kann. Wenn auch anzunehmen ist, daß ein nicht unansehnlicher Bestandtheil der jetzigen katholischen Partei dann den rein Liberalen, ein Theil ihrer Wähler den Socialdemokraten zufallen wird, so dürften doch die conservativen Anhänger socialpolitischer Reformen auch in Zukunft ein bedeutendes Contingent aus dem Kreise derselben empfangen, und dem soeben besprochenen katholischen socialpolitischen Programm wird deshalb eine dauerndere Bedeutung beizulegen sein. Jedenfalls ist die katholische Geistlichkeit auch in Zukunft als Träger desselben anzusehen.

Viel weniger bestimmt als die katholische hat sich bisjetzt die evangelische Geistlichkeit zur socialen Bewegung gestellt. Selbstverständlich fehlt es auch hier nicht an wohlwollenden Bestrebungen zur Milderung hervorgetretener Uebelstände, an Ermahnungen der höhern Klassen, dem Princip christlicher Liebe in ihrem Verhältniß zu den untern Raum zu geben. Es wäre unmöglich und den Zielen der christlichen Kirche zu sehr widersprechend, wenn, bei dem jetzt so offen liegenden socialen Zwiespalt, die Diener derselben sich unthätig verhalten und nicht wenigstens so weit über

„Freiheit für alle den gesetzlichen Boden nicht verlassende Bestrebungen zur Lösung der socialen Aufgaben. Bekämpfung der Grundsätze und Agitationen, welche das Eigenthum und die sociale Ordnung bedrohen; Unterstützung der berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes und deren Regelung durch ein Gesetz über die Rechte der Arbeiter."

die Grenzen der bloßen Seelsorge hinausgehen würden, daß sie durch gute Rathschläge von beiden Seiten auf die Versöhnung der socialpolitischen Gegensätze hinzuarbeiten suchten. Daß dies von den Vertretern der evangelischen Kirche auch schon seit langer Zeit erkannt wird, bezeugen die Bestrebungen des Vereins für Innere Mission und die Verhandlungen in freien kirchlichen Versammlungen evangelischer Männer. Der Lage der kirchlichen Verhältnisse nach fehlt aber diesen Bestrebungen die Einheit und der Nachdruck, welche die katholische Kirche solchen zu geben im Stande ist.

In neuester Zeit ist nun bekanntlich die Action auch der evangelischen Geistlichkeit stärker angeregt oder wenigstens anzuregen versucht worden durch einige evangelische Geistliche der strengern Richtung und gesinnungsverwandte Männer, zusammen bekannt unter dem Namen der „Staatssocialisten", die eine eigene Wochenschrift dieses Namens, einen „Central-Verein für Socialreform" und eine „Christlich-sociale Arbeiterpartei" gegründet haben, welche letztere in Berlin gegenwärtig (April 1878) etwa 1700 Anhänger und auch in der Provinz vielfachen Anklang gefunden haben soll.

Diese Gruppe tritt ohne jede Verbindung mit politischen Parteien auf, sucht sich, wenigstens vorläufig, namentlich auf die protestantischen Geistlichen Norddeutschlands zu stützen und beruht auf folgenden Grundgedanken: große Mängel der gegenwärtigen Erwerbsordnung, nämlich: Uebermacht und übermäßiges Anwachsen des Großbesitzes, gefährdete wirthschaftliche Existenz der kleinern Gewerbtreibenden und Landwirthe, Unsicherheit und Knappheit der Lebenslage der Lohnarbeiter, rücksichtsloser Kampf der Interessen — seien vorhanden. Dieser unerquickliche Zustand werde aufrecht

erhalten und beständig verschärft durch die jetzige nament-lich im Interesse der Besitzenden arbeitende parlamentarische Regierung und die Abwesenheit humaner und speciell christlicher Ideen in der Erwerbsordnung; Besserung könne nur herbeigeführt werden durch ein thatkräftiges Eingreifen der Monarchie im Sinne der Unterdrückung des Klassenkampfes und der Herbeiführung zweckmäßiger wirthschaftlicher Organisationen, sowie durch eine Belebung des christlichen Geistes und Sinnes, die vor allen Dingen der Aufgabe der Diener der christlichen Kirche sei.

Die agitatorischen Forderungen, welche diese Gruppe stellt, kommen zum Ausdruck in dem Programm der von ihr gegründeten christlich-socialen Arbeiterpartei mit folgendem Wortlaute:

„**Allgemeine Grundsätze.**

I. Die christlich-sociale Arbeiterpartei steht auf dem Boden des christlichen Glaubens und der Liebe zu König und Vaterland.

II. Sie verwirft die gegenwärtige Socialdemokratie als unpraktisch, unchristlich und unpatriotisch.

III. Sie erstrebt eine friedliche Organisation der Arbeiter, um in Gemeinschaft mit den andern Factoren des Staatslebens die nothwendigen praktischen Reformen anzubahnen.

IV. Sie verfolgt als Ziel die Verringerung der Kluft zwischen reich und arm und die Herbeiführung einer größern ökonomischen Sicherheit.

Einzelne Forderungen.

I. An die Staatshülfe.

A. Arbeiterorganisation.

1. Herbeiführung obligatorischer, fachlich geschiedener,

aber durch das gesammte Reich hindurchgehender Fachgenossenschaften, mit ihnen zusammenhängend

2. Regelung des Lehrlingswesens, Errichtung obligatorischer Schiedsgerichte, Witwen- und Waisen-, sowie Invaliden- und Alterversorgungs-Rentenkassen.

3. Autorisation der Fachgenossenschaften zur Vertretung der Interessen und Rechte der Arbeiter ihren Arbeitgebern gegenüber.

4. Verpflichtung der Fachgenossenschaften zur Haftung für die von den Arbeitern etwa zu übernehmenden contractlichen Verbindlichkeiten.

5. Staatliche Controle des fachgenossenschaftlichen Kassenwesens.

B. Arbeiterschutz.

1. Thunlichste Verhinderung der Sonntagsarbeit. Einschränkung der Arbeit von Kindern und verheiratheten Frauen in Fabriken.

2. Normalarbeitstag, modificirt nach Fachgenossenschaften.

3. Energische Anstrebung der Internationalität dieser Arbeiterschutzgesetze; bis zur Erreichnng dieses Zieles ausreichender Schutz der nationalen Arbeit.

4. Schutz der Arbeiterbevölkerung gegen gesundheitswidrige Zustände in den Arbeitslocalen.

C. Staatsbetrieb.

1. Arbeiterfreundlicher Betrieb des vorhandenen Staats- und Communaleigenthums.

D. Besteuerung.

1. Progressive Einkommensteuer als ausgleichendes Ge-

gengewicht gegen bestehende oder zu schaffende indirecte Besteuerung.

2. Hohe Luxussteuern.

3. Progressiv höhere Besteuerung der Erbschaften bei größerm Vermögen und entferntern Verwandtschaftsgraden.

II. An die Geistlichkeit.

Liebevolle und thätige Theilnahme an allen Bestrebungen, welche auf eine Erhöhung des leiblichen und geistigen Wohles, sowie auf die sittlich-religiöse Hebung des gesammten Volkes gerichtet sind.

III. An die besitzenden Klassen.

Bereitwilliges Entgegenkommen gegen die berechtigten Forderungen der Nichtbesitzenden durch Einwirkung auf die Gesetzgebung, sowie durch thunlichste Erhöhung der Löhne und Abkürzung der Arbeitszeit.

IV. An die Selbsthülfe.

A. Freudige Unterstützung der fachgenossenschaftlichen Organisation als eines Ersatzes dessen, was in den Zünften gut und brauchbar war.

B. Hochhaltung der persönlichen und Berufsehre, Verbannung aller Roheit aus den Vergnügungen und Pflege des Familienlebens in christlichem Geiste."

Wir haben hier ein socialpolitisches Programm vor uns, das einerseits jede revolutionäre Tendenz entschieden zurückweist, die Grundlagen der modernen Gesellschaft: allgemeine Durchführung des Privateigenthums, Selbständigkeit der auf Einehe beruhenden Familie, wirthschaftliche Selbstbestimmung des Einzelnen, freien Arbeitsvertrag, persönliche Freiheit und Gleichheit, — also die Grundlagen der libera-

len Wirthschaftsordnung durchaus aufrecht erhalten will, aber zugleich sehr umfassende Aufgaben an den Staat in der Absicht stellt, durch eine ganze Reihe socialpolitischer Einrichtungen die Lage der ärmern Klassen zu heben und zu sichern und der wirthschaftlichen Macht des Besitzes Schranken anzulegen. Es wird den socialdemokratischen Forderungen so weit entgegengegangen als nur möglich ist, ohne revolutionär zu werden, zugleich aber den Socialdemokraten Fehde angekündigt, und zwar wegen ihrer gegen die Grundeinrichtungen unserer Gesellschaft gerichteten, social wie politisch umstürzenden und zugleich unchristlichen, materialistischen Bestrebungen. Wie bei der Fortschrittspartei ist bei dieser christlich-socialen Gruppe der Kampf gegen die Socialdemokratie eben gerade deswegen besonders betont, weil bei jener in einzelnen, bei dieser in vielen Punkten die Forderungen gleiche oder sehr ähnliche sind, aber doch von einer andern Gesammtanschauung getragen werden.*)

Die liberale und ein Theil der conservativen Presse ist bekanntlich gegen diese „Mucker" sehr scharf ins Geschirr gegangen, ohne eigentlich für die Gründe dazu genügend Rechenschaft zu geben, da die Christlich-conservativen an loyaler Anerkennung der bestehenden Ordnung wol wenig zu wünschen übriglassen. Ueber ihre friedlichen Absichten kann man eigentlich keine, allerdings aber über die Zweckmäßigkeit ihres Vorgehens ernstliche Zweifel erheben.

---

*) Die der staats-socialistischen Richtung zu Grunde liegenden Anschauungen sind am ausführlichsten entwickelt in dem Buche eines der Schöpfer derselben: Pastor Rudolf Todt, „Der radicale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft"; Wittenberg, Ruß, 2. Aufl. 1878.

Wir können uns hier ebenso wenig wie bei den andern socialpolitischen Gruppen darauf einlassen, im einzelnen zu prüfen und uns darüber zustimmend oder verwerfend auszusprechen, sondern wir haben uns nur im allgemeinen über die Berechtigung der Existenz dieser socialreformatorischen Gruppe oder Richtung Rechenschaft zu geben.

In ihrer Eigenschaft als conservative Gruppe betont sie also namentlich das monarchische und das christliche Element. Sie bekundet durch ersteres bestimmte politische, wenn auch nicht Partei-Tendenzen, und sucht jenen politischen Factor social wirksam zu machen. So sehr sie auch hierin gerade durch die preußische Geschichte, die sie vorwiegend im Auge hat, gerechtfertigt wird, muß man doch sagen, daß sie sich damit gegen die heutige politische Entwickelung in Widerspruch setzt. Denn es scheint danach so, als ob der Monarch ohne parlamentarische Mitwirkung eventuell unter Beseitigung des parlamentarischen Widerstandes sociale Reformen ausführen solle oder könne. Einen andern Sinn kann die Betonung des monarchischen Elements hier wol nicht haben, da eine Gefährdung desselben als bestehender Einrichtung nicht vorhanden ist. Es liegt also hier eine unzulässige, mindestens aber unnöthige Hervorkehrung einer politischen Idee für socialpolitische Zwecke vor.

Was dann zweitens die specifisch christliche Tendenz dieser Richtung betrifft, so müssen wir zuerst wiederum den auch hier gemachten Vorwurf für unbegründet halten, es handle sich nur um ein Aushängeschild für politische, hier also conservative Tendenzen. Denn es ist, wie gesagt, die Verbindung dieser Gruppe mit irgendwelcher politischen Partei noch nicht zu entdecken, und es ist nicht zu sagen,

welcher derselben Stimmen zugeführt werden sollten. Auch ein Zusammenhang mit bestimmten kirchlichen Parteien — sofern man von solchen überhaupt reden darf — ist nicht nachzuweisen. Hervorragende Leiter der Bewegung gehören allerdings der strengern protestantischen Richtung an; indeß ist das mehr zufällig, wenn nicht zu motiviren durch den Drang praktischer Bethätigung, den gerade kirchlicher Eifer erzeugen mag. Es fragt sich nun, ob der hier hervortretende kirchliche Standpunkt gerade als ein für socialpolitische Reformen wirksamer angesehen werden kann. Es würde vielleicht zu viel gesagt sein, wenn man behaupten wollte, daß allgemein eine Entfremdung der großen Massen, auf die socialpolitisch gewirkt werden soll, von der protestantischen Kirche eingetreten sei; aber dies darf wol gesagt werden, daß die protestantische Geistlichkeit, sei es wegen Verstrickung in unfruchtbare dogmatische Streitereien, sei es aus Mangel an Verständniß für den socialen Inhalt des Christenthums überhaupt und die Möglichkeit social vermittelnder und hebender Einwirkung der Geistlichen insbesondere, sich in neuerer Zeit keine Stellung im Volk zu verschaffen gewußt hat, die sie für solche socialpolitische Arbeit befähigen könnte. Eine Intervention der Geistlichen in dieser Weise muß also etwas Gemachtes haben und wird darum, vorläufig wenigstens, kaum wirksam sein. Am wenigsten wird den Anhängern der Socialdemokratie auf diesem Wege beizukommen sein. Andererseits hat auch bei einem sehr erheblichen Theil der besitzenden conservativen Klassen die protestantische Kirche zu wenig Einfluß, um ihrerseits eine neue socialpolitische Bewegung unter ihnen zu erzeugen; zumal der Zwiespalt zwischen Frei-

sinnigen und Rechtgläubigen störend dazwischentritt. Während bei der katholischen Kirche die Macht dieser Institution selbst und ihre Bedeutung für das politische Parteileben auch socialpolitisch einflußreich wird, ist für die protestantische Kirche die Lage nicht so günstig, und es ist daher wol auch in Bezug auf seine kirchliche Basis der „Staats-socialismus" nicht geeignet, socialreformatorisch wirksam zu werden. Entschieden ungerecht wäre es aber, die durchaus löbliche Tendenz dieser Bestrebungen verkennen zu wollen, und für denjenigen, der überhaupt sociale Misstände zugibt, sehen wir keinen Grund, sie nicht zu unterstützen, soweit es die eigene Ueberzeugung gestattet. Die Angriffe darauf dürfen als entschieden zu weit gehend bezeichnet werden, sofern sie sich auf die eben besprochenen Grundtendenzen der Gruppe beziehen. Etwas anderes ist es, wie weit man mit den einzelnen von ihr gestellten socialen Forderungen übereinstimmt. Daß diese aber auch von einem ganz andern allgemeinen Standpunkte als dem christlich-monarchischen aus gestellt werden können, leuchtet ein.

Wie weit diese hier geschilderten socialreformatorischen Bestrebungen ihre Nahrung aus der wissenschaftlichen Kritik der gegenwärtigen socialen Zustände gezogen haben, wie weit sie praktischen Bedürfnissen entspringen, ist schwer zu bestimmen und auch für uns hier gleichgiltig. Gewiß ist aber einerseits, daß die liberale Anschauung und Gesetzgebung einen mächtigen Stützpunkt gefunden hatte durch die deutsche wissenschaftliche Bearbeitung und Verbreitung der Physiokratisch-Smith'schen Lehre, d. h. der Freihandelslehre, wie sie zuerst von den französischen Physiokraten, dann von Adam Smith, Ricardo und ihren Nachfolgern, besonders

wirksam dann auch wieder von den Franzosen J. B. Say, Bastiat und andern formulirt wurde; und gewiß ist andererseits dies, daß die kritische und historische Richtung, die sich seit Mitte dieses Jahrhunderts in der deutschen Socialwissenschaft geltend gemacht hat, die schon geschilderten reformatorischen Bestrebungen wesentlich förderte. Ebenso ist es gewiß, daß diese neuere socialwissenschaftliche Richtung wesentlich angeregt wurde durch die Kritik, welche die socialpolitischen Theoretiker seit Sismondi und Saint-Simon der Freihandelslehre angedeihen ließen. Allerdings schien es bis zum Anfange des vorigen Jahrzehnts, als ob die sogenannte gelehrte Welt dem Socialismus keinerlei Einfluß auf sich gestatten wollte. In der Fachliteratur hatte zwar Bruno Hildebrand in seiner „Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft" (Bd. 1, Frankfurt a. M. 1848) die socialistischen Theorien wissenschaftlich gewürdigt und auf den Werth ihrer kritischen Leistungen dem Smithianismus gegenüber aufmerksam gemacht, ohne indeß die von ihm gewonnenen Ergebnisse für den weitern Ausbau der volkswirthschaftlichen Theorie, für eine Nationalökonomie der Zukunft zu verwerthen. Gleichzeitig hatte Lorenz Stein in seiner „Geschichte des Socialismus" die wissenschaftlichen Ideen und Reformplane dieser Richtung objectiv und anziehend geschildert und die Bedeutung derselben hervorgehoben. Beide Werke wurden als wissenschaftlich höchst werthvolle Leistungen anerkannt, vermochten indeß vorerst einen tiefern Einfluß auf die Theorie nicht zu gewinnen. Die Freihandelslehre mit ihren abstracten Formulirungen und absoluten Lösungen blieb auf den Kathedern wie in der Tagespresse die herrschende. Indessen trat doch all-

mählich eine Umwandlung der Forschungsmethode ein, welche die Lehre zur Aufnahme neuer Ideen geeigneter machen mußte. Die Volkswirthschaftslehre war durch Ricardo und seine Schüler auf den Standpunkt einer rein deductiven Theorie geführt worden, die aus sehr einfachen, aber zum Theil auch recht einseitigen Vordersätzen die ganze Summe von Folgerungen zog und auf das praktische Leben schlechtweg zu übertragen suchte. Nun wurde aber seit den funfziger Jahren durch Bruno Hildebrand, Stein, Roscher, Knies u. a. der Weg der geschichtlichen Forschung eingeschlagen, der zur Anerkennung des Princips der Relativität in der Nationalökonomie führte. Man erkannte also, daß verschiedene Culturstufen auch verschiedene Bedürfnisse in der Einrichtung der Volkswirthschaft erzeugen und die Volkswirthschaftspolitik sich danach richten müsse. Und allmählich lernte man diesen Maßstab auch an das Physiokratisch-Smith'sche System anlegen und kam zu dem Ergebnisse, daß auch dessen Lehren nicht, wie man allgemein verkünden hörte, „ewig gültige Naturgesetze" seien, sondern einfach ein Product des Zeitbedürfnisses und auch, wie schon in Abschnitt II dargelegt, durchaus berechtigt waren, aber selbstverständlich ebenso wie alle menschlichen Lehren und Zustände der Weiterentwickelung bedürften.

Auf Grund dieser Erkenntniß bildete sich dann im Laufe der sechziger Jahre eine jüngere deutsche Schule von Nationalökonomen, denen namentlich die von Bruno Hildebrand 1863 gegründeten „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik" als Organ dienten, während die ältere Freihandelsschule in der „Vierteljahrsschrift für Volkswirthschaft und Culturgeschichte" von Faucher und Prince-Smith Vertretung fand.

Die von der ältern Schule abweichenden Anschauungen dieser neuen, jetzt unter dem Namen Kathedersocialismus bekannten Richtung bestanden vornehmlich darin: daß die scharfe Abgrenzung der Eigenthumsrechte, die formelle Sicherung der wirthschaftlichen Selbstbestimmung, die Schaffung freien Spielraums für den wirthschaftlichen Egoismus — das Selbstinteresse, wie die Freihandelsschule es mit Anschluß an den englischen Ausdruck nennt — nicht genüge, um den Zweck des wirthschaftlichen Zusammenwirkens in der Gesellschaft zu verwirklichen, der kein anderer sein könne, als allen Theilnehmern an dem volkswirthschaftlichen Kreise ein thunlichst großes Maß von Wohlsein zu verschaffen und auch zu sichern. Um diesen Zweck zu erreichen, dürfe man sich nicht scheuen, das nicht mehr in den politischen Verhältnissen begründete Vorurtheil der ältern Schule gegen die wirthschaftliche Einwirkung des Staates, der öffentlichen Gewalt beiseitezusetzen und der Idee entgegenzutreten, daß die Schrankenlosigkeit des Verkehrs und Erwerbes zur socialen Harmonie führen müsse. Vielmehr müsse man sowol den „Socialisten", welche die Idee der Gegenseitigkeit in socialen Rechten und Pflichten betonen, als auch den gegen die Freihandelslehre gewendeten wissenschaftlichen Erörterungen eines Friedrich List, der die nationale Seite der Volkswirthschaft hervorkehrt, wie der vorhin genannten Gelehrten, welche auf die Schwächen der naturrechtlichen Anschauung in socialen Dingen hinwiesen, gebührend Rechnung tragen.

Diese wissenschaftliche Richtung trat dann auch öffentlich auf, indem sie im Herbst 1872 die Gesinnungsgenossen zu einer „Conferenz zur Besprechung der socialen Frage" in

Eisenach zusammenberief und 1873 einen „Verein für Socialpolitik" gründete, der sich besonders durch die Sammlung von wissenschaftlichen Gutachten, welche er über eine Anzahl von auf der Tagesordnung stehenden Fragen sammelte und die zum Theil reiches Material enthalten, verdient gemacht hat.*)

Die Berechtigung der hier charakterisirten wissenschaftlichen Bewegung kann an und für sich Zweifeln bei unbefangener Betrachtung der Sachlage nicht unterliegen; und wissenschaftliche Bestrebungen der gleichen Richtung machen sich auch in den andern Ländern, deren volkswirthschaftliche und gesellschaftliche Einrichtungen auf denselben Grundlagen wie bei uns beruhen, bemerklich. Eine andere Frage ist es, ob das öffentliche Hervortreten derselben in Deutschland in Form eines Vereins berechtigt, bezw. zweckmäßig zu nennen ist. Man konnte dies insofern bejahen, als der „Verein für Socialpolitik" den agitatorischen Wanderversammlungen der ältern Freihandelsschule, den namentlich aus liberalen Journalisten und Vertretern des Handelsstandes bestehenden „volkswirthschaftlichen Congressen" entgegentreten wollte, die auf Presse und Gesetzgebung starken Einfluß übten. Diese Vereinigungen waren wirksam und verdienstvoll, solange es galt, der liberalen Gesetzgebung ihre berechtigten Wege zu ebnen, und sie fanden ihre Kraft in der Vertretung einseitiger, aber klar und bestimmt formulirter Grundsätze. Bei der neuern, gegen die Freihandelslehre oppositionellen Bewegung, welche bekanntlich den Namen der „Kathedersocialisten"

*) Schriften des Vereins für Socialpolitik; Leipzig, Duncker u. Humblot, 1874 fg.

bekam, weil ihre Stimmführer nationalökonomische Professoren der deutschen Hochschulen waren, existirten nun aber einheitliche klare Grundsätze, wie sie zu einem öffentlichen agitatorischen Auftreten nothwendig sind, nicht; besondere Wirkungen ließen sich daher von den akademischen Gesprächen, die seit 1873 auf vier Jahresversammlungen in Eisenach abgehalten wurden, nicht erwarten. Die nicht durch öffentliches Hervortreten gestörte und dadurch einigermaßen gebundene Arbeit der einzelnen Gelehrten hätte vielleicht reifere Früchte gezeitigt. Die Unsicherheit und Verschiedenheit der socialpolitischen Ansichten*) hat denn auch bereits die zwar nicht formelle, aber doch factische Auflösung des Vereins für Socialpolitik herbeigeführt, dessen den freihändlerischen Anschauungen mehr zuneigender Theil sich neuerdings mit den Anhängern des Volkswirthschaftlichen Congresses verbunden und damit also selbständiger Agitation entsagt hat. Es wurde ihm dies um so leichter, als nach Erfüllung seiner agitatorischen Aufgabe auch jener Congreß an Einheit und Entschiedenheit des Standpunkts verloren hat. Der weitern Entwickelung jener wissenschaftlichen Richtung als solcher ist damit natürlich keineswegs präjudicirt.

Welchen Einfluß, und ob überhaupt einen, diese neuere Schule der Volkswirthschaftslehre, die wesentlich auf die Ausbildung einer eigentlichen Gesellschaftswissenschaft aus-

*) Diese Gegensätze werden besonders beleuchtet durch die Schriften von Adolf Wagner: „Die Communalsteuerfrage; Ausarbeitung eines Referats im Verein für Socialpolitik. Mit einem Nachwort: Der Verein für Socialpolitik und seine Verbindung mit dem Volkswirthschaftlichen Congreß"; Leipzig 1878 und Adolf Held: „Socialismus, Socialdemokratie und Socialpolitik"; Leipzig 1878.

geht, bisjetzt geübt hat, ist schwierig zu sagen. Ihr Streben geht natürlich dahin, die Anschauungen der Gebildeten und der Besitzenden in dem Sinne zu beeinflussen, daß sie die Schattenseiten der gegenwärtigen Volkswirthschaft sich zum Bewußtsein bringen, insbesondere die Verbesserungsbedürftigkeit der vielfach gedrückten und unsichern Lage der ärmern und lohnarbeitenden Schichten anerkennen, und durch Reformen auf dem Wege der Freiwilligkeit und der Gesetzgebung den berechtigten Forderungen entgegenkommen und damit gewaltsamen socialen Bewegungen vorbeugen, eine friedliche und harmonische Entwickelung der Gesellschaft befördern. Diese Aufgabe ist gewiß eine schwierige und nach den bisherigen Erfahrungen nicht sehr hoffnungsvolle, da es sich um Eigenthumsfragen, sociale Interessen und Opfer handelt. Indeß sind die Lehren der Geschichte ja keine für alle Zeiten maßgebenden.

Wir glauben, daß mit obiger Formulirung die Aufgaben, welche die praktischen Kathedersocialisten sich stellen und vernünftigerweise stellen können, erschöpft sind, und daß sich dann auch gegen ihre Bestrebungen nichts wird einwenden lassen. Eine eigentliche Vermittlerrolle zwischen den Conservativen und Radicalen, den Liberalen und Socialdemokraten können sie schon deshalb nicht übernehmen oder beanspruchen, weil ihr Einfluß auf die letztgenannten, die oppositionellen Richtungen, augenscheinlich gleich Null ist. Man hat ihnen zwar, während man sie in der ersten Zeit ihres öffentlichen Hervortretens von seiten der wohlhabenden Schichten und der Regierungen vielfach sympathisch empfing, neuerdings vorgeworfen, sie beförderten durch ihre Kritik der bestehenden socialen Ordnung die revolutionären Bestre-

bungen*), indessen offenbar irrthümlich. Social-revolutionäre Bestrebungen und Revolutionen, wie man sie fürchtet, entstehen nur aus dem Drange der Verhältnisse selbst und nicht durch einzelne Männer, Schriften und Kathedervorträge. Andererseits aber haben die Socialisten und Socialdemokraten die kathedersocialistische Theorie in keiner Weise nöthig, um zur Entfaltung zu kommen. Die Kathedersocialisten haben sich ja für ihre kritische „staatsgefährliche" Thätigkeit nur mit vorsichtigem Eklekticismus das angeeignet, was die socialistischen Schriftsteller seit Saint-Simon in dieser Beziehung geleistet haben, und die neuern eigentlich „socialistischen" Schriftsteller, welche vor und ganz unabhängig von den Kathedersocialisten gearbeitet haben, wie Karl Marx, Lassalle, Rodbertus übertreffen nicht nur diese an Geist und Wissen, sondern sind auch in ihren Folgerungen so viel extremer, daß es keinem Socialdemokraten einfallen kann, sich auf die Kathedersocialisten als Autoritäten zu berufen.

Wenn man aber den Kathedersocialismus für gefährlich erklärt und seine Entwickelung durch den Druck der öffentlichen Meinung der Gebildeten und durch äußere Maßregeln zu hemmen suchen wollte, so würde man damit Gefahr laufen, die Entwickelung der nationalökonomischen Wissenschaft überhaupt zu hemmen. Es wird sehr leicht sein, Männer als Lehrer der Volkswirthschaft zu finden, welche durch ihre Gesinnung oder ihre Unfähigkeit die Garantie bieten, die sociale Ordnung durch ihre Kritik nicht zu erschüttern; da aber die

---

*) S. insbesondere Ludwig Bamberger: „Deutschland und der Socialismus", Leipzig, Brockhaus, 1878; zuerst erschienen in der „Deutschen Rundschau", Februar und März 1878.

socialen Einrichtungen nicht auf Naturgesetzen beruhen, sondern stets unvollkommen und entwickelungsfähig bleiben werden und durch Stabilität der Gefahr gewaltsamer Umwälzungen unterliegen, so muß der geschichtlichen und kritischen Forschung der freieste Spielraum gelassen werden; und nicht diejenigen, welche sie üben, werden die gefährlichen sein. Gegen unpraktische Ideologien bieten die praktischen Interessen genügende Corrective; und viel mehr als der zahme Socialismus auf dem Katheder, wenn er nur mit gründlicher wissenschaftlicher Forschung und Kritik verbunden ist, schaden Vorurtheile und Unwissenheit in socialwissenschaftlichen Dingen in den Kreisen, welchen die Pflege der socialen Entwickelung obliegt, und auf welche die Kathedersocialisten wirken möchten.

V.

Die radicalen Parteien.

In social völlig gesunden Zuständen müßte das ganze Volk eine conservative Masse sein, und es sollte in derselben nur reformatorische Gruppen geben, welche der Entwickelungsbedürftigkeit aller gesellschaftlichen Zustände Rechnung trügen. Der Boden für oppositionelle Elemente müßte fehlen, und diese sollten nur aus solchen bestehen, die durch ihre eigene Schuld sich mit der gesellschaftlichen Verfassung in Widerspruch gesetzt haben. Ein frischer fröhlicher Krieg mag in der Wissenschaft und Politik ganz gesund, im Völkerleben hier und da nothwendig sein, im socialen Leben ist der Kampfeszustand weder gesund noch nothwendig. Gesund ist er nicht, weil er immer das Ergebniß einer lange vorhandenen Nothlage eines Theiles der Gesellschaft ist, und nothwendig ist er nicht, weil sociale Einrichtungen überhaupt nichts Nothwendiges sind, sondern von der Einsicht und der Willigkeit der Volksgenossen abhängen. Das Bestehen einer großen oppositionellen Schicht ist also ein unverkennbares Zeichen ungesunder Zustände. Allerdings ist das Bestehen, oder besser gesagt: Hervortreten einer starken activen Opposition insofern ein günstiges Zeichen, als dieselbe, ohne sofort in gewaltsamer Weise auszubrechen, sich erst dann öffentlich

geltend machen kann, wenn der Druck zu weichen begonnen hat und freisinnige Tendenzen zum Durchbruch gekommen sind. Die gegenwärtige Socialdemokratie ist deshalb das Zeichen einer wirklich liberalen Aera. Indessen ist es ein leidiger Trost, daß es früher schlechter gewesen sei; und es darf keine Beruhigung oder mindestens kein Motiv für sociale Unthätigkeit darin gesucht werden, daß es immer besser werde. Mit solchen allgemeinen Vorstellungen und Redensarten läßt sich keine Socialpolitik treiben. Vielmehr gilt es, die Art und Stärke der Bewegung und ihre wirklichen Grundlagen zu untersuchen, um ihren wahren Charakter, ihre Begründung und Dauerbarkeit zu erkennen, um zu sehen, welche Mittel zur Besserung nöthig und möglich sind.

Daß eine Bewegung, wie wir sie heute in der Socialdemokratie vor uns gegen die Grundlagen der Gesellschaft anstürmen sehen, von einzelnen Leuten gemacht, künstlich erzeugt und daher auch mit der Beseitigung der Führer oder gar durch dialektische Widerlegung der Theorie, auf welche sie sich stützt, zu beseitigen sei, könnte nur derjenige glauben, der entweder gar keine Kenntniß der socialen Geschichte hätte oder die Sache über die Personen vergäße. Dies letztere kann solchen wol begegnen, welche als „Eingeweihte" in der socialpolitischen Agitation stehen oder standen und in das kleinliche Getriebe der Fractionen und Persönlichkeiten blickend den Glauben an die Reellität der Bewegung selbst verlieren. Es ist das die alte Geschichte vom Kammerdiener des großen Mannes, der dessen private Schwächen kennt und diese Erfahrungen auf die öffentliche Person überträgt. — Indessen kann hier eben nur unbefangene geschichtliche Erwägung, welche das Ganze der Entwickelung im Auge hat, zum rich-

tigen Urtheil führen, und wird darüber keinen Zweifel lassen, daß die Ursachen der oppositionellen Bewegung in der modernen Gesellschaftsverfassung selbst, nicht in revolutionären Persönlichkeiten liegen.

Die Entstehung und das Wesen des modernen Lohnarbeiterstandes sind, soweit für den Zweck dieser Erörterungen unentbehrlich war, im zweiten Abschnitt geschildert, und ebenso ist dort dargelegt worden, wie in diesem Stande die socialdemokratische Idee, d. h. das Streben nach politischer Macht zum Zweck socialer Reformen zu Gunsten der Besitzlosen, um die liberale Idee der Freiheit und Gleichheit thatsächlich durchzuführen, Wurzel fassen konnte. Wir haben die Entstehungsgeschichte der socialdemokratischen Idee bis auf Louis Blanc's Formulirung derselben verfolgt. Daß diese Formulirung nicht nur für Frankreich, sondern die ganze moderne Gesellschaft Anwendung finden konnte, ist aus dem — innerhalb des germanisch-romanischen Culturkreises — internationalen Charakter der Cultur- und Wirthschaftsentwickelung selbstverständlich.

In Deutschland war noch in den revolutionären Bewegungen des Jahres 1848 von einer selbständigen Politik der Besitzlosen nicht die Rede; diese Bewegungen waren durchaus „liberale", die letzte Vollendung der seit der Französischen Revolution begonnenen Umwandlung der feudalen in die liberale Gesellschaft. Daß das bloße Zerstören alter Formen nicht genüge, empfand man allerdings auch bei uns schon damals. Zeugen dessen: Schulze-Delitzsch's Versuche zur Organisirung der „Selbsthülfe" und die weitverbreitete Anerkennung, deren sich diese Versuche bei den Liberalen selbst erfreuten; wovon wir gleichfalls schon früher sprachen. Die

neue Ordnung der Dinge mußte aber natürlich erst längere Zeit bestanden und gewirkt haben, ehe von einer Sammlung der unzufriedenen Elemente die Rede sein konnte.

Bekanntlich bezeichnet das Auftreten Ferdinand Lassalle's für Deutschland den Zeitpunkt, wo die bisher unbestimmt tastenden und zerfahrenen Bestrebungen der lohnarbeitenden Klasse einen festen Anhalts- und Sammelpunkt gewannen und sich bei uns eine eigentliche, von bestimmt formulirten Gedanken getragene Arbeitspartei zu bilden begann; Gedanken, die eben keine andern sein konnten als jene socialdemokratischen.

Lassalle hätte selbstverständlich in der kurzen Zeit seiner Wirksamkeit, von 1862, wo er im berliner Arbeiterverein zuerst seine Ideen entwickelte, bis zu seinem Todesjahre 1864, in welchem er seine Schrift „Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian, oder Kapital und Arbeit" herausgab, den Lohnarbeitern das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und des Klassengegensatzes gegen die Unternehmer nicht so lebendig einflößen und trotz bei seinen Lebzeiten gar nicht bedeutender äußerer Erfolge so nachhaltig wirken können, wenn der Boden dafür nicht in den socialen Zuständen selbst gelegen hätte.

Lassalle's Persönlichkeit und wissenschaftliche Bedeutung kümmert uns hier nicht*); man kann über ihn urtheilen

*) Zur Beurtheilung Lassalle's: „Georg Brandes; Ferdinand Lassalle. Ein literarisches Charakterbild. Aus dem Dänischen; Berlin, Duncker, 1877. Mit Aufzählung aller und Charakterisirung der wichtigsten Schriften Lassalle's. Seine Thätigkeit schildert Brandes folgendermaßen: „Zwischen dem März 1862 und Juni 1864 hat er nicht weniger als zwanzig Schriften verfaßt, von denen drei oder vier durch ihren

wie man will, die eine Thatsache ist nicht zu bestreiten, daß es ihm gelang, mit bewunderungswürdiger Schneidigkeit wissenschaftliche Sätze zu Werkzeugen des lebendigen socialen Kampfes zuzuspitzen und dadurch die zerstreuten Elemente socialen Widerstandes zu einer Streitmacht zu sammeln. Sein wissenschaftliches Rüstzeug konnte er einer langen Reihe von Socialisten vor ihm, von Saint-Simon an, entlehnen und wenn wir Lassalle's Lehre, welche die Arbeiter um sich sammelte, prüfen, so ist in der That ihr socialpolitisch bedeutender Kern im Grunde kein anderer als jener socialdemokratische Gedanke, den wir durch Saint-Simon vorbereitet und bereits bei Louis Blanc formulirt fanden; und er konnte auch kein anderer sein, wenn den Arbeitern ein Programm hingestellt werden sollte, in welchem ein Ziel der Agitation für sie als Klasse vorhanden war.

Und Lassalle's Programm war dieses:

In der gegenwärtigen Verfassung der Volkswirthschaft hat die Arbeit keinen Anspruch auf ihr Product, sondern

Umfang sowol wie durch ihren Inhalt ganze Bücher sind, und von denen die meisten trotz ihrer Kürze und Gemeinfaßlichkeit einen Gedankenreichthum enthalten und mit einer wissenschaftlichen Schärfe geschrieben sind, die sich sehr wenigen großen Büchern nachrühmen läßt. Außerdem hat er zu derselben Zeit Rede auf Rede gehalten, mit einer Arbeiterdeputation nach der andern conferirt, sich aus einem Dutzend politischer Processe herausgewickelt, eine höchst ausgebreitete Correspondenz geführt, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gegründet und dessen Verwaltungsangelegenheiten geordnet." — „Briefe von Ferdinand Lassalle an Karl Rodbertus Jagetzow. Mit einer Einleitung herausgegeben von Adolf Wagner"; Berlin, Puttkammer u. Mühlbrecht, 1878. Franz Mehring, „Die deutsche Socialdemokratie. Ihre Geschichte und ihre Lehre. Eine historisch-kritische Darstellung"; Bremen, Schünemann, 1877.

die Masse der Arbeiter am fremden Kapital wird durch einen Lohnbetrag abgefunden, der das Minimum des Unterhaltsbedürfnisses des Arbeiters zur Untergrenze hat und im übrigen durch die Nachfrage nach Arbeitskräften seitens der Unternehmer und das Angebot von Arbeit seitens der Arbeiter, die meist gar keinen Rückhalt in eigenem Besitz haben, festgestellt; die Lohnarbeiter stehen so als die wirthschaftlich Schwächern den Kapitalisten, deren wirthschaftliche Stärke eben im Besitz besteht, gegenüber. Daher ist der Arbeiter in der Regel nur im Stande, sich ein Einkommen zu verschaffen, welches in keinem gerechten Verhältniß zu der von ihm aufgewendeten Anstrengung steht, wenn man denjenigen Theil damit vergleicht, den sich die Unternehmer am Ertrage der Production vermöge ihres Eigenthumsrechts sichern können. Es herrscht hier jenes „eherne Lohngesetz", das einer der Hauptvertreter der Freihandelstheorie, David Ricardo, als ein Naturgesetz der Volkswirthschaft unter voller Zustimmung der herrschenden nationalökonomischen Schule entwickelt hat, wonach der Arbeitslohn stets um den „nothwendigen" Arbeitslohn, d. h. das „gewohnheitsmäßige Unterhaltsminimum" der Arbeiter schwankt und sich auf die Dauer gar nicht darüber erheben kann, weil ein Steigen des Lohns ein vermehrtes Angebot an Arbeitskräften zur Folge haben wird. Dieses sogenannte Naturgesetz unserer Volkswirthe ist auch in der That ganz unumstößlich, solange die gegenwärtigen Voraussetzungen dafür fortdauern, d. h. solange die gegenwärtige Lohnform besteht und die Arbeiter nicht durch corporativen Zusammenschluß sich von der Herrschaft der Kapitalisten befreien und eine andere Productionsweise einführen. Daß dieser Proceß durch die eigene Initiative der Arbeiter

eingeleitet werden muß, ist selbstverständlich, da die gegenwärtig herrschenden Klassen eine Aenderung der Productionsweise nicht wünschen können und also auch nicht die Hand dazu bieten werden. Daß die Arbeiter ein Recht auf diese Reform haben, kann keinem Zweifel unterliegen, da nicht die ökonomische Herrschaft eines Theiles der Gesellschaft über den andern, sondern die Durchführung der Freiheit und Gleichheit auf allen Gebieten in der Idee der modernen Gesellschaft liegt. Es gilt also, jene Voraussetzungen zu beseitigen, welche die ungünstige und der Gerechtigkeit widersprechende Lage des Arbeiterstandes zur Folge haben. Wie kann dies geschehen? Wie kann man dem Arbeiter einen größern Antheil am Productionsertrage, oder besser den ganzen Productionsertrag zuweisen? Am radicalsten dadurch, daß man die gegenwärtige Lohnform ganz abschafft und den Arbeiter zugleich zum Unternehmer macht. Dann muß ihm auch die Quote des Productionsertrages zufallen, die sich jetzt der Kapitalist kraft seines Eigenthumsrechts aneignet. Die wirthschaftliche Form, in welcher dies geschehen kann, ist aber durchaus nicht erst mühsam aufzusuchen und zu erproben, sondern sie ist bereits bekannt und, wenn auch nur hier und da und im kleinen, mit Erfolg angewandt; es ist nämlich die Productivassociation, bei welcher sich eine Anzahl Arbeiter desselben Gewerbes zusammenthut, um unter Leitung selbstgewählter Vertreter auf eigene Rechnung in genossenschaftlicher Arbeit ein Geschäft zu betreiben und den Ertrag desselben nach von ihnen selbst festgesetzten Regeln unter sich zu theilen. Solche Associationen würden zunächst in denjenigen Industriezweigen einzurichten sein, welche sich durch ihre Natur, indem sie verhältnißmäßig die stärkste

Arbeiterzahl beschäftigen, dazu am meisten eignen. Sie würden zu beginnen haben in solchen Districten und Localitäten, welche durch die Art ihrer Gewerbsthätigkeit, durch die Dichtigkeit ihrer Bevölkerung sowie durch die freiwillige Disposition derselben zur Association sich eignen. Sie würden, sobald erst eine Anzahl solcher Associationen besteht, immer spielender und leichter für alle andern Gewerbszweige und Localitäten einzuführen sein, und allmählich und im Laufe der Zeit würden dieselben den ganzen Arbeiterstand umfassen. Sie können dann Verbände unter sich errichten, um an Stelle der jetzigen planlosen und kraftvergeudenden Wirthschaftsweise, wo jeder darauf los producirt, ohne sich um den andern zu kümmern, und wo zwar in den einzelnen Unternehmungen eine knappe Ordnung und zweckmäßige Arbeitstheilung herrscht, im Ganzen der Volkswirthschaft aber kolossale Verschwendungen und fortwährende Verluste vorkommen, eine planmäßigere und sparsamere Wirthschaftsweise zu errichten. Sie können durch Creditverbände und Assecuranzverbände sich größere Hülfsmittel verschaffen und das geschäftliche Risico untereinander vertheilen. Diese Organisation ins Werk zu setzen, dazu ist nun freilich keine Aussicht, wenn die Arbeiter auf sich, auf ihre wirthschaftlichen Kräfte allein angewiesen bleiben. Zu jeder Unternehmung gehört Kapital, und das haben die Arbeiter eben nicht. Sie darauf anweisen, daß sie dies durch allmähliche Ersparnisse von ihrem Arbeitslohn zusammenbringen sollen, hieße sie auf die Ewigkeit vertrösten, denn der Arbeiter ist nur in seltenen glücklichen Fällen in der Lage, eine nennenswerthe Summe zu sparen. Zu vielen Arten der Unternehmung gehören aber Summen, die der Arbeiter auch im

glücklichsten Falle nicht aufbringen kann. Auf dem gewöhnlichen Wege des Credits Kapital zu erhalten, kann er gleichfalls nicht hoffen, denn unsere Creditinstitute, von Kapitalisten gegründet und für Kapitalisten arbeitend, werden die Hand zur Gründung solcher Associationen nicht bieten. Die (Schulze-Delitzsch'schen) Creditvereine auf sogenannter Selbsthülfe sind für den eigentlichen Arbeiter ganz unbrauchbar, da ein Verein von lauter eigenthumslosen Leuten, also eine Summe wirthschaftlicher Nullen, unmöglich dazu angethan ist, das nöthige Kapital zusammenzubringen; und mit der Hülfe einzelner Menschenfreunde kann man bei großen Organisationen nicht rechnen. Woher können also die Mittel kommen? Offenbar nur von derjenigen wirthschaftlichen Macht, welche verpflichtet ist, die Interessen der Gesammtheit wahrzunehmen, also von dem Staate. Das ist ja gerade die Aufgabe und Bestimmung des Staats, die großen Culturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln. Dies ist sein Beruf, dazu existirt er; er hat immer dazu gedient und dienen müssen. Von jeher sind nur durch Intervention des Staats die großen wirthschaftlichen Fortschritte zu Stande gekommen; der Staat hat eintreten müssen bei der Anlage von Kanälen, Chausseen, Posten, Packetbootlinien, Telegraphen, Landrentenbanken, bei landwirthschaftlichen Verbesserungen, Einführung von neuen Fabrikationszweigen, Eisenbahnbauten; bei welchen letztern sogar der Staat durch Zinsgarantien die Unternehmer vor Verlusten sichergestellt auf Kosten der gesammten Steuerzahler, die Gewinste hingegen den Actionären überlassen hat. Und so groß nun auch die durch solche und andere mit Staatshülfe eingeführten Verbesserungen sein mögen, sie

sinken zu verschwindenden Punkten zusammen gegenüber jenem gewaltigsten Culturfortschritt, der durch die Association der arbeitenden Klassen vollbracht würde. Denn was nützen alle aufgespeicherten Reichthümer, was nützt der sogenannte Nationalreichthum, wenn er immer nur für eine kleine Minderheit vorhanden ist, und die Mehrheit der Tantalus bleibt, der nach den goldenen Früchten vergeblich greift, in diesem Falle noch dazu nach Früchten, die er selbst mit sauerer Anstrengung geschaffen hat? Wenn je die Staatshülfe berechtigt war, so würde also dieser gewaltigste Culturfortschritt von allen, welche die Geschichte kennt, ein hülfreiches Eingreifen des Staats rechtfertigen. Und deshalb ist es Sache und Aufgabe des Staats, den Arbeitern dies zu ermöglichen, die große Angelegenheit der freien individuellen Association des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd in die Hand zu nehmen und es zu seiner allerheiligsten Pflicht zu machen, ihnen die Mittel und Möglichkeit zu dieser Selbstorganisation zu bieten. Und zwar kann er dies einfach und ohne bedeutende Opfer dadurch, daß er den Arbeitern seinen Credit zur Disposition stellt und durch Kapitalvorschüsse die Gründung solcher Productivassociationen ermöglicht, wobei er sich zur Wahrung seines Interesses die Genehmigung der Statuten und eine Controle über die Geschäftsführung ausbedingen kann. Das ist also Pflicht des Staats gegen die Arbeiter. Wird er aber diese Pflicht erfüllen? Solange die Regierung in den Händen der Besitzenden bleibt, gewiß nicht. Was haben also die Arbeiter zu thun? Sie müssen sich Einfluß auf die Regierung verschaffen. Und wie können sie dies thun? Sie müssen begreifen, daß die Interessen aller Lohnarbeiter den besitzenden Klassen gegenüber

identisch sind, daß sie sich also fest zusammenschließen müssen zu einer großen socialen Partei, welche auf das vorgesteckte Ziel gemeinsam hinarbeitet, und welcher die Besitzenden nicht werden widerstehen können, wenn sie einig und fest bleibt. Und das nächste Ziel ist also die Gewinnung politischer Macht, um diese für die sociale Reform zu verwerthen, und das allernächste ist die Erringung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts, um Vertreter der Arbeiterklasse in die Parlamente zu bringen, wo sie die Forderungen der Arbeiter geltend machen und die Regierungen zu deren Erfüllung zwingen sollen. — Das war das Programm Lassalle's.

Wie man sieht, ist seine Grundidee wol in der Form, nicht aber in ihrem Kern verschieden von der früher (Abschnitt II) entwickelten Louis Blanc's; es ist eben die socialdemokratische Idee, welche den Arbeiterstand, wie er durch die moderne Volkswirthschaft geschaffen ist, als sociale Klasse aufruft, sich die politische Macht zu verschaffen, um eine Reform der Volkswirthschaft herbeizuführen. — Die parteibildende Idee der Opposition konnte nach der gegenwärtigen Sachlage gar nicht anders lauten; alles übrige, was daran hängt, ist nebensächlich. — Es leuchtet auch sofort ein, wie sehr diese Formulirung geeignet war, die Fahne zu werden, um welche sich die Lohnarbeiter scharen konnten; ein Parteiprogramm zu bilden, welches auch der gewaltsamer Durchführung der Forderungen durchaus abgeneigte und reformatorisch gesinnte Arbeiter zur Hebung der mannichfachen Misstände seiner Lage zu dem seinigen machen konnte.

Was von der andern Seite an theoretischer Widerlegung geleistet wurde, war auch nicht gerade dazu angethan, die Arbeiter von der Unrichtigkeit jener Ideen zu überzeugen.

Man stellte dem von Lassalle aufgestellten Princip der „Staatshülfe“ dasjenige der „Selbsthülfe“ gegenüber und erklärte dieses als das einzig vernünftige und des freien Mannes würdige, während die Staatshülfe theils einem längst überwundenen wirthschaftlichen und wissenschaftlichen Standpunkte angehöre, theils in ihrer neuerdings empfohlenen Form durch das Verunglücken der socialistischen Experimente längst widerlegt sei. In letzterer Beziehung wies man namentlich mit Vorliebe auf die „Nationalwerkstätten“, welche in der Februarrevolution von 1848 in Paris eine Rolle spielten, als glänzendste Widerlegung des Socialismus hin. Man mußte aber in That mit dem Wesen und der Leitung dieser sogenannten Nationalwerkstätten vollkommen unbekannt sein, um sie als eine Waffe gegen socialistische Ideologien gebrauchen zu wollen.*)

Die socialpolitische Wirksamkeit der „Selbsthülfe“ konnte man damals sehr wohl noch überschätzen, und that das auch; daß man die „Staatshülfe“ als etwas Verwerfliches ansah, wird uns nach der vorausgegangenen Darstellung sehr erklärlich, ja selbstverständlich erscheinen. Indeß konnte dies doch eben nur vom Boden der liberalen Anschauung aus geschehen, von demjenigen aber, der diese verlassen hatte, konnte man nicht erwarten, daß er noch von dieser einzelnen Consequenz sich überzeugen lassen werde; zumal man ja doch sah, daß in der Praxis die wirthschaftliche Staatshülfe, z. B. beim Eisenbahnbau, vielfach geübt und gebilligt wurde.

---

*) Die Geschichte der ateliers nationaux bei Lorenz Stein: „Das Königthum, die Republik und die Souveränetät der französischen Gesellschaft“ — dritter Theil seiner „Geschichte des Socialismus und Communismus in Frankreich“; 2. Ausg. Leipzig, Wigand, 1855. S. 256 fg.

Daß sich Lassalle's agitatorische Formulirung zunächst an die industriellen, städtischen Arbeiter wendete, war sehr natürlich; denn hier fanden sich geschlossene Massen vor, Leute von beweglichem Geist und reizbarer Phantasie, bei denen das Grundübel des modernen Lohnarbeiterstandes — die Unsicherheit der Existenz und der Mangel an Aussicht auf wirthsaftliche Selbständigkeit — am offensten hervortraten. Die zerstreut wohnenden Arbeiter auf dem Lande, wo altes Herkommen die Unterordnungsverhältnisse fester hielt, die gesündere und weniger einförmige Beschäftigung, die Möglichkeit des Eigenthumserwerbs an einem Stückchen Grund und Boden, die Lage hoffnungsvoller erscheinen ließen, konnten als geeignetes erstes Angriffsobject nicht gelten. Man glaubte ja auch längere Zeit die ländliche Arbeiterbevölkerung den socialistischen Agitationen unzugänglich, die wesentliche Interessengleichheit der gesammten Lohnarbeiterklasse unterschätzend. Seitdem ist durch mannichfache beunruhigende Erscheinungen: die starke Auswanderung, das Hindrängen nach den Städten, das Auftreten der Socialdemokratie unter denselben auch hinsichtlich dieser Kreise die sociale Sorge erwacht.

Man hat gesagt, daß Lassalle die Gedanken seiner Lehre ebenso viel wie von Louis Blanc von Karl Marx entnommen habe. Daß seine Haupt- und Grundgedanken mit denen von Louis Blanc übereinstimmen, haben wir gesehen. Von Marx stammt aber allerdings die nähere Begründung der Theorie vom kapitalistischen Ausbeutungssystem, aus welchem Lassalle die Nothwendigkeit der wirthschaftlichen Befreiung der arbeitenden Klassen herleitet. Marx hatte diese Theorie bereits in seiner 1859 erschienenen Schrift: „Zur

Kritik der politischen Oekonomie", dargelegt und sie dann in seinem Werke über „Das Kapital"*) weiter ausgeführt.

Die Gedanken der Marx'schen Arbeit, welche unbestritten zu dem Bedeutendsten gehört, was in neuerer Zeit auf dem Gebiete der politischen Oekonomie geschrieben worden ist, sich aber ihrer schwerfälligen Form der Lektüre eines nicht sehr geduldigen Lesers entzieht, lassen sich, soweit sie hier in Betracht kommen, ganz kurz etwa dahin zusammenfassen:

Marx sucht nachzuweisen, wie das Kapital nur dadurch entstehe und sich vermehre, daß es den möglich größten Theil des Arbeitsproducts in sich aufsauge vermöge der heutigen Productionsweise. Das Kapital selbst setze dem Product gar keinen Werth zu, sondern nur die Arbeit schaffe den Werth, und damit auch Mehrwerth, durch dessen Aneignung der Kapitalist sich nährt. Wenn also z. B. ein Arbeiter in einer bestimmten Zeit den Werth von 10 Mark schafft, und der ihn beschäftigende Kapitalist ihm den Werth seines ganzen Arbeitsproducts — abgesehen vom Werth des Materials — als Lohn zahlen wollte, so würde derselbe nichts für sich übrig behalten. Er muß und wird ihm mithin weniger zahlen, und je weniger er ihm zahlt, je mehr der Lohn herabgedrückt wird, desto mehr behält der Kapitalist für sich und desto rascher wächst das Kapital. Als Mittel der Mehrwerth-Aufsaugung dient aber nicht nur der unmittelbare Druck auf den Arbeitslohn, sondern auch die extensive und intensive Ausnutzung des Arbeitstages. Dieser nämlich kommt deswegen in Betracht,

---

*) Das Kapital, Kritik der politischen Oekonomie. I. Der Productionsproceß des Kapitals, 2. Aufl.; Hamburg, Meißner, 1872.

weil das Kapital desto mehr gewinnt, je länger der Arbeitstag ist, resp. je intensiver die Arbeitskraft innerhalb vierundzwanzig Stunden ausgenutzt wird und zwar deswegen, weil der Arbeitslohn nicht im inneren Zusammenhange mit dem Werthe der Leistung der Arbeit steht — im Accordlohn ist ein solcher Zusammenhang nur scheinbar, ganz äußerlich und willkürlich hergestellt —, sondern sich auf die Dauer nach dem nothwendigen Tagesunterhalt des Arbeiters richtet (Ricardo'sche Lohntheorie). Je intensiver also der Kapitalist die Kraft des Arbeiters in der Zeit, für welche er ihm seinen Lebensunterhalt zahlt, ausbeutet, je mehr er den Werth des Arbeitstages und der Arbeitsleistung durch Beistellung von Maschinen, durch strenge Disciplin und Anspornungsmittel steigert, desto mehr „Mehrwerth" saugt er auf, und desto rascher geht die Anhäufung des Kapitals vor sich.

So ist, nach Marx, das Verhältniß von Kapital und Arbeit in der heutigen Productionsweise. Einen andern für die heutige Socialdemokratie bedeutsamen Theil seiner Lehre: seine Begründung des Communismus, werden wir nachher noch beleuchten müssen.

Aus der Adoption dieser Ausbeutungstheorie und Sonstigem, was Lassalle über den geschichtlichen Charakter des Kapitals, über den Zusammenhang von Productionsverhältnissen und Productionsweise u. s. w. von Marx entlehnt hat — daß es ohne Quellenangabe geschehen sei, führt Marx mit der entschuldigenden Bemerkung an, daß Lassalle zu diesem Verfahren wol durch Propagandarücksichten bestimmt worden sei —, folgen aber, wie ersichtlich, keineswegs die praktischen Vorschläge Lassalle's, und Marx spricht auch ausdrücklich

aus, daß er mit den Nutzanwendungen seines Schülers durchaus nichts zu thun haben wolle. Lassalle bleibt also sowol gegenüber Louis Blanc als Karl Marx die Originalität der wirksamen, parteibildenden Formulirung des socialdemokratischen Gedankens, und so war es denn sein Werk, daß nun — zunächst in Form des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins — auch in Deutschland die Arbeiter sich zum socialen Kampfe zu organisiren begannen.

Die äußere Geschichte wollen wir bei der Lassalle'schen Bewegung*) ebenso wenig näher verfolgen, wie wir es bei den andern socialpolitischen Parteien und Richtungen gethan haben.

Wie groß die Fortschritte derselben seit dem Auftreten Lassalle's und der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Mai 1863 waren, ist allgemein bekannt. Allerdings hatte Lassalle selbst, trotz der rastlosen Agitation und großer Geldopfer, dem Verein keine bedeutende Mitgliederzahl zuzuführen vermocht, sodaß dieselbe zur Zeit seines Todes, im August 1864, 3000 Mitglieder nicht überstieg; und bis zum Jahre 1867 schien unter verschiedenen Vereinspräsidenten und bei mannichfachen Zwistigkeiten die Existenz der socialdemokratischen Partei, soweit sie sich in jenem Verein manifestirte, ebenso fraglich wie die ihres Parteiorgans, des „Social-Demokrat". Dann aber stellte das Organisationstalent des damals zum Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewählten und bis 1871 in dieser Stelle verbliebenen Hrn. von Schweitzer Einigkeit und einen neuen Aufschwung der Partei her; und

*) Vgl. dafür die citirte Schrift von F. Mehring.

zugleich trat die politische Entwickelung der socialistischen Partei dadurch in ein neues Stadium, daß inzwischen das allgemeine Stimmrecht für den Norddeutschen Reichstag eingeführt worden war, sodaß es bereits in demselben Jahre gelang, durch die Wahl socialdemokratischer Parteiführer in dieses Parlament den Wünschen der Arbeiter in der höchsten gesetzgebenden Körperschaft öffentlichen Ausdruck zu geben.

Bekannt ist ferner, daß im Jahre 1869 auf einem Congreß zu Eisenach sich von den am Lassalle'schen Programm streng festhaltenden Socialdemokraten eine andere Fraction lostrennte, die unter der Führung des Drechslermeisters Bebel und des Literaten Liebknecht eine abweichende Organisation und modificirte Principien annahm. Dem Organ der Lassalleaner, dem in Berlin erscheinenden „Neuen Socialdemokrat" wurde der „Volksstaat" in Leipzig gegenübergestellt; während die Lassalleaner eine centralisirte Verfassung hatten, wurde diese Fraction nicht durch einen Präsidenten, sondern einen Ausschuß und eine Controlcommission geleitet; während jene vom nationalen Boden ausgingen und auf die friedliche Erstrebung der socialen Ziele durch politische Reformen hindrängten, stellten diese sich auf einen internationalen socialen und demokratischen Standpunkt und betonten die Nothwendigkeit energischen Kampfes, wenn auch nicht gewaltsamer Umwälzung. Diese „Eisenacher Ehrlichen" drückten den socialdemokratischen Gedanken also allgemeiner und schroffer aus, sie stellten eine fortgeschrittenere Fraction dar; indessen eigentliche grundsätzliche Unterschiede zwischen ihnen und den Lassalleanern fanden nicht statt. Ob diese etwas mehr Gewicht auf Productivgenossenschaften mit Staats-

credit legten wie jene, welche diese Forderung in den letzten Paragraphen ihrer Statuten stellten; ob jene den freien Volksstaat mit directer Gesetzgebung durch das Volk (Referendum) als politisches Ziel etwas mehr in den Vordergrund schoben als diese; ob sie etwas mehr Gewicht legten auf die Organisation des Widerstandes gegen das Kapital durch Gewerkschaften; ob jene sich auch äußerlich der Internationale anschlossen, die Lassalleaner nicht — das machte keinen Unterschied zwischen Socialdemokraten und Socialdemokraten.

Im Jahre 1875 vollzog sich dann auf einem Congresse zu Gotha die Wiedervereinigung der beiden Fractionen durch Annahme eines gemeinsamen Programms der Socialdemokratie Deutschlands, für welche 1876 der zum „Vorwärts" umgewandelte leipziger „Volksstaat" als politisches Organ bestellt wurde. *) Das Programm der deutschen Socialdemokraten lautet demnach jetzt folgendermaßen:

---

*) Die socialdemokratische Richtung war am 1. April 1878 in Deutschland durch 12 täglich erscheinende Zeitungen vertreten; außerdem durch 35 periodische Zeitschriften, die meist wöchentlich zwei- oder mehreremal erscheinen. Unter denselben befindet sich die Socialistische Revue: „Die Zukunft" zweimal monatlich, und ein Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt", eine socialdemokratische „Gartenlaube". Zu ihnen ist ferner zu rechnen „Die Neue Gesellschaft", Monatsschrift, in Zürich erscheinend; und in nahe verwandter Richtung die Wochenschrift von Guido Weiß „Die Waage". Außerdem erscheinen in der Schweiz, Oesterreich-Ungarn und Nordamerika 12 Zeitungen, bezw. Wochenschriften dieser Richtung in deutscher Sprache, und ferner gibt es in Deutschland jetzt 14 Organe (meist Wochenschriften) von socialdemokratischen Gewerkvereinen (Gewerkschaften). Macht zusammen 75 socialdemokratische Organe in deutscher Sprache. S. das Verzeichniß z. B. im „Vorwärts" Nr. 37 vom 29. März 1878.

„I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Cultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsproduct, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle andern Klassen nur eine reactionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die socialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller socialen und politischen Ungleichheit.

Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der socialen Frage anzubahnen, die Errichtung von socialistischen Productivgenossenschaften mit Staatshülfe unter der demokratischen Controle des arbeitenden Volkes. Die Productivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die socialistische Organisation der Gesammtarbeit entsteht.

Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staats:

1) Allgemeines, gleiches, directes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.

2) Directe Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

3) Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

4) Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.

5) Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

6) Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1) Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.

2) Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirecten Steuern.

3) Unbeschränktes Coalitionsrecht.

4) Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

5) Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.

6) Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Controle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

7) Regelung der Gefängnißarbeit.

8) Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhülfs- und Unterstützungskassen."

Ehe wir jedoch in die Betrachtung dieses Programms eintreten, erscheint es angezeigt, die für die Entwickelung des Socialismus wichtigen Strömungen, welche sich innerhalb desselben geltend machten und ihre Spuren in dem vorliegenden 1875er Programm zurückgelassen haben, zu betrachten; wir meinen die internationale und die communistische Richtung.

Zuerst die Internationale. Die Internationalität ist hierbei unter der selbstverständlichen Beschränkung zu nehmen, daß es sich nur um die Gemeinsamkeit der Bewegung inner-

halb des Culturkreises der modernen Gesellschaft handelt, wo die Gleichartigkeit der socialen und wirthschaftlichen Bedingungen zu gleichen Strebungen führen konnte; das beschränkt sie also auf die germanischen und romanischen Völker Europas und der Neuen Welt. Der slawisch-russische Culturkreis bietet schon so abweichende Bedingungen — es sei nur beispielsweise an den dort weit verbreiteten Agrar-Communismus erinnert —, daß keine eigentliche Gemeinsamkeit der Bewegung stattfinden kann, soweit dieselbe eine reale Basis hat und nicht in bloßer allgemeiner Verneinung, im Nihilismus besteht, der allerdings keiner bestimmten Staats- oder Gesellschaftsform bedarf, weil das Ruiniren auf alle anwendbar ist.

Der Gedanke einer internationalen Verbindung der Arbeiter dieser Länder, in denen gleichartige Verhältnisse gleichartige socialpolitische Richtungen, natürlich auch unter den Lohnarbeitern, hervorgerufen hatten, lag sozusagen in der Luft und bedurfte nur eines geringen Anstoßes zur Realisirung.

Der Freihandel in Verbindung mit den neuen Verkehrsmitteln hatte die Schranken zwischen den Nationen niedergerissen, Handel und Gewerbthätigkeit der einen Nation waren in engen Zusammenhang mit denen der andern getreten, die wirthschaftlichen Zustände der miteinander concurrirenden Culturländer wurden immer enger miteinander verknüpft und voneinander abhängig, und das Arbeitsrecht wie die Lage der arbeitenden Klasse waren in diesen Ländern den Grundzügen nach dieselben. Es wurde demzufolge schwer, in dieser Beziehung in einem der Länder bedeutende Veränderungen vorzunehmen, Reformen anzustreben, ohne auf die Concurrenz- und sonstigen Verhältnisse in den an-

dern Ländern Rücksicht zu nehmen. Allerdings für Reformen, welche sich in den Schranken z. B. einer englischen Fabrikgesetzgebung hielten, war dies nicht nöthig; denn die Erfahrung zeigte, daß dergleichen sehr wohl durchgesetzt werden konnte, ohne die industrielle Stärke des Landes zu vermindern, und bekanntlich weisen auch andere wirthschaftlich wichtige Factoren, z. B. die Zölle, Arbeitslöhne, Arbeitsgeschicklichkeit, natürliche Vortheile, in den verschiedenen Ländern und Gegenden, die miteinander in Verbindung stehen oder sogar auf demselben Markt verkaufen, so erhebliche Unterschiede auf, daß das selbständige Vorgehen des einen Landes mit wirthschaftlichen Umgestaltungen in ziemlich weitem Umfange ohne Bedenken stattfinden darf. Indeß abgesehen davon, daß bei den stets sich verengernden Beziehungen eine internationale Verständigung in wirthschaftlichen Dingen immerhin wünschenswerth erscheint, handelte es sich bei den socialdemokratischen Arbeitern ja nicht um geringfügige Reformen, sondern um großartige Veränderungen der ganzen Productionsweise zu Gunsten der Arbeiter. Um solchen Reformen die praktische Durchführbarkeit zu sichern und zugleich den Forderungen einen kräftigern Nachdruck zu geben, lag der Gedanke sehr nahe, die nach gleichen Zielen strebenden Arbeiter aller Länder in eine Verbindung für gemeinschaftliche Agitation zu setzen. Wie sollte auch den Arbeitern dieser Gedanke lange fern bleiben? War doch die Solidarität der wirthschaftlichen Interessen der Nationen zu evident, war doch das Kapital selbst von den Nationalökonomen längst für kosmopolitisch erklärt — warum nicht auch die Arbeit?; schloß doch eine internationale Verbindung an sich noch durchaus nicht eine Vernachlässigung der vater-

ländischen Interessen ein, und selbst wenn die Arbeiter erklärten, daß ihnen vor allem ihr Klassenwohl am Herzen läge und der nationale Standpunkt ein untergeordneter sei, so gingen sie darin keineswegs weiter als die modernen Kapitalisten, welche kaum noch Bedenken tragen, eine mit ihrem Vaterlande Krieg führende Macht mit ihrem Gelde, dem kosmopolitischen Wirthschaftsinstrument, zu unterstützen.

Es kann uns daher nicht wundernehmen, daß eine der ersten großartigen Manifestationen der wirthschaftlichen Solidarität aller Länder, die internationale Industrieausstellung zu London im Jahre 1862, von den Arbeitern dazu benutzt wurde, eine Verständigung der Arbeiter aller Länder anzubahnen. Hier wurden die ersten Verbindungen zwischen englischen und französischen Arbeitern angeknüpft, welche letztern überrascht waren, ihre dortigen Standesgenossen vielfach in höherer Lebenshaltung und in den Gewerkvereinen mit festen Organisationen versehen zu finden, deren allgemeine Verbreitung ihnen sehr geeignet scheinen mußte, den Bestrebungen ihrer Klasse überall Nachdruck zu geben. Das londoner Polenmeeting von 1863, bei welchem unter Führung des Ciseleurs Tolain eine französische Arbeiterdeputation erschien, gab Gelegenheit, die im Vorjahre angeknüpften Beziehungen persönlich fortzusetzen, revolutionäre Ideen mit den Flüchtlingen aller Nationen auszutauschen und weitere Vorbereitungen für die Gründung eines internationalen Arbeiterbundes zu treffen, welche dann am 28. September 1864 zu Saint-Martins-Hall in London erfolgte. Der Vorsitzende des Comité, welches die dortige Versammlung, bestehend aus englischen und einigen französischen Arbeitern und politischen Flüchtlingen verschiedener Nationen, gewählt

hatte, wurde der Schuhmacher Odger; Deutschland war darin durch den Schneider Eccarius und durch Karl Marx vertreten. Am 1. November 1864 legte der letztere dem durch Selbstergänzung verstärkten Comité, das auch correspondirende Secretäre für die verschiedenen Länder ernannt hatte, eine Gründungsadresse vor, die mit den Worten eines von ihm schon 1847 zu Brüssel verfaßten communistischen Manifestes schloß: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Die Statuten, welche vom ersten Congreß zu Genf 1866 angenommen worden sind, lauten folgendermaßen:

„In Anbetracht, daß die Befreiung der arbeitenden Klasse durch die Arbeiter selbst bewerkstelligt werden muß; daß die Anstrengungen der Arbeiter für ihre Befreiung nicht auf die Schöpfung neuer Privilegien, sondern auf die Herstellung gleicher Rechte und Pflichten für alle und die Beseitigung aller Klassenherrschaft hinauslaufen müssen; daß die wirthschaftliche Unterwerfung des Arbeiters unter die Eigner der Rohstoffe und Arbeitsmittel die Quelle der Knechtschaft in allen ihren Formen ist: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Herabwürdigung, der politischen Knechtschaft; daß infolge dessen die wirthschaftliche Befreiung der arbeitenden Klassen der große Zweck ist, unter den sich jede politische Bewegung als Mittel unterordnen muß; daß alle Anstrengungen dafür bisjetzt vergeblich gewesen sind aus Mangel an Solidarität zwischen den Arbeitern der verschiedenen Gewerke und Länder und einer brüderlichen Vereinigung der Arbeiter der verschiedenen Staaten; daß die Befreiung der Arbeiter keine nur örtliche oder nationale Frage ist, sondern im Gegentheil diese Aufgabe alle civilisirten Völker angeht und ihre Lösung von ihrem theoretischen und prak-

tischen Zusammenwirken abhängt; daß die Bewegung, welche sich unter den Arbeitern der wirthschaftlich vorgeschrittensten Länder wieder geltend macht und neue Hoffnungen erweckt, eine feierliche Mahnung ist, nicht wieder in die alten Irrthümer zurückzufallen, sondern die jetzt noch zersplitterten Kräfte zu sammeln: — aus diesen Gründen erklärt die am 3. September 1866 abgehaltene Versammlung des Internationalen Arbeiterbundes, daß für diesen Bund sowie alle die Gesellschaften oder Personen, die sich ihm anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit, Sittlichkeit die Grundlage des Verhaltens gegen alle Menschen ohne Unterschied der Farbe, des Glaubens, der Nationalität sein sollen. Die Versammlung betrachtet es als ihre Pflicht, nicht nur für die Mitglieder des Bundes die Rechte des Menschen und Bürgers, sondern für jeden, der seine Pflicht erfüllt, zu fordern: Keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten.

In diesem Sinne hat die Versammlung endgültig folgende Statuten für den Internationalen Arbeiterbund angenommen:

Art. 1. Der Bund ist gestiftet, um einen Mittelpunkt für den Verkehr und das Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder zu bilden, welche dasselbe Ziel verfolgen, nämlich: gegenseitige Unterstützung, den Fortschritt und die völlige Befreiung der Arbeiterklasse.

Art. 2. Der Name dieses Bundes ist: Internationaler Arbeiterbund.

Art. 3. Es wird ein Generalrath eingesetzt, der sich aus Arbeitern der am Internationalen Bunde betheiligten Nationen bildet. Er wird je nach den Bedürfnissen des Bundes in sich begreifen die Mitglieder des Vorstandes, als: den

Präsidenten, Generalsecretär, Kassirer und besondere Correspondenten für die verschiedenen Länder.

Jährlich wird die Versammlung den Sitz des Generalrathes und dessen Mitglieder bestimmen mit dem Rechte der Cooptation und wird den Ort für die nächste Zusammenkunft bezeichnen.

An dem für den Congreß bestimmten Zeitpunkt, und ohne daß eine besondere Einberufung nöthig wäre, werden die Delegirten am festgesetzten Tage und Orte kraft ihrer Vollmacht zusammentreten. Im Falle höherer Gewalt kann der Generalrath den Ort, nicht aber den Zeitpunkt des Zusammentritts ändern.

Art. 4. Dem jährlichen Congreß wird der Generalrath jedesmal einen Bericht über die Jahresarbeiten vorlegen. In dringenden Fällen kann er die Versammlung vor dem festgesetzten Termin berufen.

Art. 5. Der Generalrath wird Verbindungen mit den verschiedenen Arbeitervereinigungen anknüpfen, sodaß die Arbeiter jedes Landes fortlaufend von den Bestrebungen ihrer Klasse in den andern Ländern unterrichtet sind, damit eine gleichzeitige und in demselben Geiste geleitete Untersuchung über die sociale Lage der Klasse überall veranstaltet wird, damit die von einer Vereinigung auf die Tagesordnung gebrachten Fragen von allgemeinem Interesse von allen geprüft werden, und wenn ein praktischer Schritt oder eine internationale Schwierigkeit die Thätigkeit des Bundes fordert, dieser einheitlich handeln kann. Der Generalrath kann nach Gutbefinden von sich aus den örtlichen oder nationalen Vereinigungen Vorschläge unterbreiten.

Er wird ein Vereinsorgan herausgeben zur Erleichterung des Verkehrs mit den auswärtigen Verbandsvorständen.

Art. 6. Da der Erfolg der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern nur kraft Vereinigung und Verbrüderung gesichert werden kann, da andererseits das Wirken des Generalrathes desto größer sein wird, je weniger seine Thätigkeit zersplittert ist, so werden die Mitglieder des Internationalen Bundes alle Anstrengungen machen, jeder in seinem Lande, um die verschiedenen Arbeitervereine in einen nationalen Bund zu vereinigen. Die Anwendung dieses Artikels geschieht unter Berücksichtigung der betreffenden Landesgesetze. Unbeschadet solcher gesetzlichen Hindernisse ist jeder Ortsverein zum directen Verkehr mit dem Generalrathe verpflichtet.

Art. 7. Jedes Mitglied des Internationalen Bundes wird beim Uebertritte in ein anderes Land die brüderliche Unterstützung der Bundesglieder erhalten. Kraft derselben hat er ein Anrecht auf Auskunft über die Gewerbsverhältnisse des betreffenden Ortes; auf Credit nach den für den betreffenden Verein geltenden Bestimmungen und unter Garantie des Vorstandes desselben.

Art. 8. Jeder, der die Grundsätze des Internationalen Bundes bekennt und vertritt, kann Mitglied werden; jedesmal unter Verantwortlichkeit des ihn aufnehmenden Vereins.

Art. 9. Jeder Verein (bureau) ernennt seine Correspondenten für den Generalrath selbständig.

Art. 10. Die einzelnen Arbeitervereinigungen, wenngleich zum brüderlichen Zusammenwirken verbunden, behalten ihre Selbständigkeit und die ihnen eigenthümlichen Grundlagen.

Art. 11. Alles was in den Statuten nicht vorgesehen

ist, wird durch Reglements festgestellt, welche der Revision durch den Congreß unterliegen."

Dies die Statuten. Folgt ein Reglement von 15 Paragraphen.*) Wie bekannt, wurden die folgenden Congresse, auf denen außer Organisationsfragen solche über Eigenthum, Erbschaften, Arbeitseinstellungen, Maschinenwesen u. s. w. zur Sprache kamen, 1867 zu Lausanne, 1868 zu Brüssel, 1869 zu Basel, 1872 im Haag abgehalten.

Auf diesem letztern aber trat eine Spaltung ein; im folgenden Jahre tagten zwei Congresse nebeneinander in Genf, und eine eigentliche Organisation des „Internationalen Arbeiterbundes" scheint seitdem nicht mehr zu bestehen.

Die Schicksale des Bundes selbst haben für uns hier gar kein Interesse; uns kümmert hier nur der Gedanke, welchem er zum Ausdruck verhelfen sollte, und dessen Verbreitung.

In dem internationalen Programm finden wir erstens den socialdemokratischen Grundgedanken, der die politische Macht nur als Mittel zur socialen Reform will, und zweitens die Betonung der Solidarität der Arbeiterinteressen in den verschiedenen Ländern, und drittens das Ziel der Arbeiter: die Abschaffung der Lohnarbeit, d. h. der Arbeit am fremden Kapital. Diese drei Ideen sind ganz allgemein hingestellt, ohne daß man aus dem Programm selbst Bestimmteres über die Art und Weise der Durchführung und die Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft herauslesen

---

*) Fribourg, L'Association Internationale. Paris 1871. — O. Testut, L'Internationale. 7e éd. Paris 1871. — Villetard, Histoire de l'Internationale. Paris 1872. — M. B., Zur Geschichte der Internationale. Leipzig, Grunow, 1872. — Rud. Meyer, Emancipationskampf des vierten Standes. Berlin, Schindler, 1874. 2 Bde., passim.

könnte. Unzweifelhaft war die sehr allgemeine Fassung dieser Punkte deshalb gewählt, um den friedlichern wie den gewaltthätigern Elementen die Theilnahme am Bunde zu ermöglichen. Eine dem ausgesprochenen Zweck entsprechende Wirksamkeit desselben konnte erst dadurch erzielt werden, daß die Arbeiterschaften der verschiedenen Länder sich über bestimmte einzelne Punkte verständigten, auf die sie gleichzeitig ihre Action richten wollten, und damit einerseits durch Einigkeit stärker wurden, andererseits aber die Gesetzgeber der einzelnen Länder der Entschuldigung beraubten, es könne diese und jene Maßregel aus Rücksicht auf die internationale Concurrenz nicht durchgeführt werden. Der praktischen Ausführung dieses Vorhabens im friedlichen, reformatorischen Sinne hätte sich die Berechtigung in gewissen Grenzen nicht absprechen lassen, weil eben in der That zwar nicht die Productionsbedingungen im einzelnen, aber die socialen und wirthschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen in den Ländern unsers Culturkreises gleichartige sind, und Reformen von dem Umfange, wie ihn die Socialdemokraten planten, von einem einzelnen Staate nicht durchzuführen wären, wenn er sich nicht gegen die andern durch starke Verkehrsschranken — einen „socialen Schutzzoll", wie man jetzt öfter sagt — absperren wollte. Diese Internationalität der wirthschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und der Arbeiterverhältnisse im speciellen leugnen zu wollen, kann ja auch eigentlich niemand einfallen; wir hören ja auch oft aus Interessentenkreisen auf dieselbe hinweisen. Wenn es sich z. B. um die Lohnhöhe, um Beschränkung der Arbeitszeit, um ähnliche Verhältnisse, die auf den Preis der Waaren von Einfluß sind oder sein können, handelt, so sind die Widerstrebenden

mit mehr oder weniger Recht mit dem Einwand bei der Hand, daß die heimische Industrie dann durch die Concurrenz des Auslandes, welches solche beschränkende Einrichtungen nicht habe, ruinirt werden müsse — eine Anerkennung der Internationalität der Wirthschaftsverhältnisse überhaupt und damit auch derjenigen der Arbeiterverhältnisse. Sofern Bestrebungen auf socialem und wirthschaftlichem Gebiet überhaupt vernünftig sind, würde sich gegen eine internationale Organisirung derselben also wol so wenig sagen lassen wie gegen internationale Post-, Münz- u. dgl. Congresse, die eben im Bedürfniß der heutigen Entwickelung des Volkslebens liegen; und sie würden an und für sich noch durchaus keine Verneinung des nationalen Bewußtseins und der Vaterlandsliebe bedeuten. Sie wären auch an und für sich viel weniger gehässig, des öffentlichen Tadels werth, als die angesichts beabsichtigter Steuererhöhungen oft genug gehörten Drohungen der Kapitalbesitzenden: daß man sich denselben durch Auswanderung entziehen werde.

Die „Internationale" hat nun freilich einen derartigen vernünftigen Gebrauch von ihrer Idee nicht gemacht; es wurden keine Vereinbarungen zur friedlichen Durchführung einzelner naheliegender Forderungen getroffen, sondern weitaussehende, ohne großartige Umwälzungen undurchführbare Principien discutirt; und das wesentliche Resultat der Agitation war die Abschwächung des Nationalitäts- und Staatsbewußtseins. Diese beklagenswerthe Folge blieb trotz des äußern Niederganges der internationalen Bewegung selbst in weiten Kreisen der Arbeiter zurück, und prägt sich in der gegenwärtigen Gestaltung der deutschen Socialdemokratie auch entschieden aus, während die ursprüngliche Lassalle'sche Be-

wegung sich auf durchaus nationalem Boden bewegte. Die Internationale hat damit eine unerfreuliche Spur in der socialdemokratischen Bewegung zurückgelassen. Für deren Verhalten den Reichsinstitutionen gegenüber kommt gegenwärtig der weitere ungünstige Umstand hinzu, daß in der socialdemokratischen Reichstagsfraction besonders stark das particularistische Sachsen repräsentirt ist.

Zweitens die Communistische Richtung innerhalb der Socialdemokratie; d. h. die Richtung auf völlige Umwandlung des Privateigenthums in gesellschaftliches Eigenthum.

Ueber das Wesen des Communismus und sein Verhältniß zum Socialismus sind auch im gebildeten Publikum so wenig klare Vorstellungen verbreitet, daß es empfehlenswerth sein dürfte, hier eine kurze Auseinandersetzung über diesen Punkt zu geben.

Man hat im Publikum von den Socialdemokraten oder Socialisten — abgesehen vom Petroleum, dessen Anwendung eine sehr viel spätere Erfindung ist wie der Socialismus — gewöhnlich die dunkle Vorstellung, als ob es sich ums „Theilen" handelte. Beim Communismus ist nun aber gerade das Gegentheil der Fall, denn er will die Productionsmittel in gemeinsames Eigenthum zusammenwerfen, wie schon sein Name sagt; das Sondereigenthum an Productionsmitteln — Kapital, nicht Genußmitteln — also aufheben.

Principiell ist der Communismus weder praktisch noch theoretisch etwas Neues.

Der Communismus ist der wirthschaftliche Urzustand, dessen letzte Ausläufer in Form der ländlich-feudalen Rechtsverhältnisse bei uns erst in der Mitte dieses Jahrhunderts

beseitigt worden sind und dem liberalen Princip des vollen Sondereigenthums Platz gemacht haben, und der in den slawischen Ländern noch heute einen großen Theil der Gesellschaft beherrscht.*) An die Wiederherstellung der alten Formen des Communismus denken die heutigen „Communisten“ natürlich nicht, sondern wollen den Communismus auf die gegenwärtige wirthschaftliche Entwickelung anwenden und für sie passende communistische Formen suchen; in der Meinung, daß die communistische Verwaltung der Volkswirthschaft geringere Schattenseiten haben werde wie die gegenwärtig durchgeführte Erwerbsordnung des Sondereigenthums, von der sie annehmen, daß sie auf die Zerstörung der wirthschaftlichen Selbständigkeit der großen Mehrheit des Volkes herauskomme und sich in nichts als in den äußern Rechtsformen von der Sklavenwirthschaft unterscheide.

Theoretiker des Communismus hat es nun bekanntlich schon seit der Zeit gegeben, wo das Privateigenthum größeres Terrain erobert hatte, und von Thomas Morus bis auf Robert Owen, Charles Fourier, Etienne Cabet, Weitling und andere neueste Communisten sind die verschiedensten Theorien und Ideale aufgestellt worden, welche bei möglichst großer Conservirung der wirthschaftlichen Errungenschaften eine vollkommenere Gestaltung der Gesellschaft bezweckten.

Der Communismus ist nun augenscheinlich mit dem Socialismus nicht ein und dasselbe; dieser letztere bedeutet vielmehr nur die allgemeine Richtung auf Stärkung der ge-

---

*) Emile de Laveleye, De la propriété et de ses formes primitives (Paris, Baillière, 1874; deutsche Ausgabe von K. Bücher in Vorbereitung) gibt das beste Zusammenfassende über die Geschichte des Eigenthums.

sellschaftlichen Befugnisse und Thätigkeit denen des Einzelnen gegenüber, und kann sich in sehr verschiedener Stärke und den verschiedensten Systemen offenbaren. Man wird jedermann, der die Stärkung der öffentlichen Gewalt in socialen Dingen, z. B. die staatliche Regelung der Frauen- und Kinderarbeit, die Erweiterung des Gemeindeeigenthums befürwortet, einen Socialisten nennen können, wie man auch ganz mit Recht die „Kathedersocialisten", denen Umsturzgedanken gewiß fern liegen, mit diesem Namen belegt hat. So war auch Lassalle Socialist, ohne Communist zu sein, und die socialdemokratische Bewegung, welche er einleitete, war keineswegs eine communistische zu nennen, da sie nur die allmähliche Umwandlung der Großbetriebe in Genossenschaften zum Ziele hatte, ohne das Sondereigenthum an und für sich, namentlich den kleinen Privatbesitz, beseitigen zu wollen.

Die communistischen Theorien der Frühern und bis auf die jüngste Zeit waren nun der Art, daß sie einfach ideale Gebäude der Gesellschaft aufstellten, zu deren Aufbau ganz andere Menschen als die jetzigen socialen Individuen gehörten und erst dazu erzogen werden mußten.

Wie es aber die Eigenthümlichkeit der socialistischen Theorie von Bazard und Louis Blanc ist, daß sie die Anwendung des Socialismus gerade auf die moderne Gesellschaft und innerhalb derselben zu zeigen suchte, so finden wir bei Karl Marx die Eigenthümlichkeit, daß er nicht mehr einen allgemein menschlichen Communismus wie seine Vorgänger construirte, sondern seine Theorie des Communismus in unmittelbare Verbindung mit den heutigen Zuständen setzte und darzulegen suchte, daß diese eine Vorstufe des

künftigen Communismus seien und dieser aus ihnen selbst heraus entwickelt werden könne und, als ein besseres System, angestrebt werden solle. Dies gibt dem Marx'schen Communismus höhere Bedeutung als praktisches Agitationsmittel, wie sie die Theorieen der frühern Communisten hatten, und er konnte deshalb besondern Einfluß auf die socialdemokratische Bewegung üben, ebenso wie es sein „internationales" Programm, von dem wir oben sprachen, entschieden gethan hat.

Die communistische Theorie von Karl Marx wird am klarsten aus einem Abschnitt seines schon erwähnten Werkes „Das Kapital", dessen wichtige Stellen, weil ein kürzerer Auszug kaum möglich ist, hierher gesetzt werden. Marx spricht von der auf Sondereigenthum gegründeten Productionsweise und fährt dann (S. 791 a. a. O.) fort:

„Auf einem gewissen Höhegrad bringt sie die materiellen Mittel ihrer eigenen Vernichtung zur Welt. Von diesem Augenblicke regen sich Kräfte und Leidenschaften im Gesellschaftsschoße, welche sich von ihr gefesselt fühlen. Sie muß vernichtet werden, sie wird vernichtet. Ihre Vernichtung, die Verwandlung der individuellen und zersplitterten Productionsmittel in gesellschaftlich concentrirte, daher des zwerghaften Eigenthums vieler in das massenhafte Eigenthum weniger, daher die Expropriation der großen Volksmasse von Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten, diese furchtbare und schwierige Expropriation der Volksmasse bildet die Vorgeschichte des Kapitals. — Die Expropriation der unmittelbaren Producenten wird mit schonungslosestem Vandalismus und unter dem Trieb der infamsten, schmuzigsten, kleinlichst gehässigsten Leidenschaften voll-

bracht. Das selbsterarbeitete, sozusagen auf Verwachsung des isolirten, unabhängigen Arbeitsindividuums beruhende Privateigenthum wird verdrängt durch das kapitalistische Privateigenthum, welches auf Ausbeutung fremder, aber formell freier Arbeit beruht. Sobald dieser Arbeitsproceß nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zersetzt hat, sobald die Arbeiter in Proletarier verwandelt sind, die kapitalistische Production auf eigenen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Productionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete, also gemeinschaftliche Productionsmittel — eine neue Form. Was jetzt zu expropriiren, ist nicht länger der selbst wirthschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter ausbeutende Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Production, durch die Concentration der Kapitalien. Je ein Kapitalist schlägt viele todt. Hand in Hand mit dieser Concentration oder Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die corporative Form des Arbeitsprocesses auf stets wachsender Stufenleiter: die bewußte technologische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßig gemeinsame Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, und die Oekonomisirung aller Productionsmittel durch ihren Gebrauch als gemeinsame Productionsmittel combinirter gesellschaftlicher Arbeit. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vortheile dieses Umwandlungsprocesses usurpiren und monopolisiren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung, aber auch

die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Productionsprocesses selbst geschulten, vereinten und organisirten Arbeitsklasse. — Die Concentration der Productionsmittel und der Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich wird mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigenthums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriirt.

„Die kapitalistische Productions- und Aneigungsweise, daher das kapitalistische Privateigenthum ist die erste Negation des individuellen auf eigene Arbeit gegründeten Privateigenthums. Die Negation der kapitalistischen Production wird durch sie selbst mit der Nothwendigkeit eines Naturprocesses producirt. — Sie stellt das individuelle Eigenthum wieder her, aber auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Aera, der Cooperation freier Arbeiter und ihrem Gemeineigenthum an der Erde und den durch die Arbeit selbst producirten Productionsmitteln.

„Die Verwandlung des auf eigener Arbeit der Individuen beruhenden, zersplitterten Privateigenthums in kapitalistisches ist natürlich ein Proceß ungleich mehr langwierig, hart und schwierig als die Verwandlung des factisch bereits auf gesellschaftlichem Productionstrieb beruhenden kapitalistischen Privateigenthums in gesellschaftliches Eigenthum. Dort handelte es sich um die Expropriation der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, hier handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse."

Marx stellt also unsere gegenwärtige Wirthschaftsform als Vorbereitungsstadium und Vorschule für eine neue

communistische Epoche dar, indem er voraussetzt, daß unter der Herrschaft der freien Concurrenz der kleine Besitz vernichtet und in die Hände einer kleinen Zahl von Großkapitalisten übergehen werde. In diesen Großunternehmungen würden die Arbeiter so an das Gefühl der Gleichheit und das Zusammenarbeiten gewöhnt, daß es nur noch der Entwickelung des nöthigen Grades von Geschäftskenntniß bedürfe, um die „kapitalistische Spitze" abzustoßen und das kapitalistische Unternehmen in ein communistisches zu verwandeln.

Damit ist durch Marx der Communismus nicht mehr als Utopie, als ein unrealisirbares Phantasiegemälde der heutigen Gesellschaftsorganisation gegenübergestellt, sondern als ein unmittelbar aus derselben sich ergebendes und erreichbares Ziel, zu dessen Erreichung keine neuen Menschen geboren zu werden brauchen, weil die jetzigen durch die Umstände selbst darauf hin geschult werden. Nicht mehr der Arbeiter von heute, aber doch nahe Generationen können Marx zufolge hoffen, dieses communistische Ideal zu erreichen und den Zeitpunkt zu erleben, wo die Periode des kapitalistischen Sondereigenthums, in der wir jetzt stehen, durch eine bessere Periode des gesellschaftlichen Eigenthums ersetzt ist.

Diese Marx'sche Formulirung des Socialismus, welche die socialdemokratische Bewegung unmittelbar auf den vollen Communismus hinzuleiten suchte, hat auf diese entschieden bedeutenden Einfluß geübt, die vorgeschrittene, extreme Richtung darin befördert und wesentlich dazu beigetragen, daß das heutige Programm der Socialdemokratie viel allgemeinere Ziele stellt, als sie in der Lassalle'schen Bewegung

ursprünglich lagen. Der „Vorwärts", das schon genannte Centralorgan der Socialdemokratie Deutschlands, spricht diesen Standpunkt sehr deutlich in seiner Nummer vom 1. Mai dieses Jahres aus, wo es heißt:

„Lassalle bot verständigerweise in der Formel der Productiv-Associationen den kleinen Finger seiner großen Idee. — Die Consequenz des sich selbst entwickelnden Lebens hat die Arbeiter schnell genug dahin gebracht, die ganze Idee in ihrer Totalität zu verstehen und mit eiserner Energie zu erfassen.

„Wol gibt es noch eine ganze Anzahl von Arbeitern, die an dem Wort des Meisters hängen und es beinahe wie einen Abfall von seinen Lehren betrachten, wenn die Majorität jetzt den geraden Weg auf das endgültige Ziel der Einführung eines nur auf Arbeit basirenden Einkommen-Eigenthums lossteuert und den damals für nothwendig erachteten Umweg über die Productiv-Associationen mit Staatscredit verschmäht, — das sollte aber doch unter denkenden und vernünftigen Arbeitern kein Grund zur Spaltung sein. Auch diese Lassalleaner von der stricten Observanz werden «mit der Consequenz des sich selbst entwickelnden Lebens» noch dahin kommen, wohin sie Lassalle zu führen gedachte."

Es wird also hier bezeugt, daß ein großer Theil der Socialdemokratie sich nicht mehr mit Zielen, deren Erreichung in naher Zeit denkbar sei, bezw. an deren Realisirung schon die gegenwärtigen Arbeiter mitwirken könnten, sondern mit jenen Resultaten geschichtlicher Evolution beschäftige, die wir eben bei Marx kennen gelernt haben. Nach Marx' Entwickelung scheint die Epoche des Communismus zwar, wie gesagt, für nahe Generationen in Aussicht, aber doch noch

nicht nächstliegend, und zugleich bewiesen, daß die Verhältnisse und die Arbeiter jetzt noch nicht dafür reif sind. Wenn die Arbeiter trotzdem die näher liegenden Bestrebungen Lassalle's verschmähen und die Zwischenstufe, unter Verleugnung der ihnen von Marx gezeigten historischen Entwickelung, überspringen wollen, so könnte dies nur auf dem Wege der Revolution geschehen, deren Misglücken hiernach von vornherein feststeht, selbst wenn sie äußerlich zu siegen hoffen dürfte.

Wenn wir also die Socialdemokratie überhaupt schon nicht als eine blos reformatorische Partei, welche die gegebenen Zustände langsam weiter zu entwickeln sucht, sondern als radicale Partei bezeichnen können, weil sie die heutige Eigenthumsverfassung grundsätzlich verwirft, so macht sich jetzt eine noch radicalere Richtung geltend, welche die geschichtliche Entwickelung, wie sie von den Theoretikern des Socialismus dargestellt wird, noch überholen möchte.

Eine radicalste Fraction, die sich gegen Entwickelung und Ziele überhaupt gleichgültig verhält, hat, soviel bekannt, in Deutschland bisher keinen festen Fuß gefaßt, und scheint überhaupt nur unter dem Einfluß des (1877 verstorbenen) russischen Nihilisten Bakunin, als Abzweigung des Internationalen Arbeiterbundes, zu einer gewissen Organisation gekommen, wie sie z. B. in der Schweiz in der Confédération jurassienne mit ihrem kürzlich eingegangenen „Bulletin de la Confédération jurassienne" bestand. Die Tendenzen dieser „Anarchisten" gehen in einer Zerstörung der gegenwärtigen Gesellschaft durch eine Revolution auf; ein

rein negatives Programm, auf das sich eine Partei doch dauernd nicht begründen läßt. *)

Wenden wir uns nun zum Programm der deutschen Socialdemokratie zurück, so braucht es jetzt keine weitere Auseinandersetzung mehr, wiefern wir in demselben innerhalb des allgemeinen socialdemokratischen Rahmens die drei Hauptgedanken vertreten finden, von denen wir gesprochen haben: Lassalle's Productivassociationen, internationaler Charakter der Arbeiterbewegung, communistisches Ziel der Bewegung. Neben der Verurtheilung der gegenwärtigen Gesellschaft als einer auf Ausbeutung und Knechtung der Besitzlosen beruhenden ist aber doch der extreme Radicalismus durch die Betonung gesetzlicher Agitation (s. Nr. 2 des Programms) und die Forderungen, welche an den gegenwärtigen Staat (1—8 am Schluß), also diesen anerkennend, gestellt werden, zurückgewiesen.

Auf die Prüfung der einzelnen Sätze, bezw. Forderungen wollen wir auch bei diesem Programm nicht eingehen, nachdem wir das Wesen der Partei im allgemeinen genügend charakterisirt haben. Wir haben sie kennen gelernt als eine Partei, die sich stützt auf die durch die moderne Erwerbsordnung geschaffene Klasse der Lohnarbeiter und aus den Schattenseiten von deren Lage ihre Stärke zieht. Ihre Grundlage findet sie in dem Princip der Gleichheit,

*) Beiläufig sei bemerkt, daß die berüchtigte pariser „Commune" mit irgendeiner socialistischen Partei nicht in Verbindung zu bringen ist, und, wenn auch nur aus Mangel an Zeit, socialistische Tendenzen überhaupt nicht gezeigt hat. Die beste Darstellung der Communebewegung dürfte bisjetzt sein: Georges Morin, Histoire critique de la Commune; Paris, Lacroix, Verböckhofen u. Comp., 1871.

welches sie innerhalb der modernen Gesellschaft, mit Beibehaltung der wesentlichen Culturerrungenschaften derselben, allseitig verwirklichen will. In diesem Bestreben kommt sie aber dazu, die Grundlagen der heutigen Ordnung, die selbständige Familie (nicht die Ehe) und das Privateigenthum anzugreifen; indem sie in beiden die Stützen für die Fortpflanzung der bestehenden Ungleichheiten sieht; und zwar in der Familie insofern, als diese eine selbständige Wirthschafts- und Erziehungsgemeinschaft bildet, und Vermögen und sociale Anschauungen, wirthschaftliche und gesellschaftliche Traditionen vererbt und damit die Entstehung einer auf jenen neuen Grundlagen aufgebauten Gesellschaft verhindert; das Privateigenthum insofern, als es die Verfügung über die Arbeitsmittel einem Theil der Gesellschaft, nicht allen Mitgliedern derselben gibt und nicht das unmittelbare Ergebniß der Arbeit ist. Sie tritt hiermit sowol den rein conservativen wie den Reform-Parteien gegenüber, von denen wir sahen, daß sie auf jenen Grundlagen stehen, erstere beharrend, diese vorsichtig die an dieselben sich knüpfende Ordnung weiterbildend; die also zwar keine „reactionäre", wie sie die Socialdemokraten nennen, aber eine, mit Recht, conservative Masse sind.

Nachdem nun somit die drei großen Parteigruppirungen auf ihrem geschichtlichen Hintergrunde charakterisirt sind, wird es schließlich unsere Aufgabe sein, zu untersuchen, welche Aussicht und Berechtigung zu weiterer Entwickelung in denselben zu finden sei.

VI.

Die Zukunft der socialpolitischen Parteien.

Wenn dieser letzte Abschnitt „die Zukunft der socialpolitischen Parteien" überschrieben ist, so sollen in ihm doch nicht Prophezeiungen für einen fernen Zeitpunkt aufgestellt, sondern nur die Anschauungen, welche wir aus der vorhergehenden Darstellung über den Charakter der verschiedenen Gruppen gewonnen haben, verwerthet werden, um uns über die Entwickelungsfähigkeit derselben Rechenschaft zu geben. Denn nur in diesem Sinne läßt sich mit einiger Zuversicht von der Zukunft sprechen; ob die Parteien, sozusagen, von ihrer Entwickelungsfähigkeit Gebrauch machen, ob die gesunden oder ungesunden, die gesellschafts-freundlichen oder -feindlichen Elemente in ihnen die Oberhand gewinnen und Entwickelung oder Revolution herbeiführen werden, das ist ebenso schwer wie das Wetter vorauszusagen.

So viel steht jedenfalls fest, daß die Parteien sich auf einen entwickelungsfähigen, nicht blos beharrenden oder verneinenden Standpunkt stellen, in ihren principiellen Grundlagen und Zielen dem Fortschrittsbedürfniß der Gesellschaft Rechnung tragen müssen, um nicht zerstörend zu wirken oder von der Entwickelung selbst überrannt zu werden.

Die socialen Dinge sind in fortwährendem Fluß begriffen; die Entwickelung des wirthschaftlichen Lebens erzeugt neue Formen und Bedürfnisse; dadurch ändern sich allmählich die Anschauungen, und zwar sehr langsam, aber doch nach und nach verändert sich auch der Inhalt der gesellschaftlichen Grundeinrichtungen: Familie und Eigenthum.

Es hat aber mit diesen Veränderungen eine andere Bewandtniß wie mit denen der Naturkörper, sie sind nicht ein unbewußtes und unwillkürliches Entstehen und Vergehen, Zusammenballen und Abbröckeln, sondern sind das Ergebniß der menschlichen Willkür, bewußter Thätigkeit, die um so besser und wirksamer ist, je klarer sie sich der Grundlagen bewußt ist, von denen sie ausgeht, und der Ziele, auf welche sie hinstrebt.

Socialpolitische Parteien müssen natürlich dieser Natur der socialen Dinge Rechnung tragen, ohne daß sie sich deswegen charakterlosem Schwanken hinzugeben brauchen. Es gibt zu jeder Zeit gewisse ideelle Grundlagen, von denen man sagen kann, daß sie als maßgebende für die Entwickelung anzusehen seien. Dieselben werden von den Zeitgenossen als natürliche, naturrechtliche Principien angesehen, — obgleich sie im Grunde keineswegs natürliche, sondern eben social-historische sind —, die an sich unverrückbar seien und die man zu verwirklichen, auszubauen habe.

Solche Zeit-Ideen sind für uns heute in den Worten Freiheit und Gleichheit enthalten, die uns die liberale naturrechtliche Philosophie auf Grund der vorhergegangenen materiellen und geistigen Entwickelung unserer Culturvölker als erstrebenswerthe Ideale hingestellt hat. Sie gelten sowol für das politische wie das wirthschaftliche Leben, und wir

kommen von ihnen nicht los, sondern müssen sie „zeitgemäß“ zu fassen und zu gestalten suchen. Wir können und müssen über die ursprüngliche, erste Formulirung, welche unter dem Eindrucke der damaligen geschichtlichen Zustände geschah, hinausgehen, aber die Ideen selbst walten für uns mit „naturgesetzlicher“ Kraft, und über jeden, der sie verleugnen will, wird schließlich zur Tagesordnung übergegangen.

Die erste Formulirung der „Freiheit“, welche für das liberale Gesetzgebungswerk maßgebend war, lautete dahin, daß die Befugnisse des Individuums schroff abzugrenzen und zum Zweck der möglich größten Bethätigung des Eigeninteresses ausgiebig zu schützen seien; namentlich auf die strenge Ausbildung und Abgrenzung der wirthschaftlichen Machtsphäre — des Eigenthums — wurde in dieser Richtung die größte Sorgfalt verwendet.

Die erste Formulirung der „Gleichheit“ war die, daß es gelte, allen Personen die formell, gesetzlich gleiche Grundlage für die Bethätigung der Freiheit in jenem Sinne zu sichern.

Das Princip der Gleichheit in dieser Auffassung hat nun aber, wie man sofort ersieht, eigentlich keinen selbständigen Bestand, sondern kommt wieder auf das der Freiheit hinaus; ergänzt dasselbe nur im Sinne: der gleichen Freiheit für alle, und wurde praktisch als Gleichheit vor dem Gesetz — nicht auch materiell in den wirthschaftlichen und socialen Verhältnissen — durchgeführt.

Die besitzenden Klassen, von denen die revolutionäre Gesetzgebung ausging, konnten auch an der Gleichheit in anderm, sachlichem Sinne kein tieferes Interesse haben; und für sie, die socialpolitisch Conservativen bildet heute als wesentlichste Grundlage ihres socialpolitischen Denkens und

Handelns das Princip der Freiheit in dieser hier gekennzeichneten Auffassung.

Für die oppositionellen, radicalen Parteien hingegen ist die Gleichheit das hauptsächlich bewegende Problem, das sich ihnen folgendermaßen darstellt; sie sagen: Wir erkennen die Forderung der Freiheit und Gleichheit durchaus als berechtigt an, aber in der liberalen Formulirung sind beide nicht miteinander verträglich. Die gleiche Freiheit arbeitet der Gleichheit entgegen. Für die wirkliche sociale Freiheit kommt es nicht allein darauf an, daß sie als möglich größte Selbstbethätigung, Willkür aufgefaßt werde, sondern darauf, daß ein solches Maß der Freiheit ermittelt und festgestellt, als Bedürfniß dem Einzelnen anerzogen und garantirt werde, welches nothwendig ist und hinleitet zum Zusammenwirken zu einem Zustande allgemeinen gleichen Wohlbefindens in geistiger und materieller Beziehung; d. h. soweit die natürlichen Anlagen und Verhältnisse es gestatten und dasselbe nicht durch eigene Verschuldung verscherzt wird. Diese Gleichheit aber mit jener Freiheit, wie sie die Conservativen fassen, zu erreichen, ist deshalb unmöglich, weil diese letztere dahin führen muß, die aus früherer Zeit überkommenen und heute bestehenden Ungleichheiten in der socialen Lage der Volksschichten, im Besitz und infolge dessen auch in der Fähigkeit zum Erwerben, zu verstärken, statt auszugleichen; weil der Stärkere bei gleicher Freiheit den Schwächern verdrängt, ihn wirthschaftlich vernichtet und aufsaugt. Ein Zustand zunehmender Ungleichheit ist aber auch nicht mit der Freiheit verträglich, macht diese illusorisch. Vor allem kommt es also darauf an, die Gleichheit herzustellen; und zu diesem Zweck kann man nicht wie der Libera-

lismus vom Individuum ausgehen und dessen Eigeninteresse mit Garantien zu umgeben suchen, sondern man muß vom Ganzen, von der Gesellschaft, von deren Organ: dem Staate ausgehen, der das Individuum beschränken, den Inhalt seiner Freiheit feststellen, auf die Gleichheit hinwirken muß. Unmöglich vom Individualismus aus, nur vom Socialismus aus kann man zur Gleichheit kommen.

Das sind also die grundsätzlichen Gegensätze, die wir bei den Conservativen und den Radicalen gefunden haben, die sich aber bei den letztern gegenwärtig noch zu einer besondern communistischen Formulirung zuspitzen.

Die socialreformatorischen Parteien und Richtungen in der Mitte suchen nach Vermittelung dieser Gegensätze. Auch sie halten an der Zeitidee: Freiheit und Gleichheit, fest, sie möchten die Freiheit in dem liberalen Sinne conserviren, aber die Gleichheit mehr im socialistischen Sinne, von unten herauf, zu Gunsten der wirthschaftlich Schwächern, fördern, ohne auf jenes Ideal völliger Gleichheit einzugehen. Wie man aber für diesen Zweck das Princip der Freiheit und Gleichheit formuliren müsse, damit sind die Reformparteien und Richtungen offenbar noch nicht fertig; und in diesem Mangel eines festen grundsätzlichen Standpunktes, von dem aus man mit dem klaren Bewußtsein, wie weit man gehen darf und was man will, operiren kann, beruht ihre Schwäche. Sie heben zwar die Schattenseiten des liberalen Princips hervor, sie erkennen die Nothwendigkeit an, durch reformatorische Maßregeln dem Socialismus entgegenzutreten, bezw. bis zu einem gewissen Grade entgegenzukommen, um die liberale Gesammtidee zu conserviren und zu schützen, sie empfehlen einzelne Mittel, sie machen der Opposition mehr

oder weniger Concessionen — aber es fehlt die sichere Grundlage, die principielle Klarheit, um nach beiden Seiten hin zu imponiren und damit den Zweck: friedliche Weiterentwickelung der gesellschaftlichen Zustände, zu erreichen.

In den großen socialpolitischen Fragen, welche die gesammte Eigenthums- und Erwerbsordnung berühren, kann man aber gewiß noch weniger wie in den andern engern Gebieten des öffentlichen Lebens mit der Zuversicht des Erfolgs vorgehen, wenn man nicht, — nennen wir es ruhig mit dem heute etwas verpönten Wort: Ideale vor sich hat, die man ins Leben treten lassen will. Es kommt dabei nicht so sehr darauf an, daß diese Ideale gegen jeden Einwand correct formulirt seien, als darauf, daß sie in der allgemeinen Richtung, die als die berechtigte vorschwebt, genügende Begrenzung und Festigkeit des Handelns geben. Verzichtet man aber auf solche Formulirung von Idealen und begnügt sich damit, nur einzelne Punkte im Reformprogramm hinzustellen, so gibt es keine Vertheidigung gegen die Vorwürfe von rechts, daß man zu weit gehe, und von links, daß man zu wenig biete. Unter dieser Unsicherheit leiden dann die reformatorischen Bestrebungen, gehen am Mangel an idealer Kraft zu Grunde oder werden abgeschwächt, und lassen das Feld zum Kampfe für die schroffen Parteien frei; während eine zielbewußte Reformpartei und eine sichere Leitung, mit vielleicht nur wenig weittragenden Reformen, Bedeutendes für längere Zeit hinaus leisten kann.

Die Entwickelung der socialen Verhältnisse und Anschauungen geht nun heute ungleich rascher wie in frühern Zeiten, und darum ist auch das Reformbedürfniß drängender. Die rasche Folge der technischen Erfindungen, der Stand des

Verkehrswesens, die Ausbreitung der Presse leisten, in wachsender Geschwindigkeit, hierin jetzt im Verlauf weniger Jahre das, wozu früher ein Jahrhundert und mehr nöthig war. Dies erleichtert die socialpolitische Action sowol in friedlicher wie in kriegerischer Hinsicht. Man hat Lassalle vom hohen „historischen" Standpunkte aus oft mitleidig belächelt über seine geschichtsphilosophische Auffassung, mit der er seine Forderungen zu stützen sucht, daß nämlich nach der „Weltwende", die sich mit der Französischen Revolution vollzog, nachdem die vorhergehende Epoche eine Reihe von Jahrhunderten eingenommen hatte, nun um die Mitte dieses Jahrhunderts schon wieder eine „Weltwende" eingetreten sei, oder eintreten solle, welche ganz neue Formen der Erwerbsordnung erlange. Das mag von Lassalle so nicht richtig hingestellt sein, aber zugeben müssen wir ihm doch, daß man heute mit ausnehmend viel kürzern socialen Zeiträumen zu rechnen hat, und die socialen „Weltwenden" sich viel, viel rascher vollziehen als vor der Weltwende der Französischen Revolution. Die blos Conservativen nutzen sich heute viel schneller ab, die Reformparteien, welche in Ermangelung eines festen Standpunktes zu keiner Thätigkeit kommen, sind bald überholt, und die Parteien des Widerstandes, die keinen Boden für positives Wirken finden, treiben immer rascher dem Extrem und der Revolution zu.

Das einfache Gehenlassen erscheint also heutzutage doppelt gefährlich, sowie es festgestellt ist, daß in der Gesellschaft Zustände vorhanden sind, die oppositionellen Bestrebungen wirklich Boden geben. Letztere blos äußerlich durch Polizeimittel zu unterdrücken ist aber natürlich in jedem Falle unklug; denn entweder haben sie eben Boden, also eine ge-

wisse innere Berechtigung, und dann kann die äußere Zurückdrängung die Opposition im Innern nur steigern, oder sie entbehren der Berechtigung, wurzeln nicht in wirklichen Zuständen der Gesellschaft, dann wird diese nicht dadurch angegriffen und wird aus sich selbst dagegen reagiren. Es handelt sich ja in diesen socialen Dingen nicht um äußere Institutionen, die durch äußere Mittel geschützt werden können, sondern um die Lebensordnung selbst, die in ihrer innern Gesundheit den natürlichen und besten Schutz hat, deren Mängel aber nicht durch die Polizei, sondern nur durch die Politik, eine zielbewußte Socialpolitik, beseitigt werden können.

Wenn wir nun heute unsere socialpolitische Opposition ansehen, so haben wir schon anerkennen müssen, daß dieselbe ihre Nahrung zieht aus der wirthschaftlichen Unsicherheit und Unselbständigkeit eines Theiles der Bevölkerung, und ihren Boden findet in der neuen großen Schicht der Lohnarbeiter, die in die moderne Gesellschaft vollständiger und zweckmäßiger als gleichberechtigtes Glied eingefügt werden will. Wir dürfen, ja müssen auch zugeben, daß Freiheit und Gleichheit in der Formulirung des liberalen Systems den Besitzlosen nicht in gleichem, vollem Maße zugute kommt wie den Besitzenden, und daß dieserhalb eine veränderte Formulirung des Zeitideals zu suchen sein wird, welche zu ergründen eben die Aufgabe der Wissenschaft und der Reformparteien ist.

In diesem Sinne ist also eine oppositionelle Partei lebensfähig und entwickelungsfähig. Dies gilt aber nicht ohne weiteres von der heutigen socialdemokratischen Partei. Die Grundidee der Socialdemokratie als socialistischer Partei:

politischen Einfluß zu gewinnen, um sociale Reformen in jener vorhin dargelegten Tendenz nach Gleichheit herbeizuführen, — diese Idee kann man vom conservativen Standpunkte aus verwerfen, aber man wird zugeben müssen, daß sie an und für sich, nach Lage der Dinge, eine lebensfähige Partei zu schaffen und zu erhalten wohl im Stande sei. Andererseits haben wir aber gesehen, daß der socialdemokratische Gedanke und die heutige Socialdemokratie nicht ein und dasselbe sind, wie vielmehr die heute zur allgemeinen socialdemokratischen Partei zusammengeschlossenen radicalen Parteien einem Ziele nachstreben, welches ihr größter Theoretiker Marx als ein noch sehr fernes ihnen hingestellt hat und hinstellen konnte, oder besser: einem Zustande, der von Marx als Resultat einer historischen Evolution dargestellt worden ist; und also vernünftigerweise als unmittelbare Grundlage einer Parteiagitation gar nicht gebraucht werden kann. Dieser Zustand ist weder ein sittliches Princip, ein Ideal, welches mit Begeisterung erfüllen kann, noch eine unmittelbar ins Werk zu setzende Maßregel, auf die sich die agitatorische Thätigkeit schon jetzt richten könnte. Eine Revolution, ausgeführt um jene „kapitalistische Spitze" abzuschütteln und den communistischen Betrieb ins Werk zu setzen, müßte jetzt zum Theil schon aus Mangel an zu beseitigenden „kapitalistischen Spitzen" unausgeführt bleiben, und wo sich solche vorfänden und die betreffenden Großbetriebe in communistische Genossenschaften umgewandelt werden könnten, würde die Sache mangels Vorbereitung scheitern.

Da nun aber für jetzt selbst von einem Versuch solcher Revolution statt der Evolution nicht die Rede ist und sein

kann, so entbehrt die Socialdemokratie positiver für die Gegenwart brauchbarer Ideen, und bethätigt sich hauptsächlich in der Negative, in Angriffen auf das Bestehende. Dies muß entweder dazu führen, daß die dem socialdemokratischen Einfluß zugänglichen Elemente zu einer Revolution aufgereizt werden, welche, wie gesagt, misglücken muß; oder daß die Socialdemokratie in ihrer jetzigen Gestalt einer andern oppositionellen, wenn auch gleichfalls socialdemokratischen Partei mit klarern Zielen und agitatorisch praktischern Ideen Platz macht. Der jetzige Ideengang der radicalen Parteien kann zu positivem Wirken nicht führen, sondern nur dazu, die unzufriedenen Elemente zu sammeln und aufzureizen. Die Partei kann deshalb wol immer noch zunehmen, aber nicht mehr auf lange hinaus auf ihrer jetzigen Grundlage bleiben. Agitation und Presse, so geschickt, eifrig und opferwillig auch beide geleitet werden, müssen unter diesem Mangel erlahmen und leiden schon jetzt, trotz ihrer Blüte, dem Inhalte nach sichtlich darunter.

Trotzdem aber, wie schon nachdrücklich hervorgehoben, ist nicht daran zu denken, daß die Socialdemokratie als solche verschwinden werde, denn eine Partei des Strebens nach politischer Macht zum Zwecke socialer Reformen erhält sich so lange, als sie innere Berechtigung hat, resp. als ihr solche gegeben und gelassen wird, und bedarf nicht der Formulirung gerade der jetzigen Radicalen.

Man weist allerdings öfter auf eine Wahrnehmung hin, welche diese Behauptung von der Nothwendigkeit einer socialdemokratischen Partei bei dem jetzt noch vorhandenen Zustande der Gesellschaft zu widerlegen und diese Besorgniß zu zerstreuen geeignet scheint, nämlich daß es in England

— dem classischen Lande des „Kapitalismus" — keine socialdemokratische Partei gebe, und daß mithin auch bei uns, wo die Zustände der Socialdemokratie weniger Angriffspunkte böten wie dort, eine solche Partei nicht nothwendig sei.

Wie allerdings unsere heutige Form der Socialdemokratie nicht nothwendig sei, haben wir selbst schon gezeigt; daß aber in England keine Partei existirt oder organisirt ist, welche politische Macht für sociale Ziele sucht, ist eben einfach darauf zurückzuführen, daß sie noch nicht existirt; wie dies durch die politischen und socialen Verhältnisse Englands sehr wohl erklärlich ist. England ist nicht so unmittelbar wie wir von der Französischen Revolution berührt worden, in die moderne Gesellschaft und Volkswirthschaft hinein haben sich dort noch ältere Anschauungen und Zustände verpflanzt, das allgemeine Stimmrecht ist noch nicht durchgeführt, die Volksbildung steht auf einer niedrigern Stufe, Denken und Charakter der Nation sind schwerfälliger, die Disciplinirung der untern durch die obern Klassen ist straffer und nachhaltiger, die wirthschaftlichen Hülfsmittel sind mächtiger und das Vertrauen auf sie ist größer, die Colonien geben Gelegenheit, viele unzufriedene und zweifelhafte Elemente abzuleiten — während unsere zersplitterte Auswanderung viel wirthschaftlich brauchbare Kräfte verloren gehen läßt und dem Vaterlande auch in socialpolitischer Beziehung nicht gehörig zugute kommt —; alles dies sind Umstände, welche einen langsamern, überhaupt einen andern Gang der Parteibildung in England veranlassen. Der Boden dafür ist aber dort im allgemeinen derselbe wie bei uns, an unzufriedenen und jetzt schon kämpfenden Elementen

fehlt es nicht — man erinnere sich an die Gewerkvereine, die Union der Landarbeiter, die Agrarmorde, die Forderung von Arbeitercandidaten fürs Parlament, die sichtlich wachsende Betheiligung der dortigen Arbeiter an der Politik überhaupt —, und es ist gar nicht anders möglich, als daß auch dort das Streben, politische Macht für sociale Reformen zu gewinnen — die Socialdemokratie — wachsen und mehr Boden gewinnen wird, weil eben öffentlicher Einfluß die Vorbedingung für das Durchdringen mit socialpolitischen Forderungen ist. Das Exemplificiren mit englischen Verhältnissen, das nachgerade zum Ueberdruß und zum Schaden der Forschung in den heimischen Zuständen getrieben wird, kann also hier keine Anwendung finden. Unsere Socialdemokratie ist da und wir müssen mit ihr rechnen und sie nach eigenem Muster behandeln. Pactiren läßt sich allerdings, wie sie jetzt ist, mit ihr nicht, aber mit der Devise „kein Pactiren mit der Socialdemokratie" ist auch weiter noch nichts gethan, wenn es soviel heißen soll, als sie ignoriren und „austoben" lassen. Das ist eine Politik, die nur Unheil bringen kann, weil diese Partei sich eben nicht ohne Kämpfe austoben würde. Sie kommt daher gleich einer Kampfespolitik, die in socialen Dingen vom Uebel ist.

Eins freilich können und müssen wir von der Socialdemokratie verlangen, ehe von einem Pactiren die Rede sein kann, daß sie aus einer rein negirenden, radicalen Partei eine Reformpartei werde, die das Zeitideal der Freiheit und Gleichheit in einer friedlichern und gemäßigtern Weise ausbilden hilft, als sie jetzt beabsichtigt. Schwer muß ihr dies freilich werden, weil sie nach allen Seiten hin zu negativ geworden. Indeß darf man sich dabei durch das Beiwerk

der socialdemokratischen Bewegung: das Materialistische und das Antinationale ebenso wenig schrecken lassen, wie man glauben mag, vom kirchlichen oder wissenschaftlichen Standpunkte gegen diese Lehren ankämpfen zu können. Die große Menge der dem socialdemokratischen Gedanken Zugänglichen ist gegen jenes Beiwerk mindestens indifferent, und auch gegen die jetzige Formulirung überhaupt gleichgültig; sie würde einem jeden Programm zustimmen, das ernstliche und nahe Besserung und Sicherung ihrer Lage verheißt.

Eine Reformpartei dieser Art, welche aus den Interessenten selbst hervorginge, mit positiven, jetzt erreichbaren Forderungen würde auch ein viel bedeutenderes Gewicht haben, wie unsere jetzigen Reformparteien, welche aus der „conservativen Masse" hervorgehen, und ohne tieferes eigenes Bedürfniß im Interesse der wirthschaftlich Schwächern ihnen entgegenkommen wollen.

Den Vortheil haben die Socialdemokraten aber doch bereits, daß entgegenkommende Elemente in der conservativen Masse zu finden sind, wie wir sie eben in den Reformparteien, von denen oben (Abschnitt IV) gehandelt wurde, sehen. Freilich kann man bei der von uns schon bezeichneten Unklarheit des Standpunktes derselben kaum ahnen, wie weit sie gegebenenfalls zum Zusammenwirken mit einer socialdemokratischen Reformpartei geeignet und geneigt wären.

Andererseits aber wird freilich ein großer Theil der socialpolitisch Conservativen jeder Aenderung der Anschauungen und jedem Opfer abgeneigt sein, und wird nur dem gesetzlichen Zwange — der unter harten Kämpfen herbeizuführen wäre — folgend, oder aus Furcht, mehr zu verlieren, zum Nachgeben sich bewegen lassen. Die alte freihändlerische

Anschauung, welche von dem Zusammenhang der wirthschaftlichen und socialen Dinge ganz absieht, für die Volkswirthschaft nur die technischen Zweckmäßigkeitsrücksichten — Naturgesetze — gelten läßt, die Vermischung wirthschaftlicher und socialer Fragen überhaupt zurückweist und für die Verfassung der Gesellschaft keine andern Grundlagen als die vorhandenen in ihrer ganzen Ausdehnung anerkennen will, diese specifisch liberale Anschauung ist nicht so einfach zu beseitigen.

Es ist nicht zu leugnen, daß bei der großen Menge unserer Besitzenden und Gebildeten viel mehr Neigung zum starren Festhalten an dem Grundsatze Beati possidentes als zum Entgegenkommen und zu Reformen vorhanden ist.

Bei den großen Unternehmern in der Landwirthschaft und Industrie ist das autokratische Gefühl der persönlichen Würde und Macht ganz außerordentlich stark und die Vorstellung von der socialen Gleichberechtigung noch wenig ausgebildet. Wo man wirkliche Schäden anerkennt, ist man viel eher geneigt, auf dem Wege der Freiwilligkeit, des Geschenks etwas zu thun, und damit die Unverletzbarkeit der wirthschaftlichen Machtsphäre für sich aufrecht zu erhalten, als auf, wenn auch nur unbedeutend, das Princip der freien Verfügung einengende gesetzliche Reformen einzugehen.

Wenden wir dann unsern Blick auf die Stellung der Klasse der kleinern Unternehmer zur Arbeiterbewegung, zuvörderst der industriellen, so sehen wir gerade sie durch die ganze neuere wirthschaftliche Entwickelung im allgemeinen und durch jene Bewegung im besondern höchst empfindlich betroffen. Es ist bekannt, wie in vielen Productionszweigen der mit wenigen Gehülfen und meist auf Bestellung arbeitende handwerksmäßige Gewerbebetrieb durch den fabrik- und manu-

facturmäßigen Großbetrieb ganz erdrückt ist, in andern hart mit demselben ringen muß, und wie er auch im besondern durch die Mangelhaftigkeit und Einseitigkeit der Ausbildung der Gewerbsgehülfen zu leiden hat, welche die unvollkommenen modernen Gewerbeordnungen, ohne Rücksicht auf ihn, ermöglichen und fördern; während er noch dazu verurtheilt ist, in manchen Zweigen brauchbare Gehülfen für die mit ihm concurrirende Großindustrie auszubilden. Dabei steht der Kleinunternehmer rechtlich in derselben Lage zum Arbeiter wie der Großindustrielle, ohne thatsächlich in der wirthschaftlich imposanten Stellung des letztern zu sein. Bei dieser ohnehin schon mislichen Situation der Kleinindustriellen hat sich nun die anfänglich nur gegen das Großkapital gerichtete oppositionelle Bewegung der Arbeiter auch auf ihren Kreis übertragen, und trifft die Handwerksmeister doppelt hart, nicht nur durch zeitweilige Erhöhung der Lohnforderungen und den wachsenden Starrsinn der Gehülfen, mit denen sie beständig in nahem Verkehr stehen, sondern besonders auch in Form der Arbeitseinstellungen unverhältnißmäßig härter als die großen Fabrikanten, weil ihre Arbeiter nicht wie die jener an verhältnißmäßig wenige Etablissements und Orte gebunden sind, sondern größere Freiheit und Leichtigkeit haben, sich der Arbeit bei dem betreffenden Principal und ihren Verpflichtungen gegen ihn zu entziehen, und die Meister dadurch in die Unmöglichkeit zu versetzen, übernommene Bestellungen auszuführen.

Kein Wunder also, wenn gerade unter den Handwerksmeistern sich eine große Neigung zu Arbeitgebercoalitionen zeigt, und wenn wir bei ihnen die Bestrebungen verhältnißmäßig stark und zahlreich sehen, durch Versammlungen der

Meister eines Gewerbes aus ganz Deutschland, gemeinsame Berathungen, Vereins- und Ausschußconstituirungen sich zu organisiren und Widerstandskraft sowol nach oben gegen die Großindustrie als nach unten gegen die Arbeiter zu gewinnen. Nach jener Seite hin ist es freilich bei der sehr verschwommenen Grenzlinie zwischen der Großindustrie und den Kleingewerben und dem unwiderstehlichen Vorschreiten der erstern, da wo die wirthschaftliche Natur des Gewerbes das Eindringen einmal gestattet hat, nicht wohl möglich, sich anders zu helfen als durch gemeinsame Bestrebungen zur Vervollkommnung der Technik; den Arbeitern gegenüber aber wird man nur durch Beeinflussung der Gesetzgebung im Sinne einer Wiederherstellung festerer Bande zwischen Arbeit-Geber und -Nehmer etwas erreichen können. Nach beiden Richtungen hin geht dann auch das Streben dieser Meistervereinigungen. Daß bei diesen sich oft Sympathien für das alte Zunftwesen kundgeben, bedarf keiner Erklärung. Zu irgendeinem Abschluß oder zur Klarheit über Ziele und Mittel ist aber auch diese Bewegung noch keineswegs gelangt.

Was dann die ländlichen mittlern und kleinen Unternehmer anbelangt, so theilen, wie schon früher hervorgehoben, diese mit den großen Landwirthen die Schwierigkeit der Lage in Bezug auf Theuerung der Arbeitskräfte, verhältnißmäßig niedrige Kornpreise und Kapital-, resp. Creditmangel; indeß haben sie den Vortheil vor den entsprechenden industriellen Schichten voraus, nicht unter dem Druck des Großbetriebes zu leiden, wenn auch rationellerer Betrieb und erhöhte Anstrengung jetzt hier wie überall erforderlich sind. Von einer gemeinsamen Parteibildung gegen den Arbeiterstand kann aber bei dieser Klasse nicht die Rede

sein, am allerwenigsten soweit der Betrieb mit Hülfe von Familiengliedern und Gesinde geschieht und soweit ein patriarchalisches Zusammenleben derselben mit ihren Gehülfen fortdauert. Die große Zahl und die Mannichfaltigkeit der Abstufungen in dieser Klasse, die bis zum grundbesitzenden Tagelöhner heruntergeht, und ihre enge Verbindung mit dem Arbeiterstande, aus dem sie hervorgeht und sich wieder rekrutirt, verhindert das. Der größte Theil derselben würde sich vielleicht, wenn eine ernste sociale Bewegung einträte, hier und da eher mit den Arbeitern als mit den Großbesitzern verbinden. Inzwischen aber bilden sie das am meisten conservative und unparteiische socialpolitische Element, wenigstens im größten Theile Deutschlands, nicht nur vermöge ihrer natürlichen Schwerfälligkeit, sondern auch wegen ihrer bescheidenen, aber immerhin sichern wirthschaftlichen Lage; und ein jedes Land erscheint in dem Maße sicherer vor erfolgreicher socialer Revolution, als der kleinere und mittlere ländliche Unternehmerstand darin nicht nur zahlreich und in seiner Existenz gesichert, sondern auch einflußreich ist.

Blicken wir noch auf den übrigen Theil des Publikums, die zahlreiche Klasse der öffentlichen Beamten, Pensionäre, Rentiers, verschiedene Klassen von Kaufleuten und sonst nicht in die besprochenen Kategorien Gehörige, welche von der Arbeiterbewegung nicht unmittelbar berührt werden, sondern etwa nur geringe Ausläufer derselben in der „Dienstbotenfrage" an sich herantreten sehen, bei der es sich aber weder um grundsätzliche Veränderungen im Wirthschaftsrecht, noch um eine geschlossen auftretende Agitation handelt und deren Vorhandensein zum guten Theil an den Mängeln und am Ungeschick der Dienstherrschaften liegt; so ist von selbst

klar, erstens, daß hier, schon aus Mangel eines directen Angriffsobjects, von einer eigentlichen socialen Parteibildung nicht die Rede sein kann, und zweitens, daß derjenige Theil dieser Klasse, der zu den Besitzenden und zum höhern Beamtenstande gehört, entschiedene Antipathien gegen die Arbeiterbewegung hat, und nur der kleinere Beamtenstand, der dem Proletarierthum näher steht, ihr nicht feindlich gesinnt ist, aber im Fall einer socialen Revolution doch kaum mit ihr gemeinsame Sache machen dürfte. Ebenso unstreitbar ist aber auch, daß in diesen zum Theil auf die politische Entwickelung maßgebend einwirkenden Klassen bisjetzt ein bedauerlicher Mangel an Verständniß für sociale Verhältnisse und an Kenntniß der socialen Bewegung selbst herrscht, und daß ihr Urtheil, das oft sich als eine viel schärfere Verurtheilung der Arbeiterbestrebungen darstellt, wie man bei den betroffenen Unternehmern selbst findet, viel mehr von Vorurtheil als von Wissen bestimmt wird.

Und doch ist die Beseitigung jener Anschauung, die wir die specifisch liberale nannten, in den maßgebenden Kreisen die Grundbedingung reformatorischer Ideen und Bestrebungen, die Bedingung der Entwickelungsfähigkeit der conservativen Partei. Solange nicht anerkannt wird, daß die bloße wirthschaftliche Freiheit im Sinne der Freihandelslehre nicht ohne weiteres identisch ist mit der socialen Freiheit, sondern diese zerstören könne und in manchen Punkten zu zerstören droht, indem allzu große wirthschaftliche Ungleichheiten und allzu starke Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen werden, welche die Selbstbestimmung und freie Bethätigung der Individuen mehr einschränken, als es mit der modernen Grundidee der Freiheit und Gleichheit verträglich ist, — solange und

soweit dies nicht anerkannt wird, ist keine Möglichkeit der Verständigung da, und das Feld für den socialen Kampf bleibt offen.

Von dieser Ueberzeugung sind auch die von uns betrachteten Reformparteien, welche aus dem Liberalismus selbst hervorgegangen sind, durchaus durchdrungen, und wollen keine Vernichtung, aber eine andere Formulirung der Freiheit, thatsächlich also Beschränkungen des schroffen Eigenthumsrechts, der individuellen Wirthschaftssphäre, und wollen Garantie gegen die Beeinträchtigung der Gleichheit durch die Freiheit.

Nicht alle diese Reformparteien widmen aber der Lohnarbeiterfrage, dem Ausgangspunkt der radicalen Parteien, in erster Linie ihre Reformbestrebungen.

Die Steuer- und Wirthschaftsreformer oder Agrarier sahen wir vornehmlich ihr Augenmerk darauf richten, daß die bisherige Gesetzgebung nicht mit gleichem Verständniß und gleicher Sorgfalt für die Interessen des Grundbesitzes und der Landwirthschaft gesorgt hat wie für diejenigen des beweglichen Kapitals, und hier die Freiheit anders aufgefaßt werden müsse; erst in zweiter Linie gehen sie auf das Verhältniß von Unternehmer und Arbeiter ein. Wir haben die Berechtigung des Ideengangs dieser Gruppe schon geprüft und im allgemeinen anerkannt; es dürfte über die Entwickelungsfähigkeit ihres freilich noch sehr unentwickelten Programms kein Zweifel sein. Dazu müssen aber nicht nur die positiven Gedanken, der bloßen Bekämpfung des „Liberalismus" gegenüber, mehr hervortreten, sondern es müßte auch deutlicher und allseitiger der Standpunkt der Partei als einer socialpolitischen, welche nicht nur einzelne

Forderungen durchsetzen will, sondern sich auch ihrer Stellung zum Princip der Freiheit und Gleichheit bewußt ist, formulirt werden.

Die socialpolitischen Programme der Fortschrittspartei wie auch der katholischen Partei stellen hingegen entschieden in den Vordergrund, daß es sich um die socialen Wirkungen der wirthschaftlichen Freiheit für die Besitzlosen und Lohnarbeitenden, wie auch für die kleinen Besitzenden, den ökonomisch schwächern Theil der Bevölkerung überhaupt handle. Beide greifen die Frage freilich von durchaus verschiedenen Seiten an.

Die Fortschrittspartei sucht den liberalen Standpunkt so vollständig wie möglich zu wahren, und hält sich von allem „Socialistischen" ängstlich fern. Sie sucht nur, falls man so sagen darf, den Individualismus zu organisiren, wenn sie auch beim Eintreten für Fabrikgesetzgebung, Schutz der Frauen- und Kinderarbeit u. s. w. — alles Maßregeln, die doch eben eine Beschränkung des Sonder-Eigenthums, Vorsichtsmaßregeln gegen den Misbrauch der Freiheit in der Wirthschaftssphäre im socialen Interesse sind — nicht umhin kann, socialistisch zu werden. Ihr Festhalten des individualistischen Standpunkts oder der Freiheit in liberaler Fassung und des Operirens von hier aus im socialpolitischen Sinne hat den Vorzug, ebenso conservativ wie klar zu sein, und wir haben die Berechtigung auch dieses Versuchs vorher gleichfalls schon anerkannt. Immerhin drängt sich aber hier die Frage auf, ob es auf diesem Wege möglich ist, die harmonische, friedliche Entwickelung der Gesellschaft zu sichern, also das socialpolitische Ziel, welches vorschwebt, zu erreichen. Wenn man auf dem reinen individualistischen Standpunkte

stehen bleibt, so ist weiter kein Hülfsmittel der socialen Organisation gegeben wie die Genossenschaft. Diese kann entweder eine reine Wirthschaftsgenossenschaft sein, die den Zweck hat, den kleinern Leuten die Vortheile zu verschaffen, welche ein Vermögenderer schon als Einzelner hat. Sie sind also ein schwerfälliges Surrogat der großen Einzelwirthschaft, und gerade das, was man fürchtet und bekämpfen möchte: die Störung des gesellschaftlichen Gleichgewichts durch die freie Entwickelung von großer Uebermacht einzelner Vermögenden werden sie nicht hemmen können. Oder aber die Genossenschaften sind mehr als nur auf die Erleichterung der Consumtion und Production gerichtete Vereine, sind Kampfgenossenschaften, welche — wie die Gewerkvereine die Lohnarbeiter — die wirthschaftlich schwächern Elemente zum activen Widerstand gegen die Ausdehnung der Machtbefugnisse der Stärkern vereinigen sollen; dann bringen sie eben als organisirte Kampfgenossenschaften eine fortwährende Bedrohung des socialen Friedens mit sich. Allerdings kann die staatliche Anerkennung, welche für diese Vereine erstrebt wird, und die ihre Thätigkeit also mit gewissen Schranken umgeben müßte — ohne welche eben die staatliche Sanction keinen Zweck hätte — für den Augenblick als ein Beruhigungsmittel wirken, und auf eine sanftere Art der Kampfesführung hinweisen; aber für die Dauer kann auch sie den ins Auge gefaßten friedlichen Zweck nicht erfüllen. Selbst wenn die staatliche Organisation der Gewerkvereine eine allgemeine, zwangsweise durchgeführte werden sollte, müßte doch erst durch weitere sich auch auf die Unternehmer erstreckende Einrichtungen eine völlige Organisation der Gewerbe geschaffen werden, um den Gewerkvereinen den

Charakter von einseitigen Arbeitervereinigungen, Kampfesorganisationen zu nehmen; und das wäre ein Sprung in den „Socialismus“. Die Fortschrittspartei will aber eben letztern nicht, und auch keine zwangsweise allgemeine Einführung solcher Vereine; es ist also keine Garantie für allgemeine Anerkennung und für Wirksamkeit derselben in ernstern Streitfällen vorhanden. Vielmehr haben wir dann nur eine staatliche Beförderung von Vereinigungen, welche auf wirthschaftlichen Kampf und politische Vertretung ihrer socialen Interessen hinausgehen müssen, ohne daß dadurch dem Problem, wie man die Sicherheit und Selbständigkeit der Existenz der Arbeiter herbeiführen, sie als eine zufriedene Schicht in die moderne Gesellschaft einfügen solle, irgendwie näher getreten wäre. Außerdem muß die Fortschrittspartei aber dennoch, wie vorhin schon hervorgehoben, dem Socialismus einzelne Concessionen machen, ohne daß sie eine feste Grenze aufstellte, wie weit sie über ihren eigentlich conservativen, individualistischen Standpunkt hinausgehen wolle und könne.

So verdienstvoll also die socialpolitischen Bestrebungen der Fortschrittspartei unstreitig sind, so ist doch der Standpunkt kein recht befriedigender, weil ein Fortschritt zu einer wirklich socialpolitisch wirksamen Reformpartei nicht zu ersehen ist. Dies erscheint hauptsächlich deshalb bedauerlich, weil Bestrebungen, die der Entwickelungsbedürftigkeit der socialen Zustände Rechnung tragen, unstreitig mehr Aussicht auf Realisirung haben, wenn sie von einer starken, lebensfähigen politischen Partei getragen werden, als wenn sie keinen Stützpunkt in einer solchen finden.

Die andere Reformpartei, die katholische, ist in Bezug

auf die Annäherung an den Socialismus viel weniger ängstlich, man möchte sogar sagen, sie verfällt in dieser Hinsicht in das entgegengesetzte Extrem wie die eben besprochene Partei, da man kaum annehmen kann, daß alle die Elemente, aus denen sich die katholische Partei gegenwärtig zusammensetzt, eine so entschiedene Stellung gegen den Liberalismus festzuhalten geneigt sein werden, wie wir sie es jetzt thun sahen, wenn die Partei aus der politischen Opposition wieder heraustritt und Hand in Hand mit der Regierung an dem Ausbau der socialen Gesetzgebung mitwirkt. Es fällt uns dabei nicht ein, die jetzige katholische Partei etwa der Unehrlichkeit zu beschuldigen, ihr unterzuschieben, daß sie an ihren Forderungen nicht festhalten, nur mit den Radicalen aus Oppositionsbedürfniß kokettiren wolle; aber in Conflictszeiten spitzen sich eben ganz naturgemäß auch die socialpolitischen Forderungen schärfer zu wie sonst, und viele, welche dann weiter gehen zu können und zu müssen glauben, ermäßigen dieselben, wenn die privaten Interessen den Parteiinteressen gegenüber wieder mehr Platz gewinnen.

Wie wir aber bei Darstellung des katholischen Programms schon hervorgehoben haben, wird von der socialpolitischen Gesammtendenz desselben ein gutes Stück in Wirksamkeit bleiben, ja vermuthlich bei einer friedlichern Gestaltung der kirchenpolitischen Verhältnisse erst recht zur Wirksamkeit kommen, wenn der Kern der katholischen Partei, die Geistlichkeit, die begonnene sociale Propaganda friedlich weiter zu führen im Stande und geneigt ist. Die Geistlichkeit ist der berufene Vertreter eines vernünftigen Socialismus. Die auf dem schroffen Individualismus beruhende Anschauung des Liberalen kann in ihr keine unbedingten Vertreter finden,

wenn sie ihren Beruf allseitig praktisch auffassen und ausüben. Er muß sie auch auf sociale Werkthätigkeit und damit auf die Unterstützung der wirthschaftlich Schwächern ebenso wie auf ein Wirken zum socialen Frieden im allgemeinen hinweisen. Der Geistliche hat zwar naturgemäß nicht Socialpolitik im Großen zu treiben, sondern seine Stellung weist ihn auf die humanisirende Richtung im kleinern Kreise hin; und er kann hier außerordentlich viel wirken, wenn er weiß, wie es anzufassen und worauf es ankommt. Und wenn ihm nun dazu die socialpolitische Thätigkeit der katholischen Partei, bezw. der Kirche als eines einheitlichen Ganzen die Richtpunkte angibt, ihn ermuntert, die Grenzen steckt, in denen das liberale Princip weiter zu bilden und eine friedliche Entwickelung zu erstreben ist, so liegt hier der gesunde Gedanke und die Entwickelungsfähigkeit des katholischen socialpolitischen Programms.

Hier liegt zugleich auch für den „Staatssocialismus" der gesunde Kern. Allerdings geht dieser ja der Anlage nach über den Rahmen eines protestantischen „Kanzelsocialismus" hinaus. Bisjetzt ist aber diese junge Bewegung noch nicht weiter gediehen und wir würden durchaus nichts dagegen haben, sie als einen Bruder des katholischen Kanzelsocialismus in dem eben geschilderten Sinne sich auswachsen zu sehen. Jener könnte mit diesem friedlich und ersprießlich zusammenwirken. Natürlich müßte dazu von confessionellen Rücksichten und Fragen ganz abgesehen werden. Dieselben sind aber auch in socialpolitischen Dingen absolut gleichgültig und wirkungslos. Die Kirche hat sich hierbei blos als berufene Vertreterin der allgemeinen Humanitätsidee und des aus ihr hervorgegangenen modernen Princips der Freiheit

und Gleichheit zu betrachten; Ideen, die sie ja mit hat bilden helfen.

Diese allgemeine ideelle Grundlage reicht vollständig aus, um darauf eine Formel zu bauen, welche den Bestrebungen nach socialer Entwickelung einen Halt geben kann. Entwickelung überhaupt aus der ursprünglichen liberalen Formulirung der Freiheit zu einer socialern Auffassung des Princips der Freiheit und Gleichheit ist, wie schon wiederholt hervorgehoben und hier schließlich nochmals betont wird, nothwendig, und die Ueberzeugung davon bedingt die Lebensfähigkeit einer socialpolitischen Partei. Aber nicht eine bestimmte Entwickelung ist nothwendig, weil eben die socialen Gesetze von den Menschen, den Mitgliedern der Gesellschaft selbst, gemacht werden. Es können verschiedene Formulirungen zweckmäßig sein und zum Ziele führen. Aber die Thatsache, daß eine solche Wahl und gewissermaßen Unsicherheit möglich, darf nicht zum Verzicht auf das Suchen nach einem klaren Entwickelungsziele überhaupt und zur Beschränkung auf das Experimentiren mit allerlei Mitteln führen. Damit kann weder die jeder Weiterbildung abgeneigte Beharrungspartei zu socialer Thätigkeit herbeigezogen, noch die radicale Partei zu Umkehr und Versöhnung gebracht werden. Nur ein sicheres klares Programm, welches erkennen läßt, worauf es eigentlich ankommt und wohin man gehen solle, aus dem dann die einzelnen, kleinern und größern Mittel der Socialpolitik sich von selbst ergeben, kann Vertrauen einflößen und wirklich parteibildend wirken.

Es wäre vor allem Aufgabe der Socialwissenschaft, — oder wie man sie mit einem zu engen Ausdruck nennt, Volkswirthschaftswissenschaft — die sich jetzt zumeist an einzelnen

Fragen zersplittert und mit der Empfehlung einzelner Mittel der Praxis nachhinkt, eine brauchbare Formel für die sociale Entwickelung zu suchen und darzubieten. Wo sich ein im allgemeinen für die Zukunft noch wenig freudige Zuversicht erweckendes Bild der socialpolitischen Parteien darbietet, wie es sich uns darstellte, wäre gerade die Wissenschaft berufen, weite Gesichtspunkte zu zeigen, klare Ziele zu stecken, und dadurch beruhigend im Interesse des socialen Friedens zu wirken.

In diesem Sinne möchten auch die vorliegenden Erörterungen aufgefaßt sein, indem sie durch geschichtliche unbefangene Schilderung und Beurtheilung unserer socialpolitischen Parteien jene wissenschaftliche Arbeit haben vorbereiten helfen wollen.

Druck von F. A. Brockhaus in Leipzig.